

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR  
FASCHISMUS- UND  
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**Heft 29**

**Thema:  
Der Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946**

**2007**

## INHALTSVERZEICHNIS

### Thema

#### Werner Röhr

Massaker an Überlebenden. Zum antijüdischen Pogrom in der polnischen Stadt Kielce am 4. Juli 1946 1

### Artikel

#### Kurt Pätzold

Schminkmeister des Naziregimes. Die Legende vom üppigen Leben deutscher „Volksgenossen“ auf dem Wege an die Heimatfront 33

#### Ryszard Nazarewicz

Die Auseinandersetzung um Polens Zukunft in der Zeit des zweiten Weltkriegs 47

#### Martin Moll

Implosion in Schwarz-Gelb? Nationalitätenkonflikte und der Zusammenbruch Österreich-Ungarns 1918 72

### Bibliographie

Wissenschaftliche Veröffentlichungen von Werner Röhr 99

### Rezensionen

Aram Mattioli: Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935-1941 (Werner Fischer) 119

Helmut Asmus: 1200 Jahre Magdeburg, Band. 3 (Walter Schmidt) 122

Ruth Bettina Birn: Die Sicherheitspolizei in Estland 1941-1944. Eine Studie zur Kollaboration im Osten (Karl-Heinz Gräfe) 124

Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1945 (Karl-Heinz Gräfe) 129

Dieter Schenk: Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur (Werner Röhr) 133

Hermann Kaienburg: Der Militär- und Wirtschaftskomplex der SS im

KZ-Standort Sachsenhausen-Oranienburg (Christoph Kopke) 137

Alexandra Klei: Gestalt der Erinnerung. Gedenkstätten an Orten ehemaliger Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück (Erika Schwarz) 140

Kurt Pätzold: Im Rückspiegel: Nürnberg. Der Prozeß gegen die [II:] deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/46 (Werner Röhr) 141

Rheinisches Journalistenbüro: „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg (Ulrich van der Heyden) 144

**Annotationen** 146

### Tagungsberichte

Verstrickung, Teilhabe oder Kommando? Die Wehrmacht in der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion 1941 (Werner Röhr) 157

Der Nürnberger Prozeß – genutzte oder vergessene Geschichtslektion? (Gotthard Martin) 162

Norsk Hydro: Wirtschaftskollaboration Norwegen (Werner Röhr) 164

[1:]

WERNER RÖHR

## Massaker an Überlebenden Zum antijüdischen Pogrom in der polnischen Stadt Kielce am 4. Juli 1946

### Vorbemerkung

Auf der Gedenkkundgebung aus Anlaß des 50. Jahrestags des antijüdischen Pogroms vom 4. Juli 1946 in Kielce hielt 1996 der damalige Premierminister Włodzimierz Cimoszewicz vom Bündnis der Demokratischen Linken eine Ansprache. An der Gedenkveranstaltung 2001 zum 60. Jahrestag des Pogroms von Jedwabne am 10. Juli 1941 nahm Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski teil und entschuldigte sich bei den Opfern im Namen all jener Polen, die dieses Verbrechen bedauern und verurteilen. Der Primaś Polens, Erzbischof Józef Kardinal Glemp, und der örtliche Bischof hatten es abgelehnt zu erscheinen. 2006 sah sich der gegenwärtige Präsident Polens, Lech Kaczyński, von der rechtskonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ genötigt, seine Teilnahme an dem Gedenken zum 60. Jahrestag des Pogroms von Kielce anzukündigen. Doch Prognostiker, die in der polnischen Presse vorhergesagt hatten, er werde diese Ankündigung nicht wahr machen, behielten recht. Aus Rücksicht auf seine Wähler vom äußersten rechten Spektrum blieb Kaczyński fern und mit ihm auch gleich der Ministerpräsident, die Präsidenten des Sejm und des Senats, alle von derselben Partei „Recht und Gerechtigkeit“. Wie zum Hohn deutete der Staatspräsident in einem Grußschreiben an, es sei nicht auszuschließen, daß die Juden den damaligen Pogrom selbst verschuldet oder veranlaßt hatten.

Unmittelbar nach dem Pogrom in Kielce hatte es 1946 in polnischen Wochenzeitungen eine Debatte über den Antisemitismus gegeben, so in *Odrodzenie*, *Kuźnica* und *Tygodnik Powszechny*.<sup>1</sup> Nach den Gerichtsprozessen 1946/47 und dem Kaderaustausch an der Spitze der Wojewodschaft und der Polnischen Arbeiterpartei in Kielce ebte diese Debatte nach 1947 bald wieder ab. Das Thema verschwand aus [2:] der Öffentlichkeit und blieb jahrzehntelang ein Tabuthema; weder Historiker noch Publizisten Polens schrieben darüber. Aber auch außerhalb Polens setzte die Beschäftigung der Historiker mit diesem Thema erst sehr viel später ein, obwohl die äußerst widersprüchlichen und lückenhaften Angaben der verschiedenen Quellen und divergierende Zahlen über die Teilnehmer eine Überprüfung herausforderten. Das änderte sich nach 1989, als in schneller Folge mehrere Bücher erschienen.<sup>2</sup> Enthüllungsjournalisten und gewendete Historiker wetteiferten darin, die gestürzte Volksmacht zu „delegitimieren“, indem sie ihr den Pogrom als „kommunistische Provokation“ untersoben. In den letzten zehn Jahren avancierte die Zwecklüge, den Pogrom sei von sowjetischen und polnischen kommunistischen Sicherheitsorganen zielstrebig provoziert worden, zu einer Art polnischer Staatsdoktrin. Beflissene „diensthabende Historiker“ und in den USA lebende polnische Fachkollegen<sup>3</sup> schrieben dicke Bücher, um die These von der „kommunistischen Provokation“ historisch zu unterfüttern. Zwei staatsanwaltliche Kommissionen der „Kommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk – Institut des Nationalen Gedenkens“ (IPN) führten von 1991 bis 2004 jeweils mehrere Jahre lang offizielle Ermittlungen durch. (Die polnische Gauckbehörde hat im Unterschied zur deutschen juristische Kompetenzen.) Das Ergebnis war ein Fiasko. Beide

---

<sup>1</sup> Einige dieser Pressestimmen sammelte Elżbieta Ptak in ihrer Arbeit „Pamięć społeczna o pogromie żydowskim z 1946 roku. In: *Kultura i historia*. Czasopismo teoretyczno-historyczno-kulturozoawcze, Lublin 2006, H. 5.

<sup>2</sup> Vgl. Stanisław Meducki, Zenon Wrona: *Antyżydowskie wydarzenia kieleckie 4 lipca 1946 roku: Dokumenty i materiały*, Kielce 1992; Tadeusz Wiśeck: *Zabić Żyda – Kulisy i tajemnice pogromu kieleckiego 1946*, Kraków 1992; Bożena Szaynok: *Pogrom Żydów kieleckich 4 lipca 1946*, Warszawa 1992; Krystyna Kersten: *Polacy, Żydzi. Komunizm. Anatomia półprawd 1939-1968*, Warszawa 1992; Krzysztof Urbański: *Kieleccy i Żydzi*, Kraków 1993; Ks. Jan Śledzianowski: *Pytanie nad pogromem kieleckim*, Kielce 1999; Stanisław Meducki: *Antyżydowskie wydarzenia kieleckie 4 lipca 1946 roku: Dokumenty i materiały*, Bd. 2, Kielce 1994; Krzysztof Kąkolewski; *Umarły cmentarz*, Warszawa 2004.

<sup>3</sup> Michael Chęciński: *Poland. Communism-Nationalism-Antisemitism*, New York 1982; Iwo Cyprian Pogonowski: *Jews in Poland*, New York 1993, <sup>2</sup>1998; Ders.: *Reflections on Kielce and Communism: The Obstacle of the Kielce Pogrom to Polish-Jewish Reconciliation*, in: *Kielce – July 4 1946. Background, Context and Events*, Toronto and Chicago 1996, S. 69-104; Iwo Cyprian Pogonowski: *Świat po amerykańsku*, Szczecin 2004.

Kommissionen konnten keinerlei Beweise für ihre These einer Provokation erbringen und stellten 1997 bzw. 2004 ihre Arbeiten ein. Eine Pointe ihrer Ermittlungen war, daß selbst Historiker und Publizisten, die der Öffentlichkeit Phantasieprodukte über eine „kommunistische Provokation“ als historische Wahrheit präsentiert hatten, nun, vorgeladen von den Staatsanwälten und amtlich befragt, ihre Aussagen unter Eid nicht zu wiederholen wagten, so zum Beispiel Krzysztof Kąkolewski. Aber an der Dominanz ihrer These von der kommunistischen Provokation in polnischen Medien und den dienstbaren historischen Institutionen änderte dieses zweifache Fiasko nicht das geringste.

Zum 60. Jahrestag des Pogroms veröffentlichte das IPN einen Sammelband, der den „diensthabenden Historikern“ wieder geschichtswissenschaftliche Seriosität verleihen soll. Er enthält vier Artikel mit unterschiedlichen Interpretationen, vor allem aber rund einhundert Dokumente über die 1991 bis 2004 vom IPN durchgeführten [3:] Ermittlungen. Das sind vor allem Protokolle der Befragungen von damaligen Mitarbeitern des Sicherheitsapparates, von Zeitzeugen und von Historikern und Publizisten, die über diesen Gegenstand gearbeitet haben. Der Dokumententeil enthält auch die abschließende Stellungnahme des Staatsanwalts Krzysztof Falkiewicz über die endgültige Einstellung der Kommissionstätigkeit. Herausgeber Jan Żaryn sieht nach wie vor im sowjetischen Geheimdienst den Inspirator des Pogroms, auch wenn ihm die Beweise fehlen. Autor Jacek Żurek hält es für die wahrscheinlichste Hypothese, daß der Pogrom von Kielce einen spontanen Charakter hatte. Ryszard Śmietanka-Kruszelnicki zieht sich auf die Position zurück, eine Provokation des Sicherheitsdienstes anzunehmen, habe eine hohe Wahrscheinlichkeit für sich, um dann forscherisch zu fragen, in welchem Maße es dem Sicherheitsdienst gelungen sei, den Pogrom im Kampf gegen den bewaffneten Untergrund auszunutzen. Bożena Szaynok umreißt abschließend einige Positionen im polnischen Streit um den Pogrom, um sich auf die „salomonische“ Wertung zurückzuziehen, eine Betrachtung des Pogroms durch das Prisma der „Provokation“ sei eine einseitige Vereinfachung, ihn aber nur im Kontext des Antisemitismus zu sehen ebenfalls.<sup>4</sup>

Der in den USA lebende jüdisch-polnische Historiker Jan Tomasz Gross, der die polnischen Katho-Nationalisten schon bei der Jedwabne-Diskussion 2001 geschockt hatte, veröffentlichte 2006 einen Essay über den polnischen Antisemitismus nach Auschwitz und den Pogrom von Kielce.<sup>5</sup> Er trägt den Titel „Fear“ (Angst) und geht von der These aus, daß auf beiden Seiten die Angst als Hauptregulator der Beziehungen fungierte. Aufseiten der Pogromisten die Angst vor der Rückkehr der Juden aus dem Grabe, die ihr Eigentum zurückfordern könnten und die in Person ein lebender Vorwurf an all jene waren, die ihrer Verfolgung, Verschleppung und Ermordung zugesehen, daran teilgenommen und profitiert hatten. Aufseiten der die Vernichtungsstätten und Lager überlebt habenden Juden die Angst davor, die Schrecken könnten sich wiederholen. Nach Gross explodierte der aggressive Antisemitismus der Polen in Kielce aus dem Gefühl ihrer Schuld aufgrund ihrer Haltung zu den Juden während der Kriegsjahre und weil viele von ihnen vom Judenmord materiell profitiert hatten.

Auf der Grundlage eingehender Studien über die Nachkriegsgeschichte Polens destruiert der konservative Antikommunist Gross im einzelnen die Legenden von der „kommunistischen Provokation“ und verdeutlicht, wie ausgeprägt in Kielce die Merkmale eines traditionellen Pogroms und seiner überkommenen Grundlage, des von der Kirche gepflegten Aberglaubens an jüdische Ritualmorde, waren. Alle Varianten einer „Provokation“ könnten die bekannten Mechanismen der Auslösung und des Ablaufs eines Pogroms nicht erklären. Sie vereinfachten die Geschichte. Als könne die Antwort auf die Frage, wer konnte das ausnutzen, diese Auslösung erklä-[4:]ren. Im Gegenteil sei zu fragen: Wem nützt die These vom Pogrom als Resultat einer Provokation?

Gross rekonstruiert die komplizierten Machtverhältnisse in Polen in der zweiten Hälfte der 1940er Jahren, die Furcht der regierenden Arbeiterpartei, als „Judenknechte“ verschrien zu werden und ihr ambivalentes Verhältnis zu jenen Parteigängern der Nationalpartei (SN, Endecja) und der äußersten

---

<sup>4</sup> Wokół pogromu kieleckiego, red. Łukasz Kamiński i Jan Żaryn, Warszawa 2006. Vgl. Auch die Rezension des Buches in: *Tygodnik Powszechny*, 18.11.2006.

<sup>5</sup> Jan Tomasz Gross: *Fear. Antisemitism in Poland after Auschwitz. An Essay in Historical Interpretation*, New York 2006.

politischen Rechten (Piasecki), die bereit waren, diese Macht und ihre sowjetische Schutzmacht zu akzeptieren. Obwohl das Buch von Gross bisher nur in englischer Sprache vorliegt und die polnische Übersetzung noch nicht erschienen ist, hat bereits deren Ankündigung unter polnischen Nationalisten einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, der durch alle Medien fegt.<sup>6</sup>

### **1945: Kein Ende des mörderischen Antijudaismus**

Entgegen den Erwartungen und Hoffnungen, daß mit der Befreiung vom Faschismus auch der Judenmord ein für allemal vorbei sei, lebte nach dem Ende der Tötungsfabriken in einigen Ländern Osteuropas eine uralte Form des mörderischen Antijudaismus wieder auf. Pogrome erfaßten Ungarn (1946: Kunmadars, Mezökövesd, Hajduhadbaza, Diosgyör, Mak, Miskolc), die Slowakei (1946 Velke Topolcany; 1947: Bratislava), Rumänien und vor allem Polen (1945: Kraków, Radom, Miechów, Chrzanów, Rabka; 1946: Kielce). Allein in Polen wurden von 1945 bis 1947 annähernd 2.000 Juden, die den Völkermord der Nazis überlebt hatten, getötet.<sup>7</sup>

Der blutigste Nachkriegspogrom in Europa war der in der mittelpolnischen Stadt Kielce. 39 dem Völkermord entronnene Juden wurden erschlagen bzw. erschossen, weit mehr schwer verletzt. 30 Juden bzw. für Juden gehaltene Personen wurden aus fahrenden Zügen geworfen oder in Zugabteilen und auf Bahnhöfen rund um Kielce erschlagen. Dieser Pogrom löste weltweit Entsetzen und in Polen eine Fluchtwelle von 100.000 Juden aus. Die polnische Regierung, die Arbeiterparteien und das Zentrale Jüdische Komitee beschuldigten die im Untergrund agierende und einen Bürgerkrieg gegen die Volksmacht führende bewaffnete Opposition, den Pogrom inszeniert zu haben. Der römisch-katholischen Kirche Polens schrieben sie wegen ihres rabiatischen Antisemitismus gleichermaßen Schuld zu. Die antikommunistischen Kräfte und der polnische Episkopat wiederum hielten den Pogrom für eine Provokation des sowjetischen und des polnischen Geheimdienstes.

### **[5:] Vorläufer: Der Pogrom in Krakow 1945**

Ein Pogrom fällt nicht vom Himmel. Damit die Ritualmordlüge wie ein Funke ein Pulverfaß entzündet, muß das Pulverfaß vorbereitet sein. Am Vorabend herrscht gewöhnlich eine knisternde Spannung in Erwartung des Gewaltausbruchs, des Beutemachens und der Strafflosigkeit. Bekannte Beispiele solchen vorbereiteten Pulvers in Gestalt lynchbereiter und beutelüsterer Menschen sind Kischinjow 1903<sup>8</sup>, Jedwabne 1941<sup>9</sup>, Kraków 1945 und Kielce 1946. Versuche, durch Gerüchte über einen jüdischen Ritualmord an christlichen Kindern zum Pogrom aufzuhetzen, gab es auch in Tarnów (April 1946), Kalisz (22./23. Juli 1946), Lublin (19. August 1946), Kołbuszowa (24. September 1946), Mielec (25. Oktober 1946) und selbst im gerade übernommenen Stettin (Szczecin, Herbst 1946). Mit Ausnahme von Tarnów fanden alle nach dem Kielcer Pogrom statt.

Der wichtigste<sup>10</sup> Vorläufer für Kielce und der Auftakt der ganzen Serie von Pogromen in Polen war der antijüdische Pogrom vom 11. August 1945 in Kraków. Hier hatte es bereits im März 1945, zwei Monate nach der militärischen Befreiung der Stadt am 18. Januar 1945, den Versuch gegeben, die

<sup>6</sup> Eine polnischsprachige Ausgabe unter dem Titel „Strach“ ist für das Frühjahr 2007 angekündigt.

<sup>7</sup> Die Schätzungen bewegen sich zwischen 600 und 2500 Todesopfern. Morde, selbst Massenmorde waren in den ersten Jahren nach dem Krieg kein Ausnahmefall. Im Lande tobte ein mörderischer Bürgerkrieg der illegalen reaktionären Formationen gegen die Koalitionsregierung. Angesichts des Mordterrors der faschistischen Ukrainischen Aufstands-Armee (UPA) gegenüber der polnischen Bevölkerung trug er auch Züge einer ethnischen Auseinandersetzung zwischen Polen und Ukrainern. Todesopfer gab es auch bei den Internierungen und Aussiedlungen der Deutschen. Wie bereits im Krieg grassierte eine ausgedehnte Bandenkriminalität, der auch viele Juden zum Opfer fielen.

<sup>8</sup> Vgl. Edward H. Judge: Ostern in Kischinjow. Anatomie eines Pogroms. Aus dem Englischen von Cornelia Dieckmann, Mainz 1995.

<sup>9</sup> Vgl. Jan T. Gross: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001; Anna Bikont: My z Jedwabnego, Warszawa 2004. Zur Debatte darüber vgl.: Jan Tomasz Gross: Wokół „Sąsiadów“. Polemiki i wyjaśnienia, Sejny 2003; Instytut Pamięi Narodowej. Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu: Wokół Jedwabnego. Pod redakcją Pawła Machcewicza i Krzysztofa Persaka, Tom 1: Studia, 526 S.; Tom 2: Dokumenty, 1035 S. Warszawa 2002. (Vgl. die Rezension in *Bulletin* 22)

<sup>10</sup> Der erste Nachkriegspogrom fand am 12. Juni in Rzeszów stand. Auch hier war die Beschuldigung eines Juden, ein polnisches Kind ermordet zu haben, der Anlaß. Da bei diesem Pogrom keine Todesopfer zu beklagen waren, ist er weniger bekannt und auch in der Literatur nicht bearbeitet.

Menschen zu einem antijüdischen Pogrom aufzustacheln. Durch das entschlossene Eingreifen der Sicherheitskräfte war dieser Versuch im Ansatz erstickt, die Ursachen aber nicht beseitigt worden, die Pogromdrohung blieb latent, bis es am 11. August 1945 zum offenen Ausbruch kam.

Die erste Auswertung der Quellen über diesen Pogrom und dessen Darstellung unternahm in Polen Anna Cichopek, ihr Buch wurde 2000 vom Jüdischen Historischen Institut in Warschau veröffentlicht.<sup>11</sup> Sie rekonstruierte das Geschehen detailliert und, soweit es die Quellen gestatteten, vollständig und druckte alle verfügbaren polnischen Dokumente im Anhang ab. Das sind vor allem Verhörprotokolle. Aus ihrer Darstellung ergibt sich, daß es sich in Kraków um einen in Jahrzehnten immer wieder erprobten Typus von Handlungen handelt. Dieser Grundtypus fand sich bereits 1903 in Kischinjaw vollständig ausgeprägt: Wochen bzw. Tage vorher kündigte sich der Pogrom an, die angestauten Spannungen spitzten sich zu und wurden angeheizt. Während dieser Phase verübten potentielle Pogromisten bereits Überfälle [6:] und Schikanen, schürten eigene und fremde Erwartungen: Gewaltbereite und beutegierige Personen sammelten sich in den Tagen zuvor unmittelbar vor Ort.

Die Legende vom Ritualmord an Christenkindern wurde in Kraków 1945 noch unmittelbar geglaubt und machte aus verhetzten Antisemiten Pogromisten. Der als angebliches Opfer eines vorgesehenen Ritualmords präsentierte Knabe spielte die Rolle des Kronzeugen. Er floh aus der Synagoge, in die er zuvor geschickt worden war, schrie, daß die Juden ihn schlachten wollten und er Leichen anderer Christenkinder dort habe liegen sehen. Der Zeitpunkt war bewußt gewählt: Viele Juden hatten sich in der Synagoge zum Gottesdienst versammelt. Auf das Schreien des Jungen hin stürmten die vor dem Gebäude angesammelten Menschenmassen die Synagoge, verwüsteten sie, trieben die betenden Juden hinaus und prügeln auf sie ein. Angesichts der Pogromgefahr hatte die jüdische Gemeinde Tage zuvor die Sicherheitsbehörden um den Schutz der Synagoge gebeten und diesen auch zugesagt bekommen, doch die Wachposten davor rührten zunächst keinen Finger. Dann griffen uniformierte Soldaten wie Polizisten vorgeblich zum Schutz der Juden ein, lieferten aber durch dieses offene Mittun der Staatsgewalt dem Lynchmob eine zusätzliche Legitimation. Während die Pogromisten die Juden vor der Synagoge und auf den Straßen prügeln, breitete sich der Pogrom auf ganz Kazimierz, das jüdische Viertel, aus.

Pogromisten stürmten zu jüdischen Wohnungen, angeführt von uniformierten Polizisten, die scheinbar amtlich Einlaß verlangten. Beim Pogrom in Kraków spielten einfache und ungebildete Menschen in Uniform eine besondere Rolle. Unter dem Mantel amtlicher Kontrolle waren sie besonders aktiv bei der Durchsuchung jüdischer Wohnungen nach angeblichen Waffen, bei der Drangsalierung ihrer Bewohner und der anschließenden Ausplünderung. Die Plünderungen erhielten so einen scheinoffiziellen Anstrich der „Waffensuche“, was den Pogromhelden das gute Gewissen gab, mit der Obrigkeit im Einklang zu handeln. Ungeachtet dessen spielte sich der Pogrom hauptsächlich auf der Straße ab, die mobilisierte Menge war erst nach mehreren Tagen aufzulösen.

Wie im Mittelalter hatte das Gerücht eines jüdischen Ritualmords an diesem 11. August 1945 in Kraków Hunderte Menschen mobilisiert, die sich erst gar nicht die Zeit nahmen, die Nachricht zu prüfen, so als ob sie nur auf den Auslöser gewartet hatten, Insofern ist es gleichgültig, ob sie das Gerücht für wahr hielten oder für inszeniert. Sie stürzten sich sofort auf die aus der Synagoge getriebenen Menschen und schlugen auf sie ein. Bei diesem ersten polnischen Nachkriegspogrom wurden fünf Menschen erschlagen und sehr viel mehr schwer verletzt, die Synagoge verwüstet und zahlreiche Wohnungen ausgeplündert.

Der Pogrom von Kraków ereignete sich in dem alten jüdischen Viertel der Stadt. Der entscheidende soziale Konfliktpunkt bestand darin, daß die wenigen aus der UdSSR bzw. aus deutschen Konzentrations- und Arbeitslagern zurückkehrenden Juden Wohnraum brauchten.

---

<sup>11</sup> Anna Cichopek: Pogrom Żydów w Krakowie 11. sierpnia 1945 r. Żydowski Instytut Historyczny, Warszawa 2000, 269 S.

## [7:] **Das Haus in der Plantystraße 7**

Vor dem zweiten Weltkrieg lebten in Kielce rund 20.000 Juden, sie stellten rund ein Drittel der Bevölkerung. Viele gehörten zum wohlhabenden Bürgertum der industriell entwickelten Stadt. Sie wurden 1941 von der Besatzungsmacht ins Ghetto gezwungen und dabei enteignet. Soweit die Okkupanten sich nicht selbst bedienten, übernahmen Polen die Wohnungen, Geschäfte und Werkstätten samt Inventar. Was die Besatzer sich angeeignet hatten, fiel nach der Befreiung an den polnischen Staat. Die SS und der SD hatten sich in Polen gar nicht erst die Mühe gemacht, ihren Terror zu verschleiern, sondern den Judenmord auch auf offener Straße vor den Augen und Ohren der Bevölkerung verübt. Polnische „Erben“ jüdischen Eigentums konnten die sinnliche Gewißheit haben: Die kommen nicht wieder.

Ins Ghetto von Kielce waren zirka 25.000 Juden aus Kielce und Umgebung gepfercht, dazu tausend Industrielle und Bankiers aus Wien. Im September 1942 lösten die Nazis das Ghetto auf, 1.500 Juden wurden an Ort und Stelle erschlagen, 21.000 ins Todeslager Treblinka transportiert, 2.000 in ein Arbeitslager gesteckt.

Als die Rote Armee am 15. Januar 1945 Kielce befreite, lebten noch zwei Juden in der Stadt. In den Monaten danach waren Überlebende aus den Lagern der Nazis oder aus den Wäldern zurückgekehrt, andere wurden aus der UdSSR repatriiert. Bis Juli 1946 waren 136.000 Juden aus der UdSSR nach Polen zurückgekehrt, der letzte große Transport war Ende Juni/Anfang Juli 1946 eingetroffen, seine Mitglieder wurden auf verschiedene Städte verteilt. Am 1. Juli 1945 waren 212 der 53.560 Einwohner Kielces Juden, in der ganzen Wojewodschaft lebten rund 2.000 Juden in 45 jüdischen Enklaven. Bis 1946 hatte sich diese Zahl schon wieder erheblich vermindert.

Zu jenen Fragen, die sich bei der Lektüre der Quellen zum Kielcer Pogrom aufdrängen, zählt daher zunächst die nach dem Pulverfaß, also jenen Gegensätzen zwischen den jüdischen Überlebenden und den katholischen Pogromisten sowie nach Ort und Zeit und Umständen ihrer Spannungen. Bis heute ist nicht geklärt, warum sowohl die zuständigen Sicherheitsorgane als auch der Wojewode und die Führungen der politischen Parteien vor Ort so handlungsunfähig waren. Gefragt werden muß auch nach Handlungen und Stellungnahmen der katholischen Kirche. Zunächst aber sei der Verlauf des Pogroms rekonstruiert.<sup>12</sup>

In der Plantystraße 7 befand sich das alte jüdische Gemeindehaus von Kielce. In ihm wohnten aus Sicherheitsgründen allein 150 von 163 Juden, die am 1. Juli 1946 in der Stadt lebten. Hier hatten auch sämtliche religiösen und gesellschaftlichen Institutionen der Juden ihren Sitz, darunter das Stadt- und das Wojewodschaftskomitee der Juden in Polen und eine Suppenküche, die kostenlos Portionen ausgab. Die meisten Bewohner lebten von den zumeist aus den USA kommenden Spenden des Joint Distribution Committee. Nur einige der Hausbewohner von 1946 stamm-[8:]ten aus Kielce und warteten darauf, ihre ehemaligen Wohnungen zurückzuerhalten. Die Mehrheit war aus der UdSSR repatriiert worden. Das waren insbesondere Mitglieder eines paramilitärisch organisierten Kibbuz, die sich auf ihre Ausreise nach Palästina vorbereiteten. Neben gläubigen Juden wohnten auch jüdische Mitglieder der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) und des Sicherheitsdienstes (UB) hier.

Die Kibbizum und einige andere Hausbewohner besaßen mit Lizenz der Polizei einige Pistolen. Dies war zur Selbstverteidigung auch notwendig. Am 19. April 1945 waren bei fünf Angriffen in der Provinz achtzehn Juden ermordet worden, im Juni 1945 starben weitere fünfzehn. Bereits im Oktober 1945 war eine Granate in das Haus Planty 7 eingeschlagen und hatte mehrere Personen verletzt.

### **Das Gerücht**

Am Montag, dem 1. Juli 1946, informierte gegen 23 Uhr der besorgte Vater Walenty Błaszczuk aus der Podwalnastraße 9 in Kielce das Polizeirevier in der Sienkiewiczstraße 45, daß sein neunjähriger Sohn Henryk seit dem Morgen spurlos verschwunden war. Am Abend des 3. Juli 1946 tauchte der Junge wieder zu Hause auf und erzählte, es sei ihm gelungen, aus einem Keller zu fliehen, in dem er

---

<sup>12</sup> Zum Verlauf vgl. Szaynok, Pogrom; Gross, Faer; Wokół pogromu kieleckiego, Bd. I und II.

gefangen saß. Befragt, wer seine Bewacher waren, „Juden oder Zigeuner?“, antwortete er „Juden“. Tatsächlich war der Junge bei Bekannten der Familie 20 Kilometer außerhalb der Stadt und hatte das Haus Plantystr. 7 nie betreten. Am Morgen des 4. Juli 1946 erschienen Vater und Sohn auf dem Polizeirevier und gaben zu Protokoll: Henryk sei am 1. Juli nach einem belohnten Botengang von einem Juden in das Haus Planty 7 gelockt und dort drei Tage im Keller ohne Nahrung festgehalten worden. Im gleichen Keller hätten sich auch Leichen mehrerer christlicher Kinder befunden.

Der Leiter des Kommissariats, Leutnant Edmund Zagórski, hielt die Version für so überzeugend, daß er einen Haftbefehl ausstellte und gegen 8.30 Uhr den Unteroffizier Stefan Kuźmiński zusammen mit Vater und Sohn Błaszcyk sowie vier Polizisten in das 200 Meter entfernte Haus Planty 7 schickte. Dort zeigte der Junge auf Kaiman Singer, und die Polizisten nahmen den Juden umgehend fest. Daraufhin eilte der Vorsitzende des Wojewodschaftskomitees der Juden in Polen, Dr. Seweryn Kahane, zum Kommissariat und forderte, Singer freizulassen, das Haus habe gar keinen Keller.

Leutnant Zagórski glaubte Dr. Kahane nicht, sondern der Erzählung des Jungen. Nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten, Major Kazimierz Gwiazdowicz, forderte er vier Detektive der Untersuchungsabteilung an und schickte diese mit neun uniformierten Polizisten erneut zur Planty 7, um jetzt den Eigentümer des Hauses und Kellers festzusetzen. Unterwegs erzählten die Polizisten allen Passanten, daß der Junge aus einem Keller entwichen sei, in den ihn die Juden gelockt hatten. Als der Polizeitrupp das Haus erreichte, folgte ihm eine aufgeputschte Menge, und vor [9:] dem Haus standen schon weitere fünfzig Menschen und schriegen: „In diesem Hause morden die Juden polnische Kinder!“

Gegen 9.30 Uhr betrat die Polizeipatrouille das Haus und stellte fest, daß es tatsächlich keinen Keller hatte. Der Junge verhedderte sich nun in wechselnden Aussagen. Daß er offenkundig gelogen hatte, änderte die Stimmung der inzwischen auf 300 Personen angewachsenen Menge nicht, in der sich viele Frauen befanden. Ihre Überzeugung, daß in diesem Hause Ritualmorde geschehen seien, brauchte keine Beweise. Der Mythos vom Ritualmord der Juden übte ungebrochen seine Wirkung aus. Sie wähten sich in der Pflicht, weitere Vergehen an polnischen Kindern zu verhindern.

Die Zweckklüge vom Ritualmord hatten ursprünglich die Römer erfunden und gegen die frühen Christen gerichtet; seit dem 13. Jahrhundert wurde sie als Waffe ausschließlich gegen Juden verwendet. In Polen wurde die Anschuldigung, die Juden würden christliche Kinder entführen und töten und ihr Blut für rituelle Zwecke verwenden, nach dem Triumph der Gegenreformation im 17. Jahrhundert zum beliebten Motiv bei der Ausmalung zahlreicher Kirchen. Solche Bilder können heute noch besichtigt werden, z. B. in Sandomierz. In Polen fanden im 18. Jahrhundert 30 Prozesse wegen angeblichen Ritualmords statt, doch in fast allen Fällen mußten die angeklagten Juden freigesprochen werden. Während sich der Vatikan allmählich von der Ritualmordlegende zurückzog, blieb sie in der Doktrin der römisch-katholischen Kirche Polens und in den Köpfen ihrer Gläubigen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein lebendig. So wurden antijüdische Pogrome und Exzesse 1918/19 und in den 1930er Jahren mit der Beschuldigung der Entführung christlicher Kinder entfesselt.

Die Stimmung vor dem Haus Plantystraße 7 wurde aggressiver, je größer die Menschenmenge wurde. Noch vor zehn Uhr begann die wütende Menge, die Fenster des Hauses mit Steinen einzuwerfen.

Leutnant Zagórski informierte seine Vorgesetzten und forderte Verstärkung an, die Stäbe sämtlicher Sicherheitsbehörden berieten und informierten ihre Zentralen in Warschau. Der Sicherheitsdienst (UB) rief die Feuerwehr, um die Menge mit Wasserwerfern zu zerstreuen. Gegen zehn Uhr war das Haus von 40 Soldaten des Inneren Sicherheitskorps (KBW), 30 Soldaten vom 4. Regiment der 2. Warschauer Infanteriedivision, 30 uniformierten Polizisten, Soldaten der Stadtkommandantur sowie fünf Informationsoffizieren abgeriegelt. Die Präsenz bewaffneter Kräfte beruhigte für kurze Zeit die Menge.

Doch die Offiziere der verschiedenen Einsatzformationen kamen nicht unter ein Kommando. Und ihre Soldaten hatten keine klaren Einsatzbefehle, denn Polizei und Soldaten intervenierten gegen die Juden. Als zwischen elf und zwölf Uhr der zuständige Staatsanwalt Jan Wrzeszcz eintraf und nach damaligem polnischen Recht das Kommando über alle Einsatzkräfte übernehmen wollte, wiesen sie

ihn ab und [10:] lachten ihn aus. Dabei hätten die vom Staatsanwalt vorgeschlagenen Maßnahmen, Zurückdrängung der Menge und eskortierte Evakuierung der Juden, viele der späteren Opfer verhindern können. So selbstherrlich diese Offiziere waren, so ratlos waren sie zugleich. Sie taten nicht das Geringste, um die gefährliche Situation zu beenden. Zwei katholische Geistliche, Jan Danielewicz und Roman Zelek, trafen zwischen elf und zwölf Uhr ein und wollten die Menge beruhigen. Sie wurden an der Absperrung mit der Begründung zurückgewiesen, Zivilisten hätten hier keinen Zutritt, außerdem sei die Situation unter Kontrolle.<sup>13</sup> Inzwischen war die Feuerwehr bis in die Sienkiewiczstraße vorgedrungen, dort wurden ihr die Schläuche zerschnitten.

## **Der Pogrom**

Unterdessen begannen Polizisten und uniformierte Soldaten in der Plantystraße 7 mit der „Revision“ des Hauses. Als erstes forderten sie die Bewohner auf, ihre Waffen abzugeben. Sechs oder sieben Pistolen wurden eingesammelt, andere Hausbewohner beriefen sich auf ihre Waffenlizenz. Im zweiten Akt der „Revision“ wurden die Juden mit Schlägen aus dem Haus getrieben. Wo Juden sich zu ihrer Verteidigung verbarrikadiert hatten, feuerten die Soldaten durch geschlossene Türen und drohten mit Granatenbeschuss. Gegen elf Uhr erschoss ein Armeeeoffizier den Leiter des Jüdischen Komitees, Dr. Seweryn Kahane, von hinten, als dieser telefonisch den Offizier der Sicherheitspolizei Kwaśniewski um Hilfe bat.

Die ersten Schüsse beseitigten die letzten Hemmungen der auf der Straße versammelten Menschen, in Gruppen drängten sie in das Haus, schlugen auf die Bewohner ein, warfen sie aus den Fenstern oder trieben sie hinaus. Auf der Straße stand ein Mob von 500 bis 600 Personen und übte mit Eisenstangen und Steinen Lynchjustiz. Der dritte Akt der „Revision“ bestand in der Durchsuchung und Plünderung des Hauses.

Gegen zwölf Uhr trafen Soldaten der 2. Warschauer Infanteriedivision ein. Ihr Kommandeur, Major Kazimierz Konieczny, ließ eine Salve in die Luft abfeuern. Diese erste entschiedene Aktion drängte die Pogromisten etwas zurück, zerstreute sie aber nicht. Doch die Beruhigung dauerte nicht lange. Das Gerücht über den Ritualmord hatte Stahlarbeiter der Ludwikshütte erreicht. Mit Ketten, Eisenstangen und Steinen bewaffnet marschierten sie – die überlieferten Zahlen schwanken zwischen 60 und 600 – in die Innenstadt und riefen antisemitische Parolen. Zwei entsandte Sicherheitsbeamte konnten sie nicht aufhalten. Als die Stahlwerker gegen 12.30 Uhr vor dem Haus Planty 7 eintrafen, durchbrachen sie mühelos die Absperrung. Der Pogrom begann von neuem. Erst als nach 14 Uhr weitere 50 Soldaten der 2. Warschauer Infanteriedivision von Oberst Stanislaw Kupsza anmarschierten und Stabschef Oberst Polak mehrere Salven in die Luft abgeben ließ und eine Verteidigungslinie formierte, konnten die Pogromisten abgedrängt und die Toten und Verwundeten geborgen werden.

In und vor dem Haus Planty 7 wurden an diesem Tage 39 Juden ermordet, unter ihnen Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen, über 50 wurden schwer verletzt. Die Toten und die Verletzten hatten meist schwere Kopfwunden, die ihnen durch Steine und Eisenstangen beigebracht worden waren. Neun Tote wiesen Schußwunden auf.<sup>14</sup> Über Schußwaffen verfügte der Mob nicht. 15 bis 20 der Opfer waren erst nach der Ankunft der Stahlwerker getötet worden. Auch drei Polen waren unter den Toten, darunter ein Polizeioffizier und eine Krankenschwester. Es ist nicht sicher, ob die beiden Polen zufällig oder irrtümlich von den Pogromisten oder von den sich verteidigenden Hausbewohnern erschossen wurden. Als eine polnische Krankenschwester einem schwer verletzten Juden Hilfe erwies, wurde sie von ihren Landsleuten erschlagen.

Die Nachricht vom Pogrom verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Stadt und ihrer Umgebung. War vor dem Haus Plantystraße 7 nur Platz für fünf- bis sechshundert Personen gewesen, so waren in der ganzen Stadt mehrere tausend auf den Beinen. Der polnische Publizist Witold Kula schätzte einen

---

<sup>13</sup> Sie kehrten um 14.30 in Begleitung von weiteren drei Priestern noch einmal zurück. Um diese Zeit wurde allerdings die Menge gerade zurückgedrängt.

<sup>14</sup> Die Angaben über die Zahl der erschossenen Opfer differieren, Szaynok gibt 17 an.

Monat nach dem Pogrom, daß ein Viertel der erwachsenen Bewohner der Stadt aktiv daran beteiligt war.<sup>15</sup> Sehr zahlreich unter den Pogromisten waren nach Aussagen von Zeitgenossen jugendliche Pfadfinder (Scouts). Nach dem Ende der Gewalt in der Plantystraße war der Pogrom keineswegs beendet. Die Gewalttäter zerstreuten sich in kleineren Gruppen über die Stadt und suchten nach weiteren Opfern. Sie kontrollierten in den Straßen die Personalpapiere der Passanten und prügelten bzw. töteten Juden bzw. Menschen, die sie für Juden hielten.

Unter dem Vorwand, Waffen zu suchen, drangen vier Banditen in die Wohnung der jüdischen Familie Fisz in der Leonardstraße 15 ein. Sie luden die Anwesenden in ein Lastauto und fuhren sie in ein Waldstück vor der Stadt, um sie dort zu erschießen. Der Ehemann Abram Fisz entkam. Die junge Mutter Regina Fisz bat für sich und ihren dreiwöchigen Sohn ums Leben, sie bot den Banditen Geld und die Ringe an, die sie trug und versprach, nie nach Kielce zurückzukommen. Es half alles nichts, die junge Mutter wurde erschossen, von dem Scharfschützen der Polizei Stefan Mazur. Inzwischen hatte der mitgeführte Gast der Familie, Abram Moszkowicz, versucht, den Säugling zu retten. Doch er verlor das Kind, und Mazur erschoss auch das Baby.

Moszkowicz konnte entkommen. Er überlebte und identifizierte die Mörder, den Polizisten Stefan Mazur, den Schuhmacher Józef Śliwa, den Bäcker Kazimierz Nowakowski und den Kraftfahrer Antoni Pruszkowski, keine Depravierten von [12:] sozialen Randgruppen, sondern eingesessene Bürger der Stadt. Die Männer kannten sich vorher nicht, sie hatten sich spontan zum Judenmord zusammengefunden. Nach der Tat versetzten sie die Ringe und verpraßten das Geld der Regina Fisz bei einem gemeinsamen Festessen.

Besonders betroffen waren die Bahnhöfe. Der Bahnhof Kielce-Herby verwandelte sich in eine Falle für Juden aus allen ankommenden Zügen. Sie wurden aus den Waggons auf den Bahnsteig gestoßen und dort mit Eisen oder Steinen geschlagen bzw. erschlagen. Die in den Zügen nach Juden suchenden Pogromisten fanden auf den Bahnsteigen stets genug willige Helfer, sobald der Zug hielt. Allein auf dem Bahnhof Herby wurden an diesem Tag sieben Juden ermordet. Kurz nach 14 Uhr überfielen mordlüsterne Banditen auch auf der Bahnstation Piekarzowa bei Kielce einen Zug und töteten mehrere Juden. Insgesamt erschlugen sie in Zügen bzw. auf Bahnhöfen in und nahe Kielce an diesem Tag noch weitere 30 Juden bzw. Menschen, die sie für Juden hielten. Zu Gewaltakten gegen jüdische Reisende kam es auch außerhalb Kielces in Zügen der Linie Lublin-Wrocław.

Gegen 15.30 Uhr kam eine Armeebrigade aus Góra Kalwaria zu Hilfe und brachte Panzer mit Oberst Kupsza verhängte eine Ausgangssperre und schickte Militärpatrouillen durch die Stadt. Noch am selben Abend wurden 62 Teilnehmer an den Unruhen verhaftet. Auch Leutnant Zagórski und die Mitglieder der Polizeipatrouille, die am Morgen Kalman Singer in der Planty 7 verhaftet hatte, wurden festgenommen. Die Juden aus dem Hause Planty 7, die nicht verletzt worden waren, sowie die wenigen in Stadtwohnungen lebenden Juden wurden von der Sicherheitspolizei zu ihrem Schutz in den Baracken eines Stadions untergebracht und dort bewacht. Da die Sicherheitskräfte befürchten mußten, die Pogrommeute würde die verletzten Juden bis in die Krankenhäuser verfolgen, wurden die Verletzten aus dem örtlichen Krankenhaus ins Militärkrankenhaus gebracht und bewacht. Doch gegen feindselige Mitpatienten und unwilliges Krankenhauspersonal konnten Wachposten schwerlich helfen. Der amtierende Vorsitzende des Jüdischen Komitees der Wojewodschaft Kielce, Alpert, holte aus Czętochowa einen Arzt und Krankenschwester nach Kielce. Am nächsten Tag brachte Antek Zukermann, der letzte Kommandeur der Jüdischen Kampforganisation im Warschauer Ghettoaufstand nach dem Tode von Anielewicz, aus Warschau Arzneimittel und eine Gruppe von Ärzten und Schwestern mit. Am Sonnabend, dem 6. Juli, evakuierte schließlich ein Sonderzug des Polnischen Roten Kreuzes 28 verletzte und 60 andere Juden aus Kielce nach Łódź.

## Erste Reaktionen

---

<sup>15</sup> Witold Kula: Nasza w tym rola. Głos pesymisty, in: Marcin Kula.: Uparta sprawa. Żydowska? Polska? Ludzka?, Kraków 2004, S. 161.

Noch am Abend des 4. Juli 1946 fand ein politisches Meeting statt, auf dem eine Proklamation an die Einwohner von Kielce verabschiedet wurde. Am nächsten Tag schickte Präsident Bolesław Bierut eine Erklärung zum Pogrom an den Landesnationalrat (KRN). Aus Warschau wurde eine Untersuchungskommission unter Stanisław Steca sowie eine Delegation des Zentralkomitees der polnischen Juden mit [13:] Adolf Berman und Paweł Zelicki nach Kielce entsandt. Das Mitglied des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei, Zenon Kliszko, sprach auf einem Meeting in der Ludwikshütte und ließ eine Resolution verabschieden, die die kriminellen Taten der Reaktionäre verurteilte, die Nazimethoden auf Polen übertrugen. Eine Proklamation „An die Bürger der Stadt Kielce“ wurde plakatiert, sie war von Vertretern der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der Polnischen Bauernpartei (PSL), der Demokratischen Partei (SL), der Partei der Arbeit (SP) und den Gewerkschaften unterzeichnet.

Am 6. Juli trafen der Minister für Öffentliche Sicherheit, Stanisław Radkiewicz, der Staatsanwalt Dąb, eine Spezialkommission des Sicherheitsministeriums und eine des Justizministeriums in Kielce ein. Von den Sicherheitskräften wurden der Befehlshaber der Polizei in der Wojewodschaft (MO), Oberst Wiktor Kuźnicki, und sein Stellvertreter Major Kazimierz Gwiazdowicz verhaftet, weiterhin die Leutnante Dionizy Sidor, Stefan Sędek und Edmund Zagórski, verhaftet wurde auch der Leiter der Sicherheitspolizei (UB), Major Władysław Sobczyński. Bei einer Durchsuchung der Polizeischule durch Offiziere des Sicherheitsdienstes wurde bei fünf Polizisten (MO) Diebesgut aus dem Hause Planty 7 gefunden, diese Polizeischüler wurden ebenfalls verhaftet.

Am 8. Juli wurden die Opfer des Pogroms bestattet. Dem Trauerzug folgten 10.000 Menschen, unter ihnen der Minister für Wiederaufbau, Michał Kaczorowski, Dr. Adolf Berman vom Zentralkomitee der Polnischen Juden, der Minister für Öffentliche Sicherheit, Stanisław Radkiewicz, der Oberste Rabbiner der Polnischen Armee, Oberstleutnant Dawid Kahane, der Wojewode Eugeniusz Iwańczuk-Wiślicz, zahlreiche jüdische Delegationen von außerhalb sowie eine Delegation des Joint Distribution Committee. Regierungsvertreter beschuldigten in ihren Reden den bewaffneten reaktionären Untergrund, vor allem die faschistoiden „Nationalen Streitkräfte“ (NSZ) und die Organisation „Wolność i Niepodległość“ (WiN), illegale Nachfolgerin der aufgelösten Armia Krajowa im Untergrund, sowie Kräfte der Anders-Armee der polnischen Exilregierung, den Pogrom veranstaltet zu haben. Der Chefrabbiner der Polnischen Armee, Oberstleutnant Dawid Kahane, schrieb der katholischen Kirche eine Mitschuld zu, weil sie für die Glaubwürdigkeit der Ritualmordlüge gebürgt hatte.

## **Pulverfaß Kielce**

Warum war gerade Kielce ein solches Pulverfaß, daß die Lunte eines Gerüchts es entzünden konnte? In dieser Stadt bündelten sich politische, soziale und religiöse Gegensätze, die damals in ganz Polen auftraten. Nach sechs Jahren Krieg und Okkupationsherrschaft lag das Land in Trümmern, sechs Millionen seiner Bürger waren ermordet, davon drei Millionen polnischer Juden, 38 Prozent des materiellen Volksvermögens waren zerstört.<sup>16</sup> Die faschistische Besatzungsmacht hatte in die-[14:]sen Jahren auch Verhaltensweisen der Unterdrückten geprägt. Da man mit Arbeit eher verhungerte als überlebte, erreichten Schmuggel und Wirtschaftssabotage Kultstatus, die gewöhnliche und die Bandenkriminalität blühten.<sup>17</sup> Folge der Terrorherrschaft der Nazis war auch eine Brutalisierung polnischer Antisemiten, die Okkupanten hatten ihnen vorgeführt, daß ein Jude straflos mordbar war.

Die Ursachen der antijüdischen Xenophobie vieler Polen in Kielce können hier nur cursorisch benannt werden:

---

<sup>16</sup> Vgl. Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939-1945. Biuro Odszkodowań Wojennych przy Prezydium Rady Ministrów, Warszawa, styczeń 1945, in: Czesław Pili-[14:]chowski (Hg.): Ekspertyzy i orzeczenia przed Najwyższym Trybunałem Narodowym, Nr. IX, Warszawa 1982, S. 30.

<sup>17</sup> Vgl. Tomasz Szarota: Okupowanej Warszawy dzień powszedni. Studium historyczne, Warszawa 1988 (eine deutsche Ausgabe erschien 1985 unter dem Titel: Warschau unter dem Hakenkreuz); Czesław Madajczyk: Polityka III. Rzeszy w okupowanej Polsce, 2 Bd. Warszawa 1970, eine gekürzte deutsche Ausgabe besorgte 1987 Berthold Puchert unter dem Titel: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945, Berlin 1987.

a) Die von der katholischen Kirche genährte religiöse Feindschaft gegen die als „Gottesmörder“ verurteilten Juden war hier tief verwurzelt und der örtliche Bischof Czesław Kaczmarek ein leidenschaftlicher Propagandist dieser Tradition. Von einer religiösen Verwandtschaft zwischen Christen und Juden, wie sie heute der Vatikan verkündet, konnte keine Rede sein.

b) Ererbte war auch die soziale Feindschaft der lokalen polnischen Gesellschaft gegenüber dem jüdischen Bürgertum, eine Feindschaft, die nicht nur bei den wirtschaftlichen Konkurrenten der Juden in der entwickelten Industriestadt verbreitet war, sondern mehr noch bei der Stadtarmut, die beim Pogrom sehr aktiv war. Der Völkermord an den polnischen Juden hatte ein gewisses soziales Vakuum geschaffen, schreibt Gross, das prompt vom polnischen Kleinbürgertum ausgefüllt wurde. Viele dieser Polen erlebten das als sozialen Aufstieg und sie waren nach dem Krieg eisern entschlossen, ihre soziale Position zu verteidigen. Von daher hält Gross die unterste Schicht der polnischen Kleinbourgeoisie für die stärkste soziale Triebkraft bei der Zurückweisung der aus Lagern oder Emigration zurückkehrenden Juden. Sie hatten nicht nur Wohnungen und Werkstätten der Juden übernommen, sondern auch bestimmte soziale Stellungen und Funktionen als Kleinfabrikanten, Händler oder Handwerker. Diese Gruppen reagierten, so Gross, nicht nur mit entschiedener Feindseligkeit, sie entwickelten auch die stärkste Pogromenergie. Der Soziologe steht nicht an, die Nachkriegsmorde an überlebenden polnischen Juden als eine Form von sozialer Kontrolle zu bezeichnen.<sup>18</sup>

c) Als die geretteten Juden nach dem Krieg heimkehrten, erfaßte nicht wenige Polen die Angst, Wohnungen und gestohlenen jüdisches Eigentum zurückgeben zu müssen. 1939 hatten in Kielce 20,7 Prozent der Immobilien, 61,8 Prozent der Läden und Geschäfte sowie 56,7 Prozent der Handwerksbetriebe Juden gehört. Die ersten Versuche der Rückkehrer, ihr Vorkriegseigentum zurückzuerlangen, stießen auf die [15:] geballte Abwehr der polnischen Bevölkerung und auf den Unwillen der Staatsorgane, die kein Aufbrechen der Gegensätze wollten. Und obwohl die Regierung strikt den Kurs verfolgte, in dieser Hinsicht keine Restitutionszulassen, fürchteten die Bewohner, die Wohnungen räumen zu müssen.

Gross faßt in seinem Kielce-Buch noch einmal zusammen, wie verbreitet in der Besatzungszeit unter unmittelbaren Nachbarn Diebstahl und Plünderung jüdischen Eigentums waren. Seine Schilderungen reichen von bäuerlichen Fuhrwerken, die schlangestehend darauf warteten, daß die Deutschen die letzten Juden aus einem Städtchen abtransportierten, um plündernd über die verlassenen Wohnungen herzufallen, bis hin zu den Tausenden Grabräubern, die nach der Befreiung die Umgebung der Vernichtungsstätte Treblinka metertief nach „heißem Gold“ durchsuchten und eine Mondlandschaft hinterließen.<sup>19</sup>

d) Nicht nur Individuen, auch der polnische Staat war in die Disposition des jüdischen Eigentums involviert. Er übernahm nach der Niederlage der deutschen Okkupanten das von ihnen geraubte jüdische Eigentum und unterstellte es der Kontrolle der örtlichen Verwaltungen. Er vermied ein Restitutionsgesetz oder sonstige Rückgaberegeln, was Gemeinden und Städte, in die tatsächlich jüdische Einwohner zurückkehrten, vor schier unlösbare Probleme stellte. Die Juden trafen auf eine derartige Feindseligkeit, daß sie um ihr Leben fürchten mußten. In der Tat wurde viele Rückkehrer ermordet.

Verbrechen polnischer Bürger an Juden während der Okkupation wurden praktisch gerichtlich nicht verfolgt und bestraft, da die Nachkriegsjustiz daran nicht interessiert war, Anzeigen kaum bearbeitete und im Fall erzwungener Tätigkeit bestrebt war, den Umfang des Falls und die Zahl der Angeklagten so gering wie nur möglich zu halten. So trafen nicht wenige zurückgekehrte Juden auf Mörder und Peiniger ihrer Angehörigen, Plünderer ihres Eigentums. Da die Verwaltungen kleiner Städte sie nicht schützen konnten oder wollten, wurden die Juden alsbald in größere Städte eingewiesen, so in Kraków oder Kielce. Daher fanden die Nachkriegspogrome in mittleren und großen polnischen Städten statt.

---

<sup>18</sup> Vgl. Gross, Fear, S. 38, sowie 43-46.

<sup>19</sup> Vgl. Gross, Fear, S. 39-46. Gross schätzt, daß nicht weniger als eine halbe Million Polen sich in Kleinstädten und Dörfern direkt am Eigentum der ermordeten polnischen Juden bereichert hatten, samt Familienangehörigen rund fünfmal so viele Menschen, wie nach dem Krieg fürchteten, geraubtes, geplündertes oder auch zugewiesenes Eigentum zurückgeben zu müssen, siehe S. 47.

e) Für noch wichtiger als die Angst vor Rückgabeforderungen hält Gross allerdings mentale Ursachen: „Die Ursachen dieser neuen, vergiftenden Qualität des Antisemitismus in Nachkriegspolen muß man nicht in den kollektiven Halluzinationen oder den Vorkriegsbeziehungen suchen, sondern in den wirklichen Nachkriegserfahrungen. Solange niemand eine alternative Erklärung vorschlägt, müssen wir anerkennen, daß die unter den einfachen Polen weit verbreitete Approbation der nazistischen Extermination der Juden eine solche Gefühllosigkeit hervorrufen konnte. Die geretteten Juden waren Zeugnis der großen Niederlage an Charakter und Moralität [16:] ihrer polnischen Nachbarn, und durch ihre bloße Anwesenheit erinnerten sie daran und drohten, daß man sich vielleicht für seine Taten werde verantworten müssen (...) Die Juden waren für die Polen Schrecken einflößend und gefährlich nicht aus Gründen dessen, was sie den Polen getan hätten, sondern aus dem Grunde, was die Polen den Juden angetan hatten.“ Überall dort, wo Juden gefangen, verflucht, verraten oder erschlagen wurden durch ihre Nachbarn, rief ihr Erscheinen nach dem Kriege unter den Polen eine Mischung aus Scham und Verachtung hervor. Diese Gefühle aber verwandelten sich, so Gross, nicht in Trauer über ihre erschlagenen Nachbarn, sie wurden verdrängt oder nährten den Haß. „Wem wir Unrecht zugefügt haben, den hassen wir am meisten“, lautet sein Fazit im Anschluß an Tacitus.<sup>20</sup>

f) Der damalige Wojewode von Kielce beschrieb in seinen Memoiren zwei andere soziale Ursachen, die den Antisemitismus nährten. Einige der nach der Befreiung in politische oder wirtschaftliche Führungsfunktionen eingesetzten polnischen Juden hatten sich als unfähig oder korrupt erwiesen, doch mit Rücksicht auf ihr Schicksal waren sie nicht abgesetzt worden. Sehr zögerlich seien auch die Gerichte gewesen, wenn es darum ging, einen Juden wegen Wirtschaftsvergehen wie Mißbrauch oder Veruntreuung zur Rechenschaft zu ziehen.<sup>21</sup>

g) Mindestens so gravierend wie religiöse und soziale waren politische Gründe für den Judenhaß. Das ideologische Klima in Kielce wurde hochgradig von den „Nationalen Streitkräften“ (NSZ) bestimmt, die sich 1942 von den Militärformationen der Nationalpartei (Endecja) abgespalten hatten, weil sie sich nicht der Landesarmee (AK) unterstellen wollten. Die ideologische Position der NSZ war geprägt vom faschistischen Eidechsenbund (Związek Jaszczurczy). Ihre mit 2.000 Soldaten stärkste Formation, die „Świętokrzyska“-Brigade“ (Heiligkreuz), war nahe Kielce disloziert. Sie machte Jagd auf Juden, Kommunisten, Sozialisten und linke Funktionäre der Bauernpartei, auf entflozene sowjetische Kriegsgefangene, auf Partisanen der Volksarmee, was für sie sowieso alles dasselbe war, nämlich „Judenkommune“. In ihrem programmatischen Dokument von 1943 verkündeten die NSZ ihre Nachkriegsziele und den Entschluß, den Kampf gegen die deutschen Okkupanten abzuschwächen, um der Sowjetunion nicht zu helfen und gleichzeitig Polen von allen kommunistischen Partisanen, seien es polnische oder sowjetische zu „säubern“.<sup>22</sup> Die 1943 gebildeten Spezialabteilungen (AS) der NSZ bekämpften im Auftrag und in unmittelbarer Absprache mit der Gestapo Radom linke polnische Widerstandsbewegungen und koordinierten ihre Kommunistenmorde mit ihr.<sup>23</sup> Die Gestapo [17:] gestattete ihnen sogar, in Cząstochowa ein geheimes Gefängnis zu unterhalten, in dem polnische Kommunisten gefoltert und ermordet wurden. Nachdem im Sommer 1944 die Führung der NSZ gewaltsam ausgeschaltet worden war, schloß die neue Führung ein formelles Kollaborationsabkommen mit der nazistischen Sicherheitspolizei. Ein Teil der NSZ-Kräfte zog sich 1945 mit der Wehrmacht zurück, sie sollten dann von der Luftwaffe im Hinterland der Front abgesetzt werden, was aber nur vereinzelt gelang.

Nach der Befreiung setzten die verbliebenen Formationen der NSZ ihre Tätigkeit fort, jetzt gegen die Rote Armee und die polnische Volksmacht. Die NSZ mordeten weiter Juden und Kommunisten und kämpften jahrelang mit rund 20.000 Bewaffneten gegen die Regierungskräfte. Wie während der

<sup>20</sup> Ebenda, S. 256.

<sup>21</sup> Eugeniusz Iwańczuk-Wiślicz, zitiert nach: Antyżydowskie wydarzenia kieleckie 3-4 lipca 1946 roku. Dokumenty i materiały, oprac. Stanisław Meducki, Bd. II, Kielce 1994, S. 83.

<sup>22</sup> O co walczą Narodowe Siły Zbrojne, abgedruckt bei Narodowe Siły Zbrojne. Dokumenty, struktury, personalia. Wybór, opracowanie, przypisy i wstęp: Leszek Żebrowski, Bd 1, Warszawa 1994, S. 76.

<sup>23</sup> Siehe dazu Dok. 171 in: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945) (= Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945, Bd. 2), Berlin 1989, S. 294 f. Quelle: BA, R 70, Bd. 194 (Außendienststelle Tomaszów des KdS Radom)

Okkupation konzentrierten sich die Verbände der NSZ wiederum in der Wojewodschaft Kielce. Erst 1947 konnten ihre Verbände zerschlagen werden. Heute rühmen sich die Lobschreiber der NSZ, 1946 sei Kielce die am meisten antikommunistische Stadt Polens gewesen.<sup>24</sup>

h) Neben den Gründen, die die Stadt Kielce zum Pulverfaß eines explosiven Antisemitismus machten, spielte für den Zeitpunkt des Pogroms die landesweite Situation eine große Rolle. In Teilen Polens tobte ein Bürgerkrieg, die Wojewodschaft Kielce bildete einen der Kampfplätze. Der verdeckte Bürgerkrieg gegen kommunistische Partisanen hatte bereits 1943, noch unter der Okkupationsherrschaft begonnen.<sup>25</sup> Nach der Befreiung wurde er von 1944 bis 1948 gegen die Volksmacht weitergeführt. In diesem räumlich und waffenmäßig begrenzten Krieg gab es nur politische, keine territorialen Frontlinien. Doch die Grausamkeit und Heimtücke der aus dem Untergrund operierenden antikommunistischen bewaffneten Kräfte trugen erheblich zur Polarisierung und Verrohung der Gesellschaft bei.

Die Kämpfe bewaffneter Formationen gegen die polnische Regierung hatten sich im ersten Halbjahr 1946 ausgeweitet. Verteidiger der jungen, noch ungefestigten Volksmacht wurden von ihren Gegnern durchweg als „Juden“ stigmatisiert. Zur Parteinahme höchster Vertreter des polnischen Klerus im Bürgerkrieg gehörte, daß sie den Juden eine führende Rolle in der Polnischen Arbeiterpartei und vor allem im Sicherheitsdienst zuschrieben und Morde an Juden mit der durch den Bürgerkrieg entfesselten Wut entschuldigten. Noch heute erzeugt die blühende Phantasie polnischer Antisemiten mehr jüdische Kommunisten im Sicherheitsdienst von 1946 als überhaupt polnische Juden lebten.

i) Zusätzlich zum Bürgerkrieg befand sich das Land zur Zeit des Kielcer Pogroms in einem politischen Fieber. Wenige Tage zuvor, am 30. Juni 1946, hatte ein Referendum über die Nationalisierung der Industrie und der Banken, über die Agrarreform mit ihrer Enteignung des Großgrundbesitzes und über die neue Westgrenze Polens [18:] stattgefunden. Die Kampagne zum Referendum hatte nicht nur alle die Koalitionsregierung unterstützenden Kräfte mobilisiert, sondern ebenso die Opposition. Die Situation wurde noch dadurch kompliziert, daß der Chef der Polnischen Bauernpartei (PSL), Stanisław Mikołajczyk, zwar als Vizepremier in der Regierung saß, seine Partei aber zugleich mit Vertretern des bewaffneten Untergrundes kooperierte. Der Pogrom fand also in einer politisch äußerst zugespitzten Situation statt. Der Volksentscheid lag vier Tage zurück, seine Ergebnisse wurden erst acht Tage später bekanntgegeben.

### **Das Versagen der Sicherheitskräfte und der Verwaltung**

In dem Bericht des Stabes der 2. Warschauer Infanteriedivision, unterschrieben von Oberst Kupsza, über ihren Einsatz am 4. Juli 1946 heißt es: „Inzwischen sammelten sich beim Haus Planty 7 Menschenmassen, die gemeinsam mit der Polizei die Wohnungen demolierten und die dort wohnenden Juden erschlugen. Die sofort entsandten Kräfte der Armee und des Inneren Sicherheitskorps (KBW) vermischten sich mit der Menge und der Polizei und nahmen ebenfalls an den Ausschreitungen teil, erschlugen und malträtierten Juden, aber überfielen auch intervenierende Funktionäre des Sicherheitsdienstes (UBP). Es gab zahlreiche Fälle, bei denen die verwundeten Juden von Soldaten und Polizisten mit Kolben erschlagen wurden.“<sup>26</sup>

Die Kopflosigkeit der staatlichen, politischen und kommunalen Führungskräfte vor Ort ist das bis heute undurchsichtigste Kapitel. Natürlich war der Antijudaismus nicht auf die äußerste Rechte beschränkt. Der Warschauer Historiker Andrzej Garlicki schreibt, 1946 waren in Kielce antisemitische Haltungen innerhalb der Polizei (MO), der Armee und des Sicherheitsdienstes (UB) allgemein verbreitet.<sup>27</sup> Nur so ist zu erklären, daß ein Teil der Funktionäre von Anfang an aktiv an den Gewalttaten teilnahm. Aber auch Angehörige der Polizei und der Armee, die solcher Haltung fernstanden, unterwarfen sich dem ideologischen Druck der in Kielce vorherrschenden Stimmung und wollten angesichts des Mobs nicht

<sup>24</sup> Vgl. Zeszyty do historii Narodowych Sił Zbrojnych, Tom 1, Chicago 1961; Zbigniew S. Siemaszko: Narodowe Siły Zbrojne, Londyn 1982; Żebrowski, Narodowe Siły Zbrojne, Bd. 1, 1994, Bd. 2, 1996.

<sup>25</sup> Vgl. Ryszard Nazarewicz: Drogi do wyzwolenia. Koncepcje walki z okupantem w Polsce i ich treści polityczne 1939-1945, Warszawa 1979.

<sup>26</sup> Zit. nach Jan Śledzianowski: Pytania nad pogromem kieleckim, Kielce 1999, S. 72 ff.

<sup>27</sup> Andrzej Garlicki: Dom na Plantach, in: *Polityka* Nr. 27/2001 (2305) 7 lipca 2001, S. 62.

als „Verteidiger der Juden“ gelten. Die Polizisten und Soldaten waren von dem Glauben an die Ritualmordlüge keineswegs ausgenommen. So ist es kein Wunder, daß die Pogromisten die eingesetzten Polizisten und Soldaten hochleben ließen, als diese ihnen die Juden aus dem Haus Plantystraße 7 zum Lynchmord auslieferten. Andererseits richtete sich die Gewalt auch gegen einzelne Funktionäre des Sicherheitsdienstes, die intervenierten.

Anordnungen der Regierung zur Auseinandersetzung mit antisemitischen Erscheinungen in staatlichen Organen wurden nicht nur in Kielce von niederen Ebenen oft ignoriert; ihre ständige Wiederholung verweist auf ihre Wirkungslosigkeit und den mangelnden Nachdruck. Entsprechend häuften sich Beschwerden der Vertreter des Jüdischen Komitees vor Ort über fehlenden Schutz durch örtliche Staatsorgane.

[19:] Garlicki hält es für die wahrscheinlichste Variante, daß die Behörden von den Ereignissen einfach überrascht wurden. Ohne Hilfe von außen hätten sie die Situation nicht beherrschen können. Ihre Ratlosigkeit führt er auf die Befürchtung zurück, daß der Aufruhr angesichts der Massenwirkung der Pogromlosungen in einen allgemeinen Aufstand umschlägt.<sup>28</sup>

Viel simpler erklären die Situation die Erfinder einer NKWD-Provokation: Die Sicherheitsdienste hätten keineswegs versagt, sondern bestens funktioniert, ihr Versagen war ihre befohlene Rolle. In ihrer antisowjetischen Phobie unterstellen sie ein direktes und ungehindertes „Durchregieren“ sowjetischer Berater bis zur untersten polnischen Ebene.

Tatsächlich wurde die Handlungsunfähigkeit durch den Ressortegoismus und die Selbstherrlichkeit der Offiziere der einzelnen Formationen noch gesteigert. Der Kommandeur der Polizei, Oberst Wiktor Kuźnicki, weigerte sich, seine Kräfte dem Sicherheitsdienst zu unterstellen, weil es hier um eine politische Angelegenheit ging. Der Chef des Sicherheitsdienstes wiederum, Major Sobczyński, weigerte sich, eine ihm unterstehende Sturmkompanie einzusetzen, weil die Männer von einem nächtlichen Kampf gegen die NSZ erschöpft seien. Zwischen beiden Zweigen der Sicherheitsorgane und ihren beiden Leitern herrschte schon vorher ein unterirdischer Krieg. Die Sicherheitspolizei warf dem Chef der Polizei vor, er beschäftige hohe AK-Offiziere in seinen Reihen und sei ein Antisemit. Der Chef der Sicherheitspolizei selbst war als Antisemit bekannt.<sup>29</sup> Nachdem offensichtlich war, welche Rolle die Polizisten im Haus Plantystraße 7 spielten, befahl Sobczyński dem Stellvertretenden Befehlshaber der Polizei, Gwiazdowicz, die Polizeikräfte aus dem Gebäude zurückzuziehen.<sup>30</sup> Doch dieser lehnte das ab. Er wisse selber, was er zu tun habe und brauche keine Befehle von anderer Seite. Beide Offiziere gaben an ihre jeweiligen Kräfte vor Ort einander widersprechende Befehle. Dieses Durcheinander kann nicht damit erklärt werden, daß es den Leitern der Sicherheitsorgane an Durchblick gefehlt hätte. Sie waren durch die Sicherheitspolizisten vor Ort laufend über das Geschehen informiert.

Das totale Chaos war in der Weigerung des Oberst Kuźnicki begründet, mit Major Sobczyński zu einem Agreement zu gelangen. Er beriet sich mit seinem obersten Vorgesetzten, dem Hauptkommandanten der Polizei (MO), General Franciszek [20:] Józwiak in Warschau, der ihm dringend anriet, seine Aktionen mit der Sicherheitspolizei zu koordinieren. Doch Kuźnicki mißachtete dies, da Józwiak ihm eine direkte Unterordnung unter Sobczyński nicht befohlen hatte. An eindeutigem und energischem Handeln ließen es nicht nur die Offiziere vor Ort, sondern auch ihre höchsten Warschauer Vorgesetzten fehlen. Jakub Berman, im Politbüro der PPR für die Sicherheit zuständig, und Sicherheitsminister Stanisław Radkiewicz, mit denen Sobczyński verhandelte, wiesen seine Vorschläge,

---

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> In „Wokół pogromu kieleckiego“ wird als Dok. Nr. 22, S. 205 f. ein Dienstzeugnis für Sobczyński vom 13. Februar 1952 abgedruckt, indem er als energischer Mitarbeiter und guter Organisator gelobt wird, dessen politische Bildung schwach sei und der nichts getan habe, sein ideologisches Niveau zu heben, was ihn hinderte, sich richtig zu orientieren und Entscheidungen in operativen Fragen zu treffen. Er wurde 1952 aus dem Sicherheitsdienst entlassen. (S. 205 f.)

<sup>30</sup> Dieser Befehl widerspricht der späteren Aussage des Wojewoden, Iwańczuk-Wiślicz, Sobczyński hätte völlig den Kopf verloren, die der Wojewode am 29. Mai 1962 in einem Bericht für die Abteilung für Parteigeschichte des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei niedergeschrieben hat. Siehe: Wokół pogromu kieleckiego, Dok. 26, S. 207 ff., sowie Dok. 47, S. 269 ff.

radikal gegen die Menge der Pogromisten vorzugehen, zurück. Der Vizeverteidigungsminister General Marian Spychalski, vom Kommandeur der 2. Infanteriedivision, Major Kazimierz Konieczny, angerufen, erteilte ihm den Befehl, unter gar keinen Umständen auf die Menge schießen zu lassen. Alle wollten nicht als Parteigänger der Juden gegen „das Volk“ erscheinen.

Auch der Wojewode<sup>31</sup>, der Bürgermeister und die Leitungen der wichtigsten Regierungsparteien PPR und PPS waren zu entschiedenem Handeln nicht fähig. Auch sie fürchteten, bei energischem Eingreifen als „Juden“ oder „Judenknechte“ verschrien zu werden. Dafür ist folgende Episode bezeichnend: Nachdem die Leiter der Polizei und des Sicherheitsdienstes ihre jeweiligen Minister verständigt und um Hilfe gebeten hatten, fand mittags beim ersten Sekretär des Wojewodschaftskomitees der PPR, Józef Kalinowski, eine Beratung statt, an der Sobczyński, der Vizewojewode Henryk Urbanowicz und Julian Lewin, Leiter der Personalabteilung des Wojewodschaftskomitees der PPR, teilnahmen. Nach einer halbstündigen Beratung darüber, wer zu der Menge vor dem Haus Planty 7 sprechen sollte, gingen sie ergebnislos auseinander. Der Parteisekretär Kalinowski wollte nicht sprechen, weil er seine Partei nicht in den Ruf bringen wollte, eine „Judenpartei“ zu sein, der Vizewojewode nicht, weil er wie ein Jude aussah und Julian Lewin nicht, weil er Jude war.

### **Gerichtsprozesse und Umbesetzungen**

Zur Untersuchung des Pogroms trafen in Kielce je eine Kommission des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit und des Justizministeriums ein. Sie ließen die Leiter der Polizei und des Sicherheitsdienstes sowie weitere Polizisten verhaften. Das Oberste Militärgericht Polens reiste nach Kielce, um die Morde an Ort und Stelle gerichtlich zu ahnden. Am Tage nach der Beerdigung der Toten begann ein erster Prozeß gegen zwölf Angeklagte, vier Polizisten sowie acht Arbeiter und Handwerker, eine mehr oder weniger zufällige Auswahl aus Hunderten Pogromisten. Allerdings waren die vier Mörder von Regina Fisz unter ihnen. Sie wurden der Aufhetzung zur Gewalt, der gefährlichen Körperverletzung und des Mordes angeklagt. Auch die Zivilisten wurden – entgegen den Protesten der Verteidiger – der Militärgerichtsbarkeit unterworfen. Die Anklageschrift unterstellte, daß der Pogrom von der WiN, der NSZ und anderen Kräften erregt worden sei, „die zur Zeit keinen [21:] anderen Weg sähen, die gegenwärtige polnische Realität zu negieren“. Im Urteil war davon keine Rede mehr.

Der Prozeß dauerte zweieinhalb Tage und konnte weder den Pogrom rekonstruieren noch die individuelle Schuld der Angeklagten ermitteln und schon gar nicht eine unmittelbare Inszenierung des Pogroms durch Abgesandte der Anders-Armee beweisen. Schon am 11. Juli wurden die Urteile verkündet, neun Angeklagte, darunter die vier Polizisten, wurden zum Tode verurteilt, die drei weiteren zu sieben und zehn Jahren bzw. zu lebenslänglicher Haft. Die Todesurteile wurde am 12. Juli vollstreckt, nachdem Präsident Bolesław Bierut eine Begnadigung abgelehnt hatte. Die Vollstreckung wurde plakatiert, aber nicht den Angehörigen mitgeteilt und auch nicht in der Presse veröffentlicht. Für die Verurteilten traten 16.000 Arbeiter der Industriestadt Łódź und weitere in Radom in einen Solidaritätsstreik.

In drei weiteren, diesmal nichtöffentlichen Prozessen standen 22 Polizisten, Soldaten und Zivilisten von September bis Dezember 1946 wegen Gewalttaten und Diebstahls vor Gericht. Ein Soldat des Inneren Sicherheitskorps (KBW) wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Auch einige Offiziere und Soldaten des 4. Regiments der 2. Warschauer Infanteriedivision erhielten Haftstrafen. Die Polizisten wurden mit wenigen Ausnahmen freigesprochen. Gegen die meisten Schinder und Mörder wurde nie ermittelt. Den Pogrom aufzuklären hatten die Gerichte nicht vermocht.

Am 13. Dezember 1946 wurden der Leiter des Sicherheitsdienstes, Major Sobczyński, der Chef der Polizei in Kielce, Oberst Kuźnicki, und sein Stellvertreter Major Gwiazdowicz vor dem Obersten Militärtribunal in Warschau wegen der Verletzung ihrer Amtspflichten angeklagt. Allein Kuźnicki, der ein öffentliches Verfahren gefordert hatte, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er sich am 4. Juli 1946 Sobczyński nicht untergeordnet hatte. Im Oktober 1947 wurde er nach einem Hungerstreik entlassen, er starb wenig später. Sobczyński und Gwiazdowicz wurden freigesprochen.

---

<sup>31</sup> Nach einem Motorradunfall trug der Wojewode Eugeniusz Iwańczuk-Wiślicz ein bereits im Krieg verwundetes Bein in Gips und war an diesem Tage bettlägerig.

Wegen Nichterfüllung ihrer Amtspflichten ihrer Posten enthoben wurden im August 1946: der erste Sekretär des Wojewodschaftskomitees der Polnischen Arbeiterpartei, Kalinowski, der Vizewojewode Urbanowicz, der Bürgermeister Aleksander Chachaj, der stellvertretende Divisionskommandeur Major Konieczny und weitere Funktionäre. Der Staatsanwalt Jan Wrzeszcz aber wurde gefeuert, weil er seine Amtspflichten ernst genommen, sich aber nicht durchgesetzt hatte.

### Stellungnahmen des Episkopats

Jechiel Alpert wohnte 1945/46 in der Plantystraße 7 und war stellvertretender Vorsitzender des Jüdischen Komitees in Kielce. Als im Oktober 1945 unbekannte Täter Granaten in das Haus warfen, wodurch fünf Juden starben, begaben sich Alpert und der Vorsitzende der religiösen Kongregation, Eisenberg, zum örtlichen Bischof der katholischen Kirche, Czesław Kaczmarek, und baten ihn, er möge auf die Geistlichen seiner Diözese und über diese auf die polnische Gesellschaft Einfluß nehmen, [22:] damit sie die Situation der wenigen überlebenden Juden verstünden und sie nicht weiter verfolgten. Im August 1967 gab Alpert in Israel über dieses Gespräch zu Protokoll:

„Er lächelte und sagt: Es ist verwunderlich, daß Sie damit zu mir kommen, Sie lesen doch sicher die Presse und wissen, daß wir keinerlei Einfluß haben. Wie kann ich auf meine Seelchen einwirken, wenn ich gar nichts zu sagen habe (...) Mit solcher Ironie sagte er das. Später meinte er: Wissen Sie, die Juden sind doch fähige Kaufleute, tüchtige Ärzte und Advokaten. Polen ist zerstört und braucht alle Kräfte. Warum beschäftigen sich die Juden nicht mit dem, wozu sie fähig sind, warum befassen sie sich mit Politik? Können sie sich vorstellen, wie es aussieht, wenn ein Priester ins Ministerium kommt und dort sitzt eine Jüdin, Gott weiß woher, und mit Arroganz und Schamlosigkeit wendet sie sich an unsere Geistlichkeit? Was macht das für einen Eindruck? Der Bischof versprach keine Hilfe und leistete auch keine.“<sup>32</sup>

Während des Pogroms war Bischof Kaczmarek zur Erholung. In seiner Abwesenheit verfaßte der Generalvikar der Diözese Kielce, Piotr Dudziec, am 6. Juli 1946 eine Erklärung, die am folgenden Sonntag in den Kirchen der Stadt verlesen wurde. Darin wurden die Ereignisse tragisch genannt, aber nicht als Pogrom bezeichnet und auch nicht als Verbrechen verurteilt. Alle Katholiken wurden aufgerufen, Frieden zu halten und die Selbstbeherrschung zu bewahren. Erst in einer zweiten Erklärung der Diözese vom 11. Juli wurde das Massaker ein Verbrechen genannt, das Gottes Geboten widerspreche und kategorisch zu verurteilen sei. Für besonders verurteilenswert hielten die Verfasser, daß die Morde vor den Augen von Kindern und Jugendlichen passiert waren. Mit keinem Wort erinnerte die verlesene Erklärung daran, daß es sich hier um einen antijüdischen Pogrom an Überlebenden des Völkermords gehandelt hat, mit keinem Wort an das Gerücht über die Entführung eines christlichen Kindes durch Juden mit der Absicht eines rituellen Mordes. Jemand hatte jemanden erschlagen, unbekannt aus welchem Grunde. Nur ganz allgemein war die Rede von „Ereignissen, die das Leben vieler Menschen auslöschten“.<sup>33</sup>

Der damalige Primaś der römisch-katholischen Kirche in Polen, August Kardinal Hlond, hatte im Juni 1946, nur wenige Tage vor dem Pogrom, erklärt: „Solange die Juden regieren, wird es Ärger geben, und die Menschen werden Vergeltung üben.“ Als sie zur Tat geschritten waren, war Hlond nach Angaben des US-Botschafters Artur Bliss-Lane „von dem Kielcer Massaker tiefbewegt“. Auf Anregung des Botschafters gab der Primaś am 11. Juli ausschließlich vor US-Journalisten eine offizielle Erklärung ab, in der es hieß, die Ereignisse von Kielce dürfe man nicht dem Rassismus zuschreiben. Für die Störung der „guten Beziehung“ zwischen Polen und [23:] Juden trügen „in großem Maße jene Juden die Verantwortung, die in Polen auf führenden Positionen im staatlichen Leben stehen“.<sup>34</sup>

Artur Bliss-Lane war von Juli 1945 bis Januar 1948 Botschafter der USA in Polen. Höchste katholische Würdenträger Polens konspirierten mit ihm gegen ihre eigene Regierung. Im Unterschied zu

<sup>32</sup> Jechiel Alpert: Zeznanie złożone dn. 4. sierpnia w Halamie (Israel). Oprac. Ida Fink (Ms), hier zitiert nach: Adam Michnik o pogromie kielceckim, *Gazeta wyborcza*, Warszawa, 9.6.2006. Vgl. Auch die Befragung von Alpert durch die Untersuchungskommission des IPN, durchgeführt vom Friedensrichter in Tel Aviv am 16. Juli 1996, die polnische Übersetzung ist abgedruckt in: *Wokół pogromu kieleckiego*, Dok. 71, S. 357 ff.

<sup>33</sup> Abgedruckt bei Jan Śledzianowski: *Pytania nad pogromem kielceckim*, Kielce 1999, S. 165.

<sup>34</sup> Abgedruckt in: *Antyżydowskie wydarzenia kieleckie 4 lipca 1946 roku. Dokumenty i materiały*, oprac. Stanisław Meducki, Bd. II, S. 117-118.

anderen US-Diplomaten wie z. B. dem Marineattaché<sup>35</sup> war Bliss-Lane von Anfang an überzeugt, es handele sich um eine Provokation des NKWD, und der Kardinal bestärkte ihn darin. Bliss-Lane berichtete seiner Regierung nach Washington: „Der Pogrom war kein spontaner Ausbruch des Hasses, sondern eine sorgfältig organisierte Verschwörung.“ Die Memoiren des Botschafter wurden auf polnisch 1984 in Warschau in dem Untergrundverlag „Krağ“ veröffentlicht.<sup>36</sup>

Obwohl ihn die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs drängten, einen Hirtenbrief zum Kielcer Pogrom zu veröffentlichen, lehnte Hlond das entschieden ab. Doch nicht nur der Primaś und der Bischof von Kielce weigerten sich, den Pogrom von Kielce zu verurteilen. Auch der damalige Metropolit von Kraków, Adam Kardinal Sapieha, und der damalige Bischof von Lublin und Nachfolger Hlonds als Primaś, Stefan Wyszyński, lehnten dies ab. Sie alle behandelten den Antisemitismus als etwas völlig normales.

Nur ein einziger Bischof der römisch-katholischen Kirche Polens hatte damals den Mut, die Ritualmordlegende das zu nennen, was sie immer war, eine Zwecklüge. Bischof Teodor Kubina<sup>37</sup> richtete einen Aufruf an die Bevölkerung der Stadt und der Wojewodschaft, den der Bürgermeister, der Kreisstarost und die Vorsitzenden der Räte von Stadt und Kreis Czeřochowa unterschrieben. Darin hieß es:

„Nichts, absolut nichts rechtfertigt das den Zorn Gottes und der Menschen verdienende Verbrechen von Kielce, dessen Hintergrund und Ursachen in dem verbrecherischen Fanatismus und der nicht zu rechtfertigenden Unwissenheit zu suchen sind. Der Fanatismus jener, die sich für ihre verbrecherischen Ziele der Begriffe des verschwundenen Mittelalters bedienen, der dem Glauben der christlichen Gesellschaft fremd ist und ebenso den Prinzipien des Zusammenlebens aller Mitbürger des Landes ohne Unterschied der Nationalität und des Bekenntnisses, zettelte das Verbrechen an und beutete die Unwissenheit anderer für dessen Ausführung aus.

[24:] Die einen wie die anderen sind rückhaltlos und ohne irgendwelche Vorbehalte nach allem Verständnis göttlichen und menschlichen Rechts als Verbrecher zu verurteilen (...)

Jegliche Behauptungen über die Existenz von Ritualmorden sind gelogen. Niemand aus der christlichen Gesellschaft, weder in Kielce noch anderenorts in Polen, wurde durch Juden für religiöse und rituelle Zwecke geschädigt. Es gibt keinen einzigen uns bekannten Fall der Entführung eines christlichen Kindes durch Juden. Alle verbreiteten Nachrichten dieser Art sind bewußte Erfindungen der Verbrecher oder unbewußter, verwirrter Menschen, und sie richten sich darauf, Verbrechen hervorzurufen.

Deshalb appellieren wir an alle Bürger Czeřochowas und der Wojewodschaft Kielce ohne Ausnahme, besonders an alle Menschen guten Willens, den verbrecherischen Interpretationen und Gerüchten kein Gehör zu schenken, sie an den Quellen zu überprüfen, ihnen in ihrer nächsten Umgebung entgegenzutreten und sich mit allen Kräften den Möglichkeiten, irgendwelche Exzesse gegen die jüdische Bevölkerung hervorzurufen, entgegenzustellen.

Wir glauben, daß die aufgeklärte Bürgerschaft und die den Prinzipien der christlichen Moral verbundene Einwohnerschaft der Stadt Czeřochowa und der Wojewodschaft Kielce den verbrecherischen Einflüsterungen kein Gehör schenken und sich nicht beflecken wird, die Hand gegen einen Mitbürger nur deshalb zu erheben, weil er anderen Glaubens oder anderer Nationalität ist.“<sup>38</sup>

Kubina war nicht irgendein Bischof der römisch-katholischen Kirche, sondern Bischof von Czeřochowa, der Stadt mit der Kathedrale von Jasna Góra, in der das größte Heiligtum dieser Kirche hängt, das Bildnis der schwarzen Madonna. Um so heftiger fiel die Reaktion des polnischen Episkopats gegen ihn aus. Am 5. September tagte die nächste Konferenz aller Bischöfe des Landes. Sie „verpflichtete die einzelnen Bischöfe, sich jeder individuellen Stellungnahme zu allen, ohne jede

<sup>35</sup> Vgl. Den Bericht des Marineattachés R.V. Mroziński vom 8. Juli 1946 in: Wokół pogromu kieleckiego Dok. 9, S. 162.

<sup>36</sup> Artur Bliss-Lane: Widziałem Polskę zdradzoną Warszawa 1984, S. 133. Die amerikanische Originalausgabe erschien unter dem Titel „I saw Poland betrayed. An American Ambassador reports zu the American People, Indianapolis and New York 1948.

<sup>37</sup> Vgl.: Ks. Jan Związek: Biskup Teodor Kubina. Rodak świętochłowski – pierwszy biskup czeřocbowski. Referat wygłoszony na uroczystej sesji Rady Miasta Świętochłowice 3 lutego 2001 z okazji 50. rocznicy śmierci ks. Bp. Teodora Kubina, in: Wiadomości Diecezjalne Archidiecezji Katowickiej, Katowice 2001.

<sup>38</sup> Hier zitiert nach: Adam Michnik o pogromie kieleckim, *Gazeta Wyborcza*, 9.6.2006.

Ausnahme, Ereignissen im Lande zu enthalten, um keine Situation wie nach den Vorfällen in Kielce zu schaffen (...), daß ein einzelner Ordinarius einer Diözese (...) an der Herausgabe eines Aufrufes mitwirkt, dessen Inhalt und dessen Absichten die anderen Ordinarien der Diözese aus prinzipiellen geistigen und kanonischen Voraussetzungen der katholischen Kirche für unannehmbar hielten.“<sup>39</sup>

Die anderen Bischöfe sahen in Kubinas Aufruf eine indirekte Unterstützung des Standpunktes der Staatsmacht gegenüber dem Pogrom, und sie weigerten sich strikt, den Pogrom als Pogrom zu verurteilen, weil sie diese Staatsmacht nicht unterstützen wollten. Kubina war beileibe kein weißer Rabe unter den polnischen Bischöfen. Er teilte deren Antikommunismus, nur nahm er die Gebote der christlichen Moral, nämlich das Mordverbot und die Nächstenliebe, ernster. Doch in der polnischen katholischen Kirche blieb für die nächsten Jahrzehnte der Standpunkt des Primaś und des Bischofs Kaczmarek gegenüber dem Pogrom maßgebend, und der lautete:

[25:] Diese Gebote gelten nicht gegenüber der „Judenkommune“, die Juden sind selbst schuld am Judenmord, weil sie politisch für die Volksmacht wirken.“<sup>40</sup>

### **Das Memorandum des Bischofs Kaczmarek**

Im Juli 1946 berief der Bischof von Kielce, Czesław Kaczmarek, eine Kommission unter Leitung von Prof. Mieczysław Żywczyński aus Płock zur Untersuchung der Umstände des Pogroms. Deren 18seitiges Memorandum wurde nicht veröffentlicht, sondern am 1. September 1946 von Bischof Kaczmarek persönlich dem US-Botschafter Artur Bliss-Lane vertraulich übergeben und außerdem an den Vatikan geschickt.<sup>41</sup> Am 19. September 1946 informierte der Botschafter den Außenminister in Washington darüber und sandte eine Zusammenfassung samt Schlußfolgerungen mit. Die Mitarbeiter der Botschaft hatten in ihrem Papier die Position des Bischofs prägnant erfaßt:

„Das Memorandum pointiert, daß während der deutschen Okkupation in Polen kein Antisemitismus war (...) Die Tatsache, daß Juden die Hauptpropagandisten des Kommunismus in Polen sind, habe eine Antipathie ihnen gegenüber in Polen geschaffen, wo ihre Überreste gerade ankommen.

Eine Anzahl von Kindern, so fügt der Bischof hinzu, sind in den letzten vier Monaten vor dem Pogrom in Kielce verschwunden und das Gerücht hat dies den Juden zugeschrieben. Die Tatsache, daß die Polizei keinerlei Aktion unternahm, hat die Vermutung bestätigt, daß Juden in Polen unverletzlich sind.

Die Schlußfolgerung des Memorandums lautet, daß ‚bestimmte jüdische kommunistische Vertreter in Kollaboration mit den lokalen Stellen des Sicherheitsdienstes entscheiden, einen Pogrom zu inszenieren, um zu zeigen, daß Polen unsicher ist, daß es antisemitisch ist, daß die Kirche reaktionär ist, daß es dringend ist, die Vorbereitungen für die Emigration der Juden aus Polen zu treffen‘.“<sup>42</sup>

Das Memorandum sollte nicht nur den Pogrom rekonstruieren, sondern vor allem der Regierungspropaganda darüber entgegentreten. Es bildet insofern ein signifikantes Dokument dafür, wie sehr sich die katholische Kirche in den politischen Kampf gegen den „Kommunismus“, sprich gegen die regierenden Polnischen Arbeiterparteien PPR und PPS, engagierte. Zu diesem Zweck untersuchte es vor allem den ersten Gerichtsprozeß gegen zwölf der Pogromisten und bezeichnete ihn zutreffend als eine Travestie der Justiz.

[26:] In einem Essay zum 60. Jahrestag des Pogroms hat der Chefredakteur der liberalen *Gazeta Wyborcza*, Adam Michnik, dieses im Wortlaut wenig bekannte Memorandum des Bischofs als ein Dokument trauriger Traditionen des polnischen Katholizismus ausführlich zitiert.<sup>43</sup> Kaczmarek fragte in dem Memorandum, wer denn den angeblich entführten Jungen zu seiner lügenhaften Geschichte

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Vgl. Ryszard Gryz: Stanowisko Kościoła katolickiego wobec pogromu Żydów w Kielcach. Stan badań, in: *Nasza Przeszłość. Studia z dziejów Kościoła i kultury katolickiej w Polsce*, Bd. 93, Kraków 2000; John Micgiel: Kościół katolicki i pogrom kielecki, in: *Niepodległość*, Bd. 25, New York 1992; Ronald Modras: *Kościół katolicki i antysemityzm w Polsce w latach 1933-1939*. Tłum.: Witołd Turopolski, Kraków 2004.

<sup>41</sup> Das Memorandum wird zitiert nach: Jan Śledzianowski: *Pytania nad pogromem kieleckim*, Kielce 1999, S. 120 ff. Es wird auch vollständig abgedruckt in: *Wokół pogromu kieleckiego*, Dok. 22, S. 185 ff.

<sup>42</sup> Abgedruckt in: *Wokół pogromu kieleckiego*, Dok. 23, S. 202 f.

<sup>43</sup> Adam Michnik o pogromie kieleckim, *Gazeta Wyborcza* vom 10.6.2006.

angestiftet habe und kommt zu der Schlußfolgerung, es könnten die Juden selbst gewesen sein, die den Pogrom provoziert hätten. Und so kam er als erster auf diese heute verstärkt kolportierte These:

„Bevor auf diese Frage geantwortet wird, ist es nötig, an zwei miteinander verbundene Erscheinungen zu erinnern. Erstens ist es eine Tatsache, daß die europäischen Juden Druck auf Großbritannien ausüben wollen, damit es ihnen die ungeteilte Macht in Palästina gibt. Der vor kurzem von jüdischen Terroristen auf das King-David-Hotel in Jerusalem verübte Anschlag, bei dem einige Juden getötet wurden, ist ein ausdrücklicher Beweis dieses Drucks. Zweitens bemühen sich die europäischen Juden, um leichter eine Ausreise nach Palästina zu erhalten, zu beweisen, daß sie in einigen europäischen Ländern verfolgt werden. Zu diesen Ländern gehört Polen, das die Juden, besonders die russischen, vor allem deshalb nicht lieben, weil es die ihm aufgedruckte kommunistische Ordnung nicht annehmen will. Im Hinblick auf diese erwähnten Erscheinungen ist es nicht ausgeschlossen, daß einer der Juden Henryk Błaszczyk zu der Erzählung überredet haben könnte, in der Voraussicht, daß sie die auch so bereits gegen die Juden aufgehetzte Menge zu Exzessen veranlaßt, die man später breit ausbeuten kann.“<sup>44</sup>

Michnik wunderte, wie 1946 ein polnischer katholischer Bischof einen Bericht vertreten konnte, der so viele antisemitische Stereotype enthielt. Das Wort „Pogrom“ hatte Bischof Kaczmarek peinlich vermieden und statt dessen von „Zwischenfällen“ geschrieben. Er wußte es wahrlich besser, als er behauptete, daß es in Kielce vor dem Krieg und während der Okkupation keinen Antisemitismus gegeben hat. Als 1918/1919, um nur ein Beispiel zu nennen, in 37 polnischen Städten antijüdische Pogrome stattfanden, war Kielce am 12. November 1918 unter den ersten.

In Kaczmareks Memorandum heißt es weiter: „Solange die übergroße Mehrheit der Juden eifrig den Kommunismus verbreitet, in den berüchtigten Sicherheitsämtern arbeitet, Verhaftungen vornimmt, die Verhafteten malträtiert und sie erschlägt“, solange könne die Kirche den Antisemitismus „aus prinzipiellen Gründen“ nicht verurteilen, denn „der Widerwille gegen die Juden ist begründet“. „Polen und Katholiken haben einen berechtigten Groll gegen die Juden.“ Bischof Kaczmarek identifizierte die Juden mit den „Schergen des Sicherheitsdienstes“, um das eigene Gewissen und das der Pogromisten von der Sünde des Antisemitismus zu reinigen. Dieses Vorgehen erlaubte ihm, die Schuld für den Antisemitismus den Juden aufzubürden.<sup>45</sup>

[27:] Der damalige britische Botschafter in Polen, Victor Cavendish-Bentinck, kommentierte die in diesem Memorandum ernsthaft vertretene Ritualmordlüge sarkastisch: „Wenn ein Bischof bereit ist, das zu glauben, ist es nicht überraschend, wenn die ungebildeten Polen das gleiche tun.“<sup>46</sup> Der Botschafter hatte im Sinne der damaligen Politik seiner Regierung, die einen Massenexodus der Juden aus Osteuropa nach Palästina verhindern wollte, bei Kardinal Hlond und anderen Würdenträgern mehrfach gedrängt, den Antisemitismus und den Pogrom offen durch die katholische Kirche zu verurteilen. Enttäuscht schrieb er folgendes Resümee:

„Außerdem wurde mir gesagt, daß angesichts des tiefen Gefühls des Antisemitismus in Polen die Bischöfe fürchten, eine offene Verurteilung könnte den Einfluß der Kirche schwächen. Das glaube ich nicht und ich betrachte es als eine Entschuldigung, um einer in klaren Worten gefaßten Verurteilung des Antisemitismus auszuweichen. Ich fürchte, daß die polnische Kleriker fundamentale Antisemiten sind.“<sup>47</sup>

### „Kommunistische Provokation“

Seit 1946 werden Antikommunisten im In- und Ausland nicht müde, den Pogrom von Kielce als planmäßig inszeniertes Massaker ihren politischen Gegnern zu unterstellen. Je nach Autor und Institution werden als Inspiratoren wahlweise genannt: die sowjetische Geheimpolizei NKWD, der polnische Sicherheitsdienst UB, die polnische Koalitionsregierung und/oder die zionistische Weltbewegung. Die diesen unterstellten Provokateuren zugeordneten Handlungsmotive seien im folgenden im

<sup>44</sup> Zitiert nach: Adam Michnik o pogromie kieleckim, *Gazeta Wyborcza*, 9.6.2006.

<sup>45</sup> Zur Biographie Bischof Kaczmareks siehe: Js. Jan Śledzianowski: *Ksiądz Czesław Kaczmarek biskup kielecki 1895-1963*, Kielce 1993.

<sup>46</sup> Arych Josef Kochavi: *The Catholic Church and Antisemitism in Poland Following World War II as Reflected in British Diplomatic Documents. Gal-Ed on the History of Jews in Polands*, Nr. XI, S. 119. Zit. nach Gross, S. 140.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 124, zit. nach Gross, S. 139.

einzelnen aufgelistet, weil sie zeigen, daß diese Zuschreibungen mit den Gründen des Pogroms nicht viel zu tun haben.

1. Die sowjetische Geheimpolizei NKWD wird seit 1946 am häufigsten beschuldigt, den Pogrom „provoziert“ oder organisiert zu haben, weil:

- sie im Westen ein verächtliches Bild der polnischen Emigration, Opposition und der katholischen Kirche als antisemitisch zeichnen,
- von der Behandlung Katyńs in Nürnberg ablenken,
- eine Massenemigration der Juden nach Österreich und Westdeutschland hervorrufen wollte, wo die meisten als displayed persons erste Aufnahme fanden, was diese Länder ebenso vor erhebliche Probleme stellen würde wie Großbritannien in Palästina.
- Außerdem ermöglichten antijüdische Exzesse in Polen es dem NKWD, seine Kontrolle über den polnischen Sicherheitsapparat zu verstärken, „bewiesen“ sie doch, daß die Polen, nicht einmal die polnischen Kommunisten, im eigenen Land nicht selber Recht und Ordnung sichern könnten.

Diese Konstruktion fungiert heute als gemeinsame Plattform jener antikommunistischen Historiker und Publizisten, die über den Pogrom schreiben, und jener Politiker [28:] und Juristen, die sie gerichtlich bestätigen lassen wollen. Neben verbohrten polnischen Antikommunisten wie Robert Nowak<sup>48</sup> oder Krzysztof Kąkolewski<sup>49</sup> sind hier exilpolnische Historiker in den USA wie Iwo Pogonowski<sup>50</sup> und Michael Chęchiński<sup>51</sup> zu nennen. Für diese Variante spräche laut Chęchiński vor allem, daß der Pogrom in Kielce nach dem Muster der Pogrome ablief, die im alten Rußland von der Ochraha organisiert wurden, bei denen auch die Legende vom Ritualmord als Auslöser gewählt worden sei und funktioniert habe. Bei der Ausführung habe sich das NKWD des von ihm gesteuerten polnischen Sicherheitsdienstes bedient.

2. Dem polnischen Sicherheitsdienst UB wird meistens keine selbständige Rolle als Inspirator des Pogroms zugeschrieben, sondern er wird als freiwillige oder auch administrativ in Dienst genommene Hilfskraft des NKWD dargestellt. Alle für den NKWD aufgelisteten Handlungsmotive werden daher auch für den UB genannt. Entscheidend bei dieser Variante der Zuschreibung ist das Ziel, den im polnischen Untergrund bewaffnet kämpfenden reaktionären Kräften die Schuld zu geben. Autoren wie Bożena Szaynok sprechen hinsichtlich der Miliz zwar nicht von einer „Provokation“ des Pogroms durch das Wojewodschaftsamt für Öffentliche Sicherheit, unterstellen ihm aber ein zielgerichtetes Einwirken zu seiner Steigerung.<sup>52</sup>

3. Seltener wird direkt die damalige polnische Koalitionsregierung unter Führung der Arbeiterparteien PPR und PSS der Provokation beschuldigt, und zwar, weil sie von ihrer (bevorstehenden) Fälschung der Ergebnisse des Referendums vom 30.6.1946 habe ablenken wollen und weil sie die bewaffnete Opposition in den Augen der Westmächte moralisch zu diskreditieren suchte.

4. Der erste, der suggerierte, die Juden hätten den Pogrom selbst hervorgerufen, war der Polizeichef der Wojewodschaft Kielce, Kuźnicki. Seit Bischof Kaczmareks Memorandum werden jüdische Kräfte, voran die zionistische Weltbewegung, verdächtigt oder beschuldigt, den Pogrom „provoziert“ zu haben, weil sie einen Massenexodus der geretteten Juden aus Osteuropa nach Palästina hervorrufen und damit Großbritannien zu einer liberaleren Einwanderungspolitik zwingen wollten. Diese Hypothese wurde

---

<sup>48</sup> Jan Robert Nowak: Kielce, 4 lipca 1946. „pogrom“ ... czy prowokacja. Mord dokonany przez komunistyczne oddziały milicyjne i wojskowe, Orkan 2006; Die Internetausgabe wird verantwortet von: Polski Niezależny Związek Patriotyczny sowie Ruch kontrreformacji i kontrjudaizacji: [http://www.polonica.net/kielce4lipca\\_1946.htm](http://www.polonica.net/kielce4lipca_1946.htm)

<sup>49</sup> Ks. Krzysztof Kąkolewski: Umarły cmentarz, Warszawa 1996.

<sup>50</sup> Iwo Cyprian Pogonowski: Jews in Poland, New York 1993, <sup>2</sup>1998; Ders.: Reflections on Kielce and Communism: The Obstacle of the Kielce Pogrom to Polish-Jewish Reconciliation, in: Kielce – July 4 1946. Background, Context and Events, Toronto and Chicago 1996, S. 69-104.

<sup>51</sup> Michael Chęchiński: Poland. Communism-Nationalism-Antisemitism, New York 1982.

<sup>52</sup> Bożena Szaynok: Pogrom Żydów w Kielecach 4.VII: 1946, Warszawa 1991, S. 108.

vor allem von Józef Orlicki favorisiert, dessen Buch 1984 von der Knesseth in einer Resolution offiziell verurteilt wurde.<sup>53</sup>

[29:] Zwischen diesen Varianten der „kommunistischen Provokation“ gibt es naturgemäß viele Übergangs- und Mischformen. Von der bewaffneten wie der politischen Opposition in Polen sowie der katholischen Kirche, polnischen Exilautoren und der polnischen Untergrundpresse wird seit 60 Jahren die These favorisiert, das NKWD sei direkter Drahtzieher aller in Polen nach 1945 vorgekommenen Pogrome, und der von Juden dominierte polnische Sicherheitsdienst sei sein Handlanger gewesen. Seit dem Sturz der Volksmacht 1989/90 wurde diese These in zahlreichen Büchern entwickelt. Mit Hilfe dieser Doktrin glaubte man, die polnischen Kommunisten, nicht nur die ehemals im Sicherheitsapparat tätigen, als Handlanger einer vorausgesetzten Pogromstrategie des NKWD ohne Beweise anklagen zu können. In Ignoranz der grundsätzlichen Feindschaft von Sozialisten und Kommunisten gegen den Antisemitismus wurde die Tradition der zaristischen Ochrana kurzerhand deren Todfeinden zugeschrieben. Gemeinsam ist allen diesen Anklagen, daß ihre politische Zweckkonstruktionen ohne Beweise auskommen, je weniger Indizien, desto freier die Phantasie. Die überlieferten Quellen können keine dieser Spekulationen beweisen. Zwar sind die Archive des Sicherheitsdienstes in Kielce 1989 verbrannt, doch die der Gerichte, der anderen Einsatzkräfte und aller staatlichen Einrichtungen und politischen Parteien liegen vor.

Der polnische Historiker Andrzej Garlicki schreibt der These von der „Provokation“ nicht zuletzt die Funktion einer „Selbstrehabilitierung“ zu: „Wenn das eine Provokation war, dann fiel die Verantwortung auf die, die sie planten und akzeptierten. (...) Vieles verweist jedoch darauf, daß die örtlichen Machtorgane in Kielce von den Ereignissen völlig überrascht waren und sich darauf orientierten, ohne Hilfe von außen mit der Situation nicht fertigzuwerden.“<sup>54</sup>

### **Das Fiasko der IPN-Untersuchungen**

Nach der Restauration des Kapitalismus in Polen hat die polnische Gauckbehörde im Herbst 1990 eine spezielle Untersuchungskommission eingesetzt, die alle vorliegenden Quellen zum Pogrom von Kielce prüfen und Zeugen befragen sollte, um die vorausgesetzte These zu beweisen, der „kommunistische Staatsapparat“ habe das Massaker inszeniert, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Anfangs leitete der Leiter der Dienststelle Kielce des IPN, Richter Andrzej Jankowski, die Kommission. 1991 löste ihn Zbigniew Mielecki ab. Nach dem Willen der Staatsanwaltschaft prüfte diese Kommission sechs derartige Verschwörungshypothesen. Das Ergebnis war für die polnischen Antikommunisten niederschmetternd: Nach fünfjähriger Arbeit und der Befragung von 130 Zeugen legte die Kommission im Oktober 1997 ihren Abschlußbericht vor, dessen Fazit lautete: Keine dieser Hypothesen sei zu beweisen. Die Kommission fand keine Beweise für eine Provokation durch den sowjetischen oder polnischen Geheimdienst. Sie empfahl, vier damalige Funktionäre des Sicherheitsapparats wegen Verletzung ihrer Dienstpflichten vor Gericht zu [30:] stellen. Die Untersuchungen wurden im Dezember 1998 eingestellt und die Kommission aufgelöst.

Nationalkatholische Kräfte beschuldigten die Kommission, sie hätte Angst vor der Aufklärung der wahren Hintergründe gehabt.<sup>55</sup> Für die Staatsanwaltschaft des IPN in Kielce war die Vorstellung, der Pogrom könnte das Werk der Einwohner der Stadt gewesen sein, völlig inakzeptabel, sie protestierte gegen das Untersuchungsergebnis. Radio Maryja setzte das Gerücht in die Welt, in einigen Särgen der Opfer des Pogroms von Kielce hätten nicht Leichen, sondern Sand gelegen. Dieser obskure Radiosender und der zugehörige Fernsehsender Trwam sind heute die von der Kaczyński-Regierung bevorzugten Medien, gewissermaßen offiziöse Sprachrohre der Präsident und Regierung tragenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS).

Unter dem Druck militanter polnischer Juristen, denen das Resultat der Kommission nicht paßte, vor allem des Richters Andrzej Jankowski, wurden unter dem Staatsanwalt Krzysztof Fałkiewicz von der

<sup>53</sup> Józef Orlicki: *Szkice z dziejów stosunków polsko-żydowskich 1918-1949*, Warszawa 1983.

<sup>54</sup> Andrzej Garlicki: *Dom na Plantach*, in: *Polityka* Nr. 27/2001 (2305) 7. lipca 2001, S. 62.

<sup>55</sup> Vgl. z. B. Jan Morawski: *Kto się boi procesu kieleckiego?* In: *Życie* vom 25/26. April 1998.

Kielcer Dienststelle der „Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen das polnische Volk“ im Juli 2001 die Recherchen zum Kielcer Pogrom wieder aufgenommen, um die vorausgesetzte Beschuldigung einer kommunistischen Provokation doch noch gerichtsfest zu untermauern. Ihre 2004 abgeschlossenen Untersuchungen kamen jedoch zu demselben Ergebnis. Der Bericht von Staatsanwalt Falkiewicz über die Prüfung der verschiedenen Provokationshypothesen wurde 2006 in dem Sammelband des IPN abgedruckt.<sup>56</sup>

### „Stille Approbation“

Ein instruktives Zeugnis über den verbreiteten Antijudaismus in Kielce 1946 bietet die Magisterarbeit einer Studentin aus Kielce. Elżbieta Ptak befragte für ihre Magisterarbeit im Fach Kultursoziologie an der Katholischen Universität Lublin 2005 Vertreter zweier Generationen über ihre Erinnerungen an den Pogrom bzw. ihr Wissen darüber. Darunter waren etwa 100 ältere Einwohner, die Augenzeugen bzw. Teilnehmer des Pogroms waren. Ihnen war die Erinnerung an die Ereignisse tief ins Gedächtnis gebrannt. Die wichtigsten Aussagen wurden von der Autorin nicht nur vergleichend analysiert, sondern wörtlich zitiert.

Ihre Ergebnisse lassen erschrecken. Am schlimmsten fanden die befragten Senioren nicht die Morde vom 4. Juli 1946, sondern ihre Angst vor den Folgen: Massenverhaftungen, Polizeistunde, Panzer und Militärpatrouillen. Viele Antworten artikulierten eine „stille Approbation“ in der Stadt gegenüber dem Pogrom: „Aber heimlich hielten sie es für gut, daß es so mit den Juden gekommen ist. Die Juden haben sich zu viel herausgenommen. Zwischen der polnischen und der jüdischen Jugend kam [31:] es häufig zu Schlägereien. Man sagte, gut so, daß mit diesen Juden Ordnung gemacht wurde und es mit ihnen nun zu Ende ist.“<sup>57</sup>

Die Antworten der Senioren verweisen auf unterschiedliche Dimensionen des Judenhasses, religiöse, soziale oder politische. Die Wurzeln ihrer negativen Bewertung der Juden lagen nicht im Jahre 1946, sondern in den Erfahrungen von vor 1939. Von einer religiösen Verwandtschaft zwischen Christen und Juden konnte keine Rede sein. Viele Kielcer Katholiken hielten den religiösen Glauben der Juden für eine gegenüber dem Katholizismus minderwertige Religion und deren Praktiken für verächtlich und nicht zu tolerieren. „Ihr Glauben wurde geringgeschätzt. An ihren Häusern und an der Synagoge wurden Zeichnungen angebracht, die den Davidstern am Galgen zeigten. Man sagte nicht ‚die Juden beten‘, sondern ‚die Icky wackeln mit dem Kopf‘.“

Aus der Erinnerung an einst vermögende Juden der Stadt sprachen die Senioren 2005 von großen Mengen Geldes und Goldes, das die Juden 1946 unter den Dielen ihrer Wohnungen verborgen hätten. Erinnerungen an ihre völlige Verarmung nach dem Zwangsumzug ins Ghetto und ihr massenhaftes Verhungern dort waren anscheinend ausgelöscht oder niemals vorhanden gewesen. Die Juden, so die Auskünfte, hätten sich 1946 mit ihrem Verhalten in der Öffentlichkeit „überhoben“, wo sie „sich besser zurückgehalten“ hätten.

Hinsichtlich des Pogroms „wußten“ die Befragten als Zeitzeugen ganz genau, daß „alles arrangiert“ war: Anfangs hätten in der Menge untergetauchte Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes die versammelte Menschenmasse aufgehetzt, die Bewohner des jüdischen Hauses anzugreifen. „Als später Schüsse fielen, mußte uns schon niemand mehr anspornen. Die Menschen warfen sich wie wahnsinnig auf die aus dem Haus geworfenen Juden. Denn niemand liebt die Juden.“ Noch einen weiteren Grund des Unwillens gegenüber den geretteten Juden hoben die Senioren hervor: Im Hause Planty 7 wohnten überwiegend „fremde“ Juden und nur wenige aus Kielce.

Die besser gebildeten unter den befragten Senioren erwiesen sich als politische Judenhasser, sie schrieben den Juden eine Terrorisierung der Polen zu: „Angst und Schrecken herrschte auf den Straßen, denn in der Stadt bewegten sich Patrouillen des Sicherheitsdienstes mit Juden. Es genügte, daß ein Jude auf einen beliebigen Polen zeigte, dann wurde der sofort verhaftet. (...) Nach diesen Ereignissen gab es

<sup>56</sup> Vgl. Wokół pogromu kieleckiego, Dok. 93, S. 441 ff.

<sup>57</sup> Alle Zitate aus: Elżbieta Ptak: Pamięć społeczna kielczan o pogromie żydowskim z 1946 roku: [http://.kulturalihistoria.umcs.lublin.pl/nr.5/artykuly/ptak\\_elzbieta.html](http://.kulturalihistoria.umcs.lublin.pl/nr.5/artykuly/ptak_elzbieta.html)

zahlreiche Verhaftungen. Die Vertreter gingen in ein Haus und holten die Polen heraus. Einige von ihnen waren aktive Soldaten der AK. Es ging um die Säuberung des Terrains und die Sicherung der Sowjetmacht in der Wojewodschaft Kielce.“

Ungeachtet ihrer gar nicht so stillen Approbation des Judenpogroms in Kielce und des Exodus der Juden aus diesem Land waren manche der befragten Senioren fest von einer auch Polen einschließenden jüdischen Weltherrschaft überzeugt: „Die [32:] Juden regierten und regieren Polen und die Welt, sie sind verantwortlich für den Pogrom in Kielce, für den Kommunismus in Polen, die ganze Zeit sind sie in der Regierung.“

\* \* \*

Zwischen Juli und September 1946 flohen hunderttausend Juden, die den Krieg und den Völkermord überlebt hatten, aus dem Land. Das in Kielce errichtete Grabmal mit den Namen der Opfer wurde noch 1946 zerstört und erst 1987 wieder aufgebaut, als der Vorsitzende der Kielce-Gesellschaft in New York, William Mandel, den Ort mit einem eisernen Zaun umgeben ließ. Ein 2005 eingeweihtes Denkmal in der Stadt wurde ebenfalls aus New York gestiftet.

Natürlich sind Pogrome im 20. Jahrhundert weder an den Gegensatz von Juden und Christen noch an die Ritualmordlegende gebunden, wie der Pogrom von Aserbaidshanern 1991 in Sumgait bei Baku gegen die dortige armenische Bevölkerungsgruppe zeigte. Auch auf polnischem Boden nicht, dort fand der bisher letzte Pogrom 1981 statt und richtete sich gegen Roma.

[33:]

**KURT PÄTZOLD**

**Schminkmeister des Naziregimes  
Die Legende vom üppigen Leben deutscher „Volksgenossen“  
auf dem Wege an die Heimatfront<sup>1</sup>**

„Sie haben vor Gericht ausgesagt, daß Hitlers Regierung Deutschland zum Aufblühen gebracht hat?“ lautete eine Frage, die vor 60 Jahren, am 22. März 1946, an einen Angeklagten im Justizpalast zu Nürnberg gestellt wurde. Seine Antwort: „Bis zum Kriegsbeginn unter allen Umständen.“<sup>2</sup> Der Fragende war der sowjetische Chefankläger, Generalleutnant Roman A. Rudenko, der Befragte Hermann Göring. Von diesem Mann, dem zweiten im Nazistaat, nun dem ersten auf der Anklagebank, hatte ein von der Verteidigung herbeigerufener Zeuge, der Fliegergeneral Karl Bodenschatz, ehemals Adjutant Görings und während des Krieges Verbindungsoffizier der Luftwaffe im Führerhauptquartier, zuvor schon ausgesagt: „Die soziale Einstellung von Hermann Göring war folgende: Sozial fühlend, denkend und handelnd war er ein Wohltäter aller Bedürftigen (...) Die Fürsorge für die Arbeiterschaft lag ihm besonders am Herzen (...) die Einführung des Bergmann-Treuegeldes, das jeder Bergmann nach 25jähriger treuer Arbeit in der Höhe von 20.000 Mark ausbezahlt erhielt, ist eines seiner bedeutendsten sozialen Werke.“<sup>3</sup> Göring selbst wiederum gab sich in dieser Haltung als ein Schüler Hitlers aus. Er erzählte dem Gericht über seine erste Begegnung mit dem „Führer“: „Er gab mir damals zum ersten Mal eine wundervolle und tiefe Erklärung des Begriffs Nationalsozialismus, der Vereinigung der beiden Begriffe Nationalismus auf der einen, Sozialismus auf der anderen Seite, und daß wir unbedingt (...) eine neue Trägerschaft für diesen Gedanken schaffen mußten.“<sup>4</sup> Und im weiteren Verlauf des Verhörs durch seinen Anwalt konnte Göring ausführen: „Zum ersten Mal aber bekam der Arbeiter Recht auf Urlaub, und zwar bezahlten Urlaub (...) Es wurden für die Arbeiterschaft große Erholungsstätten gebaut. Es wurden gewaltige Summen für neue Arbeitersiedlungen ausgegeben, und der [34:] ganze Standard des Arbeiters wurde gehoben (...) wir haben die Arbeiter von dem Elend der Arbeitslosigkeit befreit.“<sup>5</sup>

Die gleiche Version von der Sorge um die Arbeitenden als Ausgangs- und Zielpunkt des Hitlerfaschismus erzählte im Zeugenstand am 28. Mai 1946 auch der ehemalige NSDAP-Gauleiter und Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel entlang der Fragen seines Verteidigers. Er habe in den frühen zwanziger Jahren eine Rede Hitlers gehört, in der es um das Leben und den Aufstieg der Fabrik- und Handarbeiter gegangen wäre und unter deren Eindruck, zudem aufgrund seiner Erfahrungen als Seemann, habe er sein Leben der Herstellung einer Gemeinschaft, die „überbürgerlich und überproletarisch“ sei, geweiht. Beide, der Reichsmarschall und der Reichsstatthalter, präsentierten sich als Volksbeglucker, Glücksbringer vor allem für die in der Gesellschaft am meisten Benachteiligten. Der geduldige Vorsitzende des Gerichts hatte davon genug und intervenierte hier mit dem Bemerkung, daß wir diese „Darstellung schon vom Angeklagten Göring gehört (...) und nicht im Sinne haben, es von den anderen 20 Angeklagten nochmals zu hören“.<sup>6</sup>

### **Von Göring zu Aly**

Es scheint, daß wir 2005 auf diese Betrachtungsweise der Jahre 1933 ff., eine Geschichtsdeutung à la Göring, zurückgeworfen werden sollen, diesmal ohne Aussicht, daß ein Gerichtsvorsitzender eingreift. Eine gewisse Abweichung vom Herkömmlichen scheint darin zu bestehen, daß von den sozialen

---

<sup>1</sup> Vortrag auf der Tagung „Faschismus und soziale Ungleichheit“, Bochum, 14./15. Januar 2006.

<sup>2</sup> IMT, Bd. IX, S. 720.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 271.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 301. Über die Antriebe, die den Mann an der Spitze der Vierjahresplanbehörde beispielsweise veranlaßten, die Verordnung zur Erhöhung der Förderleistung und des Leistungslohnes im Bergbau vom 2. März 1939 zu erlassen, die auch die Bezeichnung „Göring-Verordnung“ erhielt, siehe Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969, S. 29 (fortan: Eichholtz 1).

<sup>6</sup> IMT, Bd. XIV, S. 665.

Segnungen des „Dritten Reiches“ nun vor allem mit Bezug auf die Kriegsphase geschrieben worden ist, während bislang vorwiegend auf die Jahre gezeigt wurde, von denen eine propagandistische Wendung der Machthaber gerühmt hatte: „Deutschland arbeitet“. Eine weitere Besonderheit kann darin gesehen werden, daß die Version vom echten nationalen Sozialismus, die in der nazistischen Szene der Bundesrepublik beständig aufbewahrt blieb, nun in Kreisen aufgenommen und verbreitet wird, von denen dies nicht vermutet werden konnte. Hitler und die Führer um ihn wären, lesen wir bei Götz Aly, einem der Sympathie für „unsere“ zeitgenössischen Nazis unverdächtigen Autor, von einer „völkisch-sozialstaatlichen Beglückungsideologie“ geleitet gewesen, sie hätten den „nationalen Sozialismus“ (353) etabliert, eine „soziale Aufwärtsmobilisierung“ und „nationale Homogenisierung“ bewirkt, ein „im zeitgenössischen Vergleich beispielloses soziales Appeasement“ herzustellen verstanden (360) und die Volksgenossen gar zartfühlend behandelt und „gehätschelt“. Beabsichtigt gewesen sei und entstanden wäre eine „Wohlfühl- und Zustimmungsdiktatur“, eine „Fürsorgediktatur“, eben „Hitler Volksstaat“.

[35:] Daß diese Interpretation nicht mit Kopfschütteln und Hohngelächter abgetan wird, obschon die internationale Historiographie keinen Raum für sie läßt, charakterisiert den Stand des Geschichtsbeußtseins und zugleich das ungestillte Interesse gesellschaftlicher Kreise hierzulande, das Wesen der faschistischen Herrschaft zu fälschen. In Zeitungen und Zeitschriften wurde diese Deutung hochgelobt und ihr zu ungeahnter Verbreitung verholfen, allenfalls einige Überspitzungen und Übertreibungen wurden angemerkt. Wissenschaftler, die auf ihrem Spezialfeld tatsächengestützt forschen, stimmten dem bei und nannten den Autor einen „großen Historiker“.<sup>7</sup>

Nun sind Vorstöße, das Faschismusbild Görings von den „Friedensjahren“ neu zu beleben, nicht so neu, wie 2005 weithin angenommen wurde. Sie begegneten uns, ohne daß sie in Fachkreisen dominierenden Einfluß hätten gewinnen können, in Publikationen mit wissenschaftlichem Anspruch schon vordem, freilich ohne daß sich dafür die jüngst durch Medien erzeugte Aufmerksamkeit feststellen ließ. 1997 wurde ein Buch mit dem Titel „Die braune Gesellschaft“ vorgelegt, dessen Autor davon überzeugen wollte, daß die Jahre von 1933 bis 1945 als „Zeit der Volksgemeinschaft“ treffend gekennzeichnet wären.<sup>8</sup> Es heißt darin: „Die Klassengesellschaft hatte in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft ausgespielt.“ Denn „vor allem Urlaub und Reisen“ hätten die sozialen Trennlinien aufgebrochen: „Klassenkampf und Eigeninteressen hatten in der Freizeitgemeinschaft endgültig ausgespielt.“<sup>9</sup> Und an anderer Stelle: „Die Volksgemeinschaft war (...) tief in den Herzen des Volkes verankert.“<sup>10</sup> Bis 1940/41 sei „eine soziale Errungenschaft auf die andere“ gefolgt.<sup>11</sup> Schließlich: „Politik war (...) nichts als ein Instrument der Volksgemeinschaft.“<sup>12</sup> Die Kriegspolitik eingeschlossen, denn Sinn und Zweck des Überfalls auf Polen sei gewesen, „der sich ausdehnenden deutschen Rasse im Osten einen neuen Lebensraum zu erschließen“.<sup>13</sup> Vom Ende der Naziherrschaft, als Zivilisten wie Soldaten den Grundsatz befolgten „Rette sich wer kann“, meint der Verfasser: „Selbst in der Stunde der Niederlage war die völkisch-gemeinschaftliche Gesinnung noch spürbar“ und zitiert dazu die Phrasen aus dem Text des letzten [36:] Berichts des Oberkommandos der Wehrmacht.<sup>14</sup> Im agitatorischen Dauerfeuer geht dann des Autors Feststellung nahezu unter, es habe sich nicht das

---

<sup>7</sup> Beispielsweise *Die Zeit*, Nr. 32 vom 4. August 2005, in der als Rezensent der renommierte israelische Historiker Yehuda Bauer zu Wort kommt. Hingegen urteilt der in Konstanz an der Universität lehrende Wolfgang Seibel: „Seinem Ruf als Forscher hat Aly mit ‚Hitlers Volksstaat‘ keinen Dienst erwiesen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 170 vom 25. Juli 2005, S. 37). Schärfere Thomas Kuczynski: „Aus statistischer Sicht ist das Buch ein Schmarren, aus ökonomischer von Sachkenntnis ungetrübt und aus sozialhistorischer wie aktuell sozialpolitischer reine Apologie.“ (*Sozial.Geschichte, Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts*. Neue Folge, 20. Jg., H. 3/2005. S. 85)

<sup>8</sup> Franz Janka: *Die braune Gesellschaft. Ein Volk wird formatiert*, Stuttgart 1997, S. 125 u. a. (im folgenden: Janka)

<sup>9</sup> Ebenda, S. 380 ff.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 417.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 357.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 407.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 418.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 433 f.

soziale Sein, wohl aber das Bewußtsein von der Gesellschaft gewandelt.<sup>15</sup> Demnach sei es den deutschen Faschisten gelungen, die Gedanken- und Gefühlswelt der Massen von der Realität des täglichen Lebens und Erlebens – von der, sieht man von Urlaub, Reisen, Feiern, Fahrten, Ritualen und dergleichen ab, im Buch nichts zu lesen ist – gleichsam komplett abzukoppeln. Dies wird als Plädoyer für eine „neue Sichtweise des Nationalsozialismus“ offeriert.

Dieses Werk, dessen Autor Geschichtspräsident an der Universität Regensburg ist, besaß Vorläufer, in denen schon Jahrzehnte früher behauptet worden war, die deutsche Gesellschaft und in ihr das Leben der Volksmassen seien nach 1933 „revolutioniert“ oder „modernisiert“ worden. Es fußt wie seine Verwandten vor allem auf der Monographie von David Schoenbaum, die im englischen Original als *Hitler's social revolution* (Hitlers soziale Revolution), in der deutschen Fassung *Die braune Revolution* hieß.<sup>16</sup> Einwände, die dagegen vorgetragen wurden, hat Ian Kershaw 1988 zusammenfassend referiert und geteilt.<sup>17</sup> Die Nazibewegung und der von ihr etablierte Staat hätten „weder in der Theorie noch in der Praxis irgendeine realistische neue Gesellschaftsordnung hervorbringen“ können.<sup>18</sup> Auch die These von der „gefühlten Revolution“, „Volksgemeinschaft“ usw. beruhe weitgehend auf Vermutung, Spekulation und Übertreibung. Dahin, auf einen Wandel von Wertvorstellungen, Einstellungen und Haltungen, hätte die Propaganda des Regimes und der Partei zwar gezielt, doch scheinen die Menschen unter den materiellen Bedingungen des Alltags „weiterhin intensiv die soziale Ungerechtigkeit empfunden, klassenbewußt die vorhandene Ungleichheit gesehen und mit dem ständigen Gefühl der Ausbeutung gelebt zu haben“.<sup>19</sup> Der an die Macht gelangte „Nationalsozialismus“, so lautet Kershaws Fazit, stellt „die bislang erbarmungsloseste und am stärksten ausbeuterische Form der industriellen Klassengesellschaft dar“.<sup>20</sup> Nun findet das Rollback statt, das sich – wie die Autoren der zitierten Texte zeigen – nicht allein gegen marxistische Interpretationen der Geschichte der faschistischen Diktatur richtet.

### **Das Naziregime und die „Errungenschaften“ der Arbeiter**

Die NSDAP-Führung und insbesondere Hitler selbst wußten natürlich an 30. Januar 1933, daß sie die Millionen ihrer Anhänger über Jahre mit höchsten Erwartungen aufgeladen hatten. Welche Bedeutung die Beseitigung der Arbeitslosigkeit für die Festigung der Massenbasis des Regimes besaß, erklärte Hitler den Gauleitern in [37:] einer Rede am 6. Juli 1933 mit der Vorhersage: „Aus dem Gelingen der Arbeitsbeschaffung werden wir die stärkste Autorität erhalten.“<sup>21</sup> Das erste, was die Propagandisten des Regimes nach der „Machtergreifung“ von den NSDAP-Mitgliedern wie von allen „Volksgenossen“ forderten, war Geduld. Sie wurde sogar zeitlich begrenzt. Hitler verlangte am 10. Februar 1933 in seiner Wahlrede: „Gebt mir vier Jahre Zeit“ und zwar „für die Rettung des deutschen Arbeiters“ und „für die Rettung des deutschen Bauern“.

Das ist oft zitiert und mit Fotografien gekontert worden, die Deutschland und die Deutschen in den Trümmern des Jahres 1945 zeigten. Wie aber stellte sich das Versprechen nach den vier Jahren, also Anfang 1937, dar? So, daß es die Propagandisten des Faschismus beispielsweise gefahrlos riskieren konnten, inmitten Berlins eine Ausstellung zu zeigen, welche die Ergebnisse dieses sogenannten ersten Vierjahresplans präsentierten. Und was ergab der Rückblick auf das im Moment der „Machtergreifung“ Verhießene im Sommer 1939, als zu viele „Volksgenossen“ glaubten, der „Führer“ werde seine Außenpolitik weiter am Rande des Krieges steuern und hofften, sie würden auch an die Reihe kommen und jene Vorteile genießen, die aus den „Arbeits-“ und „Ernteschlachten“ noch gewonnen werden könnten?

---

<sup>15</sup> Janka, S. 266.

<sup>16</sup> David Schoenbaum: *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln 1968.

<sup>17</sup> Ian Kershaw: *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 262 ff. (im folgenden: Kershaw)

<sup>18</sup> Ebenda, S. 275.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 281.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 285.

<sup>21</sup> *Dokumente der deutschen Politik. Bd. 1: Die nationalsozialistische Revolution*. Hg. Paul MeierBenneckenstein, Berlin 1935, S. 59.

1. Die Arbeitslosigkeit war als gesellschaftliche Erscheinung vollständig beseitigt. Das veränderte nicht nur das Leben der 5,6 Millionen Personen, die 1933 amtlich statistisch als erwerbslos ausgewiesen worden waren, sondern vielfach auch das ihrer Familien. 1937 war die Zahl der Arbeitslosen unter eine Million gesunken, 1938 wurde weniger als eine halbe Million registriert. Die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen war von 18,7 Millionen im Jahre 1932 auf 24,4 Millionen 1939, also um 6,1 Millionen gestiegen. Unter den Veränderungen, die zugunsten des Regimes sprachen, war das die politisch schwerwiegendste, zumal die Vollbeschäftigung immer wieder und propagandistisch geschickt vor dem Hintergrund von Tatsachen und Entwicklungen im Ausland dargestellt werden konnte. Mit dem Bemerkten“ (...) aber sie haben Arbeit geschaffen“ wurden viele Einwände gegen die Politik der Machthaber abgetan oder relativiert. Die vielfach kritisierten Methoden der Arbeitsbeschaffung, darunter insbesondere die 1937 verstärkt einsetzenden Dienstverpflichtungen und deren erkennbare Folgen, traten demgegenüber in den Hintergrund.

2. Trotz des Bestrebens der Regierung, die Löhne auf dem niedrigen Krisenniveau zu halten, was ihr in den ersten Jahren weitgehend gelang, stieg das Reallohniveau zwischen 1933 und 1939 allmählich an. Die Vollbeschäftigung ermöglichte trotz der Maßnahmen zur Arbeitsplatzbindung das Suchen nach besser bezahlter Arbeit, wobei sich ein Sog von den Klein- und Mittelbetrieben in die großen Werke ergab. Auch innerhalb der Betriebe öffnete die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften [38:]ten Aufstiegsmöglichkeiten in höhere Lohnkategorien. Die staatliche Lohnpolitik<sup>22</sup> lief den Machthabern zu einem Teil aus dem Ruder, da sich das Interesse an niedriger Massenkauflkraft und der Ansporn zu höchsten Leistungen der Arbeitenden und Ausnutzung aller sich bietenden Profit-chancen durch die Kapitaleigner nicht vereinbaren ließen. Vor allem stiegen die Wochenlöhne als Folge der verlängerten Arbeitszeit (effektiv nominal von 1932 = 100 auf 131, real von wiederum 1932 = 100 auf 123). Infolge der zunehmenden Arbeitsaufnahme von Frauen<sup>23</sup> wuchsen verschiedentlich die Familieneinkommen.

3. Den Arbeitern wurde ein gesetzlicher und bezahlter Urlaub von mindestens sechs, maximal zwölf Tagen garantiert, wobei das Maximum nach etwa zehn Arbeitsjahren erreicht werden konnte. Jugendliche Arbeiter erhielten durch das Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen (Jugendschutzgesetz) vom 30. April 1938 eine längere Spanne der Erholung zugebilligt, 15 Werk-tage für die unter 16, zwölf für die älteren. Wer an Fahrten oder Lagern der Hitleijugend teilnahm, bekam einen Zuschlag. Der besser verdienende Teil der Arbeiter nutzte diese Zeit für Reisen mit der Orga-nisation „Kraft durch Freude“.<sup>24</sup>

4. Auf Initiative von Werkleitungen, teils unter dem Druck der um Massenakzeptanz werbenden Deutschen Arbeitsfront (DAF) wurden innerhalb der Betriebe Maßnahmen ergriffen, durch die sich die Arbeits- und auch die Arbeitspausenbedingungen verbesserten. Diese Entwicklung vollzog sich vor allem in Großunternehmen. Mit ihr zielten die „Betriebsführer“ auch auf einen Vorteil bei der Anwerbung von rar gewordenen Arbeitskräften. Dazu gehörte die Umgestaltung von Arbeitsplätzen (Kampagnen „Schönheit der Arbeit“, „Mehr Licht“ u. a.), die Einrichtung von Werkkantinen und die Ausgabe warmer Mahlzeiten, die Beseitigung unhygienischer („eines deutschen Arbeiters unwürdiger“) Verhältnisse, die Schaffung von Möglichkeiten für Erholung außerhalb von Werkhallen und -Stätten und von Gelegenheiten für sportliche Betätigung. Jedoch sahen die Machthaber Aktionen und Kampagnen, die sich auf die Einführung und Mehrung „betrieblicher Sozialleistungen“ richteten, durchaus ambivalent. Diese verhalten zwar der Mär vom „nationalen Sozialismus“ auf, aber sie konnten auch zu Lasten von produktiven Investitionen gehen.<sup>25</sup> Im von der Arbeitsfront ausgerufenen, 1937/1938 teils gegen den Widerstand von Kapitaleignern weithin durchgesetzten „Leistungskampf“

<sup>22</sup> Siehe den Abschnitt „Lohnpolitik“ bei Marie Luise Recker: Sozialpolitik, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hg. von Wolfgang Benz u. a. München 1997, S. 126 ff. (fortan: Recker).

<sup>23</sup> Meldungen aus dem Reich, Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 2, Jahres-lagebericht 1938, S. 200 (fortan: Meldungen).

<sup>24</sup> Heinz Lampert: Staatliche Sozialpolitik im Dritten Reich. In: Karl Dietrich Bracher u. a.: Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 192), S. 197. (Im folgenden: Lampert)

<sup>25</sup> Recker, S. 127.

der Betriebe, dessen Sieger Titel wie „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ und andere verliehen bekamen, wurde anfänglich die Gestaltung des Arbeitsplatzes, Unfall-[39:]verhütung, Freizeitorganisation und Berufsausbildung verglichen und bewertet. Doch wandelte sich die Dauerkampagne rasch zum zusätzlichen Instrument des Antreibens zu Höchstleistungen in der Produktion.

An diese und weitere Maßnahmen schließen sich zwei Fragen. Die eine: Verdienen diese Maßnahmen die Kennzeichnung „nationalsozialistisch“ oder das Prädikat „nationalsozialistische Errungenschaften“? Dagegen ist eingewendet worden, daß von den Schritten zur Arbeitsbeschaffung, die im letzten Jahr der Republik freilich meist in der Planungsphase steckengeblieben waren, bis zu den Bestrebungen, das Binnenklima in den Betrieben positiv zu verändern, dem Bekannten Neues nicht hinzugefügt wurde. Ähnliche Entwicklungen hatten sich in Deutschland und in anderen Industriestaaten bereits angebahnt. Das Interesse des Regimes, die Millionen Arbeiter zu formieren und sie an ihren Arbeitsplätzen zu Höchstleistungen anzustacheln und so den Weg in den Krieg zu verkürzen, das war und blieb das Hauptziel. Es hat die eingeleitete Entwicklung womöglich beschleunigt, aber sie nicht geboren oder verursacht.

Die zweite an diese Veränderungen zu knüpfende Frage betrifft die materiellen Lebensverhältnisse und – insgesamt – die Lebensweise der Arbeiterklasse. War hier ein Wandel erfolgt, der Vorstellungen von einem Wohlleben oder – wie formuliert worden ist – von einem „üppigen“ Dasein rechtfertigen könnte? Das soll für den spätesten denkbaren Zeitpunkt, die Situation in jenen Monaten geprüft werden, die noch zum Vorkrieg zählen.

### **Im letzten Jahr des Friedens**

Wird in der geschichtspublizistischen Literatur auf das Leben der Massen in den Vorkriegsjahren überhaupt Bezug genommen, dann unterbleibt meist jede sich auf verlässliche Daten stützende Betrachtung. Aus Bequemlichkeit, Unfähigkeit oder weil zu erwartende Resultate nicht ins dominierende Bild hineinpassen und den Forscher ins Abseits stellen, werden Analysen des Zahlen- und statistischen Materials über Löhne, Renten, Preise, Mieten u. a. unterlassen. Diese liegen aber längst vor und ihre Auswertung und Interpretation bildet einen Weg, auf dem die These vom „Volksstaat“ ad absurdum geführt und ins Reich der reinen Erfindungen verwiesen werden kann. Jüngst ist an diese Forschungen erinnert und deren ignoriertes Befund überzeugend gegen die ausgebreiteten Phantasien gestellt worden.<sup>26</sup> Das wird hier [40:] nicht wiederholt werden. Statt dessen soll ein anderer Weg gegangen und jene Quellengruppe herangezogen werden, die ebenfalls von den Verfechtern des „nationalen Sozialismus“ gemieden wird: die überlieferten Berichte des Sicherheitsdienstes. Bei deren Benutzung ist allerdings zu berücksichtigen, daß es Aufgabe und Pflicht dieses Dienstes war, die Staatsführung auf Problem- und Konfliktfelder hinzuweisen, weshalb Mitteilungen von Kritik, Unruhe und Unzufriedenheit, hervorgerufen durch Maßnahmen der Machthaber, stärkere Berücksichtigung fanden als solche, die von Zustimmung und Akzeptanz von Gesetzen, Erlassen, Verordnungen etc. zeugten. Diese SD-Berichte sind häufig auch zahlengestützt und beschränken sich nicht auf die Wiedergabe von Meinungen und Stimmungen.

Im folgenden werden die als „Meldungen aus dem Reich“ bekannten Dokumente aus der Zeit vom Jahresende 1938 und vom 1. Quartal 1939 auf Angaben durchmustert, die sie über die Lage der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft – und die machten bei nahezu 25 Millionen Beschäftigten deren Mehrheit aus – enthalten. Nachdem am ersten Quartalsende 1939 einleitend vom „oft selbstverständlichen Vertrauen zur Führung“ berichtet worden war, heißt es dann bürokratisch geschraubt, daß „ein vornehmlich auf der wirtschaftlichen Anspannung beruhender Materialismus ideeller Beeinflussung immer weniger

<sup>26</sup> Rüdiger Hachtmann, der selbst mehrfach mit Forschungen zur Lage der Industriearbeiter hervorgetreten ist, hat das in seinem Aufsatz Instinktsicheres Abfeuern öffentlichkeitswirksamer Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys „Volksstaat“ getan. In: *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts*. Neue Folge, 20. Jg., H. 3/2005. Dort siehe auch die Literaturverweise auf die einschlägige Spezialliteratur, die Arbeiten des Autors eingeschlossen. Der Band bietet weiter kritische Auseinandersetzungen mit Götz Alys Buch von Angelika Ebbinghaus, Christoph Buchheim, Thomas Kuczynski, Jane Caplan und Michael Wildt. Zum Umgang Alys mit den Quellen siehe auch: Kurt Pätzold: Idylle unterm Hakenkreuz oder Götz Alys „Endlösung der Faschismusfrage“. *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung*, H. 25/26, S. 34-50.

Raum läßt<sup>27</sup>, was im Klartext wohl besagen sollte, daß Alltagssorgen weithin Desinteresse an der ideologischen Ausrichtung durch die Machthaber bewirkt haben und, auch das dürfte keine verfälschte Übersetzung sein, sich gegenüber den Propagandaphrasen ein gewisser Überdruß beobachten ließ.

Ein Hauptthema der Berichte bildete die wirtschaftliche und soziale Lage und mit ihr die Situation auf dem Arbeitsmarkt und deren Folgen. Verkürzt ergaben sie das folgende Bild: Schon 1936, als die Zahl der Arbeitslosen im Herbst auf 1,3 Millionen gesunken war, machte sich ein Mangel an Facharbeitern – Metall- (insbesondere Dreher, Werkzeugmacher, Mechaniker, Kupferschmiede), Baufach-, auch Landarbeiter – bemerkbar. Ende 1938/Anfang 1939 war die Arbeitslosigkeit im Reich (mit Ausnahme Österreichs und des Sudetenlandes) faktisch völlig beseitigt.<sup>28</sup> Die Arbeitslosenquote betrug 1,3 Prozent.<sup>29</sup> Das saisonbedingte Anwachsen der Arbeitslosigkeit im letzten Vorkriegswinter war geringfügig gewesen. Die Zahl der Beschäftigten stieg insgesamt weiter. Zum Quartalsende, im März 1939, wurde die Arbeitslosenstatistik als überflüssig angesehen und weiterhin nicht mehr betrieben.

Das Reservoir an Arbeitskräften, konstatierte der SD-Bericht, sei faktisch erschöpft. Ein Mehr wurde nur noch durch den Eintritt von bis dahin nicht berufstätigen Frauen, die Rückkehr von Rentnern und den Eintritt von Jugendlichen in den Arbeitsprozeß erzielt. Arbeitskräfte aus Italien (im Bauwesen und in der Landwirtschaft), aus Polen (im Bergbau und in der Landwirtschaft), aus den Niederlanden und Belgien (im [41:] westdeutschen Bergbau) waren gefragt.<sup>30</sup> Im Bergbau wurde die Arbeitszeit unter Tage per Gesetz auf acht Stunden und 45 Minuten verlängert. Bergarbeiter, die mit dem Erreichen des 50. Lebensjahrs als „bergfertig“ galten und Rente erhielten, wurden in die Gruben zurückgelockt, konnten sie ihr Einkommen dadurch doch erheblich erhöhen.<sup>31</sup> Die Zahl der Überstunden wuchs in mehreren Industriezweigen (Metallindustrie, Bauwesen) bedrohlich. Der Arbeitstag verlängerte sich für nicht wenige Arbeiter zusätzlich als Folge des unzuverlässigen Verkehrswesens, in dem notwendige Investitionen unterlassen worden waren.

Diese Faktoren ließen die Arbeitsleistung sinken und die Gefährdung der Gesundheit der Überanstrengten zunehmen, was sich im Anstieg der Krankheitstage niederschlug. Vor allem fehlten trotz der auf dem Felde von Berufsausbildung und Umschulung unternommenen Anstrengungen Facharbeiter. Die Dienststellen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hatten sich nicht mehr mit der Erfassung der Erwerbslosen und deren Vermittlung zu befassen. Einstellungen, später auch Kündigungen wurden durch sie genehmigungspflichtig. Gesetzliche Grundlagen dafür waren seit 1934 schrittweise geschaffen worden und hatten am 22. Juni 1938 ihren vorläufigen Höhepunkt mit der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von staatspolitischer Bedeutung erlangt. Diese ermöglichte für begrenzte Zeit die zwangsweise Zuweisung auf Arbeitsplätze. Schon am 13. Februar 1939 wurde die einschränkende Bestimmung über die zeitliche Begrenzung solchen Einsatzes faktisch aufgehoben.<sup>32</sup>

Dramatische Ausmaße hatte die Landflucht inzwischen angenommen, trotz der staatlichen Maßnahmen, die dem gegensteuern sollten. Das führte zu einer Einschränkung arbeitsintensiver Tätigkeiten und traf folglich vor allem die Großviehhaltung, in der insbesondere Schweine fehlten. Von 1937 zu 1938 gingen die Schweine- wie die Rinderbestände zurück.<sup>33</sup> Es vergrößerte sich, so eine Feststellung über die Folgen, die Versorgungslücke bei Fleisch und Fett. Gefordert wurde „Eßt mehr Fisch“. Für Landarbeiter wurde in mehreren Gegenden des Reiches obligatorisch und ohne Zuschläge der Elfstundentag eingeführt. Der Mangel an Arbeitskräften ging vor allem zu Lasten der Bäuerinnen und sogenannten Landfrauen. Immer häufiger mußte in der Erntezeit mit Aushilfen gearbeitet werden. Angehörige von NSDAP-Organisationen, des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht wurden als Nothelfer mobilisiert. Die Durchsetzung des am 1. März 1938 für weibliche Arbeitskräfte unter 25

<sup>27</sup> 1. Vierteljahreslagebericht 1939. In: Meldungen, Bd. 2, S. 247.

<sup>28</sup> Jahreslagebericht 1938, In: Meldungen, S. 196 f.

<sup>29</sup> Lampert, S. 185.

<sup>30</sup> Jahreslagebericht 1938. In: Meldungen, S. 201.

<sup>31</sup> 1. Vierteljahreslagebericht 1939. In: Meldungen, S. 323.

<sup>32</sup> Lampert, S. 187 f., Eichholtz 1, S. 26.

<sup>33</sup> Jahreslagebericht 1938, S. 160.

Jahren verordneten Pflichtjahrs, das deren Einsatz in der Land- oder Hauswirtschaft reglementierte, stieß jedoch auf viele Hindernisse und Widerstände.

[42:] Ende 1938 hieß es: „Der Höhepunkt der Erzeugungsschlacht ist offenbar erreicht.“<sup>34</sup> Schon ein Jahr zuvor war mit der Einführung von Kundenkarten für den Bezug von Butter versucht worden, den Verbrauch zu begrenzen. Die in diesem Jahr nun verfügte Senkung der Preise für Landmaschinen und die Hebung der Aufkaufpreise für Fettschweine, Schlachtrind und Milch sollten der Tendenz zur Extensivierung und den sich abzeichnenden bedrohlichen Prozeß des Produktionsrückgangs abbremsen oder abwenden. Im April 1939 folgte die Verordnung der Arbeitsplatzbindung für die Land- und Forstwirtschaft. Das volkswirtschaftliche Resultat lag zutage: Jeder fünfte Deutsche wurde durch Einfuhren aus dem Ausland ernährt.<sup>35</sup> Von Autarkie konnte keine Rede sein.

Unter diesen Bedingungen des Arbeitsmarkts nahm die Konkurrenz der Industrie- und Agrarkapitalisten um Arbeitskräfte zu und bewirkte mit dem Angebot von Spitzenlöhnen, Überstunden- und übertariflichen Zahlungen, Prämien, anderen außertariflichen Vergünstigungen und Zuschlägen eine unerwünschte Steigerung der Kaufkraft. Dagegen und ebenso gegen den durch unterschiedliche Anreize verursachten häufigen Wechsel der Arbeitsplätze<sup>36</sup> hatten die „Reichstrehänder der Arbeit“ einzuschreiten. Sie sollten die Fortsetzung der Politik des Lohnstopps sichern, für die der Begriff der „Lohnstetigkeit“<sup>37</sup> erfunden wurde. Die SD-Leute konstatierten, „das starre Grundlohnsystem blieb nach wie vor das eherne Grundgesetz unserer Lohnpolitik“. Dennoch wuchs das Gesamteinkommen der Arbeitenden und zwar aufgrund ihrer insgesamt gestiegenen Zahl, als Folge von Wechseln aus der Gruppe der ungelerten Arbeiter in die der gelernten, des Übergangs vom Stunden- zum Akkordlohn, der Entlohnung von Überstunden u. a.<sup>38</sup> Beibehalten ließ sich trotz allen gegenteiligen Verlangens der Betroffenen die Höhe der Sozialrenten, die sich nach wie vor auf dem per Notverordnung gekürzten Niveau des Sommers 1932 bewegten.<sup>39</sup> Auch Forderungen, angesichts der Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Lohnabzüge zur Arbeitslosenversicherung einzustellen, wurden abgewiesen.

Ein großer Teil der Arbeitenden lebte in jenen Jahren in Städten und Industrievierteln in schlechten und, wie die SD-Berichte unumwunden besagten, menschenunwürdigen Wohnverhältnissen. Für Berlin wurde die Kennzeichnung „Wohnungselend“ gebraucht. Katastrophal waren die Behausungen, in denen ledige Landarbeiter und Landarbeiterfamilien leben mußten. Das trug zur Landflucht der jungen Leute bei. Der Wohnungsbau ging 1938 gegenüber 1937 weiter zurück<sup>40</sup> und kam nahezu zum Erliegen. Die öffentlichen Investitionen für den Wohnungsbau, die [43:] 1933 noch 5,8 Prozent aller öffentlichen Investitionen ausgemacht hatten, sanken 1938 auf 1,3 Prozent.<sup>41</sup> Arbeitskräfte und Rohstoffe wurden für den Westwallbau, für Vorhaben der Wehrmacht und für die verschiedensten repräsentativen Bauten (vor allem in Berlin, hier fraß allein der Bau der Reichskanzlei die gesamte Jahresproduktion von Granit) eingesetzt. Um den Abfluß von Baumaterial an die geringe Zahl von Eigenheimbauern zu verhindern, war eine Baukreditsperre erlassen worden, die über den 1. April 1939 hinaus verlängert wurde. Die Mieten der Kleinwohnungen seien hoch und betrügen ein Drittel und mehr des Verdienstes von Arbeitern.<sup>42</sup> Auch über die gesundheitlichen Folgen dieser Zustände, die u. a. die Ausbreitung der Lungentuberkulose begünstigten, gaben die Berichtersteller Auskunft.

Zu den bevorzugten Reklamebildern der Zeit, die heute in Filmen und Büchern wieder und wieder reproduziert werden, gehören Fotos kerngesunder Menschen, kräftige Hitlerjungen in Sportkleidung, fröhlich tanzende Mädchen, Arbeitsdienstmänner, bestens ernährt und muskulös. Nicht reproduziert

<sup>34</sup> Jahreslagebericht 1938, S. 159 ff.

<sup>35</sup> Die Angaben schwanken in der Literatur geringfügig. Eichholtz, S. 232 gibt die Einfuhrabhängigkeit bei Nahrungsmitteln für 1938/39 mit 17 Prozent (1927/28 mit 32 Prozent) an.

<sup>36</sup> Eichholtz betrachtet die Fluktuation unter den Bedingungen der Entrechtung in Staat und Betrieb als „wichtigste Form des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital“, S. 28.

<sup>37</sup> 1. Vierteljahreslagebericht 1939. In: Meldungen, Bd. 2, S. 323.

<sup>38</sup> Jahreslagebericht 1938. In: Meldungen, Bd. 2, S. 203.

<sup>39</sup> 1. Vierteljahreslagebericht 1939, In: Meldungen, S. 324.

<sup>40</sup> Jahreslagebericht 1938. In: Meldungen, Bd. 2, S. 186 u. 210 ff.

<sup>41</sup> Lampert, S. 201.

<sup>42</sup> 1. Vierteljahreslagebericht 1939, In: Meldungen, Bd. 2, S. 270 u. 327 f.

werden hingegen Texte wie dieser: „In der Berichtszeit mehrten sich im gesamten Reichsgebiet die Fälle der Überarbeitung und nervösen Erschöpfung der werktätigen Bevölkerung. Nicht zuletzt ist diese Tatsache zurückzuführen auf den starken Mangel an vitaminreicher Ernährung.“<sup>43</sup> Der wiederum war zu einem Teil ebenfalls durch das Fehlen von Arbeitskräften auf dem Lande im Obst- und Gemüsebau verursacht. Klein- und Schrebergärtner wurden aufgerufen, den Anbau von Obst zu vermehren. Die Fehlernährung ging zu einem besonderen Teil zu Lasten der Heranwachsenden.

Die Bilder der „Jugend des Führers“ verstellen auch den Blick auf die Folgen des Lebens von Kindern in überfüllten Arbeiterwohnungen, namentlich in Kellerwohnungen, in denen in der vom Generalbauinspekteur Albert Speer umgestalteten Reichshauptstadt 1938 schätzungsweise 20.000 „Volksgenossen“, darunter Familien „mit bis zu neun Köpfen“, vegetierten. Aus dem Bewußtsein gerückt sind auch die – wiederum geschätzten – 5.000 Berliner Kinder, die, während ihre Eltern arbeiteten, „mehr oder weniger herumlungern“.<sup>44</sup> „Die Gefahr einer negativen Einstellung zum Nationalsozialismus“, konstatierten die Spezialisten Reinhard Heydrichs, rühre innerhalb der Arbeiterschaft in erster Linie aus diesen Zuständen der Wohnungsnot her.

Ein Wort noch aus dem Material der SD-Beamten zu den bis heute in Publikationen bevorzugt gedruckten bunten Werbeplakaten, die im Volkswagen, vorwiegend im VW-Cabriolet, über Autobahnen dahin sausende „Volksgenossen“ zeigten. Notiert wurde: „Die Bestellungen für den KdF-Wagen haben bis jetzt nicht den Erwartungen entsprochen, so daß die erste (hier muß es heißen: zu erwartende, K. P.) Jahresproduktion noch nicht abgesetzt werden konnte. Die Beteiligung der Arbeiterschaft [44:] wird mit nur drei bis vier Prozent angegeben.“<sup>45</sup> Am stärksten beteiligt seien an Bestellungen Angestellte und Beamte.<sup>46</sup> In den Betrieben werde darüber geredet, daß sich Facharbeiter die Anschaffung eines Autos womöglich noch leisten, aber die Betriebs- und Unterhaltungskosten kaum aufbringen könnten. Der Wagen, wurde gespottet, würde dann nicht weiter fahren, als der Empfang des Volksempfängers reiche.

Ein anderes aussagekräftiges Zeugnis über die interne Beurteilung der Lage der Arbeiter am Vorabend des Krieges stammt aus der Hinterlassenschaft des „Stellvertreters des Führers“. Es entstand, nachdem am 15. Juni 1939 in einer Chefbesprechung bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick entschieden worden war, Hitler einen Vorschlag zur Erhöhung der Beamtgehälter zu unterbreiten. Darauf reagierte Rudolf Heß, der in der Ministerrunde mit seinen Einwänden gescheitert war, mit einer beschwörenden Denkschrift, die er an Hitler richtete. Sie trug die Überschrift „Rudolf Heß an den Führer“.<sup>47</sup> Seit 1933 habe er mit vielen Parteiführern unbeirrbar öffentlich den Regierungsbeschluß verfochten, weder die Löhne und Gehälter noch die Preise des Einzelhandels zu erhöhen. Auf diesem Wege seien die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Aufrüstung gesichert und gleichzeitig inflationäre Entwicklungen verhindert worden. Würde von ihm abgegangen, könne eine Lawine entstehen. Die Arbeiter hätten, entgegen der Behauptung der Verfechter der Erhöhung der Gehälter der Beamten, durch Arbeitsfront und „Kraft durch Freude“ keine indirekten Lohnvorteile genossen. Denn die Abzüge vom Lohn wären seit 1933 erheblich gewachsen. Die am schlechtesten verdienenden Arbeiter könnten nicht einmal die zusätzlichen Kosten aufbringen, die ein Urlaub trotz billiger Angebote erfordere. Lohnerhöhungen, Folge der Konkurrenz um die raren Facharbeiter, auf die sich die Verfechter der Anhebung der Beamtenbesoldung beriefen, hätten die Masse der Arbeiter nicht erreicht. Zudem sei im Unterschied zur Beamtenschaft für die Arbeiter und Bauern die Altersversorgung nicht gesichert. Die Existenz mancher Bauern würde durch die auf niedrigem Niveau festgehaltenen Aufkaufpreise gefährdet.<sup>48</sup>

---

<sup>43</sup> 1. Vierteljahreslagebericht 1939. In: Meldungen, Bd. 2, S. 27 1.

<sup>44</sup> Jahreslagebericht 1938. In: Meldungen, Bd. 2, S. 210 u. 212.

<sup>45</sup> Jahreslagebericht 1938. In: Meldungen, Bd. 2, S. 177.

<sup>46</sup> Jahreslagebericht 1938. In: Meldungen, Bd. 2, S. 206.

<sup>47</sup> Mit dem Datum vom 17. Juni 1939. Heß befand sich damals zu einem Urlaub in Mecklenburg und schrieb aus Kalkhorst bei Grevesmühlen.

<sup>48</sup> Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorenen Bestandes. Hg. Institut für Zeitgeschichte München, Teil I: Bearbeitet von Helmut Heiber u. a., München 1983, Teil II: Bearbeitet von Peter Longenrich, München 1992, Mf 101 04882.

Der hier geschilderte Befund läßt sich auch in anderen Quellen antreffen, so etwa in den wirtschaftlichen Teilen der Berichte der Regierungspräsidenten oder in denen der Reichstreuhänder der Arbeit. Er wird aus anderer Perspektive bestätigt in den Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei (SOPADE).<sup>49</sup> Die verallgemeinerten Einschätzungen des Sicherheitshauptamtes finden darin ihre vielfarbige [45:] Illustration durch Berichte aus meist namentlich genannten Regionen und Betrieben. Zum Teil stützen sie sich auf Zitate aus im Reich erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften sowie aus Reden von politischen und Wirtschaftsführern. Das in diesen Berichten ausgebreitete Faktenmaterial ist erheblich umfangreicher. Analytisch gehen sie tiefer als die Meldungen, die für die Staatsspitze bestimmt waren.

### **Der Lebensalltag von Millionen kommt nicht vor**

Von dieser Wirklichkeit im Naziregime ist in Darstellungen der bundesdeutschen und anderer Historiographie wenig zu erfahren. Ist das Thema nicht ganz ausgelassen, sind die Mitteilungen allgemein und nichtssagend.<sup>50</sup> Das unter der Leitung von Martin Broszat durch Forschungen über die Jahre 1933 bis 1945 renommierte Institut für Zeitgeschichte in München bietet in einem Nachschlagewerk über das „Dritte Reich“ keinen Beitrag über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, sondern präsentiert – Stichworte „organisierte Freizeit“ und „Arbeit im Dienste des Regimes“ (in dieser Reihenfolge) – zwei Seiten Propagandabilder, darunter – nahezu obligatorisch – ein Foto von einer „Norwegenfahrt“ eines KdF-Schiffes.<sup>51</sup> Eine 1000 Seiten umfassende Gesamtdarstellung der „Zeit des Nationalsozialismus“ hat für das Thema Arbeit nicht ein Prozent des Platzes und füllt diesen noch zum erheblichen Teil mit Zitaten aus Selbstdarstellungen Hitlers über sein Verhältnis zur „Arbeit“.<sup>52</sup> In diesem Standardwerk lauten die Dachzeilen kaum anders als Naziparolen: „Arbeit und Brot“, „Autobahnbau“, „Kraft durch Freude“, „Anfänge des deutschen Tourismus“, „Der KdF-Wagen“, „Schönheit der Arbeit“, „Abbau der Arbeitslosigkeit und Steigerung des Lebensstandards“, „Beachtliche soziale Leistungen“.<sup>53</sup> Der Lebensalltag von Millionen, charakterisiert durch Arbeitszeit, Arbeitshetze, Arbeitszwang mit seinen Folgen für Gesundheit und das Anwachsen von Unfällen, „kommt nicht vor“, zu schweigen von Angaben über Profite und Gewinne der Kapitalisten. Während der Eindruck eines permanenten Konflikts zwischen den Eigentümern der industriellen Betriebe und dem Regime erweckt wird, heißt es von der Sozialpolitik: „Die sozialen Leistungen des Regimes sind nach dem Untergang des Dritten Reiches unter dem überwältigenden Eindruck seiner Verbrechen unterschätzt worden“, und „(...) unter dem Strich waren im letzten Friedensjahr die Beschäftigten insgesamt bessergestellt als 1933.“<sup>54</sup> Einmal geballt, dann wieder in kleinen Dosen wird das Bild vom „populistischen Regime“ offeriert, das die Massen durch dargebrachte [46:] Segnungen und gewährte Vorteile bestochen habe. Es „stieg der Lohn, die Renten wurden erhöht, die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt“, resümiert auch Yehuda Bauer ihre Vorkriegslage verkürzt, schief und falsch.<sup>55</sup>

Keine der intern getroffenen Feststellungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen rechtfertigt das Wort von „Hitlers Volksstaat“. Keine ist geeignet, auch nur eine Entwicklungstendenz erkennen zu lassen, die auf ein derartiges Ziel hinweisen würde. Zwei Texte aus dem Bericht für das Jahr 1938 machen klar, wohin die Veränderungen zeigten. Die eine: „Die politische Entwicklung des

<sup>49</sup> Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE) 1934-1940. Sechster Jahrgang 1939, Frankfurt a. M. 1980.

<sup>50</sup> Z. B. auch Ronald Smelser: Eine „braune Revolution“? Robert Ley, deutsche Arbeitsfront und sozialrevolutionäre Konzepte. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz. Hg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Wolfgang Michalka, München 1989, S. 419 f. (= Serie Piper, 811).

<sup>51</sup> Ploetz, Das Dritte Reich. Ursachen – Ereignisse – Wirkungen, Hg. Von Martin Broszat und Norbert Frei in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte, Freiburg i. B. o. J. (Vorwort von 1983).

<sup>52</sup> Michael Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt a. M. 2000. Saul Friedländer empfiehlt die Arbeit des britischen Historikers als „ein Meisterwerk“ und sagt ihm die Stellung eines „Klassikers“ voraus. Siehe: S. 280 ff.

<sup>53</sup> Hans Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986, S. 470-51. (nachfolgend: Thamer)

<sup>54</sup> Ebenda, S. 500 u. 512.

<sup>55</sup> Yehuda Bauer: Volk und Vorteilsnahme, in: *Die Zeit* Nr. 32 vom 4. August 2005.

Jahres brachte im Bankwesen eine weitere Verschiebung zugunsten der Großbanken, die im Gegensatz steht zu den jahrelang von Staats- und Parteistellen erhobenen Forderungen nach Stärkung des Privatbankiersstandes und der Regionalbanken.“<sup>56</sup> Die andere: „Als Hauptnutznieser der (...) Entwicklung im Jahre 1938, die sich in Überbeschäftigung und risikolosen hohen Gewinnen der Industriegewirtschaft ausdrückte, erscheinen die Großbetriebe und Konzerne.“ Dies sei eine „zwangsläufige Auswirkung“ der „Wehrwirtschaft“. Ungehindert habe sich die „Expansionsbewegung dieser wirtschaftlichen Gebilde aus eigenem Machtstreben“ vollzogen und die seit der „Machtübernahme“ zu konstatierende Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Mittel- und Kleinbetriebe fortgesetzt.<sup>57</sup> Derart begrifflich klare Einschätzungen, vorgenommen von den SS-Leuten des Reinhard Heydrich, sind nahezu ein halbes Jahrhundert später in der etablierten bundesdeutschen Geschichtspublizistik auch mit der Lupe nicht auffindbar. In einem Standardwerk verschwindet der Sachverhalt im Nebel der Aussage: „Das Regime verstärkte (...), was es zu bekämpfen versprochen hatte: den wirtschaftlichen Wandel von einer kleingewerblich-mittelständischen Ordnung zu einer großwirtschaftlichen Struktur.“<sup>58</sup> Mit dem Zitat sind wir sprachlich von den Kleinbetrieben auf die „Ordnung“, von den Konzernen auf die „Struktur“ gekommen. Das erinnert an das herbe Wort, das von den Historikern sagt, sie seien so etwas wie die Schminkmeister des großen Welttheaters.

---

<sup>56</sup> Jahreslagebericht 1938. In: Meldungen, Bd. 2, S. 182.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 187 f.

<sup>58</sup> Thamer, S. 521.

### Die Auseinandersetzungen um Polens Zukunft in der Zeit des zweiten Weltkrieges<sup>1</sup>

Nach dem faschistischen Überfall auf Polen im September 1939 und dem Verlust der staatlichen Unabhängigkeit gewannen in Polen die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes und um seine Gesellschaftsordnung an Bedeutung und an Heftigkeit. In gewissem Maße waren sie eine Fortsetzung jener politischen Kämpfe, die seit dem Beginn der polnischen Unabhängigkeitsbewegung in der Zeit der Teilung und besonders seit der Entstehung und Entwicklung der polnischen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stattgefunden hatten. Ihre Grundlage waren Klassengegensätze. Besonders drastisch traten sie im Verlauf der Revolution von 1905 sowie nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens 1918 hervor. Angesichts der faschistischen Gefahr und der Bedrohung Polens durch Hitlerdeutschland verschärfen sich diese Klassen- und politischen Gegensätze erheblich.

Die Aggression Hitlerdeutschlands gegen Polen im September 1939 und die sechs Jahre dauernde Okkupation ruckten das Problem der nationalen Befreiung von der faschistischen Tyrannei, deren Ziel die moralische und biologische Vernichtung des polnischen Volkes war, an die erste Stelle.<sup>2</sup> Auf diese Perspektive verwies das Schicksal der planmäßig und bestialisch ermordeten jüdischen Bevölkerung. Dabei traten hinsichtlich des Weges zur Rettung der Nation und zur Wiedergewinnung der Unabhängigkeit und des polnischen Beitrages zur Niederlage der Aggressoren grundlegende Differenzen zwischen den beiden Hauptlagern hervor, zwischen denen eine Reihe kleinerer Gruppierungen hin- und herpendelten.<sup>3</sup> Im Auseinanderklaffen der Konzeptionen des strategischen und taktischen Kampfes zur Befreiung wiederholten sich überaus deutlich die Klassen- und politischen Unterschiede innerhalb der polnischen Gesellschaft.

Seit 1939 schufen die mit der erst in Frankreich, später in England tätigen Exilregierung des Generals Władysław Sikorski verbundenen Gruppierungen ihre jeweiligen politischen und militärischen Organisationen auch im okkupierten Land. Das strategische Ziel der Regierung und der sie unterstützenden Parteien war die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates in seiner Vorkriegsgestalt und seiner kapitalistischen Ordnung, die höchstens durch einige liberal-demokratische Reformen verbessert werden sollte. Sie orientierten sich auf die Niederschlagung Deutschlands durch Frankreich, später durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Ihr Verhältnis zur UdSSR war unverändert feindlich, dies wurde noch potenziert durch die Schändlichkeiten, die die Regierung jenes Landes in den ihr 1939 angeschlossenen Gebieten zuließ.

Diese Konzeption war nicht ohne Einfluß auf die Taktik der der Regierung unterstehenden militärischen Untergrundorganisation, vor allem des „Bundes für bewaffneten Kampf“ (ZWZ), der 1942 in die Landesarmee (AK) umgewandelt wurde. Bestimmend für deren Tätigkeiten waren militärische Aufklärung und Sabotage im Dienste der britischen Special Operations Executive (SOE) sowie die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands für den Zeitpunkt des Angriffs der Westmächte auf Deutschland. Selbst nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg hielt man sich mit der Aufnahme des aktiven Kampfes zurück und wollte damit bis zu jenem Moment warten, an dem Deutschland und die UdSSR „völlig ausgeblutet sind, sich gegenseitig vernichtet und erschöpft haben werden“, – wie das Organ des Hauptkommandos des ZWZ am 26. Juni 1941 schrieb.<sup>4</sup> Darin drückte sich die in

<sup>1</sup> Überarbeiteter Text eines Vortrages vom 14. Februar 2006 vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung in Berlin.

<sup>2</sup> Vgl. Ryszard Nazarewicz: Der Überfall auf Polen. Diplomatische Hintergründe, in: Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938-1939, hg. von Werner Röhr, Brigitte Berlekamp und Karl Heinz Roth, Hamburg 2001, S. 307-325.

<sup>3</sup> Siehe dazu: Ryszard Nazarewicz: Drogi do wyzwolenia. Koncepcje walki z okupantem i ich treści polityczne 1939-1945, Warszawa 1979; Probleme des nationalen Befreiungskampfes und der Klassenkonfrontation am Vorabend der Revolution in Polen 1943/44, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 30, hg. von Eva Seeber, Berlin 1984, S. 235-259.

<sup>4</sup> *Biuletyn Informacyjny*, 26.VI.1941.

diesem Lager dominierende Tendenz aus, Deutschland und die UdSSR für „die zwei Feinde Polens“ zu erklären.

Das Lager der radikalen Linken mit der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) an der Spitze strebte ebenfalls nach der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit, aber in einer Ordnung, die den Interessen und Bestrebungen der Arbeiter in Stadt und Land Rechnung tragen sollte. Die militärische Konzeption dieses Lagers kristallisierte sich nach dem Beitritt der UdSSR zur Antihitlerkoalition heraus, als reale Chancen einer Niederlage Deutschlands und der Befreiung Polens durch die Rote Armee entstanden.

Wie bekannt, entstand die PPR unter den Bedingungen der Naziokkupation und zugleich unter Bedingungen einer tiefen Krise der polnischen kommunistischen Bewegung, aus der die Partei stammte. Zu dieser politischen Krise sowie zur organisatorischen Desintegration dieser Bewegung hatte in den dreißiger Jahren die fast vollzählige Ermordung jener ihrer Führer und Funktionäre durch das NKWD geführt, die sich sowjetischen Asyl befanden, weil sie in Polen verfolgt wurden. Nach diesen Morden hatte die Leitung der Kommunistischen Internationale (KI) 1938 die Kommunistische Partei Polens (KPP) aufgelöst und eine Weiterführung der alten sowie die Bildung neuer Parteistrukturen ohne ihr Einverständnis verboten.<sup>5</sup> Nur durch die Treue zu den Ideen und die Opferbereitschaft der Kader der aufgelösten Partei gelang es, in den Jahren 1939-1941 unter den Bedingungen des Terrors der Okkupanten verschiedene Organisationen und Gruppen zu schaffen. Das von der Komintern verhängte Parteiverbot versuchte man in der Weise zu umgehen, daß den geschaffenen antifaschistischen Organisationen Namen wie „Kampfhund zur Befreiung“, „Arbeiter- und Bauern-Kampforganisation“, „Gesellschaft der Freunde der UdSSR“ u. a. gegeben wurden. Die meisten von ihnen stellten die Losung des „Kampfes gegen die Okkupanten zur Befreiung Polens“ auf und behielten ihr revolutionäres Programm gesellschaftlicher Reformen bei. Erst im Ergebnis des Überfalls Deutschlands auf die UdSSR vollzog die Leitung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) eine Kehrtwendung, löste sich von ihrer durch den sowjetisch-deutschen Vertrag von 1939 bestimmten Politik und ermöglichte einer Initiativgruppe polnischer Kommunisten die Landung in Polen. Diese vereinigte die verschiedenen kommunistischen Gruppen in der Polnischen Arbeiterpartei.

Ohne zu klagen vollzogen jene polnischen Kommunisten, die die PPR leiteten, in ihrem Programm, einem linken und antifaschistischen Programm, inhaltlich eine grundsätzliche, tiefe, und wie sich herausstellte, dauerhafte Abwendung von jenen Elementen des alten Programms der KPP aus dem Jahre 1932, die nicht dem Streben der polnischen Gesellschaft nach Unabhängigkeit und Demokratie entsprachen. Die Idee einer gemeinsamen Front des ganzen Volkes zum Kampf gegen den Okkupanten war etwas Neues in der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Sie bedeutete den unwiderflichen Bruch mit dem unter den Bedingungen der Illegalität und Verfolgung produzierten sektiererischen und manchmal feindlichen Verhältnis zu nichtkommunistischen, darunter den sozialistischen Gruppierungen, einen Bruch mit dem linksradikalen, bis 1935 dauernden Verhältnis zum Patriotismus und zur Frage der staatlichen Unabhängigkeit.

Formal gehörte die PPR der Kommunistischen Internationale nicht als Mitglied an, obgleich sie deren Rolle und weltweite Autorität anerkannte. Sie unterhielt mit dem Generalsekretär der KI, Georgi Dimitroff, Funkverbindung; sie rechnete auf deren Hilfe und half ihr umgekehrt im Maße ihrer Möglichkeiten. Unter anderem schuf die PPR in Polen eine Reihe von Basen, die von Abteilungen der Volksgarde (GL) geschützt wurden. Hier sprangen Funktionäre der KI ab, die sich in die benachbarten Länder Europas begaben, um dort den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Darunter waren auch mehrere Funktionäre der KPD wie Franz Zielasko, Käthe [50:] Niederkirchner und Theodor Winter und im Jahre 1944 eine fünfköpfige Gruppe unter Leitung von Josef Kiefer.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des EKKI, Leipzig 1998.

<sup>6</sup> Komintern i wtorej wojnie, Bd. II, Moskwa 1998; Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933-1943, Berlin 2000; Ryszard Nazarewicz: PPR und KPD im Kampf gegen den Faschismus, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin 26, 1984, S. 500-508.

\* \* \*

Eine Analyse der Strategie und Taktik der beiden wichtigsten politischen Lager zeigt, daß die grundsätzlichen Auseinandersetzungen um die Zukunft Polens auf mehreren Ebenen geführt wurden:

1. der Streit um die nächste Zukunft, um die Strategie und Taktik des Kampfes gegen die Okkupanten und um die Orientierung auf eine Zusammenarbeit mit den Großmächten, die den Krieg gegen Hitlerdeutschland führten;
2. der Streit um die nähere Zukunft, ausgedrückt in der Stellungnahme zu den Polen befreienden verbündeten Armeen, und vor allem zur sich nähernden Armee der UdSSR;
3. der Streit um die weitere Zukunft, das heißt um die gesellschaftliche und politische Ordnung eines wiedergeborenen polnischen Staates. Neben den innerpolnischen Gegensätzen existierten in dieser Frage auch Unterschiede zwischen der PPR und Moskau;
4. der Kampf um die Macht im befreiten Polen, der in den ersten Nachkriegsjahren als Bürgerkrieg geführt wurde.

Diese Ebenen sollen im einzelnen vorgestellt werden.

## I

Es lag im Lebensinteresse des unterjochten polnischen Volkes, die Kämpfe gegen den Okkupanten so zu führen, daß sie die Gesellschaft vor der terroristischen und vernichtenden Tätigkeit des Feindes schützen und gleichzeitig zur Schwächung seines militärischen Potentials beitragen konnten. Die wirksamsten Formen des Kampfes waren die Partisanentätigkeit gegen den Okkupationsapparat und zur Verteidigung der Menschen sowie die Angriffe auf die Kommunikationslinien, die das Deutsche Reich mit der Ostfront verbanden und durch Polen verliefen. Am erfolgreichsten könnten diese Kämpfe geführt werden, wenn die Aktionen aller polnischer Kräfte koordiniert würden. Darum bemühten sich die Kräfte der polnischen Linken und besonders die PPR. Sie unterstützte praktisch alle Kräfte, die wirklich den Kampf gegen den Faschismus, gegen Hitlerdeutschland führten. In der Sowjetunion sah sie den Polen am nächsten stehenden Staat; sie erkannte dessen zunehmende Rolle im Kampf der Antihitlerkoalition und sah in ihm die Hauptkraft, die dem polnischen Volk die Rettung vor der drohenden Vernichtung und Polen die Befreiung von der Okkupation und die Wiedererlangung der Unabhängigkeit bringen konnte. Die Abkommen der Regierung von General Sikorski mit der UdSSR [51:] vom 30. Juli und vom 4. Dezember 1941 ermöglichten auch der PPR, ihr Verhältnis zur UdSSR auf eine qualitativ neue Grundlage, die eines Verbündeten, zu stellen.

Die PPR befürwortete diese Verträge. Sie orientierte darauf, die UdSSR im Krieg gegen Deutschland zu unterstützen, und erwartete von der UdSSR Hilfe bei der Bewaffnung des polnischen Widerstandes. Diese Hilfe – übrigens lange Zeit kostenlos – sowie die Funkverbindung mit der Kommunistischen Internationale waren damals und sind heute wieder Gegenstand der Verleumdung der polnischen Kommunisten durch die Propaganda des sog. nationalen Lagers als „Agentur Moskaus“, als angeblich dem polnischen Volk fremde Kraft, von der UdSSR geschaffen und ihren Interessen dienend.

Den Aufruf der PPR zur Einheit im Kampf gegen die Okkupation und zur nationalen Verständigung beantworteten die Führer des Pro-Regierungs-Untergrundes mit einer scharfen und sich nicht in Invektiven erschöpfenden Propagandakampagne. Ihr Ziel war es, die PPR außerhalb der polnischen Gesellschaft zu stellen, also eine spezifische „Delegalisierung“ durchzusetzen, so wie vor dem Krieg mit der KPP verfahren worden war. So charakterisierte die *Rzeczpospolita Polska*, das führende Organ der Delegatur der Londoner Exilregierung in Warschau, schon im März 1942 die Tätigkeit der PPR als „Inspiration Moskaus“ und urteilte: „Nicht zulässig ist die kommunistische Propaganda hinsichtlich der gegenwärtigen inneren Beziehungen und der künftigen gesellschaftlich-politischen Ordnung Polens, sie erfordert von polnischer Seite rücksichtslose Bekämpfung.“<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> *Rzeczpospolita Polska*, Nr. 4 vom 10.III.1942.

Ihr sekundierte das Organ des Hauptkommandos der Armia Krajowa (AK), *Biuletyn Informacyjny*, am 26. März 1942: „Die Polnische Arbeiterpartei und ihre Presseorgane erachten wir für eine fremde Agentur, die nicht nur den polnischen Interessen fremd und feindlich ist, sondern auch für die Zusammenarbeit der polnischen und der sowjetischen Regierung schädlich.“<sup>8</sup> Diese Angriffe wurden damals und werden heute von politischen Kreisen und Strömungen geführt, die immer in reichem Maße politische, materielle und technische Hilfe von außen erhalten haben und sich dafür den Vorgaben dieser Helfer unterordnen mußten. So entschied z. B. die Leitung der SOE der Regierung Großbritanniens u. a. über die Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät an die Widerstandsbewegungen in den besetzten Ländern. Ihren Richtlinien mußten sich diese Kräfte in ihrer Strategie und Taktik unterstellen.

Die PPR kritisierte diese Praxis, die den Lebensinteressen des Volkes und des polnischen Staates widersprach, entschieden. Doch die Tatsache, daß der Standpunkt der PPR den Aufrufen und Losungen der Kommunistischen Internationale nahekam, erleichterte ihre Bekämpfung durch das Regierungslager.

[52:] Ungeachtet des scharfen politischen Kampfes strebte die nacheinander von Marcelli Nowotko, Paweł Finder und Władysław Gomułka („Wiesław“) geführte Partei unbeirrt, eine nationale Front gegen die Okkupanten zu schaffen, und ließ ungeachtet der Feindseligkeit ihr gegenüber nicht in ihren Anstrengungen nach.<sup>9</sup> Das fand seinen Ausdruck u. a. in einem Offenen Brief Gomułkas an die Delegatur der Londoner Regierung, in dem vorgeschlagen wurde, eine Vereinbarung über die drängendsten nationalen Fragen, u. a. über die Bildung einer gemeinsamen Führung, der sich die Volksgarde unterordnen würde, abzuschließen.<sup>10</sup>

Der Vorschlag zwang die Parteien der Regierungsdelegatur, in der zweiten Februarhälfte 1943 Gespräche aufzunehmen. Doch stellte die Regierungsseite der PPR erstens unannehmbare Forderungen und brach zweitens die ungewollten Gespräche ab. Zweifellos spielte für diese Haltung auch die Verhaftung des Delegaten der Regierung, Prof. Jan Piekalkiewicz, durch die Gestapo am 19. Februar 1943 eine Rolle. Dieser war ein Vertreter der Bauernpartei und einer Verständigung nicht abgeneigt, sein Nachfolger Stanisław Jankowski aber nicht. Vor allem aber trug die Aufdeckung der Gräber polnischer Offiziere in Katyń und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung durch die Regierung der UdSSR dazu bei.<sup>11</sup>

Selbst nach dem Abbruch der Gespräche durch die Delegatur und das Hauptkommando der AK setzte die PPR ihre Anstrengungen fort, eine Verständigung über den Kampf gegen die Okkupanten zu erreichen. Doch statt mit den Linken zusammenzuarbeiten, gingen die „Nationalen Streitkräfte“ (NSZ) und rechte Elemente der AK zum systematischen Terror gegen die PPR und andere polnische Linkskräfte über, so mit Morden in Mogielnica am 1. Juni 1943 und bei Borów am 9. August 1943. Der Befehl Nr. 116 des Generals Bór-Komorowski, des neuen Befehlshabers der AK, vom 19. September 1943 „Über den Kampf gegen den Banditismus“ richtete sich namentlich gegen die Tätigkeit der Volksgarde: „kommunistische Umstürzler“ wurden als „kriminelle Banditen“ stigmatisiert.<sup>12</sup> Diesem brudermörderischen Terror fielen vom Frühjahr 1943 bis zum Jahresende 1944 (wobei die Angaben immer noch unvollständig sind) 776 Personen zum Opfer, davon 150 Funktionäre der PPR, ca. 380 Soldaten der Volksgarde und der Volksarmee, 40 Sozialisten und 50 Anhänger der Bauernpartei. 475 dieser Mordopfer [53:] fielen von der Hand der NSZ, die anderen wurden von anderen Kampfgruppen und rechten Abteilungen der AK umgebracht.<sup>13</sup>

<sup>8</sup> *Biuletyn Informacyjny*, Nr. 12 vom 26.III.1942.

<sup>9</sup> Vgl. Nazarewicz, *Drogi do wyzwolenia* (Fn 3).

<sup>10</sup> *Trybuna Wolności*, Nr. 25 vom 14.1.1943; siehe auch Władysław Gomułka: *Artykuły i przemówienia*, Bd I, Warszawa 1962, S. 7-17; weiterhin ders.: *Pamiętniki*, Bd. II, Warszawa 1994, S. 258-269; *Gwardia Ludowa w perspektywie historycznej*. Wyd.: Kazimierz Sobczak / Ryszard Nazarewicz, Warszawa 2003.

<sup>11</sup> Vgl. Czesław Madajczyk: *Das Drama von Katyń*, Berlin 1991; Gerd Kaiser: *Katyń. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis*, Berlin 2002.

<sup>12</sup> *Armia Krajowa w dokumentach*, Bd. VI, Londyn 1989, S. 347-348.

<sup>13</sup> Vgl. Nazarewicz, *Drogi do wyzwolenia* (FN 3), S. 358.

Der Vormarsch der Roten Armee weckte Hoffnungen auf eine baldige Befreiung von der deutschen Okkupation. Diese Hoffnungen wurden verstärkt durch die Nachricht, daß ab Mai 1943 die 1. Polnische Infanteriedivision namens Tadeusz Kościuszko in der UdSSR aufgestellt wurde. Ihr Kommandeur wurde General Zygmunt Berling, der später auch das 1. Polnische Korps und die 1. Polnische Armee führte, die an der Seite der Roten Armee gegen die Hitlerfaschisten kämpften. Als Initiator und Träger dieser Streitkräfte wurde offiziell der Bund Polnischer Patrioten (ZPP) genannt. Das stärkte die Bestrebungen, selbst aktiv am Kampf gegen die Okkupanten im Bündnis mit der ganzen Antibitterkoalition und nicht nur mit ihren westlichen Verbündeten teilzunehmen. So verzeichneten die Abteilungen der Volksgarde im Laufe des Jahres 1943 einen bedeutenden Zulauf und immer häufiger erklärten Mitglieder anderer Formationen, darunter auch solcher des Regierungslagers, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit ihr.

Damals entstand in den Reihen der PPR und der Volksgarde der Gedanke, die linken und demokratischen militärischen Organisationen, vor allem die sozialistischen und bäuerlichen, in einer Volksarmee zusammenzuschließen. Das Zentralkomitee der PPR beriet über den Vorschlag, ein politisches Zentrum zu schaffen, das alle linken und demokratischen Gruppen vereinigen sollte, die den Monopolspruch der Londoner Regierung nicht anerkannten. Hintergrund dieses Vorschlags waren, wie Gomulka schrieb, „Ereignisse wie die Ermordung einer Partisanenabteilung der Volksgarde bei Borów“ und ein politisches „Klima, das durch die Berufung der sog. Politischen Landesrepräsentation und ihrer am 15. August 1943 verkündeten Deklaration geschaffen wurde.“<sup>14</sup>

Im Ergebnis einer Übereinkunft der PPR mit den linken Flügeln der Arbeiterpartei Polnischer Sozialisten (RPPS) und der Bauernpartei (später: SL-Wola Ludu) sowie mit anderen Organisationen konstituierte sich in der Silvesternacht 1943/44 in der Illegalität der Landesnationalrat (KRN). Er rief die Volksarmee (AL) ins Leben, die ihm politisch unterstand. Die von der PPR geführte Volksgarde (GL) trat komplett der Volksarmee bei, doch alle in den Bestand der Volksarmee eintretenden Formationen bewahrten ihre Autonomie.<sup>15</sup> Der Landesnationalrat stellte der Volksarmee die Aufgabe, den bewaffneten Kampf gegen die nazistische Okkupation Polens zu führen. Zum Obersten Befehlshaber der Volksarmee berief der Landesnationalrat den General Michał Żymierski (Rola). Doch für den bewaffneten Kampf fehlten der Volksarmee die Mittel, über Waffenlager verfügte die polnische Linke nicht. Des-[54:]halb war es nur natürlich, daß sich die Leitung der PPR durch Vermittlung der Kommunistischen Internationale um Hilfe an die sowjetischen Verbündeten wandte. Beginnend mit dem ersten chiffrierten Funkspruch nach Moskau vom Juni 1942 bat sie immer wieder um den Abwurf von Waffen aus Flugzeugen, ähnlich wie der britische Verbündete auf Drängen der Londoner Exilregierung dem ZWZ und später der AK Waffen und Munition lieferte.

Aus Gründen, die noch behandelt werden, erfolgten die ersten sowjetischen Waffenabwürfe erst Ende Mai 1944, also wenige Wochen vor der Befreiung der Wojewodschaft Lublin. Die Verteilung oblag dem am 24. März 1944 aus Moskau eingetroffenen Paweł Petrow. Für das Durchschleusen von Waffen und Menschen sowie die Verbindung zu den Partisanen sorgte ab 5. Mai 1944 der in Wolhynien tätige Polnische Partisanenstab. Er war zweifach unterstellt: Formal dem Kriegsrat der Polnischen Armee in der UdSSR, faktisch aber, wie aus den Stabsdokumenten hervorgeht, den zentralen Machtorganen der UdSSR.<sup>16</sup> Das führte zu zahlreichen Mißverständnissen und Konflikten, denn die in Polen eintreffenden Partisanenabteilungen unterstanden diesem Stab und widersetzten sich einer Unterstellung unter die Führung der Volksarmee.

Nach den Berechnungen von Mieczysław Wieczorek führten die Einheiten der Volksarmee im Laufe des Jahres 1944 über 1.500 Kämpfe und Diversionsakte durch, darunter 380 Gefechte mit der Polizei

<sup>14</sup> W. Gomulka: Pamiętniki, S. 334; Rzeczpospolita Polska, Nr. 15 vom 30.VIII.1943; AK w dokumentach, Bd. VI, S. 350-352. Die Politische Landesrepräsentation war ein Gremium der Parteien des Regierungslagers.

<sup>15</sup> Ryszard Nazarewicz: Armii Ludowej dylematy i dramaty, 2. Aufl. Warszawa 2000; Armia Ludowa w perspektywie historycznej. Wyd.: Ryszard Nazarewicz / Henryk Stańczyk, Warszawa 2004.

<sup>16</sup> Archiwum Akt Nowych (AAN), Mikrofilm 2802, Dok. 14, 15; Wojskowy Przegląd Historyczny, Nr. 22/1962, S. 390-412; *Russkij Archiw*, Bd. XIV, SSSR i Polša 1941-1945, Moskwa 1994, S. 168-179; Nazarewicz, Armii Ludowej dylematy, S. 69-77, 225-245; Nazarewicz / Stańczyk, Armia Ludowa, S. 128-150.

und der Wehrmacht des „Dritten Reiches“, 200 Anschläge gegen den Terrorapparat der Okkupanten, 770 gegen die Transportwege und Kommunikationen des Feindes, 190 gegen die Kriegswirtschaft und die Okkupationsverwaltung.<sup>17</sup>

Mit ihrer Politik der ausgestreckten Hand war die Volksarmee offen für die Zusammenarbeit mit anderen Kräften, die den Kampf gegen die Okkupanten führten. Doch die ausgestreckte Hand wurde häufig zurückgewiesen aufgrund vorgegebener Verbote und einer die Volksarmee verunglimpfenden Propaganda. Ungeachtet dessen kam es auf den Kampffeldern zum Zusammenwirken der Volksarmee mit Abteilungen der Bauernbataillone, der AK und mit sowjetischen Partisanen, so in der großen Schlacht in den Wäldern von Janów und Biłgoraj (9.-25. Juni 1944), bei der Verteidigung der „Republik von Pinczów“ (Ende Juli/Anfang August 1944), an der Ewina und der Gruszka im September 1944 und während des Warschauer Aufstands im August/September 1944, in dem Abteilungen der Volksarmee gemeinsam mit Aufständischen der AK kämpften.

Damals vereinigten sich die politisch mit der PPS-Linke verbundene kleinere Formation „Polnische Volksarmee“ (PAL) und das der Partei Polnischer Demokraten [55:9 politisch nahestehende „Sicherheitskorps“ (KB) mit der aus der Volksgarde hervorgegangenen Volksarmee (AL). Gemeinsam mit der PPR und der RPPS schufen sie während des Warschauer Aufstandes die „Aufständische Demokratische Verständigung“, die den Landesnationalrat (KRN) als politische Führung anerkannte.

Zu dieser Zeit war die Volksarmee bereits gemeinsam mit der Polnischen Armee in der UdSSR Bestandteil des neuen, am 21. Juli 1944 geschaffenen Polnischen Heeres (WP), geworden. Aber ihre Einheiten kämpften noch im Rücken des Feindes in den okkupierten Gebieten westlich der Wisła.<sup>18</sup>

## II

Der Streit um die nähere Zukunft drückte sich in der jeweiligen Stellung zur Armee der Sowjetunion aus, die sich Polen näherte. Der Hauptstreitpunkt war die Ostgrenze Polens. Der Landesnationalrat sprach sich für ein Polen aus, das mit allen Staaten der Antihitlerkoalition zusammenarbeiten sollte, vor allem mit der Polen benachbarten Großmacht UdSSR, gestützt auf ein Bündnis mit ihr. Er erkannte das Recht aller Völker, auch der Ukrainer und Weißrussen, auf Selbstbestimmung an und trat für eine „freundschaftliche Verständigung“ als allgemeine Grundlage für die Lösung der Grenzprobleme ein. Gleichzeitig forderte er, Polen einige Gebiete im Westen und Norden zuzuweisen, vorerst ohne konkretisierende Einzelheiten.<sup>19</sup>

Die internationale Situation verwies auf die brennende Notwendigkeit solcher Entscheidungen, denn im Ergebnis der großen Siege der Roten Armee bei Stalingrad und Kursk näherte sich unverkennbar der Moment, wo sie Polen betreten würde. Die strategische Initiative war definitiv in sowjetische Hände übergegangen, die Bedeutung der UdSSR innerhalb der Antihitlerkoalition gewachsen. Dies bewiesen die Entscheidungen der Konferenz der Außenminister der Großen Drei in Moskau (19.-30. Oktober 1943) und anschließend der Führer der Großmächte in Teheran (26. November-1. Dezember 1943). Dort wurden strategische Entscheidungen getroffen, die von grundlegender Bedeutung für die Ergebnisse des Krieges waren, so die Eröffnung einer zweiten Front in Westeuropa im Frühjahr 1944 (und nicht, wie Churchill wollte, auf dem Balkan, um der Roten Armee in Mitteleuropa zuvorzukommen). In der Frage der polnischen Grenzen wurde auf Vorschlag Churchills der damals nicht publizierte Beschluß gefaßt, daß „der Sitz des polnischen Volkes sich zwischen der sog. Curzon-Linie und der Oder befinden sollte, mit eventuellen Umsiedlungen der Bevölkerung.“<sup>20</sup> Churchill glaubte, daß im Fall einer Annahme dieses Vorschlags durch die polnische Exilregierung die sowjetischen Vorbehalte gegenüber dieser Regierung verschwinden würden und sie in Polen nach der Befreiung durch die Rote Armee an die Macht zurückkehren könnte.

<sup>17</sup> Mieczysław Wiczorek: *Armia Ludowa 1944-1945*, T. II: *Działalność bojowa*, Warszawa 1984.

<sup>18</sup> Ebenda. Siehe auch: Ryszard Nazarewicz: *Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen*, in: *Kapitulation und Befreiung. Das Ende des II. Weltkrieges in Europa*, hg. von Fritz Petrick, Münster 1997, S. 180-185.

<sup>19</sup> *Kształtowanie się podstaw programowych PPR*, Warszawa 1958, S. 140-163, 469-473 (Zitat S. 48).

<sup>20</sup> Teheran, Jałta, Poczdam. *Dokumenty konferencji*, Warszawa 1970, S. 86 f.

[56:] Die auf der Moskauer Konferenz berufene Europäische Beraterkonferenz aus Vertretern Großbritanniens, der USA und der UdSSR stellte am 15. Januar 1944 auf Vorschlag der britischen Seite fest, daß die Trennungslinie zwischen den Armeen der einzelnen Länder, die das deutsche Territorium besetzen sollten, entlang der Elbe verlaufen werde, die Territorien östlich der Elbe aber das Operationsgebiet der Roten Armee bildeten. Damit befand sich Polen als Durchgangsland in jenem Teil Europas, der in das Interessengebiet der UdSSR fiel.

Der Standpunkt des Landesnationalrats zur Frage der künftigen Grenzen Polens war von der Entscheidung der Teheraner Konferenz nicht weit entfernt, die er damals allerdings noch nicht kannte. Entschieden verworfen wurde er von der polnischen Regierung in London und der dortigen Militärführung. Beide erachteten die Grenzen des Rigaers Vertrages von 1921 für unantastbar, forderten aber gleichzeitig den Anschluß Ostpreußens, Danzigs und des Oppelner Schlesiens an Polen.<sup>21</sup> Einige Regierungsstellen und manche Parteien im Exil wie im Lande nahmen noch weitergehende Standpunkte ein. Die der Exilregierung angehörende Nationalpartei (SN) wollte im Westen eine Grenze an Oder und Lausitzer Neiße und im Osten die Grenzen von 1772 sowie die Annexion Litauens oder wenigstens die Linie Düna-Dnepr.<sup>22</sup>

Man könnte diese verantwortungslosen Hirngespinnste übergehen, wenn ihnen nicht auch die maßgebenden politischen Kreise des Londoner Lagers erlegen wären. Noch im September 1943 entwickelte das Außenministerium der polnischen Exilregierung in einer Instruktion für die Landesdelegatur Pläne einer Verlegung der Ostgrenze hinter Kamieniec Podolski und Minsk sowie der Einverleibung Litauens bei gleichzeitig bescheidenen Landforderungen im Westen. Zeitgleich plante das außenpolitische Departement der Delegatur die Inkorporation Litauens in Polen und für den Fall einer entsprechenden Schwächung der UdSSR durch den Krieg auch eine politische und militärische Anbindung der baltischen Staaten, der Ukraine und Weißrußlands an Polen.<sup>23</sup> Man betrachtete also damals kurz vor ihrem Sieg im Krieg die UdSSR als leere Fläche, als „wildes Feld“.

[57:] Diese Konzeptionen schlossen einen Krieg gegen die UdSSR ein, oder im besten Fall verwarfen sie von vornherein eine Unterstützung der UdSSR für begründete rationale Forderungen Polens im Westen, besonders da die westlichen Großmächte in dem Maße, wie sich die letzten Kriegsentscheidungen näherten, immer unwilliger wurden, das Territorium Nachkriegsdeutschlands ernsthaft einzuschränken, da sie es sich wirtschaftlich unterordnen wollten.

Die Führer der polnischen Linken kannten die Absichten der Führer des Regierungslagers nicht und konnten sie nicht kennen. Jedoch deren offizielle Verlautbarungen sowie der Ton ihrer Presse ließen Schlimmstes befürchten: „Alle offiziellen Exposituren der Londoner Regierung im Lande rufen zum Krieg mit den Sowjets auf (...) In der gesamten Untergrundpresse, beginnend mit *Szaniec* und endend mit *WRN*, an der Spitze die Organe der Delegatur, bemüht man sich mit aller Kraft, das Volk von der Notwendigkeit eines polnisch-sowjetischen Krieges zu überzeugen“, schrieb Władysław Gomułka im September 1943.<sup>24</sup> Und im Dezember jenen Jahres unterstrich er in dem bereits erwähnten Manifest, daß „die Politik der Mobilisierung des Volkes zum Krieg mit der Sowjetunion (...) das polnische Volk vor eine in ihren Folgen unabsehbare Katastrophe stellt.“<sup>25</sup>

<sup>21</sup> Sprawa polska w II. wojnie światowej na arenie międzynarodowej, Warszawa 1965, S. 418,431-433.

<sup>22</sup> *Warszawski Głos Narodowy*, 20. Mai und 8. Juli 1944; AAN Bd. 207123, k. 54 (Misja Polski); O co walczy Narodowe Siły Zbrojne? Warszawa 1943; *Chrobry szlak*, Nr. 17 vom 5. Oktober 1944.

<sup>23</sup> AAN, Bd. 202/XIV-09, k. 31; Bd. 202/III-165, k. 240-250 (Polskie terytorialne cele wojny); Jan Nowak-Jeziorański: *Kurier z Warszawy*, Londyn 1978, S. 158-59. Nach seinem Bericht sprachen sich neben der Nationalpartei auch das „Sanacja-Lager Kämpfendes Polen“ dafür aus. Die territorialen Ansprüche der Christdemokraten und der ihnen nahestehenden Union endeten damit nicht. Sie träumten von dem Projekt einer Konföderation mit der Tschechoslowakei, Ungarn und der Ukraine, ohne sich darüber Sorgen zu machen, was diese künftigen Partner davon hielten. Das außenpolitische Departement der Regierungsdelegatur lebte ebenfalls in einem Wunderland (...) Wie viele andere stellte sich Knoll Polen als Großmacht vor, die, von den Vereinigten Staaten und Großbritannien mit ihrer ganzen Macht unterstützt, am Konferenztisch nicht nur Deutschland und Rußland die Friedensbedingungen diktieren würde.“ (Roman Knoll, Chef des. O.g. Departements)

<sup>24</sup> Władysław Gomułka: *Artykuły i przemówienia*, Bd. I, Warszawa 1862, S. 22, 50.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 45.

Wie begründet und zutreffend die damaligen Befürchtungen des Sekretärs des Zentralkomitees der PPR waren, bezeugen die nach dem Krieg in London veröffentlichten Dokumente. Der Oberste Befehlshaber der polnischen Streitkräfte in London, General Kazimierz Sosnkowski, schrieb in einer Depesche an den Befehlshaber der AK vom 5. Oktober 1943, die Sowjetunion sei als Feind zu behandeln, wenn die Rote Armee gemeinsam mit den „Divisionen Herlings“ die Grenze von 1939 ohne Zustimmung der polnischen Regierung überschreite und in „Gestalt einer kommunistischen Regierung in Polen“ „vollendete politische Tatsachen“ schaffe.<sup>26</sup> In seiner Antwort vom 13. Oktober 1943 unterstützte der Befehlshaber der AK, General Komorowski, diese Position und entwickelte sie am folgenden Tage in einem Referat auf der Sitzung der von den Parteien des Londoner Lagers gebildeten Politischen Landesrepräsentation wie folgt: Wenn die sowjetischen Truppen nach Polen (in den Grenzen von 1921) eindringen, „müssen wir vorbereitet sein, ihnen bewaffneten Widerstand zu leisten. Diesen Widerstand muß man vor allem als bewaffnete Demonstration werten, die notwendig ist, um der Welt den polnischen Protest gegen den Einfall zu dokumentieren.“<sup>27</sup>

Die Bereitschaft zum Widerstand gegen die die Grenzen von 1921 überschreitenden sowjetischen Truppen und die Verteidigung dieser Grenze „mit allen zur Verfügung stehende Mitteln“ kündigte die Landesführung des Regierungslagers, eingeschlossen der Rat der Nationalen Einheit (RJN), der damals als Keimzelle eines Unter-[58:]grundparlamentes geschaffen wurde<sup>28</sup>, am 15. Januar 1944 an. Am 20. Januar wurde der Premier Stanisław Mikołajczyk mit einer Depesche darüber informiert. Doch von einer Unterstützung Polens durch die westlichen Verbündeten in diesem Konflikt und in einem eventuellen Krieg mit der Sowjetunion konnte keine Rede sein, solange die UdSSR die Hauptlast des Krieges gegen das faschistische Deutschland trug. Dies erklärte Churchill Mikołajczyk unmißverständlich und drängte ihn, die Curzon-Linie offiziell anzuerkennen. Unter dem Druck der Mehrheit der Exilregierung lehnte Mikołajczyk das ab.

Das Bestreben, es zu Konflikten zwischen den Großen Drei kommen zu lassen, wurde überhaupt nicht verborgen, und das zu einem Zeitpunkt, als es zu jenen entscheidenden Operationen kommen sollte, die zur Kapitulation der Wehrmacht führen sollten. Offen drückte das Organ des Hauptkommandos der AK, *Biuletyn Informacyjny* diese Hoffnung aus. Es schrieb in dem Artikel „Moskau sagt Amerika ab“, daß der Streit zwischen Großbritannien und der UdSSR über die Anerkennung der Exilregierung „den Charakter eines polnisch-sowjetischen Streits verloren und breite Bedeutung und die für uns nützlichere Form angelsächsisch-sowjetischer Mißverständnisse angenommen hat.“<sup>29</sup> Władysław Gomułka sah darin das klare Bestreben zur Zerschlagung der Großen Koalition. Er schrieb damals, daß die polnische Reaktion „einen mysteriösen Plan entwarf, dessen Gedanke war, die angelsächsischen Länder mit der Sowjetunion zu zerstreiten und zu einem Krieg zwischen den Alliierten zu führen“.<sup>30</sup>

Von diesen Absichten konnten die Soldaten der AK nichts wissen. Sie waren nicht der AK beigetreten, um mit dem Staat der Antihitlerkoalition, der die Hauptlast des Krieges gegen Deutschland trug und die größten Opfer brachte, zu kämpfen. Im übrigen waren diese Kriegspläne der Befehlshaber unmöglich zu realisieren, hauptsächlich wegen der Erklärungen der westlichen Verbündeten. Premier Mikołajczyk, der anfänglich und bis Oktober 1943 auf den geschlossenen Beratungen bei Exilpräsident Raczkiewicz einen bewaffneten Widerstand gegen die „sowjetische Invasion“ zulassen wollte, sobald die Rote Armee bei der Zurückdrängung der Deutschen nach Polen käme, versuchte unter dem Druck Churchills später auf die Position der Vertreter seines Lagers im Lande mäßigend einzuwirken.<sup>31</sup>

So reifte ein Konflikt heran, der drohte, Polen außerhalb der Antibitterkoalition zu stellen und seine lebenswichtigen Interessen verletzte. Ein solcher politischer Konflikt konnte sich leicht in einen

---

<sup>26</sup> Armia Krajowa w dokumentach, Bd. III, Londyn 1976, S. 156, 152 f, 231-243.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 173.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 277.

<sup>29</sup> *Biuletyn Informacyjny*, Nr. 5 vom 3. Februar 1944.

<sup>30</sup> Gomułka, *Artykuły i przemówienia*, a. a. O., S. 46.

<sup>31</sup> AAN, Bd. 20211-8, k.8 (Depesche vom 15. Februar 1944); Bd. 202/I-4, k. 59-57 (Depeschen vom 17. und 25. März 1944).

bewaffneten Konflikt mit der UdSSR und der Roten Armee verwandeln, womit ein weiteres Ausbluten des polnischen Volkes drohte. Man kann sich vorstellen, was passieren würde, wenn anstelle der von der Roten [59:] Armee aus Polen geworfenen deutschen Okkupanten die der Exilregierung unterstellte bewaffnete Macht im befreiten Polen die UdSSR als ihren Feind behandelte. Unter diesen Bedingungen könnte die UdSSR Polen ein strengeres Besatzungsregime auferlegen, wie z. B. in Rumänien oder Ungarn, vom Verlust des Status eines verbündeten Staates nicht zu reden.

Die im November 1943 vorgetragene Idee der Berufung einer nationalen Vertretung in Gestalt des Landesnationalrats, der die UdSSR als Verbündeten und nicht als Feind Polens anerkennen würde, sollte einer solchen nationalen Tragödie vorbeugen. Von Anfang an sprach der Landesnationalrat der Londoner Regierung das Recht ab, „im Namen der Volkes zu sprechen“ und über dessen Schicksal zu entscheiden, er vollzog so eine „Entthronung“. Er öffnete nicht nur – wie gewöhnlich anerkannt wird – der polnischen Linken den Weg zur Macht, sondern vor allem den Weg zur Rettung Polens vor den unabsehbaren Folgen einer Katastrophe, zu der die Politik der Londoner Führer führen konnte, sollte ihr Regierungsmonopol weiter bestehen. Der Abschluß der Bündnisverträge zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN), das am 22. Juli 1944 durch den Landesnationalrat berufen worden war, und der Sowjetunion am 26. und 27. Juli 1944 und später durch die Provisorische Regierung am 21. April 1945, setzte dieser Bedrohung ein Ende.

### III

Das Hauptproblem des politischen Streites war, wie wir gesehen haben, das Problem der Rettung des polnischen Volkes vor seiner Vernichtung durch den deutschen Faschismus, wie auch vor dem Wahnsinn, einen Krieg zwischen dem befreiten Polen und der Sowjetunion und zugleich einen Bürgerkrieg hervorrufen zu wollen. Demgegenüber schienen die innerpolnischen Konflikte über die Frage der Ordnung des künftigen, von der Okkupation befreiten Polen weniger Schärfe anzunehmen.

Das Programm der PPR, formuliert in der großen Erklärung „Wofür kämpfen wir?“ vom November 1943, sowie das Programm des Landesnationalrats, angenommen auf seiner ersten Sitzung, waren weit weniger radikal als frühere Programme der linken Parteien, wie z. B. das Radomer Programm der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) von 1937 oder das ultralinke Programm der KPP von 1932. Dafür hatten sie die historische Chance, verwirklicht zu werden.

Im Programm der PPR wurde eine Agrarreform durch Parzellierung der großen Güter ohne Entschädigung sowie die Nationalisierung der Großindustrie, der Gruben, Banken und des Transports angekündigt. Ähnliche gesellschaftliche Reformen forderten auch die Arbeiterpartei polnischer Sozialisten (RPPS) und andere Gruppen im Landesnationalrat in ihrer Deklaration vom 1. Januar 1944. Diese knüpfte an Grundprinzipien der Verfassung von 1921 an und verwarf die Sanacja-Verfassung von 1935. Sie kündigte an, daß die zu „gegebener Zeit“ vom Landesnationalrat zu [60:] berufende Provisorische Regierung die von den Arbeitenden der Städte und Dörfer geforderten gesellschaftlichen Reformen durchführen müsse.<sup>32</sup>

Unter dem Einfluß einer Radikalisierung der gesellschaftlichen Stimmungen sprachen nun auch leitende Gremien des Regierungslagers von gesellschaftlichen Reformen, so in der Deklaration der RJN vom März 1944 von einer Agrarreform. Aber viele Polen, selbst solche, die mit diesem Lager organisatorisch verbunden waren, waren sich darüber klar, daß ein Lager, in dessen Exilregierung, Armee und Untergrundapparat die rechten Vertreter, seien es jene der Sanacja oder der Endecja, einschließlich der Großgrundbesitzer, absolut dominierten, einen gesellschaftlichen Umbau des künftigen Polen samt einer Agrarreform weder durchführen wollte noch konnte, was bereits die Jahre nach 1920 gezeigt hatten.<sup>33</sup>

<sup>32</sup> Kształtowanie się, S. 140-163, 469-473; Komintern, S. 408-410; Polska-ZSRR. Struktury podległości. Dokumenty KC WKP (b). 1944-1949, Warszawa 1995, S. 32-31, 38-46.

<sup>33</sup> Zur gescheiterten polnischen Agrarreform nach 1920 siehe Władysław Góra: PPR w walce o podział ziemi obszarnej, Warszawa 1962; Henryk Słabek: Polityka agrarna PPR, Warszawa 1967.

Es gab noch eine neue Flanke im Streit um die künftige Ordnung des polnischen Staates. Die Programme der PPR und des Landesnationalrats wurden von einer Seite scharf kritisiert, von der das überhaupt nicht erwartet worden war, nämlich von der Leitung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, und zwar durch deren Abteilung Internationale Verbindungen (OMS), die damals von Georgi Dimitroff und seinem Stellvertretern Dmitrij Manuilski und Leonid Baranow geleitet wurde.<sup>34</sup> Mit dieser vom Zentralkomitee der KPdSU (B) im Januar 1944 in Moskau gegründeten Abteilung arbeitete das ebenfalls vom ZK der KPdSU gebildete Zentrale Büro der Kommunisten Polens (CBKP) eng zusammen. Ohne Auftrag, ja ohne jegliche Information des Zentralkomitees der PPR bezeichnete sich dieses Zentralbüro als Auslandsvertretung der PPR, doch in Wirklichkeit beanspruchte es die Rolle eines Führungs- und Aufsichtsorgans über die PPR. Bereits die Wahl Władysław Gomułkas zum Sekretärs des ZK der PPR im November 1943 hatte Moskaus Mißtrauen und Verdächtigungen hervorgerufen, weil sie entgegen der bisher geübten Praxis, die Approbation Moskaus einzuholen, erfolgt war, wie ebenfalls die Bildung des Landesnationalrats.

Dieses gestörte Verhältnis der Moskauer Führung und des Zentralbüros polnischer Kommunisten zur PPR und zum Landesnationalrat fand seinen Niederschlag in einer Reihe uns heute bekannter Dokumente, darunter der Funkkorrespondenz zwischen dem ZK der PPR und Moskau sowie in weiteren Materialien des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) und der Abteilung Internationale Verbindungen (OMS) des ZK der KPdSU. Gomułka, die PPR und der Landesnationalrat wurden darin des „Sektierertums“ und des politischen „Abenteurertums“ beschuldigt. Dem nach Polen entsandten Emissär der OMS und des ZK der KPdSU, Leon Kasman, wurde verboten, nach Warschau zu gehen, was ihm vom [61:] ZK der PPR vorgeschlagen worden war. Kasman wurde besondere Vorsicht gegenüber der PPR anbefohlen, deren Tätigkeit „Wasser auf die Mühlen verschiedener Provokateure und Feinde des polnischen Volkes“ sei. Für Sektierertum wurde auch die Herausgabe des Dekretes des Landesnationalrates und die Bildung der Führung der Volksarmee gehalten, „denn noch gibt es in Polen keine Polnische Armee“.<sup>35</sup> Die Autoren dieser Depesche taten so, als wüßten sie nicht, daß in Polen seit 1942 eine zentrale Führung der Volksgarde und später der Volksarmee existierte – oder sie erkannten sie nicht an.

Aber im Grunde sollten diese Anschuldigen nur die Tatsache camouffieren, daß die Bildung des Landesnationalrates und seine Ankündigung einer Regierungsbildung für die Führer der UdSSR aus verschiedenen Gründen nicht bequem war, denn sie komplizierte ihre Position innerhalb der Antihitlerkoalition. Stalin hatte schließlich in Teheran Churchill versichert, daß er mit einer Wiederherstellung der Beziehung zur polnischen Regierung in London einverstanden wäre, sofern diese die Curzon-Linie anerkenne und die antisowjetischen Politiker aus der Regierung ausschließe. Die Bildung des Landesnationalrates erschwerte Stalin die Verwirklichung dieser Pläne, um so mehr als er selbst Ende Dezember 1943 versuchte, ein eigenes „Polnisches Nationalkomitee“ auf der Grundlage des Bundes Polnischer Patrioten in der UdSSR (ZPP) zu schaffen, gewissermaßen als Verhandlungsmasse sowie als Reservestruktur für den Fall, daß es nicht zu einer Verständigung mit der polnischen Regierung käme.

Gegensätzliche Verlautbarungen, einerseits der polnischen Exilregierung vom 5. Januar 1944, die mit der britischen Regierung abgestimmt war, andererseits der UdSSR vom 11. Januar, riefen eine scharfe diplomatische und Pressepolemik hervor. Nachdem die Nachricht über die Bildung des Landesnationalrates nach London gelangt war – durch eine Depesche des Befehlshabers der AK vom 12. Januar 1944 – unterstrich Churchill in einer seiner Botschaften an Stalin: „Die Bildung einer anderen polnischen Regierung als jener, die wir bisher anerkannt haben, in Warschau sowie Turbulenzen in Polen können Großbritannien und die Vereinigten Staaten vor ein Problem stellen, das der engen Verständigung zwischen den Großmächten, von der die Zukunft der Welt abhängt, schädlich ist.“<sup>36</sup>

---

<sup>34</sup> Nach der Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943 unterhielt diese Abteilung im Zentralkomitee der KPdSU die Verbindungen zu den einzelnen kommunistischen Parteien.

<sup>35</sup> Komintern, S. 423 f.; Georgi Dimitrow: Dnewnik 1943-1949, Sofia 1997, S. 407-410.

<sup>36</sup> Korespondencja Prezesa RM ZSRR z Prezydentem St. Zj. i Premierem W. Brytanii 1941-1945, Warszawa 1960, S. 191-194.

Die Nachricht über die organisatorischen Bemühungen, eine polnische politische Repräsentation in Gestalt eines „Polnischen Nationalkomitees“ (PKN) durch den Verband Polnischer Patrioten (ZPP) in Moskau zu bilden, erhielt das ZK der PPR erst nach dem Eintreffen der Gruppe Kasman in Lublin. In einem Brief vom 12. Januar 1944 nach Moskau umriß Gomułka das Verhältnis der politischen Kräfte in Polen und die Voraussetzungen und Grundlagen der Tätigkeit des Landesnationalrats. Darin bewertete er gleichzeitig die Moskauer Bemühungen um eine dortige [62:] politische Repräsentation: Die Bildung einer solchen Repräsentation in Moskau könnte unter der Bedingung nützlich sein, daß sie vom Landesnationalrat berufen wäre. „Es würde die Position einer solchen Repräsentation außergewöhnlich stärken, wenn sie tief am Lande verwurzelt wäre.“ Zugleich aber unterstrich Gomułka: „Wir befürchten, daß diese nicht zwischen uns im Land und Euch jenseits der Grenze koordinierte Aktion bestimmte Verwicklungen in unserer Arbeit produzieren wird.“<sup>37</sup>

Wie Gomułka später schrieb, gab es damals einen negativen Kurs der KPdSU gegenüber der PPR, dem Landesnationalrat und der Volksarmee. Exekutiert wurde er vor allem vom Zentralbüro polnischer Kommunisten: „Moskau pflegte auf unsere Forderungen nach Waffenabwurf mit penetrantem Schweigen zu antworten, aber sie waren die Bedingung eines breiten Ausbaus der Partisanenbewegung.“<sup>38</sup> Das Mißtrauen Moskaus nahm die Form von Restriktionen gegenüber der PPR und dem Landesnationalrates (KRN) an, deren wichtigste waren

- die Nichtanerkennung des KRN;
- das Verbot, in der sowjetischen und der ZPP-Presse auch nur irgendeine Notiz über die Existenz des KRN, aber auch der PPR und der Volksarmee (AL) zu publizieren;
- die Unterlassung von Waffenlieferungen für die AL;
- das Übergehen des KRN, aber auch der AL und der PPR in den inneren Planungen des Zentralbüros für das Machtsystem in einem befreiten Polen
- das überaus lange Festhalten der nach Moskau entsandten Delegation des KRN in einem sowjetischen Partisanenlager in Polesie;
- der Versuch, einzelne Abteilungen der PPR und der AL im okkupierten Polen unmittelbar sowjetischen Dienststellen unterzuordnen;
- das Verbot an polnische Partisanen, die aus der UdSSR kamen und dem dortigen Partisanenstab unterstellt waren, sich in Polen der Führung der AL zu unterstellen, was zahlreiche Konflikte schuf.

In einem Brief an Dimitroff vom 7. März 1944 antwortete Gomułka auf die Vorwürfe. Er erklärte, die Reformlosungen ergäben sich aus den Forderungen der Arbeiter und Bauern, sie würden zum Teil sogar von Gruppierungen des Regierungslagers erhoben. Dagegen sei die Möglichkeit, mit diesen Gruppierungen zu einer von Moskau gewünschten Übereinkunft zu kommen, vor allem an deren Unnachgiebigkeit in der Frage der Ostgrenze gescheitert: „Selbst wenn die Bruderschaft des heiligen Antonius in Polen sich auf den Standpunkt der Revision der Ostgrenze Polens stellen würde, würde sie sofort als Agentur Moskaus verschrieen werden, die [63:] für Moskauer Geld daraufhin arbeite, das polnische Volk unter Stalins Stiefel zu drücken“, schrieb Wladyslaw Gomułka.<sup>39</sup>

Gestützt auf die gegenwärtig verfügbaren Quellen ist zu konstatieren, daß Gomułkas Erklärungen die Autoren der Depeschen in Moskau nicht überzeugt oder umgestimmt haben. Im Zentralbüro wurden „Erwägungen zur Deklaration und zum Programm des KRN“ ausgearbeitet, in denen die Kritik am Landesnationalrat weiter entfaltet wurde. Die Anstrengungen des KRN für eine breite Konzentration der politischen Kräfte wurden für nicht ausreichend erachtet, so als ob der KRN „den Zerfall im Lager der Reaktion hemme“. Der Deklaration des KRN wurde vorgeworfen, „das Hauptfeuer nicht genügend gegen die deutschen Okkupanten gerichtet und die Kompliziertheit der internationalen Situation ungenügend berücksichtigt zu haben – was mit Rücksicht auf das Fehlen des Materials verständlich

---

<sup>37</sup> Komintern, S. 408-410; Polska-ZSSR. Struktury podległości. Dokumenty KC WPR (B) 1944-1949, Warszawa 1995, S. 23-31, 38-46.

<sup>38</sup> Gomułka, Artykuły i przemówienia, a. a. O., S. 74.

<sup>39</sup> Gomułka, Pamiętniki, S. 386 f.

sei.“ Daher wurde festgestellt: „Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Losung Volkspolens (...) nicht mit der politischen Linie im Allgemeinen koordiniert und nicht annehmbar“, was wohl heißen sollte, daß sie mit der aktuellen Linie der Außenpolitik der UdSSR nicht übereinstimmte.<sup>40</sup>

Zwischen den Bedürfnissen und Interessen der linken Bewegung in Polen und der globalen Strategie Stalins trat also eine deutliche Differenz hervor, die im ersten Halbjahr 1944 zu einer Krise in beider Beziehungen führte. Sie dauerte bis Mai 1944, als sich nach den ersten vertraulichen Gesprächen zwischen dem sowjetischen Botschafter in London, Wiktor Lebediew, auf der einen Seite, und Premier Stanisław Mikołajczyk und dem Vorsitzenden des Nationalrats Stanisław Grabski auf der anderen Seite erwies, daß es angesichts grundlegender Differenzen in den Fragen der polnisch-sowjetischen Grenze und der Zusammensetzung der polnischen Regierung nicht zu einer Verständigung kommen konnte.<sup>41</sup> Faktisch erst jetzt nahm Stalin die Existenz und Tätigkeit des Landesnationalrats im okkupierten Land zur Kenntnis, weil sie ihm die Möglichkeit eines den Interessen der UdSSR entsprechenden Auswegs aus der Sackgasse der polnischen Frage bot. Nunmehr verabschiedete er sich von der vorherigen, in Teheran vereinbarten Konzeption, in Polen eine auf die Emigrationsstrukturen in England oder der UdSSR gestützte Macht einzusetzen und neigte zur Anerkennung des bereits im Lande entstandenen KRN als Einrichtung, die die künftige Macht in Polen schaffen würde. Am 12. Mai 1944 fiel die Entscheidung, ein Flugzeug für die Delegation des Landesnationalrates zu entsenden. Am 22. Mai empfing Stalin im Kreml die Delegation des KRN, und die sowjetische Presse berichtete darüber. Am nächsten Tag anerkannte der Hauptvorstand des Bundes Polnischer Patrioten (ZPP) den Landesnationalrat als leitendes Zentrum des Kampfes für ein freies und demokratisches Polen, aber erst zwei Monate später, [64:] am 20. Juli 1944, unterstellte er sich dem KRN und respektierte seine Berechtigung zur Bildung der Machtorgane im befreiten Polen.<sup>42</sup> Man kann annehmen, daß die Vorbereitung der großen sowjetischen Offensive, die die Rote Armee in die Tiefe Polens führen sollte, ein weiterer Faktor war, der Stalin zur Änderung seines Standpunkts veranlaßte. Sie begann am 23. Juni 1944.

Anfang Juli 1944 arbeitete die Delegation des KRN gemeinsam mit Vertretern des Bundes Polnischer Patrioten und des Zentralbüros am Programm der künftigen Regierung (Manifest). In Anbetracht der Tatsache, daß Stalin unter dem Druck Churchills eine Verständigung mit der polnischen Exilregierung formell nicht absagte und daher keine Regierung schaffen wollte, die auch so hieß, suggerierte er den Namen: Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN).

Das Manifest des PKWN vom 22. Juli 1944 enthielt fast alle programmatischen Ziele der PPR und des Landesnationalrats. Die Bildung des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung, das faktisch die Funktion einer Provisorischen Regierung erfüllte, die dann formell auch am 1. Januar 1945 entstand, verwirklichte eines der Hauptziele des Landesnationalrats. Eine dauerhafte Errungenschaft von KRN und PKWN war die Verpflichtung der UdSSR im Grenzabkommen vom 27. Juli 1944 zur Unterstützung der Festlegung der polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße sowie westlich von Swinemünde.<sup>43</sup>

Wenn man auf die damals vorhandenen politischen Differenzen zwischen den polnischen und dem sowjetischen Kommunisten verweist, so ist auch an die Existenz ernsthafter Differenzen innerhalb des ZK der PPR zwischen den Anhängern Gomułkas und denen von Bolesław Bierut zu erinnern und an die Auseinandersetzungen in dieser Etappe u. a. in der Frage eventueller Bündnispartner. Bolesław Bierut verheimlichte seinen Brief vom 10. Juni 1944 an Dimitroff, den er dem nach Moskau fliegenden General Żymierski verschlossen mitgab, vor den Mitgliedern des ZK. In diesem Brief informierte Bierut die sowjetischen Führer über die angebliche organisatorische Inkompetenz und

<sup>40</sup> AAN, Bd. 248/4, k. 22-27, 33-35; Vgl. Ryszard Nazarewicz: Die Kommunistische Internationale und Polen, in: *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung*, H. 21, Berlin 2003.

<sup>41</sup> Stanisław Kirkor: Rozmowy polsko-sowieckie 1944, in: *Zeszyty Historyczne*, Bd. 22, Paryż 1972, S. 41-64.

<sup>42</sup> Vgl. „Kraj przewodzi w walce o wolność“, in: *Wolna Polska*, Nr. 19 vorn 24. Mai 1944; „Emigracja i kraj“, in: *Nowe Widnoki*, Nr. 11/12 vorn 14. Juni 1944; Siehe auch: Publicystyka ZPP 1941-1944, Warszawa 1967, S. 369-375, dort: Rezolucja ZG ZPP, 1. lipca 1944, S. 406-409.

<sup>43</sup> Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich, Bd. VIII, Warszawa 1974, S. 158 f.

den ideologischen Wankelmut Władysław Gomułkas und der ihn unterstützenden Gruppe der ZK-Mitglieder und schlug bei der Gelegenheit ein Eingreifen der KPdSU (B) in innere Angelegenheiten des ZK der PPR vor. In der damaligen Situation blieb dieser Brief ohne Echo, aber die in ihm berührten Fragen wurden bei einer erneuten Intrige Bieruts 1948 aufgetischt. Nunmehr sandte Michail Suslow einen Brief an Bierut, den dieser im Kampf gegen die sog. rechtsnationalistische Abweichung und gegen Gomułka benutzen konnte.<sup>44</sup>

[65:]

#### IV

Die Position der polnischen Linken, wie sie von der PPR und dem KRN ausgearbeitet worden war, hatte sich auf den Hauptebenen als richtig erwiesen, wenn auch der Kampf um ihre Durchsetzung auf viele Hindernisse und Schwierigkeiten stieß. Der Weg zu einer dauerhaften Stabilisierung des Landes in den neuen Grenzen war lang und holperig. Unter den damaligen Bedingungen konnte der aus Ruinen wiedererstehende unabhängige polnische Staat noch nicht die volle Souveränität besitzen, es war noch ein langer Weg zur vollen Selbständigkeit Polens, und er mußte Schritt für Schritt gegangen werden. Damals wurde der „polnische Weg zum Sozialismus“ abgesteckt, sein Ideologe und Promotor war Władysław Gomułka.

Inzwischen bereitete das rechte Lager eine bewaffnete Abrechnung mit den Linken vor, dies wurde die blutigste und tragische Etappe im Streit um die Zukunft Polens. Gomułka hatte vor dieser Gefahr bereits in dem Brief an die Delegatur vom Januar 1943 gewarnt, so dann in einem Artikel „Über den politischen Gedanken der polnischen Demokratie“ vom September 1943 sowie im „Manifest der demokratischen politischen und militärischen Organisationen“ vom 15. Dezember 1943 und in weiteren Dokumenten. Obgleich also die Gefahr eines Bürgerkrieges schon früh erkannt worden war, gelang es nicht, ihn zu verhindern.

Die für einen Bürgerkrieg geeignete Atmosphäre schuf eine Propagandaaktion des Regierungslagers, die die PPR, den KRN und die AL als „feindliche Agenten“, „Volksverräter“ usw. verunglimpfte. Für diese Kampagne und entsprechende Polizeiaktionen wie das Eindringen von Agenten in diese Organisationen, das Anlegen von Karteien Verdächtiger u. a. wurde ein landesweiter und von der Exilregierung finanzierter Apparat aufgebaut, das Antikommunistische Gesellschaftliche Komitee (Antyk). Gleichzeitig begannen extrem rechte Kräfte, vor allem der NSZ, mit der physischen Vernichtung der Linken durch die Ermordung ihrer Anhänger und Partisanen. Die Namen solcher Ortschaften wie Mogielnica, Pardołów, Borów, Rząbiec und andere wurden zum Symbol des politischen Massenmordes, der oftmals auch Frauen und Kinder traf. Die zahlreichen Terrorakte vor allem gegen die PPR und die Volksgarde, später die Volksarmee, führten noch unter der deutschen Okkupation zu einer Situation, die dem Bürgerkrieg nahe kam. Es stellte sich jedoch heraus, daß man diese linke Bewegung weder abschrecken noch vernichten konnte. Im Gegenteil, man mußte mit ihrer Gegenwart ständig rechnen. Angesichts der bevorstehenden Befreiung des Landes durch die Rote Armee und der in der UdSSR geschaffenen Polnischen Armee verschärfte sich die innere Situation noch mehr.

Zur Konfrontation trugen auch geheime Anweisungen des Regierungslagers bei, die eine bewaffnete Abrechnung mit der Linken vorbereiteten. Natürlich waren diese Anweisungen den Führern der PPR und des KRN damals nicht bekannt. Am 13. Oktober 1943 wies der Befehlshaber der Landesarmee (AK), General Tadeusz Komorowski, auf die Möglichkeit des Ausbruchs eines Bürgerkriegs in Polen unmittelbar nach der Niederlage Deutschlands hin: „Selbst bei der für uns besseren Eventualität, daß die deutsche Armee im Moment ihrer Kapitulation noch an unse-[66:]rer Ostgrenze steht, müssen wir mit der Notwendigkeit des Kampfes mit der sowjetischen fünften Kolonne innerhalb des Landes rechnen.“ Für dieses Ziel forderte er intensive Waffenabwürfe für die AK und die Zuführung polnischer Streitkräfte aus dem Westen im „kritischen Moment“, um dem wachsenden Einfluß der PPR entgegenzutreten, die „einen künftigen freiwilligen Anschluß Polens an die UdSSR“ fordern würde.<sup>45</sup>

<sup>44</sup> Wostočnaja Jewropa w dokumentach rossijskich archiwów, Bd. I, Moskwa 1997, S. 814-819; Polska ZSRR, S. 65 f.

<sup>45</sup> AK w dokumentach, III, S. 156.

In seinem Brief vom 12. Januar 1944 nach Mosk. au charakterisierte Gomułka das politische Kräfteverhältnis und stellte fest, daß „der KRN mit aller Kraft sich den von den dunklen Kräften der Reaktion unternommenen Versuchen, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, entgegenstellt“. Die Ziele des rechten Lagers beschrieb er so: „Die Reaktion kam in ihren politischen Kalkulationen zu dem Schluß, daß ein eventueller Aufstand gegen eine Regierung, an der Vertreter der PPR teilnahmen und die sich freundschaftlich zur Sowjetunion verhalten würde, England und Amerika zu einer Intervention zu ihren Gunsten veranlassen könnte, was es ermöglichen würde, die Bedingungen für eine Rückkehr der Reaktion an die Macht zu schaffen(...) deshalb sollte die Bekämpfung der PPR mit allen Mitteln an die oberste Stelle gesetzt werden (...) Man kann erwarten, daß dieser Angriff nach der Bildung des Landesnationalrates sich zu einer Furie auswachsen wird.“<sup>46</sup>

Nachdem die Führer des Regierungslagers die von England nahegelegte Verständigung mit der UdSSR ausgeschlagen hatten und in ihrem Plan für den Warschauer Aufstand (Aktion „Burza“) vorsahen, die Rote Armee nicht als Verbündeten Polens, sondern nur als „Verbündeten unserer Verbündeten“ zu behandeln, wurde den Einheiten der AK befohlen, der Roten Armee zu demonstrieren, daß sie den Befehlen der AK-Führung in Warschau und des Obersten Befehlshabers in London unterstehen. Es gelte, den „Sowjets politischen Widerstand zu leisten“ und anschließend zur Konspiration überzugehen. Das lieferte den Zündstoff für zahlreiche Konflikte.<sup>47</sup>

Die Absicht des Befehlshabers der AK, General Komorowski, drückte seine Meldung Nr. 243 an General Kazimierz Sosnkowski vom 14. Juli 1944 aus: „Indem ich den Sowjets minimale militärische Unterstützung gebe, schaffe ich ihnen jedoch politische Schwierigkeiten (...) Ich nötige die Sowjets, unseren Willen mit Gewalt zu brechen.“ Und weiter: „Sich zu stellen kann die Vernichtung des am meisten idealen Elements in Polen herbeiführen, doch dessen Vernichtung können die Sowjets nicht im Geheimen vollziehen, es muß offene Gewalt folgen, was den Protest der uns befreundeten Verbündeten hervorrufen kann.“<sup>48</sup> Die Führer des Londoner Lagers opferten in ihren Plänen die Soldaten der AK und erwarteten politischen Nutzen für sich in Form der Zuspitzung der Beziehungen zwischen den westlichen [67:] Großmächten und der Sowjetunion. Die Ergebnisse dieser Politik für Polen sind bekannt.

Zur Zuspitzung der inneren Situation trug gleichfalls die Entscheidung Stalins bei, die wachsenden Spannungen innerhalb der AK und des ganzen mit der Regierung in London verbundenen Lagers nicht zu berücksichtigen. In dem am 14. Juli 1944 ausgegebenen Befehl Stalins über das Verhältnis zu den der Exilregierung unterstehenden polnischen bewaffneten Einheiten, also der AK, ordnete er an: 1. „In keinerlei Beziehung zu diesen Einheiten zu treten. Sofort nach Feststellung ihrer Anwesenheit ihren Personalstand entwaffnen und in speziell geschaffene Sammelpunkte zur Kontrolle zu schaffen. 2. Im Fall von Widerstand durch die polnischen Einheiten ihnen gegenüber von der Waffe Gebrauch zu machen.“<sup>49</sup> Dieser Befehl ist später teilweise verändert worden. Die Direktive Nr. 220169 vom 1. August 1944 gestattete, jene Einheiten der AK, die ihre Bereitschaft zur Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland erklärt hatten, der Führung der 1. Polnischen Armee unter General Zygmunt Berling zur Disposition zu übergeben.<sup>50</sup> Die übrigen jedoch wurden in der Regel entwaffnet und interniert.

Man muß dabei berücksichtigen, daß Stalin die Funkkorrespondenz zwischen London und Warschau bekannt war, denn damals arbeitete im britischen Code- und Chiffrierzentrum John Cairncross, einer der „Fünf von Cambridge“, die für den sowjetischen Geheimdienst in neuralgischen Punkten Großbritanniens tätig waren.

Russische Publikationen enthüllten, daß der sowjetische Geheimdienst auf diesem Wege von den Vorbereitungen der AK erfuhr, der Roten Armee Widerstand zu leisten, ebenso von den Instruktionen

---

<sup>46</sup> Gomułka, *Artykuly*, a. a. O., S. 71.

<sup>47</sup> AK w dokumentach, III, S. 556.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 549.

<sup>49</sup> *Russkij Archiw*, S. 161 f.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 335.

des Obersten Befehlshabers und vom Plan „Burza“. Einige gegenwärtige Publikationen behandeln Dokumente dieses Typus.<sup>51</sup> Natürlich konnte das nicht ohne Einfluß auf Stalins Verhältnis zur polnischen Frage bleiben, darunter zur Regierung in London, zur AK und zu den von ihnen getroffenen Entscheidungen, die menschliche Tragödien in sich trugen.

Gestützt auf diese Direktiven Stalins überschritten die sowjetischen Dienste häufig ihre sich aus dem Vertrag zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) und der Regierung der Sowjetunion vom 26. Juli 1944 ergebenden Rechte. Dieses Abkommen ließ in Polen eine sowjetische Jurisdiktion nur bei Verbrechen gegen die Rote Armee im Operationsstreifen des Krieges zu. Doch verhaftet und in die Sowjetunion deportiert wurden auch Soldaten der AK, die sich keinerlei Vergehen dieser Art hatten zuschulden kommen lassen, sondern einzig für die Tatsache ihrer Zugehörigkeit zur AK bestraft wurden. Repressionen trafen sogar viele von jenen, die in das wiedererstandene Polnische Heer eingetreten waren. Derartige Übergriffe riefen verständlicherweise ein Gefühl des Unrechts, der Erbitterung, auch des Hasses hervor. Viele waren gezwungen, sich zu verbergen; ein Teil [68:] ging in die Wälder, wo einige Einheiten der AK und der NSZ verblieben waren. Sie bekämpften sowjetische Einheiten und nahmen den Kampf mit den Organen des wiedererstehenden polnischen Staates auf und verübten Terrorakte gegen die Anhänger der neuen Volksmacht. Sie zielten auf eine Schwächung und Desorganisation des Polnischen Heeres, womit sie den Beitrag Polens zum Sieg über Deutschland verringerten und dessen Position in der Antihitlerkoalition herabsetzten. Es entstanden Brandherde eines Bürgerkrieges. Von der Hand der Gegner der Volksmacht fielen damals über siebzehntausend Menschen.<sup>52</sup>

Ohne an dieser Stelle dieses komplizierte Problem darstellen zu wollen, möchte ich daran erinnern, daß Gomułka die terroristische und Diversionstätigkeit des bewaffneten Untergrundes in vielen Ansprachen verurteilt hat: „Einen Bürgerkrieg, brudermörderische Kämpfe zu entfesseln, ein Meer von Blut zu vergießen und zu versuchen, daraus aufzutauchen, das sind wahnsinnige und verbrecherische Mittel, mit deren Hilfe die Reaktion ihre Herrschaft in Polen retten will“, sagte er am 18. Oktober 1944 auf einer Kundgebung in Lublin. Gleichzeitig trat er dagegen auf, alle Soldaten der AK mit einer kollektiven Verantwortung für die Politik ihrer Führung und für die Verbrechen jener Teile der AK zu belasten, die den bewaffneten Kampf gegen den Staat begonnen hatten. In einer Rede auf einer Aktivtagung der bewaffneten Kräfte am 13. November 1944 hob Gomułka hervor, daß in den befreiten Gebieten viele AK-Mitglieder in das Polnische Heer eingetreten waren und „zu den guten Soldaten des demokratischen Polen gehören“. In diesem Sinne sprach er mehrfach, so u. a. auf der gesamt-nationalen Beratung der PPR am 27. Mai 1945 und auf dem I. Kongreß der Teilnehmer am Kampf gegen die Hitlerokkupanten am 1. September dieses Jahres.<sup>53</sup>

Dabei kritisierte der Generalsekretär der PPR scharf die unangebrachten Repressionen durch übereifrige Mitarbeiter des Sicherheitsapparats und sie inspirierende Parteifunktionäre. Er war auch der Initiator der beiden Amnestien von 1945 und 1947, dank derer Tausende Menschen die illegale Tätigkeit verlassen und in das normale Leben zurückkehren konnten. Diese Politik trug dazu bei, die inneren Kämpfe schrittweise zu ersticken und die Situation im Lande ungeachtet der weiterhin überaus komplizierten Bedingungen dieser Zeit zu stabilisieren. Es wurde viel getan, das zerstörte Land wieder aufzubauen und die wichtigsten gesellschaftlichen Reformen, wie die Bodenreform, die Bildungsreform, die Übernahme und Bewirtschaftung der neuen Ländereien im Westen und Norden durchzuführen. Der in dieser historischen Etappe tobende Streit um die Zukunft Polens bewies die Richtigkeit der von der PPR und dem KRN ausgearbeiteten Strategie.<sup>54</sup> Sie festigte auch [69:] die internationale Position Polens als vollberechtigtes Mitglied der UNO, anerkannt von der ganzen Welt. Die Rechnung der Feinde Volkspolens auf einen dritten Weltkrieg, in dessen Ergebnis sie die Macht in Polen

<sup>51</sup> Z. B. Očerki istorii rossijskoj wniešniej razwiedki, Bd. rv, Moskwa 1999.

<sup>52</sup> Vgl. Ryszard Nazarewicz: Der Bürgerkrieg in Polen 1944-1948, in: *Bulletin über Faschismus- und Weltkriegsforschung*, H. 13, Berlin 1999; Ders.: Wokół kwestii wojny domowej, in: *Nowe horyzonty*, Warszawa 1997, Nr. 2; *Wojna domowa w Polsce 1944-1947, Materiały z konferencji naukowej 18 marca 1997*, Warszawa 1998.

<sup>53</sup> Gomułka, Artykuły, a. a. O., S. 121, 129, 275, 281, 352.

<sup>54</sup> Nazarewicz, Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen, a. a. O.

übernehmen und zum Vorkriegssystem zurückkehren könnten, war angesichts des Verlustes des Monopols der USA auf Kernwaffen und des auf diesem Gebiet existierenden Gleichgewichts mit der UdSSR unreal. Ihre Beziehungen nahmen den Charakter des „kalten Krieges“ an.

Unter diesen Bedingungen verschärfte sich die Politik der Führer der UdSSR gegenüber den Staaten, die sich in ihrer Einflusssphäre befanden, sie erwarteten eine völlige Unterordnung und eine Übernahme des sowjetischen Modells. Die Idee eines „polnischen Weges zum Sozialismus“ wurde in Moskau zunächst mißtrauisch und später negativ bewertet.

Das Thema überschreitend will ich hinzufügen, daß Władysław Gomułka von Bierut, Jakub Berman und anderen einer „rechten und nationalistischen Abweichung“ beschuldigt wurde. Eine Gruppe von Mitarbeitern des ZK der KPdSU (B) in Person von Leonid Baranow (damals Leiter des Informationsbüros des ZK), Wassilij Owczarow und Nikolai Puchłow trat am 5. April 1948 an Michail Suslow, damals Sekretär des ZK der KPdSU (B), heran und klagte Gomułka sowie das ZK der PPR des Nationalismus, des Unwillens zur Kollektivierung der Landwirtschaft, des Verschweigens der Rolle der UdSSR bei der Befreiung Polens und der Propaganda eines polnischen Weges zum Sozialismus und anderer Vergehen an. Wir kennen die Quellen noch nicht, auf die sie ihren umfangreichen Anklageakt stützten. Wir wissen auch nicht, wer ihn initiiert hat. Wir kennen nur den Brief des sowjetischen Botschafters Wiktor Lebediew an Außenminister Wjatscheslaw Molotow vom 10. März 1948, in welchem dieser die „Gruppe Gomułka und das ZK der PPR“ als „vom polnischen Chauvinismus verseucht“ kennzeichnete.<sup>55</sup>

Das Ende der stalinschen Entstellung führte 1956 zur Rückkehr Gomułkas an die Macht als erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), enthusiastisch begrüßt vom Volk. Der Streit um die Zukunft Polens schien zu erlöschen. Doch hier beginnt ein anderes Thema.

\* \* \*

Bisher habe ich Probleme vorgestellt, die mit den Kontroversen innerhalb der polnischen Widerstandsbewegung verbunden sind und der Entstehung Volkspolens vorangingen. Mein Thema umfaßt nicht die Geschichte Volkspolens, aber es erscheint mir erforderlich, kurz einige Probleme vorzustellen, die mit der gegenwärtigen Behandlung dieser Problematik zusammenhängen.

Die hier anband unbezweifelbarer Tatsachen und dokumentierter Quellen dargelegten politischen Kontroversen wurden nach der politischen Rückwende von 1989, [70:] deren Ergebnis die Restauration der kapitalistischen Ordnung in Polen ist, neu belebt. Im Laufe der letzten 15 Jahre entstand eine Arbeitslosigkeit von drei Millionen, wie es sie jahrzehntelang nicht gegeben hatte. Die sozialen Gegensätze erreichten ein gewaltiges Ausmaß, ein Teil der Gesellschaft verelendete. Die politischen Kräfte, die 1989 an die Macht kamen, erachten die Vergangenheit und die so notwendige Aufarbeitung der jüngeren Geschichte als eine Haupttrichtung der Bekämpfung der polnischen Linken. Zu diesem Zweck wurden die Gespenster der Vergangenheit reaktiviert, historische Tatsachen gefälscht und für die aktuellen politischen Bedürfnisse der Rechten zurechtgebogen. Im Ergebnis dessen lebten die ehemaligen Auseinandersetzungen über die Staatsordnung Polens, über seine innere und äußere Politik wieder auf.

Die rechten Historiker bedienen sich bei der Bewertung und Beleuchtung der Geschichte häufig wörtlich aus dem antisozialistischen Propagandaarsenal der Kriegs- und Nachkriegszeit. Sie verfügen über die übergroße Mehrheit der Medien – nicht nur der Presse, des Fernsehens, und des Rundfunks, sondern auch der Buch- und Schulbuchverlage, außerdem dienen staatliche Institutionen wie das sog. Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) der Einprägung. Dem IPN, der polnischen Gauckbehörde, wurde sowohl die Verfügung über die Gesamtheit der während der Volksrepublik Polen entstandenen Dokumentation als auch staatsanwaltschaftliche Vollmachten eingeräumt. Die Verbindung dieser beiden Gebiete ist ein sonst nirgendwo anzutreffendes Kuriosum. Dem Institut wurde das Recht verliehen, Anklagen wegen „kommunistischer Verbrechen“ zu erheben, worunter alle, selbst mindere

---

<sup>55</sup> Wostočnaja Jewropa, S. 814-830 (Übersetzung in: Polska-ZSRR, S. 204-217; O antymarksistowskiej orientacji w kierownictwie PPR).

Straftaten verstanden werden, sofern sie nur von Personen begangen wurden, die auf unterschiedlichen Ebenen zur Staatsmacht und zur Partei gehörten. Kriterium ist nicht die Art des Verbrechens, sondern die Bewertung der Vergangenheit der „Täter“. Entgegen international üblichen Rechtsprinzipien gibt es für sie in Polen keine Verjährung. Umgekehrt behandelt man Verbrecher aus früheren militärischen Einheiten der Rechten, unter denen sich viele durch Grausamkeiten und Bestialitäten hervortaten, als Kämpfer „für die Sache der Unabhängigkeit Polens“, rehabilitiert sie und glorifiziert sie als Helden, benennt Straßen nach ihnen.

Die Fälschungen dienen auch der Diskriminierung und Entehrung der Veteranen und Kombattanten der Linken, der Auslöschung ihrer Traditionen, Museen, Denkmäler, Straßen- und Schulnamen. Die linken Organisationen der polnischen Widerstandsbewegung, die Polnische Arbeiterpartei, die Volksgarde, die Volksarmee, der Landesnationalrat und andere werden als „Agenturen Moskaus“ dargestellt, die den Boden für die „Knechtschaft Polens“, für die Beraubung seiner Unabhängigkeit bereitet hätten. Zur Verbreitung solcher Fälschungen trug in bestimmtem Maße auch die opportunistische und feige Haltung eines großen Teils der Führer der Linken bei, die selbst in Zeiten, als sie noch über Einfluß im Parlament, in der Regierung, der Kultur u. a. verfügten, sich der Entstellung der Vergangenheit und der darauf gestützten Diskriminierung der Veteranen und Kombattanten nicht entgegengestellt haben. Diese Politik führte im Endergebnis zur Niederlage der Linken [71:] auch bei den Wahlen, die den rechten Kräften die Macht gab, eine diktatorische Regierung im Staat einzuführen, die sich auf nationalistische und klerikale Prinzipien stützt.

Vor der neuen, verjüngten Führung der Linken steht eine ungewöhnlich schwierige Aufgabe: die Korrektur der begangenen Fehler, die Wiedergewinnung des Vertrauens der Volksmassen und die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Ein wichtiger Faktor wird dabei der Kampf um die historische Wahrheit sein, zu dem nicht zuletzt diejenigen Historiker beitragen, die bei linken Anschauungen geblieben sind.

Übersetzung: Werner Röhr

[72:]

MARTINMOLL

### **Implosion in Schwarz-Gelb? Nationalitätenkonflikte und der Zusammenbruch Österreich-Ungarns 1918<sup>1</sup>**

Am 30. Oktober 1918 – die Auflösung der Habsburgermonarchie in Nationalstaaten war in vollem Gange – schrieb Heinrich Ritter von Srbik (1858-1951), einer der renommiertesten österreichischen Historiker, an seinen Kollegen Oswald Redlich (1858-1944): „Lassen Sie mich, bitte, schweigen über unseren furchtbaren Zusammenbruch; ich wollte nur, daß ich die Uniform wieder anziehen und mit meinen geringen Kräften weiter kämpfen dürfte – aber nicht gegen die äußeren Feinde, sondern gegen die inneren Zerstörer Österreichs und die slavischen Hassler unseres Volkes.“<sup>2</sup>

Dieses plakative Zitat eines aufmerksamen Beobachters der Ereignisse, so eindeutig seine Aussage auf den ersten Blick zu sein scheint, wirft in Wahrheit eine Reihe zentraler Fragen auf, um die es in den nachfolgenden Ausführungen gehen soll. Wenig verwunderlich ist zunächst die Fassungslosigkeit, die Srbik ergriffen hat angesichts der sich täglich, ja stündlich überstürzenden Meldungen über einen Vorgang, den der Betrachter als Zerstörung Österreichs wahrnimmt. Während sich seine Schwierigkeiten, das Geschehen zu erfassen, in der – dann nicht wahr gemachten – Ankündigung spiegeln, über das Vorgefallene schweigen zu wollen, äußert er den Wunsch, weiterzukämpfen. Zwar ist diese Absicht aus dem Munde eines 60jährigen nicht so ganz ernst gemeint, aber an diesem imaginierten Kampf ist zweierlei beachtenswert: Nicht um das Steuer noch herumzureißen, nicht um Österreich zu retten, will Srbik zu den Waffen greifen; seine Absicht speist sich vielmehr aus dem Wunsch nach Abrechnung mit jenen, die er für die in seinen Augen beklagenswerte Auflösung Österreich-Ungarns verantwortlich macht. Und noch bemerkenswerter: Diese Kräfte verortet Srbik nicht unter den äußeren Feinden, die ihm kaum der Erwähnung wert sind. Festgemacht werden diese zerstörenden, hassenden Elemente [73:] vielmehr im Inneren, unter den eigenen „Landsleuten“, wenn dieser Terminus hier überhaupt passend ist.

Damit sind wir beim Kern der Sache. Artikuliert Srbik eine schwarz-gelbe Variante der Dolchstoßlegende? Zwar ist, anders als in Deutschland, bei ihm nicht die Rede von „Im Felde unbesiegt“, auch verräterische Juden, Sozialdemokraten und sonstige „Reichsfeinde“ werden nicht erwähnt, es klingt aber doch mehr als deutlich an, daß der Zerfall der Monarchie, wenn nicht sogar der Ausgang des Krieges, durch innere Gegner herbeigeführt wurde.<sup>3</sup>

Selbstredend kann sich die Behandlung des Themas nicht darin erschöpfen, die Ansichten von Zeitgenossen zu referieren und diese ungeprüft für bare Münze zu nehmen. Diese Meinungen können jedoch ein lohnender Ausgangspunkt sein, zumal dann, wenn man einen Vergleich mit dem Deutschen Reich zieht, wo sich die Dolchstoßlegende als von einer breiten Öffentlichkeit geteilte Interpretation des Kriegsausgangs durchsetzen wird. Im Falle Österreichs gingen die Uhren anders, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

1. Auf dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie zerfielen ab Ende 1918 die politisch interessierten Öffentlichkeiten und intellektuellen Eliten, die als Multiplikatoren einer solchen Dolchstoßlegende in Frage gekommen wären, auf eine Reihe von Nachfolgestaaten, und die hatten mit Ausnahme der Republik Österreich kein unmittelbares Interesse an einer exkulpatorischen Erklärung für das Ergebnis des Weltkrieges. Allerdings – und das macht die Sache kompliziert – waren die Nachfolgestaaten bestrebt, ihre durchaus nicht unumstrittene Existenz zu rechtfertigen, und was bot

---

<sup>1</sup> Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung in Berlin am 12. September 2006. Die Vortragsform wurde im wesentlichen beibehalten, weshalb sich der Anmerkungsapparat auf den Nachweis wörtlicher Zitate sowie auf die wichtigste einschlägige Literatur beschränkt. „Schwarz-Gelb“ waren die offiziellen Farben der Habsburgermonarchie.

<sup>2</sup> Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912-1945, hg. von Jürgen Kämmerer. Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Boppard am Rhein 1988, S. 99 f.

<sup>3</sup> Für Deutschland vgl. Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933. Schriften des Bundesarchivs, Bd. 61, Düsseldorf 2003.

sich da, neben dem angeblichen oder wirklichen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen der Entente, trefflicher an als der Verweis auf den „Völkerkerker“ Österreich? Von da war es nur ein kleiner Schritt, den eigenen Widerstand gegen den Kerkermeister und damit den eigenen Beitrag zu dessen Untergang gebührend herauszustreichen.

2. Liegt ein Unterschied zu Deutschland darin, daß die österreichische Variante der Dolchstoßlegende eine Fundierung in den Fakten hatte, denn es war ja unbestreitbar, daß im Herbst 1918 nahezu alle Nationalitäten dieses Staatsgebilde verlassen wollten, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven und in unterschiedliche neue Gebilde. Der Begriff Legende für diesen Vorgang trifft somit eigentlich nicht den Punkt, weil er eine Abweichung von den Fakten suggeriert, die in Wahrheit nicht gegeben war.

3. Ein weiterer Unterschied gegenüber dem Deutschen Reich ergibt sich hinsichtlich der prominenten Verfechter der Varianten des Dolchstoßmythos. In Österreich hatte der Glaube an den „Siegfrieden“ bei weitem nicht jene Bedeutung gehabt wie [74:] in Deutschland, und an der Donau fehlten zudem bekannte Männer vom Kaliber Hindenburgs und Ludendorffs. Die hatten im September 1918 überraschend den Waffenstillstand gefordert und mußten sich daher rechtfertigen, warum der noch kurz zuvor als in Griffweite hingestellte Siegfriede plötzlich von der Agenda verschwunden war. Nicht so in Österreich, wo der entsprechende Impuls zum Friedensschluß eher vom Monarchen seit seiner Thronbesteigung Ende 1916 ausgegangen war. Kaiser Karl I. starb bereits 1922 und konnte daher den weiteren Diskurs nicht nennenswert beeinflussen – sehr im Gegensatz zu den deutschen Führern, die sich in der Zwischenkriegszeit unablässig zu Wort meldeten.

Was man bei der gegebenen Ausgangslage erwarten würde, ist in der Republik Österreich und/oder beim deutschsprachigen Offizierskorps der k. u. k. Armee ein lautstarkes Lamentieren über Untreue, Verrat und Fahnenflucht der nicht-deutschen Völkerschaften des Reiches, ein Suchen nach Ersatzschuldigen für den Kriegsausgang. Aber dem war nicht so. Die Gründe werden uns noch beschäftigen. Um den Befund darzulegen zunächst zwei Beispiele.

Kehren wir zurück zu Srbiks Briefpartner, dem Historiker Oswald Redlich. Dieser hatte einen Namensvetternamens Joseph (1869-1936), einen ursprünglich stramm deutschnationalen Politiker, der sich während des Krieges jedoch vom Saulus zum Paulus wandelte.<sup>4</sup> 1925 publizierte er in der von der amerikanischen Carnegie-Stiftung herausgegebenen Serie zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges einen dickleibigen Band über Politik und Verwaltung in Österreich-Ungarn zwischen 1914-1918.<sup>5</sup> Das Werk greift in seinen historischen Teilen weit vor 1914 zurück. Vor allem enthält es eine schonungslose Abrechnung mit dem sogenannten inneren Regime im Habsburgerreich.<sup>6</sup> Redlich war der erste, der die Militarisierung des zivilen Lebens und die Machtausweitung des Armeeoberkommandos im Hinterland darlegte und anprangerte. Diese Kritik enthält drei für uns belangvolle Komponenten:

Erstens zeigte Redlich auf, daß alle kriegsabsolutistischen Maßnahmen – die Pressezensur, die Einführung der Militärjustiz für Zivilisten, die Ausschaltung des Parlaments usw. – den erstrebten Zweck, die Kriegsanstrengungen zu straffen, nicht nur verfehlten, sondern zweitens kontraproduktiv wirkten, indem sie selbst loyale Elemente in allen Teilen des Reichs vor den Kopf stießen und dem Staat entfremdeten. Daß dieser Effekt eintrat, hing nach Redlich drittens mit dem abgrundtiefen, aber völlig unbegründeten Mißtrauen von Regierung und Armee gegenüber den nichtdeutschen Völkerschaften zusammen. Diese sollten durch eisernen Zwang bei der Stange gehalten werden, auf Reformen und Zugeständnisse zur Aufrechterhaltung [75:] des inneren Konsenses hätten die Regierenden hingegen verzichtet. Summa summarum, so Redlich, brauche man sich über den Abfall der habsburgischen Völkerschaften nicht zu wundern. Es ist eine Interpretation, die weitgehend dem Völkerkerker Motiv in den Nachfolgestaaten gleicht.

<sup>4</sup> Österreichisches Biographisches Lexikon. Band 9, Wien 1988, S. 10 f.

<sup>5</sup> Joseph Redlich: Österreichs Regierung und Verwaltung im Weltkriege. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie, Wien 1925.

<sup>6</sup> Kritisch hierzu Martin Moll: Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg: Eine Militärdiktatur? Militär und Zivilverwaltung im regionalen Kontext, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung Nr. 25/26 (2005), S. 51-86.

Mit Srbik und Joseph Redlich haben wir zwei konträre Positionen kennengelernt. Es gibt aber eine dritte, vermittelnde Position – wo sie zu finden ist, mag überraschen: In der offiziell-amtlichen Kriegsgeschichte „Österreich-Ungarns letzter Krieg“, erschienen zwischen 1930 und 1938. Inhaltlich und methodisch knüpfte dieses Werk an die traditionelle Kriegshistoriographie des Generalstabs an. Es handelte sich, dem Trend der Zeit entsprechend, um eine streng operationsgeschichtliche Darstellung der Weltkriegsschlachten. Nicht genuin militärgeschichtliche Aspekte blieben weitgehend ausgeklammert, die Situation im Hinterland, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Fragestellungen sowie politische Rahmenbedingungen fanden ebenso wenig Berücksichtigung wie aus militärischer Sicht unangenehme Thematiken. Bei diesem mehrbändigen Opus dominierte eine fatalistische Sicht der Dinge, die es gestattete, einer problemzentrierten Beschäftigung mit Fragen der militärischen Führungsverantwortung auszuweichen. Die als solche nicht bestrittene Niederlage an den Fronten wurde als Unterliegen gegenüber einer übermächtigen „Welt von Feinden“ gedeutet, was als keineswegs unehrenhaft galt.<sup>7</sup>

Nimmt man den dem Kriegsjahr 1918 gewidmeten Band 7 dieser Reihe zur Hand und studiert man das Inhaltsverzeichnis, so sticht ins Auge, daß das Kriegsende und der Zerfall des Staates primär aus dem Blickwinkel der an den Fronten stehenden Truppen wahrgenommen werden, die politische Perspektive im Hinterland wird hingegen nur gestreift. Ein kurzer Abschnitt, der sich mit der inneren Verfassung und der Kampfmoral der Truppen befaßt, spricht mit erstaunlicher Offenheit aus, daß die Armee aufgrund eklatanter Versorgungsmängel materiell auf das Niveau von Bettlern herabgesunken war; diese „wirtschaftliche Verelendung“ sei der größte Feind des guten Geistes der Soldaten gewesen, der Hunger war „der Zerstörer des Frontgeistes“.<sup>8</sup> Damit war zwar ein Einfallstor für nationale und/oder feindliche Propaganda geöffnet, die jedoch erst sekundär auftrat und von nachgeordneter Bedeutung war. Der materielle Verfall wird als primär interpretiert.

Mich erinnert dieses durchaus plausible Argument, überspitzt formuliert, an das Marxsche Diktum vom Sein, das das Bewußtsein bestimmt, auch wenn dies den Verfassern des Weltkriegswerkes sicherlich völlig fernlag. Jedenfalls kam in diesem Werk dem, was man nationalen Verrat nennen könnte, nur ein nachgeordneter [76:] Stellenwert zu<sup>9</sup>, wofür ein Dilemma jener Generalstäbler, die dieses Werk verfaßten, verantwortlich war: Es sollte den Ruhm der alten Armee hochhalten bzw. in den Stürmen der Republik gegen die Linke verteidigen, war in Österreich nach 1918 doch die Kritik an dieser Armee und ihrem Führerkorps viel weiter gegangen als im Deutschen Reich.<sup>10</sup> In eine solche Verteidigungslinie paßte es aber schlecht hinein, wenn man einem großen Teil dieses Heeres, praktisch allen nicht-deutschen Truppenkörpern, innere Auflösung und Meuterei attestiert hätte. Auch deshalb trat dieser Erklärungsfaktor zurück, denn es ging in dem Weltkriegswerk ja darum zu belegen, daß dieses Heer erstaunlicherweise so lange unter derart widrigen Bedingungen ausgehalten hatte. In gewisser Weise setzte sich nahtlos eine Interpretationsrichtung fort, die bereits während des Krieges durch ein von seiten der Armee herausgegebenes, repräsentatives und schon im Titel vielsagendes Reihenwerk „Unteilbar und untrennbar“ ihren Anfang genommen hatte.

Das „Augusterlebnis“ in seiner österreichischen Spielart, das unerwartet solidarische Zusammenstehen der vorher zerstrittenen Völkerschaften des Reiches im Angesicht der äußeren Bedrohung, führte bei Historikern – und nicht nur bei diesen – dazu, daß diese den Krieg als eine unverhoffte Wiedergeburt, Erneuerung, ja Auferstehung der totgesagten Habsburgermonarchie wahrnahmen. Da dieses Erlebnis sehr tief ging, konnte es 1918 und danach nicht sofort über Bord geworfen werden. Wer immer sich einer schwarz-gelben Nostalgie oder gar Bestrebungen zur Restauration der Donaumonarchie verschrieben hatte, der tat sich schwer, die innere Dekomposition – die diesem Bestreben diametral entgegand – ins Zentrum der Betrachtung zu rücken.

<sup>7</sup> Hierzu Werner Suppanz: Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimationen in Ständestaat und Zweiter Republik (Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek, Bd. 34) Wien – Köln – Weimar 1998.

<sup>8</sup> Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918, hg. vom Österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung und vom Kriegsarchiv. 7. Band: Das Kriegsjahr 1918, Wien 1938, S. 94 f., 99. Künftig zitiert als ÖUK.

<sup>9</sup> Vgl. ebenda das ganz kurze Kapitel „Der Abfall der Nationen“, S. 651-657.

<sup>10</sup> Grundlegend hierzu Wolfgang Doppelbauer: Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps am Beginn der Republik. Militärgeschichtliche Dissertationen österreichischer Universitäten, Bd. 9, Wien 1988.

Der österreichischen Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit, von Generalstäblern monopolisiert, fehlte aus den genannten Gründen eine Perspektive, die den Kriegsverlauf als Weg in die Niederlage gedeutet und nach den Gründen hierfür, zum Beispiel Führungsfehlern, gefragt hätte.<sup>11</sup> Daraus folgte das geringe Interesse an inneren Auflösungsprozessen. Die Aufmerksamkeit wurde weiter abgelenkt durch jene Ereignisse des Jahres 1914, die tatsächlich Erklärungsbedarf geschaffen hatten, allen voran der völlig mißglückte Aufmarsch des k. u. k. Heeres im Juli und August 1914. An dem übte schon damals und nach Kriegsende allen voran der deutsche Verbündete heftige Kritik, und hier lag jenes Feld, wo es den Mythos des seinerzeitigen Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf zu verteidigen galt. [77:] Alle historisch interessierten Beobachter, Conrads ehemalige Stabsoffiziere an der Spitze, wandten sich folglich der Konstruktion dessen zu, was ein amerikanischer Historiker die Habsburg Command Conspiracy genannt hat.<sup>12</sup>

Damit war eine paradoxe Situation eingetreten: Nachdem sich die Monarchie aufgelöst hatte, interessierten sich nur Außenseiter wie Joseph Redlich für jene internen, national gefärbten Kämpfe und zentrifugalen Tendenzen, die schon seit Jahrzehnten allgemein als Grundübel des Habsburgerreiches konstatiert worden waren und dessen Image als kranker Mann an der Donau mit geschaffen hatten. Diese Urteile sind Legion. Interessant ist, daß der Komplex Nationalitätenproblem sich nicht nur als Erklärung für den Zerfall des Reiches anbot. Weniger die zeitgenössischen Beobachter, wohl aber die Geschichtsschreibung haben betont, daß der nach Sarajewo in Wien gefaßte Entschluß zur Abrechnung mit Serbien unter Inkaufnahme eines Weltkrieges nicht zuletzt als Flucht nach vorn, als Davonlaufen vor innenpolitischen Problemen zu verstehen sei, deren Lösung durch einen Krieg gegen äußere Feinde erhofft wurde.<sup>13</sup>

Es bot und bietet sich also an, Nationalitätenkonflikte sowohl für Österreich-Ungarns Weg in den Krieg wie auch für seinen Weg aus dem Krieg als Erklärung heranzuziehen. Hier sollte der Historiker stutzig werden. Nicht daß eine solche Parallelität von Haus aus unlogisch wäre. Aber es drängt sich der Eindruck auf, daß die Nationalitätenfrage schon zeitgenössisch zu einem beliebig einsetzbaren Motiv zur Interpretation unterschiedlicher Phänomene, zu einer Allerweltserklärung ohne wirkliche Aussagekraft mutiert war.

Die Donaumonarchie hatte Probleme mit ihren Völkerschaften, keine Frage, und zwar gravierende. Aber war dies wirklich ein singuläres Problem? Ich will hier keine Debatte über die Stabilität der europäischen Staatenwelt vor 1914 vom Zaun brechen, es genügt der Hinweis, daß in der Historiographie auch für andere Großmächte, allen voran Deutschland und Rußland, innenpolitische Motive für den Entschluß zum Krieg namhaft gemacht worden sind, ohne daß sich diese Interpretation durchgesetzt hätte. Die Konfiguration wechselte freilich, einmal waren es Klassenkonflikte, einmal nationale. Gemeinsam ist ihnen die von Teilen der Geschichtsschreibung behauptete Wirkung dieser Konfliktlinien auf die außenpolitischen und militärischen Entscheidungsträger: Sozialimperialismus und Flucht nach vorn müssen als Schlagworte genügen. Was bleibt, ist der Eindruck, daß alle Großmächte innenpolitische Konflikte kannten, die eine kriegerische Lösung nahelegen schie-[78:]nen, wenigstens im Hoffnungshorizont der Entscheidungsträger. Unter diesen Staaten befand sich auch die Habsburgermonarchie, ohne wirklich eine Sonderstellung einzunehmen.

---

<sup>11</sup> Oswald Überegger: Vom militärischen Paradigma zur „Kulturgeschichte des Krieges“? Entwicklungslinien der österreichischen Weltkriegsgeschichtsschreibung im Spannungsfeld militärisch-politischer Instrumentalisierung und universitärer Verwissenschaftlichung, in: Zwischen Nation und Region. Weltkriegsforschung im interregionalen Vergleich. Ergebnisse und Perspektiven, hg. von Oswald Überegger. Tirol im Ersten Weltkrieg, Bd. 4, Innsbruck 2004, S. 63-122.

<sup>12</sup> Graydon A. Tunstall Jr.: The Habsburg Command Conspiracy: The Austrian Falsification of Historiography on the Outbreak of World War I, in: Austrian History Yearbook 27 (1996) S. 181-198.

<sup>13</sup> Fritz Fellner: Austria-Hungary, in: Decisions for War 1914, hg. von Keith Wilson, London 1995, S. 9-25. Richard J. W. Evans: The Habsburg Monarchy and the Coming of War, in: The Coming of the First World War, hg. von Richard J. W. Evans/Hartmut Pogge von Strandmann, Oxford 1988, S. 33-55. Graydon A. Tunstall Jr.: Austria-Hungary, in: The Origins of World War I, hg. von Richard Hamilton/Holger H. Herwig, Cambridge 2003, S. 112-149.

Waren deren Probleme, allen voran der Nationalitätenstreit, besonders gravierend, könnte man in einem nächsten Schritt fragen. Ja und Nein. Vielvölkerreiche gab es auch andere, Rußland und das Osmanische Reich zum Beispiel. Singulär war nicht die Zahl von elf in Österreich-Ungarn offiziell anerkannten Nationalitäten, sondern zwei andere Umstände: Die beiden staatstragenden Nationen, die Deutschen und die Ungarn, hatten in ihren Reichshälften nur eine relative Mehrheit, in Summe blieben beide zusammen in der Minorität. Das unterschied sie von der dominanten Stellung der Russen. Und die übrigen Völkerschaften im Habsburgerreich waren nach erheblichen Fortschritten ihrer nationalen Emanzipation um 1900 auf einem Niveau angelangt, das sie zur nachhaltigen Wahrnehmung ihrer nationalen Interessen befähigte, was logischerweise den Konflikt mit den dominanten Nationen verstärkte. Dies unterschied Österreich-Ungarn ebenso von Rußland wie der Umstand, daß die Verfassungsordnung von 1867 wenigstens für Cisleithanien, die österreichische Reichshälfte, einen Rahmen geschaffen hatte, der die nicht-dominanten Völkerschaften legitimierte, ihre Rechte zu vertreten und die ihnen verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung faktisch durchzusetzen. Dafür stand neben dem Parlament eine entwickelte Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Verfügung. Die Gerichte urteilten, wie Gerald Stourzh aufgezeigt hat, häufig im Sinne der Beschwerdeführer gegen die Staatsmacht, aber auch gegen die beherrschende Stellung der Deutschösterreicher.<sup>14</sup>

Stourzh hat noch etwas aufgezeigt, was häufig übersehen wird. Die Kritik der nichtdominanten Nationalitäten, ja das ganze ethnische Problem überhaupt richtete sich nicht primär gegen den Staat als solchen, sondern auf lokaler und regionaler Ebene gegen die dort jeweils dominierende Nation – die war es nämlich, die im sogenannten autonomen Bereich, innerhalb der Kronländer und Gemeinden, die Umsetzung der Gleichberechtigung sabotierte, insbesondere auf dem Gebiet der Sprachenpolitik.<sup>15</sup> Ermöglicht wurde dies durch eine Verfassungsordnung, die dem autonomen Bereich der Gemeinden und Länder erhebliche Befugnisse zusprach, die nicht selten gegen die Minderheit mißbraucht wurden. Auf eine Formel gebracht, unterdrückte nicht so sehr der Gesamtstaat (in Ungarn lagen die Dinge anders), sondern die lokale Mehrheit. Das konnten einmal die Deutschen sein, anderswo Tschechen, Polen oder Italiener. Es verbietet sich daher eine eindimensionale Sicht von deutschen Herren und slawischen Knechten, so einfach lagen die Dinge nicht.

[79:] Wer sich in seinen Rechten beschnitten fühlte, wandte sich vertrauensvoll an den Gesamtstaat, sei es an die Zentralbehörden, den Monarchen oder die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts. Er tat dies nicht nur mangels Alternativen, sondern in dem Glauben, dort Recht zu bekommen, was faktisch nicht selten der Fall war. Der Staat war somit weniger das allgemein geteilte Feindbild, sondern der zur letztgültigen Entscheidung befugte Schiedsrichter, der allseits umworben und nicht etwa nur bekämpft wurde. Es konnte soweit kommen, daß die schärfste Kritik nicht an einer Germanisierungspolitik der Zentralstellen artikuliert wurde, vielmehr wurde im Gegenteil vom radikalen deutschnationalen Flügel die angebliche Slawisierung des Staates, verursacht durch dessen Nachgiebigkeit gegenüber den kleineren Völkerschaften im Verein mit einem aggressiven Panslawismus, gegeißelt.<sup>16</sup>

Nur kleine, im Untergrund agierende, radikale Zirkel strebten vor 1914 eine Auflösung der Monarchie an, die offizielle Politik der Vertreter der diversen Völkerschaften war dies keineswegs. Bekanntlich wurden unzählige Konzepte einer inneren Umgestaltung der Monarchie debattiert, die meist auf Föderalisierung bzw. die Verstärkung der Autonomie unter dem gemeinsamen Monarchen, bei Beibehaltung reduzierter, unumgänglicher gemeinsamer Organe (vor allem für die Armee und die Außenpolitik) ähnlich dem 1867 mit den Ungarn abgeschlossenen Ausgleich hinausliefen. Den Magyaren war in diesem Jahr faktisch ein eigener Staat mit einer eigenen Regierung zugestanden worden, dessen Verbindung zu Österreich sich auf den gemeinsamen Monarchen, Armee und Außenpolitik

---

<sup>14</sup> Gerald Stourzh: Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848-1918, Wien 1985.

<sup>15</sup> Exemplarisch hierzu Martin Moll: Volkstumskampf als Ideologie und Praxis. Steirischer Deutschnationalismus und slowenische Nationalbewegung in den letzten Jahren der Habsburgermonarchie, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 94 (2003), S. 277-313.

<sup>16</sup> Wiederum nur beispielhaft Karl Linhart: Der Abwehrkrieg des unterländischen Deutschtums. Zeitgeschichtliche Streiflichter, Pettau 1910.

beschränkte. Es versteht sich, daß dieser sogenannte Dualismus zur Nachahmung anspornte: Was für die Ungarn recht war, schien anderen billig zu sein. Außerdem hatte das Beispiel Ungarn gelehrt, daß ein nationales Programm im habsburgischen Rahmen weitgehenden Erfolg haben konnte, wenn seine Protagonisten nur energisch genug dafür eintraten.

Unterschiedliche Konzepte einer Erweiterung der dualistischen Lösung zum Trialismus machten die Runde. Sie scheiterten nicht allein am Widerstand der Deutschen und Ungarn, sondern auch daran, daß die Siedlungsgeographie keinerlei Ansatz zur Bildung einer dominant slawischen staatlichen oder administrativen Einheit bot. Hinzu kam die Heterogenität der verschiedenen Nationalbewegungen mit ihren divergierenden Zielkatalogen: Die Polen als die mit Abstand größte slawische Gruppe in Österreich-Ungarn hatten in Galizien soviel Autonomie, daß sie durch jede Umgestaltung mehr zu verlieren als zu gewinnen hatten. Auch waren ihre Prioritäten andere als etwa jene der Tschechen: Nicht der Trialismus (den sie durch die Sonderstellung Galiziens faktisch besaßen), sondern das Problem der auf drei Kaiserreiche aufgeteilten polnischen Nation hatte für sie das größte Gewicht, dann kam das Aufbegehren der Ruthenen gegen die Vorherrschaft des polnischen Großgrund- [80:]besitzes und erst weit abgeschlagen sprießten zarte Pflänzchen panslawischer Solidarität.

Im Ergebnis gab es quer durch die habsburgischen Lande eine kaum überschaubare Vielzahl politischer Forderungen, die teils auf Veränderung, teils aber auch auf die Bewahrung des Status quo hinausliefen. Diese Programme standen, überblickt man sie als Ganzes, im Widerspruch zueinander, und ihre Wortführer vertraten unterschiedlich einflußreiche Gruppen. Gelegentlich ist in der großen Zahl dieser (als Unzufriedenheit mit dem Bestehenden gedeuteten) Wunschkataloge bereits der Keim des Untergangs erblickt worden, weil, so scheint es, jeder mit jedem zerstritten war. Andererseits lähmten sich diese politischen Kräfte gegenseitig und machten es dem Staat aufgrund der herrschenden Zersplitterung leichter, zentrifugale Tendenzen in Schach zu halten.

Vor allem aber gilt es zu berücksichtigen: Es ging den nicht-dominanten Nationen nicht um die Separation, sondern um einen größeren Anteil an der Macht. Das warf schwierige Fragen auf, denn was der eine an Kompetenzen bekommen sollte, mußte logischerweise dem anderen weggenommen werden. Dieses Dilemma führte zu einer Lähmung der Innenpolitik, mit der man aber doch recht oder schlecht zu leben gelernt hatte. Die wenigen, die den Staat gänzlich zerstören wollten, konnten durch Attentate erhebliche Unruhe stiften, mit ihnen wurde die Staatsmacht vorläufig aber noch mühelos fertig.

Streit – sei es im Parlament, sei es als Pressefehde – produziert Quellen für den Historiker. Mehr oder minder harmonisches Zusammenleben tut dies nicht und wird daher weniger wahrgenommen. Das hat dazu geführt, daß die zentrifugalen Tendenzen innerhalb dieses Staates stärker im Rampenlicht standen und stehen als die zentripetalen, – die gab es aber auch. Ich meine damit weniger das, was gemeinhin darunter subsumiert wird: Die Person des seit 1848 regierenden Monarchen Franz Joseph, die gemeinsame übernationale Bürokratie und Armee etc. Wenig beachtet wird, daß den Vertretern der nicht-dominanten Völkerschaften klar war, daß das Zusammenleben in diesem Staat ihrer Klientel neben manchen Nachteilen auch handgreifliche Vorteile brachte. Es steht außer Streit, daß der große gemeinsame Wirtschaftsraum integrierend wirkte und regionale Unterschiede im Niveau des Lebensstandards zwar nicht beseitigte, wohl aber verringerte. Unterentwickelte Regionen profitierten von Investitionen, privaten, staatlichen und jenen der Kronländer, und begannen durch ein stärkeres Wirtschaftswachstum aufzuschließen, so daß die Kluft kleiner wurde, wenngleich sie niemals völlig verschwand. Niemand hatte dies klarer erkannt als die Vertreter der nicht-dominanten Volksgruppen, die sich unablässig um Geld für Infrastrukturmaßnahmen in ihren Gebieten bemühten.<sup>17</sup>

Sieht man sich die vorhandenen Konflikte näher an, so richtete sich deren Stoßrichtung weder per se noch ausschließlich gegen den Gesamtstaat Die Hemmungen, die [81:] der Nationalitätenstreit auf die Gestaltung der Innenpolitik ausübte, sollte man nicht dramatisieren: Wohlhämte er zeitweilig – keineswegs dauerhaft – das Zentralparlament und die Landtage in den Kronländern, aber es gab

---

<sup>17</sup> Hierzu David Good: *The Economic Rise of the Habsburg Empire, 1750-1914*, Berkely 1984.

Instrumente, um ohne diese Körperschaften regieren bzw. verwalten zu können; im Lauf der Zeit hatte man sich daran gewöhnt.<sup>18</sup> Mit dem seit 1867 für den Fall der Arbeitsunfähigkeit der parlamentarischen Körperschaften bereitstehenden – und auch praktizierten – Instrument des Notverordnungsrechts ließen sich nicht nur die Abgeordneten, nach einer Abkühlungsphase, früher oder später wieder zum Arbeiten bewegen, es gab durchaus Mittel, die Staatsgeschäfte notfalls ohne Reichsrat und Landtage weiterzuführen.<sup>19</sup>

Selbst die oft beschworenen irredentistischen Strömungen sind auf ihren wahren Kern zu reduzieren: Ein nicht geringer Teil der nicht-dominanten Völkerschaften hatte gar kein co-nationales Nachbarland, an das man sich hätte anschließen können. Dies traf etwa zu auf die Kroaten, Slowenen, Tschechen, Polen, Ruthenen und Slowaken. Darüber hinaus waren die Tschechen, Polen und Slowenen mit dem Problem konfrontiert, daß sie im Fall einer Auflösung der Doppelmonarchie zwischen den umliegenden Großmächten zerrieben zu werden drohten, im einen Fall zwischen Deutschland und Rußland, im anderen zwischen Deutschland und Italien. Daß die Polen im Österreichischen Teilungsgebiet weitaus besser fuhren als ihre Landsleute im Zarenreich oder in Preußen-Deutschland, war für jedermann offensichtlich. Und drittens: Dort, wo es irredentistische Bestrebungen gab, waren die Zielstaaten wenig attraktiv: Serbien und Rumänien waren aus österreichischer Sicht zutiefst rückständige Gebilde und allenfalls für nationale Heißsporne ein erstrebenswertes Ziel, deutlich weniger für die Masse der kühl Rechnenden, die Kosten und Nutzen einer künftigen Änderung des staatsrechtlichen Status abzuwägen mußten.

Wenn aber die zentripetalen, auf Wien gerichteten Tendenzen bis 1914 trotz aller gegenläufigen Faktoren klar dominierten- und die allerorten reibungslose Mobilmachung im Juli und August bestätigt diesen Befund –, dann stellt sich die Frage, warum es im Herbst 1918 dennoch zu den separatistischen Staatsgründungen der habsburgischen Völkerschaften und damit zum Auseinanderfallen der Monarchie kommen konnte. Die Frage, so formuliert, legt schon einen Teil der Antwort nahe: Ohne zu leugnen, daß der heftige Streit vor dem Krieg den Boden aufbereitet hatte, müssen doch die Ereignisse im Lauf des Krieges den Ausschlag gegeben haben. Welche waren dies, und wie wirkten sie? Meines Erachtens läßt sich eine Antwort am besten gewinnen, wenn man in einem Vergleich versucht, die Besonderheit der [82:] österreichischen Situation während des Krieges zu erfassen. Die zwei Punkte, die sich hierfür anbieten, verweisen auf Positionen, die wir bereits kennengelernt haben: Joseph Redlichs Kritik am Kriegsabsolutismus sowie die materielle Verelendung, auf die das Generalstabswerk verwiesen hat.

I. Durch ein Bündel bereits am 25. Juli 1914, drei Tage vor der Kriegserklärung an Serbien, verkündeter Ausnahmeverfügungen wurde in Cisleithanien – aber nur hier, nicht jedoch in Ungarn – das zivile Leben zurückgedrängt und die Macht des Militärs, notabene auch der Militärgerichte, gestärkt – dies alles in einem Ausmaß, wie es nicht einmal im zaristischen Rußland der Fall war.<sup>20</sup> Wohl wurde dieser repressive Kurs nach der Thronbesteigung Kaiser Karls I. im November 1916 zurückgefahren, ja durch Lockerung der Zensur und eine Amnestie ins Gegenteil verkehrt, da war der politische Schaden aber nicht mehr gutzumachen.

2. Erreichten die Versorgungsprobleme in Österreich (weniger in Ungarn) schon Ende 1914 einzigartige Ausmaße. Auszugehen ist von einer Halbierung der Ernteerträge und, was die Sache noch schlimmer machte, von nie gelösten Verteilungsproblemen, einesteils logistischer Natur wegen der

---

<sup>18</sup> Mit einer Fülle von Material: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. von Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch. Band VII: Verfassung und Parlamentarismus. 2 Teilbände, Wien 2000.

<sup>19</sup> Gernot D. Hasiba: Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848-1917). Notwendigkeit und Mißbrauch eines „Staatserhaltenden Instrumentes“. Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, Bd. 22, Wien 1985.

<sup>20</sup> Hierzu Hans Hautmann: Bemerkungen zu den Kriegs- und Ausnahmegesetzen in Österreich-Ungarn und deren Anwendung 1914-1918, in: Zeitgeschichte 3 (1975/1976) S. 31-37. Kritisch hierzu Martin Moll: Österreichische Militärgerichtsbarkeit im Ersten Weltkrieg – „Schwert des Regimes“? Überlegungen am Beispiel des Landwehrdivisionsgerichtes Graz im Jahre 1914, in: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 50 (2001) S. 301-355.

Unzulänglichkeit bzw. völligen Überlastung des Transportsystems, andererseits wegen regionaler Egoismen, vor allem zwischen den beiden Reichshälften.<sup>21</sup>

Gemeinsam war beiden Faktoren, daß sie den Eindruck der Ineffizienz hervorriefen: Der Staat erwies sich als unfähig, die elementarsten Bedürfnisse seiner hungernden und frierenden Bewohner, allen voran der Soldaten, zu befriedigen. Er gerierte sich wohl zentralistisch und absolutistisch, schuf unablässig neue Zentralstellen, die jedoch außer bürokratischem Wust und einer Flut praxisferner Direktiven keine konkreten Resultate hervorbrachten und die Versorgungslage nicht zu bessern vermochten. Ganz im Gegenteil verschlechterte sich diese permanent und führte ab 1915 zu Erscheinungen des Hungers, die ähnliches in Deutschland weit in den Schatten stellten. Österreich-Ungarn hatte bereits im Herbst 1914 mit der russischen Besetzung weiter Teile Galiziens seine wichtigste Kornkammer eingebüßt. Nach der Wiedereroberung dieser kriegszerstörten Gebiete im Jahr darauf fielen sie als Getreidelieferant noch für geraume Zeit aus. Der auf ein Minimum reduzierte Eisenbahntransportraum für zivile Bedürfnisse schloß eine flächendeckende Distribution der knappen Bestände von vornherein aus. Anstelle einer Ablieferungspflicht der [83:] bäuerlichen Produzenten ging der Staat immer mehr zu einem System faktischer Beschlagnahmen über, was viel böses Blut erzeugte und dazu führte, daß die (noch immer etwas besser gestellten) Selbstversorger im ländlichen Raum darüber klagten, man ließe ihnen nicht einmal genug Getreide für die nächste Aussaat. Solche Eingriffe in den Bestand (beim Vieh war es ähnlich) nährten das ohnedies weit verbreitete Bild staatlicher Inkompetenz, ja krimineller Dummheit. Besonders schlimm waren die Zustände naturgemäß in den Städten und Industriegebieten, wo sich die aufgestaute Wut immer wieder in Hungerkrawallen Luft machte; daneben richtete sie sich gleichermaßen gegen die angeblich leistungsunwilligen bzw. profitgierigen Landwirte.

Die desintegrierende Wirkung in Richtung eines Verlusts an staatlicher Autorität kann gar nicht überschätzt werden. Kürzlich hat Maureen Healey in ihrer Studie über das „Wartime Vienna“ eindrucksvoll dargelegt, wie der Hunger alles andere überschattete und selbst in der Hauptstadt mit einer überwiegend deutschsprachigen Bevölkerung die Legitimationsbasis dieses Reiches unterminierte.<sup>22</sup> Ich teile diese Perspektive voll und ganz. Es macht wenig Sinn, wenn eine moderne kulturalistische Strömung sich ausschließlich damit beschäftigt, wie und mit welchen Diskursen die Menschen in den kriegführenden Staaten sich um die Sinngebung und Deutung dieses Krieges bemühten. Wer vor Hunger umzufallen drohte, hatte anderes im Kopf. Nun kann vielleicht eingewendet werden, daß eine derart ausgepowerte Bevölkerung ebenso anderes im Sinn hatte als den Nationalitätenkampf der Vorkriegszeit fortzusetzen. Ja und Nein. Natürlich ging es jetzt nicht mehr um den Sprachenstreit, schon gar nicht in seinen oft bizarren Auswüchsen wie etwa die Beschriftungen auf Bahnhöfen, Tabakläden oder gar Grabsteinen, Debatten, die vor 1914 die Gemüter erhitzt und die Gerichte beschäftigt hatten. Von einer Befriedung kann aber um so weniger die Rede sein, als die jetzt virulenten Verteilungskonflikte für brisanten Zündstoff sorgten. Und diese Konflikte hatten durchaus eine nationale Note. Ich habe bereits auf die Debatte rund um die angeblich oder wirklich zu niedrigen Lebensmittellieferungen aus Ungarn verwiesen. Faktum ist, daß dort die Rationen deutlich über den österreichischen lagen, was in Cisleithanien niemand verstehen konnte. Keine Frage, daß dies das Ansehen des Staates ramponierte, war dieser doch offenbar unfähig, für eine ausgleichende Gerechtigkeit zu sorgen. Damit entstand ein starker Impuls in Richtung zentrifugaler Tendenzen. Auch in deutschsprachigen Gebieten machte sich das Motto breit, demzufolge einem das Hemd näher ist als der Rock. Mit dieser Einstellung, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, weil von Wien nichts bzw. nichts Gutes zu erwarten sei, entstand eine Mentalität, die Abkoppelungen jeglicher Art begünstigte.

[84:] Zum Feindbild, ja Haßobjekt avancierte nicht nur der Staat, der Lebensmittel vorenthielt oder durch seine Requirierungstrupps erst wegnahm. Es kam auch eine ethnische Komponente ins Spiel,

<sup>21</sup> Noch immer aussagekräftig Gustav Gratz/Richard Schüller: Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie, Wien 1930. Horst Haselsteiner: The Habsburg Empire in World War I: Mobilization of Food Supplies, in: East Central European Society in World War I, hg. von Béla K. Király/Nándor F. Dreisziger. War and Society in East Central Europe Bd. 19, New York 1985, S. 87-102.

<sup>22</sup> Maureen Healy: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I. Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare, Bd. 17, Cambridge 2004.

zuerst im Kleinen. Durch die Dislozierung der Ersatzformationen des Heeres, denen diese Requirierungstrupps meist entstammten, hatte es die Landbevölkerung mit Soldaten aus anderen Reichsteilen zu tun. Diese Begegnung beförderte ebenso nationale Feindbilder wie das bald verbreitete Image der eigenen Armee, die als eine fremde Besatzungstruppe, als eine Landplage wahrgenommen wurde.

Man sollte diesen Diskurs nicht auf die Lebensmittelfrage verengen, es ging um viel mehr. Was sich entwickelte und flächenbrandartig ausweitete war eine allgemeine Debatte über die Verteilung von Lasten und Opfern, die dieser Krieg massenhaft forderte. Geprägt war dieser Diskurs, wenig verwunderlich, von gegenseitigen Vorwürfen. Nochmals sei betont, daß selbstredend auch der Staat in die Schußlinie geriet, weil er nicht für Verteilungsgerechtigkeit sorgen konnte. Vielleicht noch mehr richteten sich aber die Leidenschaften gegen andere Nationalitäten, bei denen man Drückeberger, Schieber, Kriegsgewinnler, Verheimlicher von Vorräten usw. en masse verortete, während vergleichbare Phänomene im eigenen Bereich wortreich in Abrede gestellt wurden. Freilich gab es solche Debatten allerorten, auch in anderen kriegführenden Staaten, und sie wirkten überall desintegrierend. Im Ausland verliefen sie aber entlang sozialer Konfliktlinien, nur ausnahmsweise entlang nationaler. Erinnert sei an die im Deutschen Reich erhobenen Vorwürfe gegen jüdische „Drückeberger“, die zu der bekannten Judenzählung von 1916 führten. Nicht unähnlich wurde auch in Österreich behauptet, die eigene Nation blute, während junge Männer anderer Nationen flanierend im Hinterland anzutreffen seien. Gefordert wurde die Erhebung statistischen Materials, um solche Anwürfe belegen zu können.<sup>23</sup>

Nur auf den ersten Blick scheinen diese Vorschläge einer Versachlichung der Debatte dienlich zu sein, in Wahrheit war das Gegenteil der Fall, weil auf diesem Wege quasi objektives Material zum Einsatz kam. Besonders gut eigneten sich die Ergebnisse der Zeichnungen auf die insgesamt acht Kriegsanleihen, denn die konnte man mühelos Kronland für Kronland, Bezirk für Bezirk und Gemeinde für Gemeinde auf die Einwohnerzahlen umrechnen oder mit den Vorkriegssteuerleistungen vergleichen – mit dem wenig überraschenden Resultat, daß die deutschsprachigen Gebiete weit überrepräsentiert waren und sich die Tschechen besonders stark zurückhielten.<sup>24</sup>

[85:] Dies alles traf noch mehr zu auf den großen Bereich, den man unter der Überschrift „Unterminierung der Kampfkraft“ zusammenfassen könnte. Die Basis für diesen Diskurs hatte der Umstand gelegt, daß der erste Weltkrieg nicht nur eine materielle Komponente hatte, er war auch ein über die Propaganda ausgetragener Kampf um die Psyche. Niemand konnte übersehen, daß sich die Entente-Staaten vom ersten Tag an bemühten, in Österreich-Ungarn einen internen Auflösungsprozeß in Gang zu setzen; einschlägige Aufrufe aus Rußland datieren schon aus dem August 1914. Dieser Bereich ist durch die neue Studie von Mark Cornwall gut erforscht, sie trägt den sprechenden Titel „Undermining Austria-Hungary. The Battle for Hearts and Minds“.<sup>25</sup> Die Feindpropaganda vor Augen, lag es nahe, im innenpolitischen Konfliktaustrag danach Ausschau zu halten, ob diese Agitation etwa Wirkung entfaltete – selbstredend immer nur bei den anderen. Dieses Beobachten geschah durch staatliche Stellen. Stimmungsberichte und sozialpsychologische Lageanalysen kamen in Mode; auch die Armee betätigte sich auf dem Feld der Demoskopie, indem sie Studien über die „Haltung“ dieser oder jener Völkerschaft produzierte, ganz zu schweigen von der Bewertung der Kampfkraft der einzelnen Truppenkörper, in die neben der Ist-Stärke und der materiellen Ausstattung stets eine psychologische Komponente einfloß.<sup>26</sup> Das „Durchhalten“ wurde mithin nicht bloß propagiert, man versuchte es auch empirisch zu messen. Man kann sich denken, daß die Aussagen dieser Studien, soweit sie bekannt

<sup>23</sup> Beispielhaft Anfrage der Abgeordneten Dr. Verstovšek, Brenčič und Genossen an den Landesverteidigungsminister betreffend eine erschöpfende Erklärung mit statistischen Daten über den prozentuellen Verlust der slawischen und deutschen Mannschaften im Laufe des Krieges und über die Art der Verwendung derselben an der Front und im Hinterlande, 19.7.1918. Anhang zu den Stenographischen Protokollen des Hauses der Abgeordneten des Österreichischen Reichsrates. XXII. Session, Band 6, Wien 1918, S. 7560.

<sup>24</sup> Vgl. Martin Moll: „Monumente des Patriotismus“. Die österreichischen Kriegsanleihen 1914-[85:]1918 und die Steiermark, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 89/90 (1998/99), S. 261-289.

<sup>25</sup> Mark Cornwall: *The Undermining of Austria-Hungary. The Battle for Hearts and Minds*, New York 2000.

<sup>26</sup> Wiederum nur beispielhaft: K. u. k. Armeekorpskommando K Nr. 17728/II 1915 an Minister des Inneren, 19.12.1915, betr. Haltung der Slovenen im Kriege. Abschrift in: Steiermärkisches Landesarchiv Graz. Statthaltereipräsidium. E 91 Zahl 1369/1916. Hier auch zahlreiche weitere den Slowenen gewidmete Studien.

wurden, für ein lebhaftes Pro und Contra sorgten. Übrigens waren sich die Behörden in ihren Beurteilungen keineswegs immer einig, nicht einmal im tschechischen Fall, der auf den ersten Blick unerfreulich klar zu liegen schien.<sup>27</sup>

Irrig wäre es freilich, von einem amtsinternen Diskurs mit wenig Einfluß auf die öffentliche Meinung auszugehen. Nationale und politische Gruppen nahmen an diesen Erörterungen lebhaften Anteil. Bis zum Mai 1917 vom parlamentarischen Agieren und erst recht vom Mitregieren ausgeschaltet, verlegten sich die Politiker auf ein Monitoring, ein Evidenthalten staatlicher Aktivitäten und des Agierens der anderen Nationalitäten. Höhepunkte der agitatorischen Verwertung waren naturgemäß die Fälle von Desertionen bzw. des Überlaufens vor allem tschechischer Verbände; später gab es auch andere spektakuläre Beispiele etwa unter den Slowenen. Das war aber bestenfalls die publikumswirksame Spitze des Eisbergs. Gleich dahinter kamen die Fälle von Fluchten ins Ausland: Thomas Masaryk oder der wieder [86:] eingefangene und anschließend hingerichtete, aus dem italienischsprachigen Teil Tirols stammende Reichsratsabgeordnete Cesare Battisti waren die bekanntesten. Registriert wurden Kontakte zu den Feindstaaten oder zu Emigrantenzirkeln im Ausland, wenngleich letztere bei den damaligen Kommunikationsmitteln nur wenig direkte Einflußmöglichkeiten auf das Hinterland hatten. Liebevoll studierte man die nationale Presse der Völkerschaften und stellte aus ihnen unpatriotische Sündenregister zusammen.

Auf die Ausarbeitung regelrechter wissenschaftlicher Dokumentationen mit Nachweisen über das Fehlverhalten anderer Nationen wurde enorm viel Zeit und Mühe aufgewandt. Mit rund 250 Druckseiten dürfte eine deutschnationale Attacke auf die Tschechen die umfangreichste Reichsratsinterpellation der österreichischen Geschichte sein; als solche wurde diese gleich darauf in Druck gelegte Streitschrift ursprünglich eingebracht.<sup>28</sup> Man findet hier ein minutiöses Verzeichnis sämtlicher tschechischer Pressestimmen, welche die deutschnationalen Verfasser als Verrat an der gemeinsamen Kriegführung auslegten. Die Schlußfolgerung daraus: Der eigentlich schon geschlagene oder angeschlagene Feind kämpfe weiter, weil er auf den Zerfall Österreichs hoffe und durch solche Pressestimmen darin bestärkt werde, diese konnten daher niemanden kalt lassen.

Man braucht nur wenig Phantasie, um sich die Wirkung all dessen auf den inneren Zusammenhalt auszumalen. Bemerkenswert scheint mir auch, daß sich vom Regieren ferngehaltene Politiker dazu berufen fühlten, die staatliche Zensur zu überwachen und zu kritisieren, wenn nicht überhaupt zu ersetzen, während umgekehrt diese theoretisch extrem engmaschige Zensur außerstande war, zumindest den massenmedialen Austrag derartigen Streits zu unterdrücken. Und dennoch: War dies letztlich entscheidend für das, was im Oktober 1918 geschah?

Kein Zweifel, daß 1917/18 der Nationalitätenstreit bisher ungeahnte Dimensionen und einen Tonfall von Haß und Erbitterung angenommen hatte. Freilich hatte Kaiser Karl mit seiner faktischen Aufhebung der Zensur und der Wiedereinberufung des österreichischen Parlaments ab Mai 1917 erst die Bühne zum öffentlichkeitswirksamen Austrag inneren Zwistes geschaffen, was ihm die Deutschösterreicher und die Armee ankreideten. Karls Hoffnungen auf eine befriedende Wirkung hatten sich jedenfalls nicht erfüllt. Unübersehbar war, daß in diesem Diskurs immer öfter Stimmen zu Wort kamen, die nicht mehr bloß nationale Rechte, sondern eine an Unabhängigkeit grenzende Autonomie forderten, getarnt vorerst hinter Leerformeln wie „unter dem Szepter Habsburgs“, aber deutlich genug für jeden, der zwischen [87:] den Zeilen zu lesen verstand. Ebenso deutlich wird aber, daß die offen ausgesprochene Forderung nach einer Auflösung der Monarchie jedenfalls den öffentlichen Diskurs nicht oder noch nicht beherrschte.<sup>29</sup> Noch waren sich die meisten Vertreter der nicht-dominanten

---

<sup>27</sup> Diese Debatten referiert Christoph Führ: *Das k. u. k. Armeeoberkommando und die Innenpolitik in Österreich 1914-1917. Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie*, Bd. 7, Graz-Wien-Köln 1968.

<sup>28</sup> *Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg. Die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schürff, Goll, Hartl, Knirsch, Dr. v. Langenhan und K. H. Wolf im österreichischen Abgeordnetenhaus*. Wörtliche Wiedergabe nach dem stenographischen Protokoll, Seite 4553 bis 4828 des Anhanges II der Beilagen zur 49. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Dezember 1917, Zahl 1749/I, hg. von der deutschnationalen Geschäftsstelle, Wien 1918.

<sup>29</sup> Vgl. Mark Cornwall: *The Experience of Yugoslav Agitation in Austria-Hungary, 1917-18*, in: *Facing Armageddon. The First World War Experienced*, hg. von Hugh Cecil/Peter Liddle, London 1996, S. 656-677.

Nationen des Dilemmas bewußt, sich für eine Zukunft mit oder ohne Habsburg entscheiden zu müssen.<sup>30</sup> Viele reagierten hierauf, indem sie die Entscheidung vorläufig einfach nicht trafen, sondern abwarteten – bis es im Grunde nichts mehr zu entscheiden gab.

An dieser Stelle muß eine diplomatisch-außenpolitische Komponente in die Betrachtung einfließen, denn jedem, der in Österreich-Ungarn für nationale Befreiung plädierte, war klar, daß er dafür Rückhalt bei den Entente-Mächten brauchte. Und eindeutig war deren Unterstützung lange Zeit hindurch keineswegs. Beide Koalitionen, die Mittelmächte ebenso wie die Entente, hatten lange versucht, den jeweils schwächsten Partner aus dem gegnerischen Block herauszubrechen, sei es militärisch oder diplomatisch; mit dem Seitenwechsel Italiens im Mai 1915 sowie dem Ausscheiden Rußlands Ende 1917 war dies ja auch gelungen. Vergleichbar damit setzte die Entente bis ins letzte Kriegsjahr auf die Option eines Separatfriedens mit dem Habsburgerstaat, was logischerweise nur um den Preis von dessen Weiterbestand, allenfalls mit Reformen, zu haben war. Auf dieser Linie lagen noch die bekannten 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom Januar 1918. In sich schlüssig war diese Politik nicht gerade, widersprach sie doch diametral den Versprechungen, die man teilweise den Emigrantenzirkeln, noch mehr aber den Italienern im Londoner Vertrag von 1915 gemacht hatte. Solange Hoffnung auf einen Separatfrieden bestand, mußte die Entente darauf verzichten, die Auflösung Österreich-Ungarns als Kriegsziel offen zu propagieren. Es brauchte seine Zeit, bis man sich mit dem Gedanken eines Machtvakuumms im Zentrum Europas, von dem zuallererst das Deutsche Reich profitieren würde, anzufreunden begann.

Auf die diversen Friedensinitiativen ist hier nicht einzugehen, im Frühjahr 1918 mußten diese in ihrer österreichischen Variante jedenfalls als endgültig gescheitert gelten. Nun rückten andere Optionen in den Blick und jetzt erst begannen die Entente-Mächte – Rußland war ja nicht mehr im Spiel – den Emigranten nicht nur die Aufstellung größerer bewaffneter Kontingente zu gestatten bzw. die vorhandenen aus Rußland abzutransportieren, sondern ihnen auch weitreichende Zugeständnisse für eine Nachkriegsordnung ohne Habsburg zu machen. Im Laufe der ersten Monate des Jahres 1918 kam es zu einer grundlegenden Änderung der Ententepolitik, die sich nun im Interesse einer Vertiefung der inneren Zerrüttung der Mittelmächte auf die Unterstützung der Bestrebungen der unzufriedenen slawischen Völker der Monarchie und deren Exilgruppen zu konzentrieren begann. Praktisch hieß dies, daß [88:] die Entente ihr bisheriges Streben nach einem Weiterbestand Österreich-Ungarns, wie auch immer reformiert, aufgab und sich schrittweise mit den viel weiter gehenden Zielen radikaler nationaler Befreiungsbewegungen identifizierte. Dieser Kurswechsel fiel um so leichter, als von Rußland in absehbarer Zeit keine Einmischungen in mitteleuropäische Angelegenheiten zu erwarten waren.

Es versteht sich, daß dieser Rückhalt von außen die zentrifugalen Kräfte in der Habsburgermonarchie beflügelte. Ein weiterer Schub kam von der militärischen Lage, nachdem im Juni/Juli 1918 sowohl die österreichische Offensive an der Piave als auch der letzte deutsche Großangriff in Frankreich gescheitert waren, und damit jede Hoffnung auf eine siegreiche Beendigung des Krieges durch die Macht der Waffen obsolet geworden war.<sup>31</sup> Vor diesem Hintergrund schufen die in der Doppelmonarchie vieldiskutierten 14 Punkte Wilsons eine Situation, die man in folgenden drei Kategorien beschreiben kann:

1. Demokratische Ideale wurden gegen das traditionelle Kaisertum von Gottes Gnaden gestellt.
2. Nationalpolitische Faktoren traten verstärkt gegen das übernationale Reichsgebilde an und
3. Sozialrevolutionäre Kräfte revoltierten gegen das alte, in der Sicherung der materiellen Existenz offenkundig abgewirtschaftete Herrschaftssystem.

Deutlich ist, daß die sozialökonomische Krise mit neuen ideologischen Leitbildern und den nationalpolitischen Zielsetzungen eine explosive Mischung eingegangen war, daß aber zugleich das nationale

---

<sup>30</sup> Victor S. Mamatey: The Czech Wartime Dilemma: The Habsburgs or the Entente?, in: Király/Dreiszigler, East Central European Society, S. 103-111.

<sup>31</sup> Manfred Rauchensteiner: Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz-Wien-Köln 1993, S. 553-578.

Moment nur eines unter mehreren war. Die allerorten auftretende Resistenzbereitschaft und der Widerstand gegen die Fortsetzung des Krieges finden wir auch in den deutschsprachigen Landesteilen, wie eine große Streikwelle im Januar 1918 belegt, ganz zu schweigen von ähnlichen Erscheinungen in Deutschland. Es verbietet sich folglich, das breite Spektrum von widerstandsrelevanten Aktionen national zu verengen.<sup>32</sup> Die um die Stimmung im Hinterland besorgte Armeeführung beklagte sich zwar auch über irredentistische und separatistische Strömungen, ihr war aber zugleich bewußt, daß die Unzufriedenheit mit der staatlichen Bewirtschaftungspolitik eine Hauptquelle der Unruhe bildete. Selbst Parlamentarier deutscher Parteien, so die Armee, würden die Bauern „zur Widersetzlichkeit und Unbotmäßigkeit gegen behördliche Maßnahmen“ auffordern. Es liege sogar die Vermutung nahe, daß „öffentliche Korporationen oder [89:] Standesvertretungen, die staatlich subventioniert werden, solchen Wühlereien nicht ferne stehen.“<sup>33</sup>

1918, vor allem ab dem Sommer, hatte die Stimmung sicherlich den Siedepunkt erreicht. Was die nationale Komponente daran betraf, so wurde sie durch zwei Momente angeheizt: Durch den cisleithanischen Ministerpräsidenten Ernst von Seidler, der noch im Juli 1918 einen „deutschen Kurs“ als Zukunft der Monarchie proklamierte (allerdings postwendend zurücktreten mußte), und die zunehmende und immer deutlicher sichtbare Abhängigkeit, in die Österreich-Ungarn gegenüber dem mächtigen deutschen Verbündeten geriet.<sup>34</sup> Dies freute zwar die Alldeutschen und radikalen Deutschnationalen, für die übrigen Nationalitäten war es umso mehr ein Greuel. Jetzt machte sich in der slawischen Presse eine überaus scharfe Kritik an Deutschland und an der Person seines Monarchen breit: Man blute, so hieß es da, um die Aspirationen des deutschen Imperialismus zu verwirklichen. Nur die seien schuld, daß es noch immer keinen Frieden gab. Dies bedeutet zweierlei: Zum ersten wurde der Kampf nicht mehr länger als einer um österreichische Interessen im Sinne einer Verteidigung der Heimat interpretiert. Und zum zweiten: Die bisherige Funktion der Monarchie als Protektor kleinerer Völkerschaften gegen den deutschen Drang nach Osten oder zur Adria fiel damit weg, weil man die Monarchie willenlos im Schlepptau ihres Bundesgenossen sah.

1918 ging der Nationalitätenstreit unvermindert weiter, er stand aber im Schatten der sozialpolitischen Auseinandersetzungen und der Verteilungskonflikte. Kritisch wurde es, als die Zersetzung auf die Armee übergriff, denn die hatte man immer öfter zur Niederhaltung innerer Unruhen einsetzen müssen, was bis einschließlich 1917 leidlich funktioniert hatte. Um so alarmierender wirkten Nachrichten über Matrosenrevolten im Adriahafen Cattaro/Kotor im Februar 1918 und Meutereien bei Ersatztruppenteilen ab Mai in verschiedenen Provinzen. Da war es nur ein schwacher Trost, daß deutsche Truppenteile loyal blieben und es sich bei den Auführern häufig um „bolschewistisch verseuchte“ Rußlandheimkehrer handelte. Überblickt man diese Phänomene als Ganzes, so waren es vorläufig Einzelercheinungen, und an loyalen Truppen zur Niederschlagung herrschte noch kein Mangel. Was für einen Flächenbrand fehlte, war die Solidarisierung der Zivilbevölkerung. Eher trat das Gegenteil ein, weil die Meuterer nach ihrer örtlichen Machtergreifung als erstes mit dem Plündern begannen und die einheimische Bevölkerung terrorisierten.

Eine Eskalationsstufe war zweifellos bereits überschritten, denn bei den genannten Revolten wurde nicht nur die Abstellung momentaner Mängel im Versorgungsbe-[90:]reich, die Versetzung unbeliebter Offiziere oder ähnliches gefordert, es gab schon einen politischen Forderungskatalog, analog zu Lenins Slogan „Frieden ohne Kontributionen und Annexionen“, dazu Demokratisierung im Inneren und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker à la Wilson. Alle diese Forderungen

---

<sup>32</sup> Richard Georg Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan: Innere Front. Militärassistentz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918. Bd. 1: Zwischen Streik und Meuterei. Veröffentlichungen des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, Bd. 8, Wien 1974. Richard Georg Plaschka: Avantgarde des Widerstands. Modellfälle militärischer Auflehnung im 19. und 20. Jahrhundert. 2 Bände. Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 60/I und 60/II, Wien-Köln-Graz 2000.

<sup>33</sup> K. u. k. Kommando der Südwestfront Res. Nr. 8162 an Statthalterei-Präsidium Graz, 16.2.1916, betr. Öffentliche Ruhe, Störung. Steiermärkisches Landesarchiv Graz. Statthalterei-Präsidium. E 91 Zahl 629/1916.

<sup>34</sup> Helmut Rumppler: Max Hussarek. Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in Österreich im Sommer des Jahres 1918, Graz-Köln 1965.

machen deutlich, daß die Armee in ideologische Einflußfelder geraten war, die neben der Krise der materiellen Basis nun auch eine Krise der geistig-moralischen Grundlagen heraufbeschwor.

Die Untersuchung der Vorfälle, zu der sich der k. u. k. Staat noch bequemte, brachte ein unentwirrbares Gemisch von Führungsfehlern seitens der Offiziere (meistens als auslösender Faktor) sowie von sozialökonomischen, nationalpolitischen und sozialrevolutionären Ursachen zutage. Was sich hier abspielte, war ein Abrutschen der Armee von der Loyalität in die Illoyalität – in einem weit langsameren Tempo freilich als im Frühjahr 1917 in Rußland. Immerhin trat 1917 und erst recht 1918 in der Donaumonarchie ein Zustand ein, wo ein immer größerer Teil einer immer weniger loyalen Truppe dazu verwendet werden mußte, die immer zahlreicheren illoyalen Formationen plus immer größere Teile der Zivilbevölkerung in Schach zu halten. Phasenweise taten bis zu acht Felddivisionen und 120 Feldbataillone als sogenannte Sicherheitsbesatzung im Hinterland gegen Demonstrationen, Streiks und Meutereien Dienst. Die fehlten logischerweise nicht nur an den Fronten, sie führten auch zu einer starken Belastung jener Verbände, die hierfür in erster Linie herangezogen wurden: deutsche und ungarische. Die negativen Effekte waren nicht zuletzt psychologischer Natur, macht es doch einen Unterschied, ob eine Truppe gegen den äußeren Feind geführt wird oder gegen Zivilisten, noch dazu Bürger des eigenen Staats. Es muß allerdings daran erinnert werden, daß es Zentren massiver Streiks auch in den deutschsprachigen Gebieten gab, z. B. in Niederösterreich und der Steiermark.

Wie lange dieser Rutschungsprozeß ohne äußere Einflüsse noch hätte dauern können, ohne die Machtverhältnisse – und die lauteten vorläufig noch zugunsten des Gesamtstaates – zu kippen, bleibt spekulativ. Das russische Tempo hatten die Ereignisse bei weitem nicht und selbst die gescheiterte Piave-Offensive schob wohl den Prozeß an, sie kippte ihn aber nicht sofort. Eher ähnelte die Stimmung der reichsdeutschen nach Einstellung der letzten Offensive in Frankreich: Enttäuschung, Resignation, Unsicherheit über die Zukunft. Und dies, obwohl die österreichische Öffentlichkeit über dieses Scheitern weitaus besser informiert war als die deutsche, der gegenüber man die Niederlage vernebelte. In Österreich wurde hingegen über die Führungsfehler bei der Piave-Offensive kritisch diskutiert, und zwar öffentlich.<sup>35</sup> Noch der Abschlußband des Weltkriegswerkes hält indigniert fest, daß selbst die „bürgerlichen Vertreter der Alpen- und Sudetendeutschen“ sich dieser Schelte anschlossen.<sup>36</sup>

[91:] Man erfaßt die Lage im Sommer und Herbst 1918 wohl am besten, wenn man sich folgendes Szenario vorstellt: Die physische und psychische Verfaßtheit einer total ausgepowerten Bevölkerung – unabhängig von der ethnischen Zuordnung – hatte einen Punkt erreicht, den man mit „Frieden um jeden Preis“ umschreiben kann. Jede, wie auch immer geartete Zukunft schien besser als eine Fortsetzung des Krieges. Im Sinne einer Änderung des vorhandenen staatsrechtlichen Zustandes wirkte natürlich, daß Alternativpläne zur Verfügung standen: Sei es Masaryks Exilkonzept einer völligen Unabhängigkeit eines tschechoslowakischen Staates, sei es die „Südslowakische Deklaration“ von Ende Mai 1917, die einen Zusammenschluß aller Slowaken auf österreichisch-ungarischem Gebiet zu einem autonomen Staat unter habsburgischer Oberhoheit propagiert hatte. Propagiert im wahrsten Sinne des Wortes. Denn diese Deklaration konnte landauf, landab verbreitet werden, es gab sogar eine Unterschriftensammlung für sie, unbehindert von der Obrigkeit, eine bisher einzigartige Massenmobilisierung unter den Slowaken.<sup>37</sup> Die Menschen kannten also diese Alternativkonzepte, sie blieben nicht auf Intellektuellenzirkel begrenzt.

Daß dies so war, war keineswegs selbstverständlich. Das bekannte Autonomieprogramm, mit dem Masaryk 1914 ins Ausland gegangen war, um es mit Hilfe der Feindmächte zu realisieren, stieß in den ersten Kriegsjahren auf scheinbar unüberwindliche Hindernisse; erst weit im Jahr 1917 änderte sich das Bild, und Masaryks Gefolgsleute in Böhmen konnten langsam aber sicher aus ihrer Deckung auftauchen. Man kann sich durchaus ein alternatives Szenario vorstellen mit einer habsburgischen Obrigkeit, die gegen Agitatoren dieses Schlags ebenso repressiv vorgegangen wäre wie sie im Sommer

---

<sup>35</sup> Rauchensteiner, Tod des Doppeladlers, S. 579-581.

<sup>36</sup> ÖUK, Bd. 7, S. 495.

<sup>37</sup> Vlasta Stavbar: Izjave v podporo majniške deklaracije, in: Zgodovinski Časopis 46 (1992) S. 357-381, 497-507 und 47 (1993) S. 99-106.

und Herbst 1914 gegen bloß vermutete unsichere Kantonisten vorgegangen war. Doch unter Kaiser Karl wehte eben ein anderer Wind, und es steht außer Zweifel, daß sein nachgiebiger Kurs die massenwirksame Verbreitung zentrifugaler Tendenzen ungeheuer erleichtert hat. Die Betonung liegt auf „erleichtert“, denn es soll nicht behauptet werden, daß sich die genannten Bestrebungen weg von Wien auf Dauer hätten unterdrücken lassen. Aus der vergleichenden Revolutionsgeschichte ist jedoch bekannt, daß jedes Aufbegehren gegen die Obrigkeit an Schubkraft gewinnt, wenn man unten merkt, daß die oben zögern, ihre Machtmittel einzusetzen, oder sie nicht mehr gänzlich in der Hand haben. Karls „Neuen Kurs“ bekam jeder mit, er wurde ständig propagiert, allerdings ohne das erwartete Echo.

Vorhin war die Rede vom langsamen Verschieben der Machtverhältnisse, was die Frage aufwirft, ab wann dieser Rutschungsprozeß unaufhaltsam war und nur verzögert, aber nicht mehr gestoppt werden konnte. Diese Frage kann ich ebensowenig beantworten wie die zahlreichen Historiker, die sich vor mir damit befaßt haben. Ich vermag nur Kriterien zu benennen, die den point of no return markieren: Man sollte nach dem Punkt oder Zeitpunkt fragen, von dem an die Staatsmacht ihren Wider[92:]stand gegen die Kräfte der Auflösung und des Umsturzes aufgab. Ich meine aufgeben, nicht schwächer werden des Widerstands. Im ersten Halbjahr 1918 war dies zweifellos noch nicht der Fall, denn die Meuterer bekamen es mit dem Standgericht und danach mit dem Erschießungskommando zu tun, mit einigen Begnadigungen zwar, aber doch ohne Generalamnestie, wie sie Karl im Juli 1917 verkündet hatte. Bis zum Sommer 1918 gab es wohl vielfältige Anzeichen, daß der lange Arm des Staates kürzer wurde – ich erinnere an die Tolerierung der Unterschriftensammlung für die südslawische Deklaration und die Hinnahme erster „Volksräte“, übrigens auch unter den Deutschen! Das waren unverkennbare Signale, daß die Menschen begannen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, es gab aber noch einen Rest von Respekt vor der Staatsmacht.

Wenn man den Zeitpunkt des Umschlagens zu bestimmen sucht, stößt man unweigerlich auf das Verhältnis zwischen Front und Heimatfront. In der Bestimmung dieses ungeheuer komplizierten Verhältnisses ist nur soviel klar, daß der Rückzug der k. u. k. Armee und die sich an den Fronten sichtbar anbahnende Niederlage zumindest nicht die alleinige Ursache für die folgende Auflösung der Donaumonarchie darstellten. Es hat den Anschein, als ob es selbst noch im Herbst 1918 eines letzten Anstoßes zum Abfall bedurft hätte – vorausgesetzt, wir verstehen unter Abfall die Proklamation neuer Nationalstaaten und den Umstand, daß diese Proklamationen auf Wohlwollen bei den Adressaten stießen.

Die Abfolge der Ereignisse, die zu diesem letzten Anstoß führten, ist schnell erzählt: Zuerst kam im September 1918 der Zusammenbruch Bulgariens und damit das Aufklaffen einer riesigen Lücke an der Balkanfront, danach der anschließende Rückzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen von dort sowie das Nachstoßen der Alliierten, das zu einer direkten Bedrohung Ungarns führte. Die Folge war, daß die ungarische Regierung „ihre“ Truppen zur Verteidigung der Heimat von den übrigen Fronten zurückrief, just zu einem Zeitpunkt, als eine neue italienische Offensive bevorstand.

Nun sah sich Kaiser Karl zu einem Waffenstillstandsersuchen an Wilson genötigt und verständlicherweise machte er, um damit überhaupt eine Chance auf Erfolg zu haben, Zusagen in Richtung der berühmten 14 Punkte, nicht ahnend, daß diese längst insoweit überholt waren, als in ihnen nur von einer weitreichenden Umgestaltung der Donaumonarchie, nicht aber von ihrer Auflösung die Rede gewesen war. Die Mißverständnisse gingen noch weiter: Wenn Karl und seine ständig wechselnden Ministerpräsidenten Cisleithaniens von nationaler Autonomie sprachen, was sie in diesen Wochen häufig taten, dann meinten sie Gleichberechtigung und Selbstbestimmung in nationalen und kulturellen Angelegenheiten – die Botschaft kam aber bei den Adressaten völlig anders an.

Aus der Friedensbitte lasen die Tschechen und die Südslawen das volle Zugeständnis ihrer Freiheit heraus. Wenn sie nicht schon längst Nationalräte gebildet hatten, so taten sie dies nun und diese proklamierten um den 28. Oktober unabhängige [93:] Staaten. Damit verwischten endgültig jene Grenzen zwischen staatlichen Neuerungen, die im Sinne des von oben erlaubten Umbaus als zulässig, und solchen, die als ausgesprochener Umsturz anzusehen waren. Obwohl diese Grenze erkennbar überschritten wurde, erhielt das Militär nirgendwo den Befehl, die Geltung der alten Staatsautorität mit

den Waffen zu behaupten. Der nächste Schritt war insoweit konsequent, als Karls Völkermanifest vom 16. Oktober die Bildung der Nationalräte ausdrücklich legitimiert hatte, ein Vorgang, der allerorten wie ein Signal zur Auflösung gedeutet wurde.<sup>38</sup> Nun mußte, nachdem sich die Volksräte einmal gebildet hatten, den Soldaten und Beamten gestattet werden, sich den Räten zur Verfügung zu stellen. Dieser Umstand war von erheblichem Einfluß, denn er machte nicht nur jeden gewaltsamen Widerstand gegen den Umsturz obsolet, sondern er beseitigte letzte psychologische Hemmschwellen (Bindung an den Eid gegenüber dem Monarchen) und stellte den Kräften des Umbruchs Führungspersonal aus den bisherigen Eliten zur Verfügung.

Die in den letzten Oktobertagen proklamierten Nationalstaaten, darunter auch Deutschösterreich schon am 21. Oktober, brauchten dieses Personal um so dringender, als die Abgrenzung dieser Staaten komplett in der Schwebe blieb. Zahlreiche Territorien waren umstritten, so daß jeder dieser Staaten seine Truppen eilig nach Hause rief. Damit brachen ganze Divisionsabschnitte zusammen. Nun erst hatten die Italiener leichtes Spiel. Noch für August und September hatte die italienische Armeeführung keine Möglichkeit für eine erfolgreiche Offensive gesehen, ein deutlicher Beleg dafür, wie lange die Front gehalten hatte.<sup>39</sup>

Mit der Stimmung des „Rette sich, wer kann!“ wurde immer deutlicher, daß der bisherige Gesamtstaat auch in seinem Kern auseinanderbrach. Daß Polen, Tschechen, Südslawen und Italiener nicht mehr zu halten waren, wurde bereits als selbstverständlich angenommen. Parallele Vorgänge spielten sich aber auch bei den bisherigen Stützen der Monarchie, den Deutschösterreichern und Ungarn ab, und keineswegs nur in Form eines Reagierens auf den Umsturz anderswo, sondern mindestens gleichzeitig oder sogar früher. Karl produzierte wohl noch den einen oder anderen Reformplan, diese Vorhaben wurden freilich immer bizarrer und weltfremder, so wenn er den älteren Sohn des in Sarajewo ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand zum König von Böhmen machen wollte. Für derlei interessierte sich niemand mehr. Die Ungarn, bei denen Ende Oktober die Radikalen und Pazifisten an die Macht gekommen waren, verhandelten schon gar nicht mehr mit ihrem nominellen König, sondern gingen wie alle anderen ihre eigenen Wege.<sup>40</sup>

Nur in den seltensten Fällen waren es die bekannten Führer der jeweiligen nationalen Bewegungen, die sich in diesen dramatischen Tagen an die Spitze der separatistischen Strömungen stellten und die Parole „Los von Wien“ ausgaben. Die Initiative [94:] ging durchweg von der Straße aus, und die besagten Politiker versuchten lediglich, diese spontanen Aktionen unter Kontrolle zu behalten oder die Kontrolle erst zu erlangen. In Prag beispielsweise übernahm die im Nationalausschuß versammelte Elite alsbald die Führung der Bewegung, wobei es ihr aber keineswegs darum ging, die Massen vorwärts zu reißen, sondern vielmehr sie zu dämpfen. Vor allem sollte das Volk von der Anwendung von Gewalt abgehalten werden, den Ausschußmitgliedern ging es selbst im Oktober noch um ein Arrangement mit den alten Machthabern.<sup>41</sup> So geschwächt, ja paralysiert wie diese waren, schien den bürgerlichen tschechischen Eliten ein für sie vorteilhafter Kompromiß zum Greifen nahe, mit dem verhindert werden sollte, daß die aufgewühlten Massen eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse auf die Agenda setzten. Die Zeit drängte. Hier wie auch anderswo gab in vergleichbaren Situationen den Ausschlag, daß die nationalen Führer ab einem bestimmten Zeitpunkt gar keinen handlungsbevollmächtigten und handlungswilligen Repräsentanten des Zentralstaates mehr vorfanden, mit dem sie Absprachen hätten treffen können. Der gern gebrauchte Ausdruck vom Zerfall der Monarchie in ihre Nachfolgestaaten suggeriert eine glatte Abfolge, die nur teilweise der Realität gerecht wird. Natürlich beförderten diverse Selbständigkeitsbestrebungen das Auseinanderfallen des Staates; ebenso richtig ist aber, daß für die Zeitgenossen das vorherige Verschwinden des Zentralstaats bzw. dessen

---

<sup>38</sup> Helmut Rumpler: Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918, Wien 1966.

<sup>39</sup> Rauchensteiner, Tod des Doppeladlers, S. 613.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 618 f.

<sup>41</sup> Richard Georg Plaschka: Die revolutionäre Herausforderung im Endkampf der Donaumonarchie. In: Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum, hg. von Richard Georg Plaschka/Karlheinz Mack. Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts; Bd. 3, Wien 1970, S. 17-31.

faktische Nicht-Existenz keine Alternative offen ließen, als das Vakuum mit einem neuen, unter den gegebenen Umständen am ehesten nationalen Staat auszufüllen.

Versuchen wir eine knappe Zusammenfassung: Nach vieljährigem Krieg stand der Staats- und Bevölkerungskörper der Donaumonarchie 1918 unter vielfachem Druck. Die Anspannung aller militärischen Kräfte an den Fronten war hierbei nur ein Faktor unter mehreren. Hervorzuheben sind die im Vergleich mit anderen kriegführenden Staaten, Rußland vielleicht ausgenommen, außergewöhnliche materielle Not und, zweitens, der Druck von Gegnern im ideologischen Bereich. Entscheidend war, daß sich der Ruf nach Frieden immer stärker mit der Forderung nach einem Umbau der gesellschaftspolitischen Voraussetzungen dieses Staates verband. Trotz unzähliger Reformkonzepte und endloser Debatten geschah auf diesem Gebiet nichts, das auch nur der Erwähnung wert gewesen wäre.<sup>42</sup> Es liegt auf der Hand, daß selbst der geduldigste Teilnehmer solcher fruchtlosen Dispute irgendwann die Geduld verliert und sich nach Alternativen umsieht, die während des Krieges anders als davor auch angeboten wurden. Erst jüngst hat eine voluminöse Untersuchung der cisleithanischen Kriegsziel Diskussionen gezeigt, daß man sich nur über einen einzi-[95:]gen Punkt einig war, nämlich darüber, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Davon abgesehen gingen die Meinungen weit auseinander.<sup>43</sup> Erst vor diesem Hintergrund konnten werbewirksame ideologische Kräfte, die weltweit und sozialpolitisch bestimmt waren (Wilsons 14 Punkte), zu einer tödlichen Gefahr für den Bestand, nicht mehr nur für den Zustand der Monarchie werden. Erst jetzt brach sich die Überzeugung Bahn, daß das Heil der nationalen Gruppen in der Niederlage der übergeordneten supranationalen Großgruppe zu suchen sei. Damit sank nicht nur die bereits überstrapazierte Opferbereitschaft, sie drohte sich sogar gegen den Staat zu wenden.

Hinzu kam die sich im Sommer 1918 abzeichnende militärische Niederlage, mit dem Nebeneffekt, daß die Schwächezeichen des Heeres all jene Hoffnung schöpfen ließen, die diese Armee bislang gefürchtet hatten. Die letzte Entscheidung lag jedoch im Machtspruch der Alliierten, konkret in Wilsons Antwort auf Karls Waffenstillstandersuchen, die am 20. Oktober in Wien und Budapest bekannt geworden war. Wilsons Replik hatte die Völkerschaften Habsburgs aufgefordert, selbst über den Fortbestand der Monarchie zu richten, was als Legitimierung verstanden wurde, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Die Nationalräte reagierten umgehend und meldeten ihre Forderung nach endgültiger Sprengung der alten Einheit an. Gern übersehen wird, daß sich die Nationalitäten in dieser Endphase nicht mehr in staatstragende und staatszerstörende einteilen lassen, denn auch die Deutschösterreicher und die Ungarn artikulierten und vertraten ihre Sonderinteressen.<sup>44</sup> Die deutschsprachigen Sozialdemokraten etwa forderten bereits am 3. Oktober, Wilsons Postulat vom Selbstbestimmungsrecht auch auf ihre eigene ethnische Gruppe anzuwenden; die Christlichsozialen plädierten sechs Tage später für die Umwandlung Österreichs in einen Bund freier, nationaler Gemeinwesen.<sup>45</sup>

Die bewegende Kraft für diese Veränderungen kam zu einem gut Teil von außen, von der Einflußnahme der Alliierten, die allerdings unter dem Eindruck – zutreffend oder nicht – von Bewegungen innerhalb der Monarchie und deren Repräsentanten in der Emigration handelten. Zweifellos verfügten diese Bewegungen über eine breite soziale Basis. Daß sie sich letztlich so mühelos durchsetzen konnten, hing mit der Schwäche der alten Gewalten zusammen. Diese Schwäche zeigte sich im Zögern beim Einsatz noch vorhandener Machtmittel, noch mehr aber in der allgegenwärtigen Verunsicherung, die Karls Lavieren, seine Schwankungen und unausgegorenen Ideen selbst in den Führungskreisen hervorriefen. Diese stellten sich, was wenig bekannt ist, vielfach in den Dienst des Umsturzes anstatt ihn zu verhindern, allen voran in Kroatien, wo die politischen und militärischen Spitzen dieses Königreiches [96:] in einem Festakt im Landhaus in Zagreb/Agram die Trennung vollzogen. Die

<sup>42</sup> Beispielsweise: Der Austroslavismus. Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas, hg. von Andreas Moritsch. Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für europäische Nationalismus- und Minderheitenforschung, Bd. I, Wien-Köln-Weimar 1996.

<sup>43</sup> Petronilla Ehrenpreis: Kriegs- und Friedensziele im Diskurs. Regierung und deutschsprachige Öffentlichkeit Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs. Wiener Schriften zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 3, Innsbruck-Wien-Bozen 2005.

<sup>44</sup> Zuletzt Wilhelm Brauneder: Deutsch-Österreich 1918. Die Republik entsteht, Wien-München 2000.

<sup>45</sup> Rauchensteiner, Tod des Doppeladlers, S. 604.

Separation stellte sich hier nicht als Herausforderung des alten Systems dar, schlicht und einfach deswegen, weil dieses System in Kroatien gar nicht mehr präsent war, zumal dessen Spitzen (allen voran der Banus genannte Statthalter) den Umschwung nicht nur duldeten, sondern in diesem Fall selbst anführten oder doch zumindest symbolisierten.<sup>46</sup>

Die Schwierigkeiten, zu einem ausgewogenen Gesamturteil über den Anteil der Nationalitätenproblematik am Auseinanderbrechen der Habsburgermonarchie zu gelangen, resultieren daraus, daß sich die auf den Umsturz drängenden Kräfte auch (aber in welchem Ausmaß?) aus sonstigen Ursachen erklären lassen. Nationale einerseits und sozialrevolutionäre, auf Demokratisierung und ökonomische Veränderungen drängende Kräfte andererseits lassen sich nun einmal nicht sauber trennen noch können ihre unterschiedlichen Gewichte, ihre Schubkraft sozusagen, gemessen werden. Ein Blick auf kriegführende Staaten ohne nationale Konflikte belegt dies. Für vieles, wovon hier die Rede war, gab es verwandte Erscheinungen in abgestufter Form bei allen am Krieg beteiligten Staaten, und zwar auch bei den wirtschaftlich ungleich besser gestellten.

Mein Ziel bestand darin, eine allzu simple Perspektive zu vermeiden, die das Geschehen von hinten, dem Zerfall, erklärt und sich von Erscheinungen an der Oberfläche täuschen läßt. Freilich ist es verlockend, die den Gesamtstaat verlassenden Teile und die vorangegangenen Konflikte unter diesen Teilen zur dominanten Ursache des Endes Österreich-Ungarns zu erklären. Ebenso plausibel scheint mir allerdings die Aussage: Nicht der Zerfall bedürfe einer Erklärung, sondern die Tatsache, daß dieser Staat und seine Armee so lange unter derart widrigen Umständen durchgehalten hatten. Daß die zentrifugalen Kräfte für das Auge des Historikers besser sichtbar sind, rechtfertigt noch nicht, die zentripetalen zu vernachlässigen.

Dieser Beitrag stellt einen Versuch dar, eine differenzierte Sichtweise und eine Vorstellung von den methodischen Schwierigkeiten, die sich dem Historiker im Umgang mit dieser Frage stellen, zu vermitteln. Diesem Bestreben würde jede formelhafte Erklärung widersprechen. Soviel steht fest: Die so stark von Traditionen geprägte Doppelmonarchie sah sich ab 1914 auf mehreren Ebenen mit einer revolutionären Herausforderung konfrontiert, in die innen- und außenpolitische Impulse einfließen. Diese Herausforderung setzte sich zweifellos nicht im vollen Umfang ihres Programms und auch nicht aus eigener Kraft durch. Vielmehr bestand das Ergebnis in der Durchbrechung des alten übernationalen Staates durch neue staatliche Einteilungen. Diese nahmen die Form neu entstandener und neu umgrenzter, sich selbst so verstehender Nationalstaaten an. Von eher peripheren Ausnahmen abgesehen, erfolgte diese Neuerung ohne einschneidende Umgestaltung der gesellschaftlichen Strukturen. Die vorhandenen nationalen Führungskader, vor 1918 meist [97:] auf eine Oppositionsrolle beschränkt, wirkten fort bzw. gelangten erstmals an die Schalthel der Macht.

Neben den Vorgängen, die das Ende der Habsburgermonarchie herbeiführten bzw. besiegelten, sind auch die unmittelbaren Konsequenzen dieses Zerfalls – von den langfristigen Auswirkungen ganz zu schweigen – nicht hinreichend erforscht. Ältere Forschungen befaßten sich vor allem in den 1960er Jahren, wie bereits ihre Titel ausweisen, vorrangig mit dem Auseinanderfallen des multiethnischen Reiches.<sup>47</sup> Nach 1990 traten eher die Konsequenzen der Zersplitterung Mittel- und Südosteuropas 1918 und danach in den Vordergrund; weniger interessierten die Prozesse, die zu diesem vorläufigen Endzustand um 1920 geführt hatten.<sup>48</sup> Neueste Forschungen wiederum befassen sich primär mit den Ereignissen während der Kriegsjahre, wobei der sogenannten Heimatfront besonderes Interesse widerfährt.<sup>49</sup> Obwohl es bei diesen Arbeiten im Sinne des gegenwärtig Modetrends kulturalistischer

---

<sup>46</sup> Plaschka, Herausforderung, S. 27.

<sup>47</sup> Plaschka/Mack, Auflösung. Zbynek A. Zemann: Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914-1918, Wien 1963. Oszkár Jászi: The Dissolution of the Habsburg Monarchy. 3. Auflage Chicago-London 1963.

<sup>48</sup> Als Mitteleuropa zerbrach. Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg, hg. von Stefan Karner/Gerald Schöpfer. Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Bd. 1, Graz 1990. Region und Umbruch 1918. Zur Geschichte alternativer Ordnungsversuche, hg. von Harald Heppner/Eduard Staudinger, Frankfurt/M. 2001.

<sup>49</sup> Der Erste Weltkrieg im Alpenraum. Erfahrung, Deutung, Erinnerung, hg. von Hermann J. W. Kuprian/Oswald Überegger. Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Bd. 23, Innsbruck 2006.

Forschungen vor allem um Fragen der Sinndeutung des Krieges geht, wird kaum gefragt, in welcher Weise die – negativ beantwortete – Sinnfrage in der Perspektive der Zeitgenossen zum Zerfall der Habsburgermonarchie beigetragen hat.

Eine Habsburg- oder Mitteleuropa-Nostalgie (faktisch sind die beiden Begriffe bzw. Konzepte kaum zu trennen) hat mit dem Untergang des Sowjetimperiums an Aktualität verloren. Als langlebiger erwies sich die selten explizit ausgesprochene These, die Völker der Donaumonarchie hätten durch die staatlichen Umgestaltungen 1918/19 mehr verloren als gewonnen, es sei – simpel ausgedrückt – nichts Besseres nachgekommen. In der Tat fällt auf, daß die Friedensregelungen mit Ausnahme der Republik Österreich und Ungarns (das freilich die Zugehörigkeit ungarischer Minderheiten zu seinen Nachbarländern beklagte) keinen einzigen Nationalstaat hervorbrachten, sondern ganz im Gegenteil eine Reihe von Staaten, die sich wie ein verkleinertes Abbild des untergegangenen Vielvölkerreiches ausnahmen. Die Folge dieses Zustands waren weitere Konflikte, Kriege und Zerfallsprozesse, die im jugoslawischen Fall bis heute keine endgültige Regelung erfahren haben. Wilsons Postulat vom Selbstbestimmungsrecht wurde von den Adressaten häufig als Plädoyer für einen homogenen Nationalstaat verstanden oder besser mißverstanden. Solche Staaten ließen sich aber unter den ethnopolitischen Verhältnissen Mittelost- und Südosteuropas niemals konstruieren. Bei dem Versuch [98:] klarer nationaler Abgrenzungen, bei der für diese Region typischen Gemengelage ein Ding der Unmöglichkeit, hatten sich die Staatslenker Österreich-Ungarns die Zähne ausgebissen. Es bedurfte jedoch weitaus massiverer Triebkräfte, um den staatlichen Rahmen zu sprengen.

[99:]

## **BIBLIOGRAPHIE**

### **Wissenschaftliche Veröffentlichungen von Werner Röhr**

Die Redaktion gratuliert dem Herausgeber und Autor Werner Röhr zum 65. Geburtstag am 27. September 2006 und veröffentlicht aus diesem Anlaß die nachfolgende Bibliographie.

#### **Abkürzungen:**

Bulletin	BULLETIN für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Berlin
Beiheft	BULLETIN für Faschismus- und Weltkriegsforschung, BEIHEFTE
DL	Deutsche Lehrerzeitung. Unabhängige Zeitung für Schule und Gesellschaft, Berlin
DLZ	Deutsche Literatur Zeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft, hg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin
HPB	Das Historisch-Politische Buch, Kiel bzw. Köln
jW	Tageszeitung junge Welt, Berlin
1999	1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Hamburg
RD	Referatedienst zur Literaturwissenschaft, Berlin
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin

#### **Qualifikationsschriften**

1. Arnold Gehlens Philosophie der Institutionen, Phil. Dissertationsschrift., Humboldt-Universität zu Berlin, 1970
2. Alleignung und Persönlichkeit, Phil. Habilitationsschrift (Diss. B), Humboldt-Universität zu Berlin 1976

#### **Selbständige Publikationen**

3. Alleignung und Persönlichkeit, Berlin 1979 (Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte), 240 S.
4. Fritz Duda (Maler und Werk), Dresden 1980
5. Faschismus und Weltkrieg. Problemskizze zur historischen Faschismusforschung in der DDR, Hamburg 2001 (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2001), 43 S.
6. Panta rhei. Vorlesungen zur antiken Philosophie, Berlin 2004, 232 S.
7. Occupatio Poloniae. Forschungen zur deutschen Besatzungspolitik in Polen 1939-1945, Berlin 2004 (Beiheft 4), 312 S.

[100:]

#### **Herausgabe, Mitherausgabe, Bandredaktion**

8. Johann Gottlieb Fichte: Die Bestimmung des Menschen. Über die Würde des Menschen, hg. und mit einem Nachwort von Werner Röhr, Leipzig 1976 (Lizenzausgabe: Wiesbaden 1980), 179 S.
9. Hans Günther: Der Herreneigner Geist. Ausgewählte Schriften, hg. von Werner Röhr unter Mitarbeit von Simone Barck, Berlin und Weimar 1981, 913 S.
10. Appellation an das Publikum. Dokumente zum Atheismustreit um Fichte, Forberg, Niethammer – Jena 1798/99, hg. und mit einem Nachwort von Werner Röhr, Leipzig 1987, 620 S. (2., durchges. Auflage, Leipzig 1991, 622 S.)

11. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, hg. von Wolfgang Bleyer, Elisabeth Brachmann-Teubner, Gerhart Hass, Helma Kaden, Manfred Kuhnt, Norbert Müller, Ludwig Nestler, Fritz Petrick Werner Röhr, Wolfgang Schumann (Leiter), Martin Seckendorf, Bd. 1-5, Berlin 1988-1991 (BRD-Lizenzausgabe u. d. T.: Nacht über Europa. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, Bd. 1-4, Köln 1988-1990)
12. Europa unterm Hakenkreuz. Bd. 2: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939-1945. Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr unter Mitarbeit von Elke Heckert, Bernd Gottberg, Jutta Wenzel und Heide-Marie Grünthal, Berlin, 419 S. (BRD-Lizenzausgabe u. d. T.: Nacht über Europa. Bd. 2: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939-1945, Köln 1989)
13. Faschismus und Rassismus. Kontroversen über Ideologie und Opfer, hg. von Werner Röhr unter Mitarbeit von Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Wolfgang Wippermann, Berlin 1992, 454 S.
14. Deutsche Faschismusforschung – Positionen. Zusammenestellt von Werner Röhr, Berliner Debatte INITIAL. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, Berlin 1993, H. 5
15. Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung – Bulletin, hg. von Werner Röhr, H. 1 (1993) bis H. 9 (1997)
16. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration, hg. vom Bundesarchiv. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin und Heidelberg 1994
17. Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, hg. von Brigitte Berlekamp und Werner Röhr, Münster 1995, 346 S.
18. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), Band 8: Analysen- Quellen- Register, hg. vom Bundesarchiv, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996, 912 S.
- [101:] 19. „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996, hg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp, Berlin 1996, 444 S.
20. Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Wissenschaftliche Halbjahresschrift, hg. von Werner Röhr in Verbindung mit der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, H. 10 (1998) bis H. 29 (2007)
21. Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, hg. von Werner Röhr, Brigitte Berlekamp und Karl Heinz Roth, Hamburg 2001, 397 S.
22. Tod oder Überleben? Neue Forschungen zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück, hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp (Beiheft 1), Berlin 2001, 270 S.
23. Günther Wieland: Naziverbrechen und deutsche Strafjustiz, hg. von Werner Röhr, Berlin 2004 (Beiheft 3), 497 S.
24. Spinoza im Osten. Systematische und rezeptionsgeschichtliche Studien, hg. von Werner Röhr, Berlin 2005, 171 S.

### **Beiträge in wissenschaftlichen Sammelwerken**

25. September 1938. Diversion und Demagogie. Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der ČSR In: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 211-277 (ERD-Lizenzausgabe Köln 1989).
26. Zentrale Herausforderung oder periphere Revolution? Bemerkungen zur Diskussion über das Ende der Epoche seit 1917. In: Alternativen denken. Kritisch-emanzipatorische Gesellschaftstheorien als Reflex auf die soziale Frage in der bürgerlichen Gesellschaft, hg. vom Zentralinstitut für Philosophie, Berlin 1990, S. 104-107

27. Rassismus als Expansionsprogramm. Über die Leistungsfähigkeit der NS-Ideologie. In: Vernichtungspolitik, Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, hg. von Wolfgang Schneider, Hamburg 1991, S. 119-134
28. Faschismus und Rassismus. Zur Stellung des Rassenantisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik. In: Faschismus und Rassismus, Berlin 1992 (13), S. 23-65
29. Zum Zusammenhang von nazistischer Okkupationspolitik in Polen und dem Völkermord an den polnischen Juden. In: Ebenda (13), S. 300-316
30. „Nationaler Aufbruch“? Zur Funktion der konterrevolutionären Massenmobilisierung für die Konstitution der faschistischen Diktatur in Deutschland. In: 1933-1993: Fragen an die deutsche Geschichte, Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland, Jena 1993, S. 65-80
- [102:] 31. Von der Offenbarungskritik zum Atheismustreit. In: Evolution des Geistes: Jena um 1800, hg. von Friedrich Strack, Heidelberg 1994, S. 434-457
32. Esaus Bruder und das Linsengericht. In: Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite“ DDR 1989/90, hg. von Siegfried Prokop, Berlin 1994, 175-186
33. Okkupation und Kollaboration. In: Europa unterm Hakenkreuz. Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration, Berlin-Heidelberg 1994 (16), S. 59-85
34. Fasismi ja rasismi: Rotuantisemitismien asema kansallissosialistisessa ideologiassa ja politikassa. In: Juoko Jokisalo (Hg): Rasismi tieteesä ja politikasa, Helsinki 1996, S. 92-121, 241-146, 282-288
35. Sozialgeschichtliche Faschismusforschung auf dem Hintergrund der Kontroverse zwischen Alltags- und Sozialgeschichte, in: Terror, Herrschaft und Alltag, Münster 1995 (17), S. 7-29
36. Über die Initiative zur terroristischen Gewalt der Gestapo. Fragen und Einwände zu Gerhard Paul. In: Ebenda (17), S. 211-224
37. Alltag und Alltagsgeschichte. Fragen, Probleme und Kritiken zur sozialgeschichtlichen Faschismusforschung, in: Ebenda (17), S. 294-344
38. Rassismus und Neuordnungsplanung. Zu den Kontroversen über Gründe und Funktionen der Völkermordpolitik der deutschen Faschisten im zweiten Weltkrieg. In: „Bruch und Kontinuität“. Beiträge zur Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung, Dokumentation einer Wissenschaftswerkstatt der Hans Böckler-Stiftung in der Gedenkstätte Sachsenhausen, hg. von Sabine Blum-Geenen et al., Münster 1995, S. 133-152
39. Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Editionsreihe „Europa unterm Hakenkreuz“, in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 8: Analysen, Quellen, Register, Heidelberg 1996 (18), S. 25-343
40. Landesverrat oder Patriotismus? Fragen und Probleme zur Kollaboration im zweiten Weltkrieg, in: „Neuordnung Europas“, Berlin 1996 (19), S. 87-115
41. Kapitulation oder Befreiung? In: 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wider den Geschichtsrevisionismus (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, 25) Bonn 1996, S. 185-202
42. System oder organisiertes Chaos? Fragen einer Typologie der deutschen Okkupationsregime im zweiten Weltkrieg. In: Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940-1945, hg. von Robert Bohn (Historische Mitteilungen, Beihefte, Bd. 26), Stuttgart 1997, S. 11-46
43. Kapitulation und Befreiung. Reversible und irreversible Folgen der Kriegsniederlage des faschistischen Deutschland, in: Kapitulation und Befreiung. Das Ende des zweiten Weltkrieges in Europa, hg. von Fritz Petrick, Münster 1997, S. 163-179
44. Werner Krauss und die Anthropologie, in: Ottmar Ette, Martin Fontius, Gerda Haßler und Peter Jehle (Hg.): Werner Krauss. Wege – Werke – Wirkungen (Aufklärung und Europa. Schriftenreihe des Forschungszentrums Europäische Aufklärung), Berlin 1999, S. 191-216

- [103:] 45. Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten in Polen 1939-1945, in: Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, hg. von Dietrich Eichholtz (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa, Bd. 9), Berlin 1999, S. 221-251
46. Die Logik von München, in: Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR, hg. von Günter Judick und Hans-Joachim Krusch, Essen 1999, S. 89-114
47. Rasizm, polityka i ekonomia a ludobójstwo niemieckich faszystów. O utylitarystycznej funkcji eksterminacji dla „modernizacji“ i „nowego porządku“ przez nazistów Europy, in: Nazizm, Trzecia Rzesza a procesy modernizacji. Wybór i opracowanie Hubert Orłowski. Tłumaczyła Maria Tomczak, Poznań 2000, s. 535-563
48. Leviathan oder Behemoth? Spezifik und Widersprüchlichkeit des nazistischen Führerprinzips, in: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen, hg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl, Köln 2000, S. 146-164
49. Abgeleitete oder absolute Macht? Funktionshäftlinge im Konzentrationslager zwischen Kollaboration und Widerstand, in: Tod oder Überleben? Berlin 2001 (22), S. 231-260
50. Max Scheler i początki współczesnej antropologii filozoficznej, in: Człowiek i świat, Warszawa 2001, S. 354-384
51. Polens Beihilfe zur Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938, in: Ziemie Zachodnie, Polska – Niemcy, Integracja Europejska. Księga pamiątkowa z okazji siedemdziesiątej rocznicy urodzin Prof. dra. hab. Hieranima Szczegóły. Redakcja naukowa: Czesław Osękowski, Zielona Góra 2001, S. 405-420 (aufgenommen in 7)
52. Faschismus, Weltkrieg, Widerstand. Zur historischen Faschismusforschung in der DDR, in: Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hg. von Manfred Weißbecker, Jena 2001, S. 71-155
53. Imperialistische Erpressungspolitik Zu den Konsequenzen des Münchener Diktats 1938, in: Der Krieg vor dem Krieg, Hamburg 2001 (21), S. 251-293
54. „Zuerst ein Mensch“. Zu Peters Keilers Buch über Wygotskis Psychologie des gesellschaftlichen Menschen, in: Peter Keiler: Lew Wygotski und der Kampf um die marxistische Psychologie in der Sowjetunion, Berlin 2003, S. 51-71
55. Polens Stellung in den Plänen für eine „Neuordnung Europas“. Eine Einleitung, in: Occupatio Poloniae, Berlin 2004 (7), S. 3-30
56. Spinoza in Polen- eine Einleitung, in: Spinoza im Osten, Berlin 2005 (24), S. VII-XXXII
57. Um das Faschismusbild. Hans Günthers Kritik an Heinrich Mann. In: Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935 – eine nicht genutzte Chance, hg. von Kurt Pätzold und Erika Schwarz, Köln 2005, S. 276-293
- [104:] 58. Opfer, Opfer, Opfer! Neucodierung der Sicht auf den zweiten Weltkrieg beim Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung, in: 8. Mai 1945. Von den Schwierigkeiten beim Umgang mit deutscher Geschichte. Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. am 12. Februar 2005 in Jena anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. 2005, S. 123-136
59. Kollaboration: Sachverhalt und Begriff. Methodische Überlegungen auf der Grundlage vergleichender Forschungen zur Okkupationspolitik der Achsenmächte im zweiten Weltkrieg, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, hg. von Joachim Tauber, Wiesbaden 2006, S. 21-39

## Beiträge in Fachzeitschriften, Jahrbüchern und Reihen

60. Hans Günther – ein marxistischer Theoretiker, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Berlin 1966, H. 6, S. 725-736
61. Zur bürgerlichen Theorie der Schule, in: *Vergleichende Pädagogik*, Berlin 1975, H. 2, S. 193-207
62. Zur anthropologischen Wende der bürgerlichen Philosophie. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Berlin 1980, H. 7., S. 838-847
63. Überlegungen zu Elementen und zur Spezifik faschistischer Ideologie. In: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte*, H. 45, Jena 1981, S. 51-80
64. Allgemeine historische Individualitätsform kontra Rolle. Seves Ansatz der allgemeinen historischen Individualitätsformen und seine Bedeutung für eine konsequentere Kritik und Überwindung der Rollentheorie. In: *Formen der Individualität (Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung*, H. 11) Berlin 1982, S. 34-43
65. Was kann die Arbeiterklasse von der zeitgenössischen Bourgeoisie erben? Zur Kontroverse Hans Günthers mit Ernst Bloch 1936 in der „Internationalen Literatur“. In: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 29, Berlin 1984, S. 321-358
66. (mit Lothar Pawliczak) Der theoretische Ansatz der Kritischen Psychologie – Konsequenzen für eine historische Motivationsauffassung. In: *Beiträge zur Kritischen Psychologie*, (Lehrtexte der Psychologie – Persönlichkeitspsychologie), H. 1, Leipzig 1985, S. 3-26
67. Der Mensch als Fauxpas des Lebens und als Gottsucher. Max Scheler und die Herausbildung der Philosophischen Anthropologie. In: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 34, Berlin 1986, S. 281-324
68. Weltanschaulicher Anthropologismus und Philosophische Anthropologie. In: *Humanitas. Z zagadnień filozofii i kultury współczesnej*, Bd. XI, Warszawa 1986, S. 223-250
69. Klassenstrukturierung und Assoziationsform. In: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte*, Nr. 51, Jena 1988, S. 145-168
- [105:] 70. Imperialistischer Aggressionskrieg und bürgerliche Aggressionstheorie. Kritik an der verhaltensbiologischen Begründung imperialistischer Aggressivität von Konrad Lorenz. In: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 36, Berlin 1988, S. 329-354
71. Zur Rolle der Schwerindustrie im annektierten polnischen Oberschlesien für die Kriegswirtschaft Deutschlands. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1991, T. 4, S. 9-58 (aufgenommen in 7)
72. Entwicklung oder Abwicklung der Geschichtswissenschaft? Polemische Bemerkungen zu den Voraussetzungen einer Urteilsbildung über Historiker und historische Institutionen der DDR. In: *Berliner Debatte INITIAL*, Berlin 1991, H. 4, S. 425-434 und H. 5, S. 542-550
73. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939-1945 und die Stellung dieses Landes in den Plänen für eine „Neuordnung“ Europas. In: *1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Hamburg 1992, H. 3, S. 43-63
74. Das Sudetendeutsche Freikorps – Diversionsinstrument der Hitlerregierung bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei. In: *Militär-geschichtliche Mitteilungen*, Freiburg 1993, H. 1, S. 35-66
75. Grundzüge der deutschen Okkupationspolitik im zweiten Weltkrieg – ein Ansatz zu ihrer vergleichenden Untersuchung. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin 1993, H. 3, S. 91-103
76. Rassismus, Politik und Ökonomik beim Völkermord der deutschen Faschisten. Über die utilitaristische Funktion der Menschenvernichtung für die „Modernisierung“ und „Neuordnung“ des von den Nazis besetzten Europa, in: *Berliner Debatte INITIAL*, Berlin 1993, H. 5, S. 35-46

77. Gewittersturm über Warschau – Politische Akzente des Aufstandes 1944. In: *Bulletin*, H. 3, 1994, S. 3-58 (aufgenommen in 7)
78. Posthistoire. Realität oder Perspektive – Erfahrung oder Interpretation? In: *ZfG*, 1994, H. 4, S. 319-330
79. Terror und Politik. Über die Funktionen des Terrors für die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939-1945, in: *ZfG*, 1995, H. 1, S. 27-54 (aufgenommen in 7)
80. Singularität – Vergleichbarkeit – Wiederholbarkeit? Zur Bewertung des faschistischen Völkermords an den Juden. In: *Dzieje Najnowsze*, XXXVIII, Warszawa, 1996, H. 1, S. 129-136
81. Deutsche Widerstandsforschung 1994/95. Fragen, Probleme, Kritiken; *Bulletin*, H. 8, 1997, S. 3-85
82. Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutschtschechischen Erklärung von 1997 (mit Dokumentation), in: *Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher*. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. herausgegeben von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt in Verbindung mit Jörg Rosler, Sarkis Latchinian und Eckart Mehls, Bd. 1, Leipzig 1999, S. 211-254
- [106:] 83. Selbstbehauptung unter Normalisierungsdruck. Die Kritische Psychologie in Berlin – Rückblick auf ein Vierteljahrhundert, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, Nr. 89/90, 23 (1999) Heft 1-2, S. 117-151
84. (mit Margarete Piesche und Gerhart Hass): World War II in the Historiography of the GDR. A Selected bibliographie, in: *Bulletin du Comite international d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale*, N° 30/31 – 1999/2000, Cachan-Cedex 2000, S. 219-244
85. Faschismusforschung in der DDR. Eine Problemskizze, in: *Bulletin*, H. 16, 2001, S. 3-74
86. Faschismus: Begriff versus Realtypus, in: „Faschismus“ – kontrovers, hg. von Werner Loh und Wolfgang Wippermann, in: *Erwägungskultur in Forschung, Lehre und Praxis*, hg. von Werner Loh, Bd. 3, Stuttgart 2002, S. 130-137
87. Pragmatik statt Semantik: Bemerkungen zur Replik und zur Einleitung von Wolfgang Wippermann, in: *Ebenda*, S. 231-244
88. Behemoth oder Leviathan? Spezifik und Widersprüchlichkeit des nazistischen Führerprinzips, in: *Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi*, XXV, Wrocław 2003, S. 103-121
89. „Reichsgau Wartheland“ 1939-1945. Vom „Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus“ zum „Mustergau“? In: *Bulletin*, 18, 2000, S. 28-54 (aufgenommen in 7)
90. Die Makkabäer von Warschau. Fragen und Fakten zum Ghettoaufstand 1943, in: *Bulletin*, H. 22, 2004, S. 5-70. (aufgenommen in 7)
91. Przez integrację do hegemonii. W sprawie pozycji Republiki Federalnej Niemiec w Unii Europejskiej i NATO. Fakty, problemy, perspektywy, pytania, in: *Politeja*, H. 3, Kraków 2005, S. 218-258
92. 60 Jahre Befreiung vom Faschismus. Die Kriegsniederlage Nazideutschlands und die Aufhebung ihrer Folgen, in: *Bulletin*, H. 25/26, 2005, S. 1-33
93. Marxistische Aufklärungsforschung. Zum Tode von Winfried Schröder, in: *Iendemains. Etudes comparees sur la France*, Tübingen, 30 (2005), H. 118, S. 119-144
94. Die Deutschen als Opfer. Zur Neucodierung der Sicht auf Faschismus und zweiten Weltkrieg beim „Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung“, in: *Pankower Vorträge*, Heft 79: Zum aktuellen Umgang mit der Nazizeit, Berlin 2006, S. 21 -33

95. System celebrujący sam siebie. Krytyka Joachima Junga skorumpowanej niemieckojęzycznej filozofii uniwersyteckiej, in: *Politeja*, H. 4, Kraków 2006, S. 518-550

96. Massaker an Überlebenden. Der antijüdische Pogrom vom 4. Juli 1946 im polnische Kielce, in: *Bulletin*, H. 29, S. 1-32

[107:] **Berichte über Literatur, Tagungen, Ausstellungen etc.**

97. Nationalismus in der Geschichte des deutschen Imperialismus. In: *Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“*, Berlin 1986, H. 1-4, S. 189-206

98. Expansionsprogramm und Kriegswirtschaft. Dietrich Eichholtz zum 60. Geburtstag. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1990, T. 4, S. 91-102

99. Der geschichtliche Ort des 30. Januar 1933. In: *1999*, H. 3/1993, S. 120-125

100. Herrschaft und Alltag. Ein Bericht. In: *Bulletin*, H. 2, 1994, S. 4-21

101. Zwischen Auschwitz und Kolyma? In: *Bulletin*, H. 5, 1995, S. 43-58

102. Wirtschaftskollaboration oder kumulative Radikalisierung? In: *Bulletin*, H. 11, 1998, S. 78-86

103. Der Bürgerkrieg in Polen 1944-1948, in: *Bulletin*, H. 11, 1998, S. 92-96

104. Reaktionen auf den Offenen Brief an das Comité international d'histoire du Deuxième guerre mondiale, in: *hochschule ost. Leipziger Beiträge zu hochschule & wissenschaft*, 8 (1999), 1./2. Quartal, S. 295-299

105. Wirtschaftsplanung als Anschlußplanung. Der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschland“ und das Jahr 1990, in: *hochschule ost*, 8 (1999) 3/4. Quartal, S. 254-262

106. Die neue Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. In: *Bulletin*, H. 18, 2000, S. 55-68

107. Der Untergang des Bolschewismus als Voraussetzung des Stalinismus. Bemerkungen zu den Analysen von Wadim Rogowin, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*; Frankfurt/Main, Nr. 45, März 2001, S. 169-176

108. (mit Klaus Woinar) Der 22. Juni 1941 – Ursachen, Verlauf, Folgen, in: *Bulletin*, H. 18, 2002, S. 132-138

109. Franz von Papen und der deutsche Faschismus, in: *Bulletin*, H. 21, 2003, S. 130-140

110. Stalingrad: Von der Hybris zur Nemesis, in: *Bulletin*, H. 21, 2003 S. 122-130

111. Dokumentation: Die Humboldt-Universität und der „Generalplan Ost“, in: *Bulletin*, H. 24, 2005, S. 134-142

112. Deutsche Erdölpolitik 1928-1938, in: *Bulletin*, H. 22, 2004, S. 162-165

113. Das Rigaer Ghetto, in: *Bulletin*, H. 25/26, 2005, S. 263-267

114. Kampfstoff-Forschung an KW-Instituten, in: *Bulletin*, H. 24, 2005, S. 130-134

115. Verstrickung, Teilhabe oder Kommando? Kontroverse über die Rolle der Wehrmacht in der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion 1941, in: *Bulletin*, H. 29, Berlin 2007, S.

116. Norwegische Wirtschaftskollaboration: Norsk Hydro, in: *Bulletin*, H. 29, 2007, S. 165

**Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen (Auswahl)**

117. Der historische Ort und die Funktion des Novemberpogroms 1938, in: *analyse & kritik. Zeitschrift für linke Debatte und Praxis*, NF, Hamburg, Nr. 349 vom 16. Dezember 1992, S. 31-33

[108:] 118. „Demokratischer Despotismus“ von Washingtons und Frankfurts Gnaden. Chronologie eines Staatsstreiches, in: *analyse & kritik*, Hamburg, Nr. 360 vom 16. November 1993, S. 6-10

119. Deutsche Faschismusforschung anno 1993. Neuer Geschichtsrevisionismus und altes Vorherrschaftsstreben – und kein neuer Historikerstreit, in: *Neues Deutschland. Sozialistische Tageszeitung*, Berlin, 6./7 November 1993, S. 10
120. In memoriam Lothar Kühne. Originär kommunistische Kritik am „realen Sozialismus“, in: *Neues Deutschland*, 17. Dezember 1993, S. 13
121. Der ungezogene Liebling der Grazien. Heines „Frivolität“ und die „christlich-germanischen Esel“, in: DL, Berlin 1995, Nr. 51/52, S. 15. (auch in: jW, Nr. 289 vom 12. Dezember 1997, S. 12-13; sowie 1999 als selbständiger Druck bei edition bodoni, Berlin
122. Unterdrückung – Leiden – Handlungsfähigkeit. Der 4. Kongreß Kritische Psychologie, in: DL, 1996, Nr. 9/ 10, S. 16
123. Feuerbach, Wygotski und die Traditionen materialistischer Psychologie, in: DL, 1996, Nr. 5-61, S. 10
124. Die heilige Kuh. Die „Entschulung der Gesellschaft“ von Ivan Illich. Aus Anlaß seines 70. Geburtstages, in: DL, 1996, Nr. 39/40, S. 15
- 125 Böhmisches-sächsischer Herbst 1938. In: *Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte*, 14 Jg. (1996), H. 48, (4/96), S. 66-74
126. Aus der Warenform entlassen. Zum 70. Geburtstag von Lothar Kühne, in: jW, 10. September 2001, S. 12
127. Der Nürnberger Ärzteprozeß, 3 Teile in: jW, 29., 30. Oktober und I. November 2001, S. 10/11 (Thema)
128. Keine staatliche Gemeinschaft möglich – Henleins Aufruf 1938 und die Beneš-Dekrete 1945, 3 Teile, in: jW, 26., 27. und 29. März 2002; S. 10/11 (Thema)
129. Vom OP ins Archiv. Karl Heinz Roth zum 60., in: jW, 27. Mai 2002, S. 12
130. Nicht predigen. Für materialistische Geschichtswissenschaft. Zum 85. Geburtstag von Wolfgang Ruge, in: jW, I. November 2002, S. 12
131. „Neuordnung Europas“: Die „Aktion Zamość“ und der „Generalplan Ost“, 2 Teile, jW. vom 27. und 28. November 2002, S. 10/11 (Thema)
132. Schröders Nachtgedanken. Zu Erwin Eckert / Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, hg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge, Bonn 2002, 646 S. In: jW, 20. Dezember 2002, S. 10/11 (Thema)
133. Stammhalter. Die sudetendeutsche „Volksgruppe“ im fünften Volkstumskampf, in: jW, 9. August 2003, S. 10/11 (Thema)
- [109:] 134. Bis an die Adria. Der Fall „Achse“. Vor 60 Jahren besetzte die Wehrmacht Italien. Die deutsche Annexionspolitik in Norditalien, in: jW, 8. September 2003, S. 10/11 (Thema)
135. Die Logik von München. Hitlers „friedliche“ Aggression. Erstmals wurde die psychologische Kriegführung erprobt, die seither so erfolgreich Schule gemacht hat, in: jW, 29. September 2003
136. Einmarsch in Prag. Vor 65 Jahren. Die „Erledigung der Rest-Tschechei“, in: jW, 13. März 2004, S. 10/11 (Thema)
137. „Es gibt keine endgültigen Zäsuren“. Ein Marxist in der DDR Eine zweibändige Publikation würdigt Leben und Werk des vor drei Jahren verstorbenen Slawisten Ralf Schröder, in: jW, 15. April 2004, S. 10/11 (Thema)
138. Offen und produktiv. Jenaer Faschismus-Colloquia: Manfred Weißbecker zum 70., in: jW, 8. Februar 2005, S. 13

139. Rrrevolution von Bushs Gnaden. „Wiedervereinigung“ als Eroberungsprogramm (Epochenumbruch 1989. Rückwende in der DDR vor 15 Jahren, Teil XVII), in: jW, 1. Oktober 2005 S. 10/11 (Thema)

140. Die Zurichtung der DDR zur Anschlußzone (Epochenumbruch 1989. Rückwende in der DDR vor 15 Jahren, Teil XVIII), in: jW, 4. Oktober 2005, S. 10/11 (Thema)

### **Rezensionen (Auswahl ab 1981)**

141. Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler (Hg.): Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin 1980, 459 S., in: RD, 1981, H. 1, S. 163-164

142. Konrad Wiedemann: Arbeit und Bürgertum. Die Entwicklung des Arbeitsbegriffs in der Literatur Deutschlands an der Wende zur Neuzeit, Heidelberg 1979, 355 S., in: RD, 1981, H. 3, S. 375-376

143. Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, hg. von Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 1979, 860 S., 2 Bde., in: RD, 1982, H. 1, S. 139-142

144. Faschismus und Ideologie. Hg von Manfred Behrens u. a. (Projekt Ideologietheorie), 2 Bde., Berlin 1980, 383 S., in: RD, 1983, H. 3, S. 441-444

145 Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982, 616 S. / Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Nazidemagogie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, 444 S. / Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler. Berlin 1983, 360 S. In: RD, 1983, H. 3, S. 451-456

146. Georg Lukács: (1) Wie ist die faschistische Philosophie in Deutschland entstanden? Hg. von Laszlo Sziklai, Budapest 1982, 280 S.; (2) Wie ist Deutschland zum Zentrum der reaktionären Ideologie geworden? Hg. von Laszlo Sziklai, Budapest 1982, 218 S., in: DLZ, 1984, H. 9, Sp. 664-667

147. Kursbuch der Weltanschauungen, hg. von Anton Peisl und Armin Mohler, Berlin 1980, 448 S., in: RD, 1984, H. 1, S. 159-162

148. Thomas Nipperdey: Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976, 466 S., in: RD, 1984, H. 3, S. 489-492

[110:] 149. Karl Dietrich Bracher: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, 414 S., in: RD, 1984, H. 3, S. 477-480

150. Czesław Madajczyk: Faszyzm i okupacja. 1938-1945. Wykonywanie okupacji przez Państwa Osi w Europie, 2 Bde, Poznań 1983, 736 S., 792 S., in: DLZ, 1985, H. 10-11, Sp. 867-870

151. Jan Rachold (Hg.): Die Illuminaten. Quellen und Texte zur Aufklärungsideologie des Illuminatenordens (1776-1785), Berlin 1984, 409 S., in: RD, 1985, H. 2, S. 307-308

152. Peter Sloterdijk: Kritik der zynischen Vernunft, 2 Bde., Frankfurt am Main 1983, 954 S., in: RD, 1985, H. 4, S. 647-650

153. Hans Lenk (Hg): Handlungstheorien interdisziplinär, 4 Bde. (6 Bücher), München 1977-1984, in: RD, 1985, H. 4, S. 637-642

154. Günter Hartung: Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Drei Studien, Berlin 1983, 314 S., in: RD, 1986, H. 1, S. 81-84

155. Werner Krauss: Literaturtheorie, Philosophie und Politik, hg. von Manfred Naumann, Berlin und Weimar 1984, 702 S., in: RD, 1986, H. 1, S. 9-12

156. Tomasz Szarota: Warschau unter dem Hakenkreuz. Leben und Alltag im besetzten Warschau 1.10.1939 bis 31.7.1944. Einleitung von Wolfgang Jacobmeyer, Paderborn 1985, 365 S., in: DLZ, 1987, H. 12, Sp. 954-957

157. Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt am Main-New York, 1983, 600 S., in: DLZ, 1987, H. 7-8, Sp. 602-605

158. Peter Sloterdijk: Der Zauberbaum Die Entstehung der Psychoanalyse im Jahre 1785. Epischer Versuch zur Philosophie der Psychologie, Frankfurt am Main 1985, 322 S., in: RD, 1987, H. 2, S. 269-272
159. Marxistische Persönlichkeitstheorie, hg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1986, 353 S., in: DLZ, 1988, H. 7-8, Sp. 583-586
160. Thomas Kreuder/Hanno Loewy (Hg.): Konservatismus in der Strukturkrise, Frankfurt am Main 1987, 648 S., in: RD, 1988, H. 4, S. 655-656
161. Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986, In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1986, T. 4, S. 151-158
162. Wolfgang Fritz Haug: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitiken im deutschen Faschismus. Materialanalysen. Berlin 1986, 218 S. / Jan Rehmann: Die Kirchen im NS-Staat. Untersuchung zur Interaktion ideologischer Mächte, Berlin 1986, 157 S.; in: RD, 1988, H. 3, S. 483-484
163. Peter Sloterdijk: „Kritik der zynischen Vernunft“, Frankfurt/Main 1987, 387 S., in: RD, 1988, H. 2, S. 313-315
164. Theodor Lessing: (1) Wortmeldung eines Unerschrockenen. Publizistik aus drei Jahrzehnten, hg. und mit einer Einleitung von Hans Stern, Leipzig-Weimar 1987, 409 S.; (2) Ich warf eine Flaschenpost ins Eismeer der Geschichte. Essays und Feuilletons, hg. und eingeleitet von Rainer Marwedel, Darmstadt-Neuwied 1986, [111:] 455 S. / Rainer Marwedel: Theodor Lessing 1872-1933. Eine Biographie. Darmstadt Neuwied 1987, 446 S.; in: RD, 1988, H. 2, S. 309-312
165. Helmut Dubiel: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt am Main 1985, 135 S.; Hans Gerd Schumann (Hg): Konservativismus, 2., erw. Aufl., Königsstein/ Ts., 1984, 411 S.; in: RD, 1988, H. 1, S. 145-150
166. Jörg Stange: Zur Legitimation der Gewalt innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie. Ein Beitrag zur Erklärung der Verfolgung und Vernichtung der Anderen im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1987, 206 S., in: DLZ, 1989, H. 12, Sp. 117-118
167. Dan Diner (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1987. in: DLZ, 1989, H. 7-8, Sp. 589-592
168. Czeslaw Madajczyk: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945, ins Deutsche übertragen und wiss. bearbeitet von Berthold Puchert, Berlin 1987, 703 S.; in: *Militärgeschichte*, Potsdam 1989, H. 4, S. 397-398 (auch in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1990, T. 2, S. 205-210
169. Ilja Srubar (Hg.): Exil, Wissenschaft, Identität Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler, Frankfurt am Main 1988, 383 S.; Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch. Bd. 6: Vertreibung der Wissenschaften und andere Themen, München 1988, 243 S., in: RD, 1989, H. 4, Sp. 655-658
170. Manfred Frank: Die Unhintergebarkeit von Individualität, Frankfurt am Main 1986. / Theorien der Subjektivität, hg. von Konrad Cramer, Hans Friedrich Fulda, Rolf Peter Horstmann, Ulrich Po-thast Frankfurt am Main 198., in: RD, 1989, H. 2, S. 315-319
171. Peter Sloterdijk: (1) Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik. Frankfurt am Main 1989, 346 S.; (2). Kopernikanische Mobilmachung und ptolemäische Abrüstung. Ästhetischer Versuch, Frankfurt am Main 1987, 126 S.; (3) Zur Welt kommen – zur Sprache kommen. Frankfurter Vorlesungen, Frankfurt am Main 1988, 175 S., in: RD, 1990, H. 3, Sp. 465-470
172. Konrad Ehlich (Hg.): Sprache im Faschismus, Frankfurt am Mai 1989, 326 S., in: RD, 1990, H. 1, Sp. 141-144
173. Norbert Frei / Johannes Schmitz: Journalismus im Dritten Reich, München 1989, 223 S., in: RD, 22 (1990), H. 1, Sp. 139-140

174. Klaus Jürgen Tillmann: Sozialisierungstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung, Reinbek 1989, 280 S., in: RD, 22 (1990), H. 1, Sp. 159-160
175. Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, 746 S., in: DLZ, Bd. 112, 1991, H. 12, Sp. 720-723
176. Klaus Eder (Hg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie, Frankfurt am Main 1989, 425 S., in: DLZ, Bd. 112, 1991, H. 10-11, Sp. 657-660
- [112:] 177. Herbert Jäger: Makrokriminalität Studien zur Kriminologie kollektiver Gewalt, Frankfurt am Main 1989, 216 S., in: DLZ, Bd. 112, 1991, H. 7-8, Sp. 485-488.
178. Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Deutsche Philosophen 1933, Hamburg 1989, 261 S.; Thomas Laugstien: Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus, Hamburg 1990, 225 S., in: RD, 1991, H. 2, S. 287-90
179. Karl Löwith: Der Mensch inmitten der Geschichte. Philosophische Bilanz des 20. Jahrhunderts, hg. von Bernd Lutz, Stuttgart 1990, 390 S., in: RD, 1991, H. 2, S. 283-284
180. Krise – Umbruch- Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, hg. von Rainer Eckart, Wolfgang Küttler, Gustav Seeber. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka, Stuttgart 1992, 493 S., in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin 1992, H. 4, S. 117-119
181. Anthony Giddens: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Mit einer Einführung von Hans Joas, Frankfurt/Main-New York 1988, 460 S., in: DLZ, 1992, H. 3/4, Sp. 258-261
182. Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, 510 S., in: DLZ, Bd. 113, 1992, H. 1-2, Sp. 102-105. (auch in: *INITIAL*, 1992, H. 6, S. 108-112)
183. Klaus Michael Mallmann, Gerhard Paul: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich. Unter Mitarbeit von Hans-Henning Krämer (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, hg. von Hans Walter Herrmann, Bd. 2), Bonn 1991, 504 S., in: ZfG, 1993, H. 7, S. 641-644
184. Claude Meillassoux: Anthropologie der Sklaverei, Frankfurt/Main-New York, Paris 1989, 406 S. (Theorie und Gesellschaft, Bd. 9), in: DLZ, 1993, H. 3-4, Sp. 213-216
185. Thomas Klepsch: Nationalsozialistische Ideologie. Eine Beschreibung ihrer Struktur vor 1933 (Studien zum Nationalsozialismus, Bd. 2), Münster-Hamburg 1990, 182 S., in: ZfG, 1993, H. 4, S. 346-348
186. Zwischen Parteilichkeit und Professionalität, Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, hg. von Konrad Jarausch (Publikationen der Historischen Kommission Berlin), Berlin 1991, 218 S., in: ZfG, 1993, H. 3, S. 246-247
187. Helmut König: Zivilisation und Leidenschaften. Die Masse im bürgerlichen Zeitalter, Hamburg 1992, 287 S. in: RD, 1993, H. 1, S. 149-152
188. Friedrich Stadtler (Hg.): Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1938-1945, Wien-München 1987, 584 S.; Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft. Internationales Symposium 19. bis 23. Oktober 1987 in Wien, Wien-München 1988, 1117 S. In: RD, Berlin 1994, H. 4, S. 659-664
189. Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Prozesse aus heutiger Sicht. Aus dem Amerikanischen von Michael Schmidt, München 1994, 800 S.; in: *Neues Deutschland*, 7. Oktober 1994, S. 13

- [113:] 190. Denkmale und politischer Totenkult Der politische Totenkult Kriegerdenkmale in der Moderne, hg. von Reinhart Koselleck und Michael Jeismann, München 1994, 440 S.; Wilfried Lipp (Hg): Denkmal- Werte- Gesellschaft. Zur Pluralität des Denkmalbegriffs, Frankfurt/Main 1993, 442 S. In: RD 27 (1995), H. 3, S. 503-508
191. Christian Jansen, Amo Weckbecker: Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40, München 1992, 244 S., in: ZfG, 1995, H. 3, S. 272-275
192. Jacques Semelin: Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand, Frankfurt/Main 1995, 302 S.; in: Neues Deutschland, 23.-26. März 1995, S. 11
193. Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995, 640. S.; in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/Main, Nr. 24, Dezember 1995, S. 167-170
194. Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hg. von Wolfgang Benz, München 1996, 584 S., in: DL, 1996, Nr. 34, S. 11
195. Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald Dokumente. Hg. von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig. Hany Stein und Leonie Wannemacher. Eingeleitet von Karin Hartewig und Lutz Niethammer, Berlin 1994, 566 S., in: HPB, 1996, H. 1-2, S. 41
196. Gian Trepp: Bankgeschäfte mit dem Feind Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg: Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, 2. Aufl., Zürich 1996, 268 S., in: Bulletin, H. 9, 1997, S. 94-99
197. Hans-Christian Harten: De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939-1945, Frankfurt/New York 1996, 336 S., in: 1999, H. 4/ 1997, S. 107-109
198. Der Buchenwaldreport. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. hg. von David A. Hackett, München 1996, 456 S., in: DL, 1997, Nr. 1-2
199. Ulrich Herbert: Best Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989. Bonn 1996, 696 S., in: DL, 1997, Nr. 13/14, S. 15
200. Ralf Stettner: „Archipel GULag“: Stalins Zwangsarbeitslager. Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928-1956. Paderborn-München-Wien-Zürich 1996, 448 S., in: DL, 1997, Nr. 35/36
201. Siegfried Prokop: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997, 318 S., in: DL, Nr. 41/42 vom 16. Oktober 1997, S. 22
202. Barbara Danckwort, Thorsten Querg, Claudia Schöningh (Hg.): Historische Rassismusforschung. Ideologen – Täter – Opfer. Mit einer Einleitung von Wolfgang Wippermann; Hamburg 1995 (Edition Philosophie und Sozialwissenschaften 30), 387 S., in: HPB, 1997, Nr. 5-6, S. 251
- [114:] 203. Gerhard Arlt: Anthropologie und Politik. Ein Schlüssel zum Werk Helmuth Plessners. München 1996, 163 S., in: HPB, 45 (1997) Nr. 5-6, S. 211-212
204. Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, 570 S., in: HPB, 45. Jg. (1998) Heft 7/8 (499), S. 298 f.
205. Hans Heinrich Wilhelm: Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD (1941/42), Frankfurt/Main 1996, 597 S., in: HPB, 45. Jg. (1998) Heft 7/8 (506), S. 302 f.
206. Berndt Jürgen Wendt: Deutschland 1933-1935. Das „Dritte Reich“. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1996, 744 S., in: Bulletin, H. 11, 1998, S. 68-70
207. Petra Marquardt-Bigman: Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942-1949 (Studien zur Zeitgeschichte. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 45), München 1995, 298 S., in: 1999, H. 1/1998, S. 195-199

208. Angelika Ebbinghaus, Karsten Linne (Hg.): Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“ (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts); Hamburg 1997, 556 S., in: ZfG, 1998, H. 4, S. 376-378
209. Henry Friedlander: Der Weg zum NS-Genozid Von der Euthanasie zur Endlösung. Aus dem Amerikanischen von Johann Friedman, Martin Richter und Barbara Schaden, Berlin 1997, 640 S., in: ZfG, 1998, Nr. 11, S. 1051-1053
210. Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998, 580 S.; in: Z, Nr. 36, Dezember 1998, S. 229-234
211. Thomas Sandkühler: „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996, 592 S., in: *Bulletin*, H. 10, 1998, S. 86-92
212. Hans Woller: Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943-1948. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Band 38), München 1996, 436 S.; in: HPB, 46. Jg. (1998), H. 2, Sp. 154-155
213. Jeffrey Herf: The Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys, Harvard University Press 1997, 527 S., in: ZfG, 1998, H. 5, S. 468-469
214. Ryszard Nazarewicz: Armii ludowej dylematy i dramaty, Warszawa 1998, 328 S., in: *Bulletin*, H. 13, 1999, S. 108-113
215. Dieter Pohl: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens (Studien zur Zeitgeschichte, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, 50), 2. Aufl., München, 1997, 453 S., in: *Bulletin*, H. 12, 1999, S. 92-97
216. Walter Brandmüller: Das Konzil zu Konstanz 1414-1418. Band I: Bis zur Abreise Sigismunds nach Narbonne, 1991, 429 S.; Band II: Bis zum Konzilsende, 1997, 458 S. (Konziliengeschichte, hg. von Walter Brandmüller, Reihe A: Darstellungen, Bd. 1), Paderborn-München-Wien-Zürich, in: ZfG, 1999, H. 6, S. 549-553
- [115:] 217. Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. 1, hg. von Hans Maier, Ferdinand Schöningh, Paderborn-München-Wien-Zürich 1996; Bd. 2, hg. von Hans Maier u. Michael Schäfer, 1997, in: ZfD, 1999, H. 4, S. 347-349
218. Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950. Hg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Koordination) in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch. Band 1: Studien und Berichte. Hg. und eingeleitet von Alexander von Plato, Akademie Verlag Berlin 1998, 595 S.; Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possekel, Berlin 1998, 424 S., in: ZfD, 1999, H. 5, S. 472-75
219. Niels C. Lösch: Rasse als Konstrukt. Leben und Welt Eugen Fischers, Frankfurt/Main 1997, 614 S., in: HPB, 47 (1999), H. 1, S. 102-103
220. Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, 772 S., in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin 35 (1999), H. 4, S. 591-595
221. Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, hg. von Georg Iggers, Konrad Jarasch, Matthias Middell, Martin Sabrow, München 1998, 450 S., in: ZfD, 2000, H. 5, S. 475-79
222. Wolfgang Harich: Ahnenpaß: Versuch eine Autobiographie. Hg. von Thomas Grimm, Berlin 1999, 383 S.; in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 42, Juni 2000, S. 215-220
223. Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945, hg. von Wolfgang Benz, Johannes Houwink ten Cate und Gerhard Otto, Bd. 1-8, Berlin 1996-1999, in: *Bulletin*, H. 14, 2000, S. 84-94
224. Lutz Hachmeister: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998, 414 S., in: *Bulletin*, H. 16, 2001, S. 105-111

225. Frank Lothar Kroll: Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Faderborn 1998, 368 S., in: *Bulletin*, H. 16, 2001, S. 116-120
226. Wadim S. Rogowin: (1) 1937. Jahr des Terrors. Aus dem Russischen übersetzt von Hannelore Georgi und Harald Schubärth, Essen 1998, 513 S.; (2) Die Partei der Hingerichteten. Aus dem Russischen übersetzt von Hannelore Georgi und Harald Schubärth, Essen 1999, 581 S.; in: *ZfD*, 2001, H. 7, S. 658 f.
227. Kar! Heinz Roth: Facetten des Terrors. Der Geheimdienst der „Deutschen Arbeitsfront“ und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933-1938, Bremen 2000; in: *Bulletin*, H. 17, 2001, S. 117 f.
228. Pia Nordblohm: Für Glaube und Volkstum. Die katholische Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“ (1934-1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. In Verbindung mit Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Norbert Trippen hg. [116:] von Ulrich van Hehl, Reihe B. Forschungen, Band 87), Paderborn-München-Wien-Zürich 2000, 758 S.; in: *Bulletin*, H. 17, 2001, S. 123-124
229. Michael Th. Greven, Oliver von Wrochem (Hg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, Opladen 2000, 371 S.; in: *Bulletin*, H. 17, 2001, S. 126-127
230. Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden, hg. von Stefan Dornuf und Reinhard Pietsch, Bd. I, München 1999, 487 S., Bd. 11, 2000, 551 S.; in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 47, September 2001, S. 211-216
231. Oded Heilbronner: Die Achillesferse des deutschen Katholizismus. Aus dem Hebräischen von Mathias Schmidt (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv. Hg. von Dan Diner mit Unterstützung des Richard Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, Bd. 19), Gerlingen 1998, 303 S., in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2002, H. 2, S. 143-146
232. Lars Borgersrud: Die Wollweber-Organisation und Norwegen, Berlin 2001, 312 S. (Übersetzer/Bearbeiter: Walter Voß, Fritz Petrick), in: *Bulletin*, H. 19, 2002, S. 82-84
233. Ralf Gebel: „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938-1945) (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 83), 2. Aufl., München 2000, 424 S., in: *Bulletin*, H. 18, 2002, S. 100-105
234. Christan Gerlach: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-1944, 2 Aufl., Hamburg 2000, 1232 S., in: *Bulletin*, H. 18, 2002, S. 91-97
235. Jan Tomasz Gross: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne. Mit einem Vorwort von Adam Michnik, München 2001, 196 S., in: *Bulletin*, H. 18, 2002, S. 123-125
236. Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektive der Forschung, hg. von Doris Kaufmann, 2 Bde., Göttingen 2000, 767 S., in: *Bulletin*, H. 18, 2002, S. 129-131
237. Christopher R. Browning: Judenmord. NS-Politik. Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt/Main 2001, in: *ZfG*, 2002, H. 2, S. 188-190
238. Stanley Paine: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, Berlin 2001, in: *Bulletin*, H. 21, 2003, S. 98-105
239. Horst Boog, Gerhard Krebs, Detlef Vogel: Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa. Krieg im Westen und in Ostasien 1943-1944/45, Stuttgart-München 2001 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 7), in: *Bulletin*, H. 21, 2003, S. 75-81
240. Yasmin Doosty: „Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen ...“. Studien zum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, Tübingen-Berlin 2002, 574 S., in: *Bulletin*; H. 21, 2003, S. 109-111

- [117:] 241. Irene Strege: Machtübernahme 1933 – Alles auf legalem Weg? Berlin 2002 (Zeitgeschichtliche Forschungen, 15), 233 S., in: *Bulletin*, H: 21, 2003, S. 107-109
242. Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das Wirtschaftsverwaltungshauptamt 1933-1945. Mit einem Vorwort von Hans Mommsen. Paderborn-München-Wien-Zürich 2001, 550 S., in: *ZfG*, 2003, H: 3, S. 292-294
243. Michael Wedekind: Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943-1945. Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“ (Militärgeschichtliche Studien, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Jörg Duppler und Hans-Erich Volkmann, Bd. 38), München 2003, 526 S., in: *Bulletin*, H: 22, 2004, S. 96-105
244. Instytut Pamięci Narodowej: Wokół Jedwabnego. Pod red. Pawła Machcewicza i Krzysztofa Persaka, 2 Bde., Warszawa 2002, 526 S. bzw. 1035 S., in: *Bulletin*, H: 22, 2004, S. 138-142
245. Bergen-Belsen-Schriften, Bd. 1-6, Göttingen 1995-2003, in: *Bulletin*, H. 23, 2004, S. 99-106
246. Hermann Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, 1200 S., in: *Bulletin*, H. 23, 2004, S. 66-72
247. Handbuch zur Geschichte der Juden in Europa. Hg. von Elke-Vera Kotowski, Julius H. Schoeps, Hiltrud Wallenborn. Bd. 1: Länder und Regionen, Bd. 2: Religion, Kultur, Alltag, Darmstadt 2001, 511. bzw. 507 S., in: HPB, 2004, S. 5-7
248. Bernhard Rosenkötter: Treuhandpolitik Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945, Essen 2003, 310 S., in: *Sozial-Geschichte*, Hamburg, 2004, H. 1, S. 105-107
249. Christopher Browning: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, München 2003, 832 S., in: *Bulletin*, H. 24, 2005, S. 79-85
250. Thomas Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch, Berlin 2004, 188 S., in: *Bulletin*, H. 24, 2005, S. 88-97
251. Enzo Traverso: Moderne und Gewalt, Stuttgart 2003, 166 S., in: *Bulletin*, H. 24, 2005, S. 97-100
252. Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938-1945, Essen 2004, 363 S., in: *Bulletin*, H. 25/26, 2005, S. 220-224
253. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, 7 Bde., München 2004, in: *Bulletin*, H. 25/26, 2005, S. 243-250
254. Deutschland im ersten Weltkrieg: Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein. Mit einem Vorwort von Fritz Klein zu dieser Ausgabe, 411 S.; Band 2: Januar 1915 bis Oktober 1917. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche, 626 S.; Band 3: November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, 476 S., Leipzig 2004; in: *Bulletin*, H. 27, 2006, S. 77-79
- [118:] 255. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Band 9: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von Jörg Echternkamp; Erster Halbband: Politisierung, Vernichtung, Überleben. München 2004, 993 S.; Zweiter Halbband: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung. München 2005, 1112 S.; in: *Bulletin*, H. 27, 2006, S. 99-105
256. Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau; Erster Band: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Berlin 2004, 358 S.; Zweiter Band: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Berlin 2004, 590 S.; Dritter Band: Dokumente zur Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Chronik und Verzeichnisse, Berlin 2005, 544 S.; *Bulletin*, H. 27, 2006, S. 86-93

257. Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus, München 2006, 448 S., in: *Bulletin*, H. 28, 2006, S. 97-103
258. Ernst Piper: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005, 831 S., in: *Bulletin*, H. 28, 2006, S. 106-112
259. Siegfried Prokop: 1956. DDR am Scheideweg. Opposition und Konzepte der Intelligenz, (Edition Zeitgeschichte 32), Berlin 2006, 378 S.; in: jW, 19. August 2006
260. Matthias Middell: Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890-1990, 3 Bände, Leipzig 2005, 1270 S.; in: jW, 4. September 2006, S. 10/11 (Thema)
261. Dieter Schenk: Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur. Frankfurt/Main 2006. 486 S., in: *Bulletin*, H. 29, 2007, S. 133-137

[119:]

## REZENSIONEN

ARAM MATTIOLI: *Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935-1941*. Mit einem Vorwort von Angelo Del Boca. (Kultur – Philosophie – Geschichte. Reihe des Kulturwissenschaftlichen Instituts Luzern, Bd. 3). Orell Füssli Verlag AG, Zürich 2005, 239 S., 32,80 €.

Der Schweizer Aram Mattioli, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Luzern, hat mit diesem Buch nicht nur eine Geschichte des Abessinienkrieges 1935-1936 geschrieben, sondern mehr noch eine Geschichte der italienischen Kolonialpolitik nach dem ersten Weltkrieg. Es geht ihm um die Veränderung der italienischen Politik in Afrika, in Libyen, Eritrea, Somalia und Abessinien unter dem faschistischen Regime und um die Wahrnehmung dieser Politik in Italien und in der Welt bis in die heutige Zeit.

Mattioli kommt zu dem Schluß, daß die Bedeutung des Abessinienkrieges nicht darin liege, „ein verspäteter Kolonialkrieg gewesen zu sein, in dem die Italiener noch einmal alle Verbrechen kopierten, welche die älteren Kolonialmächte seit jeher über eroberte Urbevölkerungen brachten“. (190). Dieser Krieg sei vielmehr ein Schlüsselereignis des „Katastrophenzeitalters“ (Eric J. Hobsbawm) gewesen. Es handelte sich um den ersten Großkrieg, den eine europäische Macht in der Ära kollektiver Sicherheit willentlich vom Zaun brach, und es war die erste Machtdemonstration einer faschistisch regierten Gewaltherrschaft, die zu Unrecht gegenüber dem späteren Geschehen des zweiten Weltkrieges aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten ist. (14) Gerade das „Dritte Reich“ habe die neue Gewaltdimension dieses Krieges sofort wahrgenommen und als „ersten neuzeitlichen Vernichtungskrieg“ interpretiert. So wurden die Bücher der italienischen Militärführer Badoglio, de Bono und Graziano schon 1937/38 in deutscher Sprache veröffentlicht und die Erfahrungen des Krieges an den Kriegsschulen und Militärakademien ausgewertet.

Die neue Dimension dieses Krieges sieht Mattioli in den Luftangriffen der Italiener gegen die dagegen völlig wehrlose äthiopische Armee und die Zivilbevölkerung. Er beschreibt die Entscheidung Mussolinis und seiner Marschälle und Generäle für den Gaseinsatz und dessen schreckliche Ergebnisse unter einer Bevölkerung, die keinerlei Kenntnis über den Gaskrieg, noch irgendeine Schutzmöglichkeit dagegen hatte. Den überlebenden Opfern konnte trotz internationaler Ärztteeinsätze kaum spezielle medizinische Hilfe gewährt werden. Der Autor gibt eine differenzierte Darstellung des faschistischen Besatzungsterrors sowohl während des Krieges als auch in der anschließenden Zeit des sogenannten Impero bis zur Rückeroberung 1941. Dabei verweist er auf die systematische Ausdehnung der Repression gegen die Zivilbevölkerung angesichts des fortgesetzten Widerstands der äthiopischen Seite im besetzten Land. Es habe zwar keine Vernichtung der äthiopischen Bevölkerung unter Rasse-[120:]vorzeichen gegeben. Die Rassegesetzgebung habe eher zur Sicherung der Abgrenzung der italienischen Besatzer gedient. Mattioli verweist aber auf die systematische Ausrottung der äthiopischen Intelligenz und des Klerus der äthiopisch-orthodoxen Kirche. (143 ff.) Dabei hebt er hervor, daß die katholische Kirche, darunter die meisten italienischen Bischöfe und insgesamt 300 Militärkapläne, den Krieg und die Besatzungsherrschaft nicht nur billigten, sondern unterstützten. Letztendlich kommt der Autor zu der Schlußfolgerung, daß es sich bei diesem Krieg und dem anschließenden Besatzungsterror um einen Genozid im weiteren Sinne gehandelt habe, was von der Weltöffentlichkeit endlich zur Kenntnis genommen werden müsse.

Nur wenige Seiten (125-130) widmet der Autor dem Verhalten des Völkerbunds und der Großmächte zu diesem Krieg und den darin verübten Verbrechen. So wird die internationale Dimension, die im Untertitel des Buches zwar genannt wird, nicht in vollem Umfang deutlich. Immerhin handelte es sich formal um den ersten „Völkerbundskrieg“, weil am 9. Oktober 1935 der Rat des Völkerbundes nach Artikel 16 des Völkerbundes Italien als Aggressor gekennzeichnet hatte. Die letztendliche Billigung der Annexion Abessiniens durch England und Frankreich im Rahmen ihrer verfehlten „Appeasement-Politik“ wird aber vom Autor klar benannt: „Das passive Verhalten der Westmächte versetzte dem bisher funktionierenden System kollektiver Sicherheit einen schweren Schlag, von dem es sich nicht wieder erholen sollte.“ (130)

Ausführlich kann man die Behandlung des „Abessinienproblems“ im Völkerbund in der 1978 in deutscher Sprache erschienenen umfassenden Geschichte Äthiopiens (Andrzej Bartnicki, Joanna Mantel-Niecko: Geschichte Äthiopiens) von den Anfängen bis zur Gegenwart in zwei Teilen. Akademie-Verlag Berlin 1978, im Original Wrocław 1971) nachlesen (Teil 2, S. 475-513). Diese Darstellung gehört nach Mattioli zu den wenigen Ausnahmen in der sonst vernachlässigten Behandlung des ostafrikanischen Gewaltinfernos. (97, Fußnote 23)

Umfangreicher beschäftigt sich Mattioli mit den Beurteilungen der Ereignisse in der Politik und Erinnerungskultur in Italien und Europa nach dem zweiten Weltkrieg. Er hebt hervor, daß es in Italien nie ein „Nürnberg“ zur Verurteilung der Kriegsverbrechen gegeben habe und die „Helden“ der Eroberung Äthiopiens alle friedlich im Bett gestorben sind, ja sogar Ehrungen der italienischen Republik entgegennehmen konnten. Ein Beispiel dafür sei Marschall Badoglio.

Das Kaiserreich Äthiopien versuchte nach 1945 vor dem Hintergrund der bis zu 380.000 Opfer des Krieges und der Besatzung die italienischen Kriegsverbrecher vor ein internationales Tribunal zu bringen. Äthiopien war der Londoner Vereinbarung über die Verfolgung und Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher vom 8. August 1945 beigetreten und richtete eine eigene „War Crimes Commission“ ein. Doch auf Druck vor allem der Briten lehnte die im Auftrag der Vereinten Nationen tätige „War Crimes Commission“ (UNWCC) zunächst diese Bestrebungen ab, da sie nur Kriegsverbrechen ab 1939 behandle. Nachdem im Pariser Friedensvertrag [121:] zwischen Äthiopien und Italien vom 10.2.1947 auch die Verpflichtung Italiens enthalten war, Straftatbestände nach Maßgabe der Nürnberger Prozesse zu verfolgen bzw. verfolgen zu lassen, änderte die UNWCC ihre Politik und forderte Äthiopien auf, ihre Fälle in kurzer Frist zu unterbreiten. Alle Versuche Äthiopiens, wenigstens die zehn höchsten Repräsentanten des italienischen Faschismus im Krieg und im Besatzungsregime vor ein Kriegsverbrechertribunal zu bringen, scheiterten aber letztendlich an der Generalamnestie-Politik der italienischen Republik, die vor allem von Großbritannien unterstützt wurde.

Mattioli schildert eindringlich die Legendenbildung um die angeblich erfolgreiche italienische Kolonialpolitik, in deren Rahmen es sogar zu einer Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft gekommen sei. Während die demokratische Linke und aufgeschlossene bürgerliche Kreise in den ehemaligen Staaten des Ostblocks sowie in Spanien, Frankreich und der Schweiz sich nach dem Ende des kalten Krieges zunehmend dazu bereit fanden, die „Schattenseiten“ der nationalen Vergangenheit schonungslos auszuleuchten, habe das Ende des kalten Krieges auch revisionistische Geschichtsdeutungen begünstigt. Am Beispiel der Auseinandersetzungen in Italien um eine umfangreiche Biographie des letzten „Königs der Könige“ Haile Selassie, die Angelo Boca, der Autor des Vorworts, 1995 vorlegte, zeigt Mattioli, daß auch jetzt noch bekannte italienische Politiker und Publizisten nicht nur immer noch den Gaseinsatz in Äthiopien leugnen, sondern, wie etwa der damalige Regierungschef Berlusconi, die „Überlegenheit unserer Zivilisation“ preisen. Mattioli kommt zum Schluß: „Der Prozeß der Entmythologisierung der faschistischen Vergangenheit hat in der italienischen Öffentlichkeit erst begonnen.“

Deutliche Kritik übt Mattioli auch an der Behandlung des italienischen Eroberungskrieges gegen das Kaiserreich Äthiopien und der sich anschließenden Besatzungszeit durch die gegenwärtige deutschsprachige Geschichtsforschung. Selbstbezogen und befangen in nationalhistorischen Denkmustern, vernachlässige der Mainstream in der deutschen Historikerschaft die außereuropäische Geschichte bis heute. Am Beispiel der Veröffentlichung des Karlsruher Historikers Rudolf Lill aus dem Jahre 2002 benennt Mattioli „krasse Fehlurteile und schiefe Vergleiche“, so wenn dem seit 1937 in Äthiopien amtierenden Vizekönig Amadeo von Savoyen-Aosta bescheinigt wird, er habe viel für das Land geleistet (19).

Das Buch kann also insgesamt als eine weit über die übliche Schilderung der äußeren Ereignisse hinausgehende Darstellung eingeschätzt werden. Sein Autor hat sich als ein sehr streitbarer Historiker erwiesen, der sich nicht hinter „objektiv ausgewogenem und abgeklärtem“ Schreiben verschanzt.

Werner Fischer

HELMUT ASMUS: *1200 Jahre Magdeburg. Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt. Eine Stadtgeschichte. Bd. 3: Die Jahre von 1848 bis zur Gegenwart.* Eigenverlag (Magdeburg) 2005, 624 S., 45 €. (3 Bd. im Schuber 98 €.)

[122:] Der 1200. Jahrestag der ersten Erwähnung Magdeburgs – 805 – war dem Autor, langjähriger Professor für deutsche Geschichte an der Pädagogischen Hochschule „Erich Weinert“ in Magdeburg, Anlaß, in den 1990er Jahren das Unternehmen einer mehrbändigen Geschichte seiner Heimatstadt „Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt“ zu starten. Nach einem ersten Band, der den Zeitraum zwischen der ersten Nachricht über die Grenzfestung an der Eibe bis zur Zerstörung der Stadt 1631 im dreißigjährigen Krieg umfaßt (erschienen 2000; <sup>2</sup>2005), und dem zweiten Band, der die Stadtentwicklung bis zum Vorabend der Revolution von 1848 verfolgt (erschienen 2002; <sup>2</sup>2005), lag zum eigentlichen Jubiläum 2005 auch der dritte Band vor: Magdeburgs Weg und Schicksal von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, genauer gesagt nur bis zur „zweiten Zerstörung Magdeburgs“ durch das Flächenbombardement vom 16. Januar 1945. Der in diesem Band nur auf ganz wenigen Seiten recht lapidar skizzierte „schwierige Weg zu einem neuen Stadtbild“ – also die eigentliche Zeitgeschichte von 1945 bis 2005 – soll in einem (vierten) „Ergänzungsband“ noch ausführlich vorgestellt und vom im dritten Band noch fehlenden Literaturverzeichnis sowie einem detaillierten Personen-, Orts-, Stadtteil- und Straßenregister für das gesamte Werk begleitet werden.

Es ist dies die erste umfassende und geschlossene Gesamtdarstellung der Geschichte Magdeburgs von den Anfängen einer Grenzfestung und späteren mittelalterlichen Stadt bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Ihr kommt ohne Frage nicht allein wegen des bemerkenswerten Umfangs ein herausgehobener Platz unter den deutschen Stadtgeschichten zu. Sie beruht auf gründlicher Auswertung der vorliegenden Forschungsliteratur und erschließt zugleich an vielen Punkten neues Quellenmaterial, wendet sich aber bewußt nicht an spezialisierte Fachhistoriker, sondern will „einem breiten Kreis historisch interessierter Leser ein umfassendes und vielschichtiges Bild vom Werden des heutigen Magdeburg“ (1, 6) vermitteln. Das macht den besonderen, vielleicht sogar einmaligen Reiz der Bände aus. Sie präsentieren sich nämlich dank einer durchweg und zwar in hoher buch künstlerischer Qualität gebotenen Bebilderung (Bd. 3 allein enthält 1.150 Abbildungen) im Grunde als eine vorzüglich illustrierte Stadtgeschichte, die den Leser sofort zum Blättern provoziert. Hinzu kommt eine gelungene inhaltliche Buchgestaltung.

Die Darstellung erfolgt gleichsam auf zwei Ebenen: Die Darbietung der – stets in die deutsche und europäische Geschichte eingebetteten – allgemeinen Stadtgeschichte wird immer wieder unterbrochen durch spezielle Erörterungen wichtiger einzelner Ereignisse, Vorgänge, Prozesse und Persönlichkeiten in der Stadt, die das Bild von ihrem Wachsen und Wandel wesentlich ergänzen, vertiefen, schärfer machen. Dadurch gewinnt der Text aber auch an Anschaulichkeit und Konkretheit, das macht ihn lebendiger, spannender und erhöht die Lesbarkeit wesentlich; zumal es ein besonderes Anliegen des Autors war, eine Vielzahl von Magdeburger Bürgern als geschichtliche Akteure auch biographisch dem Leser nahe zu bringen. Selten bietet eine historische Darstellung so viele Persönlichkeiten mit ihren Lebenswegen und in ihrem Wirken in und für die Stadt.

[123:] Den *Bulletin*-Leser wird aus dem Band wohl vor allem die Behandlung des 20. Jahrhunderts interessieren. Nach drei Kapiteln, die Magdeburg als „ein Zentrum der demokratischen Revolution“, dessen „beschleunigte Industrialisierung“ und das „Werden einer Großstadt im Kaiserreich“ darbieten, wird in einem vierten Kapitel auf rund 200 Seiten, also einem Drittel des ganzen Buches, unter dem Titel „Zeit der Katastrophen – zweite Zerstörung Magdeburgs“ Stadtgeschichte vom Beginn des ersten Weltkriegs bis zum Ende des zweiten Weltkriegs unterbreitet. Einer beeindruckend anschaulichen und ausführlichen Behandlung der Situation der Stadt im ersten Weltkrieg steht eine leider nur recht knappe Darstellung der Lage im zweiten Weltkrieg gegenüber, in der vor allem der abschließende Brief einer Mutter über das „Inferno vom 16. Januar“ emotional anrührt. In selbständigen Abschnitten über die Errichtung der „nationalsozialistischen Führerdiktatur“ und die Jahre der Kriegsvorbereitung von 1933 bis 1939 erscheint Magdeburg nicht nur als ein Rüstungszentrum des Deutschen Reiches. Der Leser erfährt zugleich vom Terror der Faschisten und den Verfolgungen, denen Juden und „Marxisten“, d. h. Anhänger von SPD und KPD, ausgesetzt waren. Nicht verschwiegen ist

die Anpassung und Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zum Nazisystem. Und man kann darüber nachlesen, wie von Anfang an auch energischer antifaschistischer Widerstand, namentlich von Kommunisten, geleistet wurde und eine Minderheit in den Kirchen, deren Kleriker-Mehrheit dem System willig diente, sich dem Faschismus verweigerte. Vielschichtigkeit und Differenziertheit in der Sicht auf die Historie ist ein Markenzeichen des Werks.

Über eine Stadtgeschichte im engeren Sinne hinaus erscheinen vor allem die Teile über Magdeburg in der Weimarer Republik von besonderem Interesse. In den 1920er Jahren wurde die von der SPD unter Bürgermeister Hermann Beims regierte „rote Stadt im roten Land“ zu einem Vorbild für demokratische Kommunalpolitik in Deutschland; zumal unter dem Architekten Bruno Taut wurde sie zu einer „Stadt des neuen Bauens und Gestaltens“, die sich in sozialer Wohnungspolitik, aber auch auf dem Felde der Schul- und Gesundheitspolitik einen Namen machte. Einer ungerechtfertigten Verklärung dieser Periode in der Stadtentwicklung begegnet der Autor jedoch, indem er sichtbar werden läßt, daß sich in Magdeburg gleichzeitig ein Zentrum der neuen Rechten formierte – die Gegner der Republik bildeten keine kleine Minderheit der Bevölkerung (511) – und die NSDAP seit 1930 immer mehr Anhänger und Wähler gewinnen konnte. Bei den Gründen für das Scheitern der Weimarer Republik folgt die Darstellung zwar der ebenso weit verbreiteten wie strittigen These, die Republik sei zwischen den Extremen von Rechts und Links zerrieben worden. Doch läßt er keinen Zweifel daran aufkommen, daß die in „Magdeburger Herrengesellschaft“ und „Berliner Herrenklub“ organisierten Großgrundbesitzer, Militärs und Wirtschaftsbosse die Totengräber der Republik waren. Es wird zugleich nicht versäumt, neben den Grenzen und Fehlern der KPD, die in dieser Zeit in der Stadt zwar ungleich schwächer als die SPD, jedoch immer noch stärker als die verschiedenen bürgerlichen Parteien war (509 f.), auch nachdrücklich [124:] ihre Verdienste im Kampf gegen den zur Macht strebenden Faschismus zu vermerken. Ebenso deutlich wird auf die Verantwortung der SPD aufmerksam gemacht. In der SPD sieht der Autor die „wichtigste Stütze der republikanisch-demokratischen Rechts- und Sozialordnung“. (505) Sich energischen Massenaktionen, wie sie etwa die in Magdeburg ansässige Führung des „Reichsbanners“ forderte, zu verweigern, erinnerte Otto Hörsing immerhin an die „Unschlüssigkeit“ der sozialdemokratischen Führung in den Jahren von 1914 und 1918 und ließ ihn an die Gründung einer Partei links von der SPD denken, worauf der vormalige „Reichsbannergeneral“ aus Reichsbanner und SPD ausgeschlossen wurde (541). Interessiert hätte den Leser in diesem Zusammenhang sicher auch, ob die kleinen, von SPD und KPD abgesplitterten Arbeiterparteien SAP und KPD-Opposition in dieser „Hochburg der Sozialdemokratie“ eine Rolle spielten.

Alles in allem liegt eine Darstellung vor, die sicher nicht nur dazu beiträgt, den Magdeburgern ein Stück historische Identität zu vermitteln, sondern zugleich interessantes Material und aufschlußreiche Einsichten zur deutschen Geschichte enthält.

Walter Schmidt

RUTH B ETTINA BIRN: *Die Sicherheitspolizei in Estland 1941-1944. Ein Studie zur Kollaboration im Osten*. Ferdinand Schöningh. Paderborn-München-Wien-Zürich 2006, 286 S., 34,90 €.

Die 1952 geborene Historikerin Ruth Bettina Birn, die zwischen 1991 und 2005 im kanadischen Justizministerium als Chief Historian der War Crimes and Crimes Against Humanity Section arbeitete, hat seit 1986 Forschungen zu den Höheren SS- und Polizeiführern und zur Kollaboration in Osteuropa vorgelegt.<sup>1</sup> Im Vorwort wendet sie sich gegen die jüngste westliche „Manifestation eines Kulturimperialismus“, von der auch Estland betroffen sei: Die neuen osteuropäischen Mitglieder der EU und NATO sollten „zur Aufarbeitung ihrer Geschichte vordringlich unter dem Gesichtspunkt des Holocaust angehalten werden, ungeachtet, wie diese Geschichte des jeweiligen Landes tatsächlich aussah. An viele Länder Europas ergeht die Forderung, in den Spiegel der eigenen Geschichte zu sehen und sich der Beteiligung und der Schuld des eigenen Landes an Naziverbrechen zu stellen, auch wenn

---

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Ruth Bettina Birn: *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich*, Düsseldorf 1986; dies.: *Kollaboration und Mittäterschaft. Die Inkorporierung von einheimischem Personal in die Sicherheitspolizei in den besetzten Ostgebieten*. In: Michael Wildt (Hg.): *Nachrichtendienst, politische Elite und Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS*, Hamburg 2003.

dies schmerzhaft sei.“ Sie fügt noch hinzu: „Dieser moralische Imperativ scheint für die Mahner selbst, die zumeist aus den USA kommen, allerdings nicht zu gelten, sondern in der Umkehr die Möglichkeit zu geben, den Problemen in ihrer eigenen Vergangenheit oder Gegenwart auszuweichen.“ Viele Esten würden aber „durch diese Rhetorik allzusehr an vergleichbare Kampagnen der Sowjetzeit erinnert.“

[125:] Birn will mit der vorliegenden Arbeit die Wahrheitssuche estnischer Historiker unterstützen, aber „den moralischen Zeigefinger dabei beiseite lassen“. (8 f.) In einem methodologischen Vorwort vermerkt sie, daß ihre Arbeit „auf einem Aktenfund, den Hinterlassenschaften der deutschen und estnischen Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD (beruht), die im Staatsarchiv Tallinn aufbewahrt werden“. (10) Die wissenschaftliche Arbeit stützt sich auf diese etwa 5.000 Fallakten. Sie nutzte aber auch Bestände aus dem Bundesarchiv Lichterfelde, der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen und Akten der Staatsanwaltschaften Hamburg und Oldenburg. Sie versteht ihre Arbeit als Teil der deutschen Geschichte, der Geschichte der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa.

Die Autorin untersucht den zentralen Bereich des nazideutschen Terrorregimes in Estland – die Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD (KdS), die die Nazijuristen Martin Sandberger und Bernhard Baatz (seit 1934/44) leiteten. Diese aus dem Sonderkommando 1 (SK1) entstandene deutsche Zentrale der Sipo und des SD im Generalkommissariat Estland war eng mit den Wehrmachtstellen, dem Kommando der Ordnungspolizei (KdO) und der deutschen zivilen Besatzungsverwaltung verflochten. Der Schwerpunkt ihrer Untersuchung aber liegt auf dem „Zusammengehen“ des KdS mit den „estnischen Dienststellen“, also auf der Kollaboration im sicherheitspolitischen Kernbereich der deutschen Okkupationsmacht, wie auch der Unterteil des Buches ausweist. Im ersten Teil des Buches werden das mobile SK 1 a, der KdS Estland und das „deutsch-estnische Strukturmodell“ vorgestellt. Die dann folgenden vier Kapiteln untersuchen die Strafpraxis der „deutschen und estnischen Dienststellen“ anhand der verschiedenen Opfergruppen (Kommunisten, Juden, „Zigeuner“, Gewohnheitsverbrecher und „Asoziale“, Russen, Kriegsgefangene). Das letzte Kapitel besteht aus Exkursen über „rechtliche Ahndung“ der Verbrechen und die „Mythenbildung“ in der Republik Estland.

Welche Ergebnisse bringt diese „Studie zur Kollaboration im Osten“? Spätestens im Schlußkapitel erkennt der Leser, wie irreführend der von Frau Birn gewählte Untertitel des Buches ist: „Der Begriff ‚Kollaboration‘ ist im Zusammenhang mit Estland im ganz neutralen Wortsinn als ‚Zusammenarbeit‘ zu verstehen, und nicht, wie oft gebraucht, als Vorwurf des Vaterlandsverrats. (...) Esten schuldeten der Sowjetunion keine Loyalität. (...) Bei der moralischen Bewertung der Kollaboration von Esten kann nur in Betracht gezogen werden, inwieweit sie sich an Verbrechen beteiligten.“ (258)

Infolge dieser ideologisch engen Position unterschätzt die Verfasserin die Folgen der estnischen Kollaboration. Die faschistische Genozidpolitik in Estland (wie in allen baltischen Ländern) wäre niemals in diesem Tempo und diesem Umfang erfolgt – ausgeführt allein von 139 Angehörigen des SK 1a bzw. des KdS, den 591 deutschen Schutzpolizisten und Gendarmen der Ordnungspolizei, dem relativ kleinen deutschen Verwaltungsapparat des Generalkommissariats und der Gebiets- und Ortskommandanturen der Wehrmacht. Entscheidend war, daß der von Berlin [126:] schon vor dem Überfall geführte antikommunistische estnische Untergrund, den Okkupanten bei der militärischen Eroberung und Besetzung bereitwillig zur Seite stand. Unter nazideutscher Regie, unterstützt von estnischen Agenten der deutschen Abwehr, wurde innerhalb kurzer Zeit der Repressionsapparat des 1940 aufgelösten Päts-Regimes restauriert und in den Dienst der deutschen Besatzer gestellt. Das waren vor allem die estnische Politische Polizei und das illegale Netz des paramilitärischen Schutzkorps Kaitsepolitsei, welches in eine Art deutsche Hilfspolizei unter dem Namen Selbstschutz/Omakaitse (65.000 Mitglieder) umgebaut wurde. Wie die Autorin darlegt, beteiligten sich zwischen September und Dezember 1941 Omakaitse-Verbände an 5.033 Strafaktionen in- und außerhalb Estlands daran, versteckte Rotarmisten, Partisanen, Kommunisten und deren Sympathisanten ausfindig zu machen.

Sie verhaftete 26.235 Personen und tötete 2.657 Menschen. Die Autorin behauptet zwar, daß der Führer des ehemaligen faschistischen Freiheitskämpferbunds VABS und neue Chef der sog. estnischen Selbstverwaltung kein „hohes Ansehen“ in der Bevölkerung gehabt habe. Aber der Einbau von

Mitgliedern des VABS und von Funktionsträgern des Päts-Regimes setzten dennoch ein beachtliches Potential estnischer Täter und Mitläufer für die deutsche Vernichtungspolitik frei. Mehr als 90.000 Esten waren an verschiedenen Aktionen für die deutsche Besatzungsmacht beteiligt. Wäre es ohne dieses Heer der estnischen Kollaborateure möglich gewesen, im ersten Jahr der deutschen Besatzung fast alle estnischen Juden, Hunderte Roma und Behinderte zu ermorden, 17.692 des „Kommunismus“ verdächtige Personen aufzufinden und zu verhaften, 5.563 von ihnen in KZ (deren Aufseher durchweg Esten waren) einzuliefern und 4.691 zu exekutieren?

Birn vertritt die These, daß die Sicherheitspolizei in „ihrem Kern aus der Polizei“ der Republik Estland (1920-1940) hervorging und dadurch eine legitime Macht gewesen sei. Unter Republik ist seit 1935 das autoritäre Päts-Regime mit faschistischen Strukturelementen zu verstehen. Die Sicherheitspolizisten dieses Regimes (und natürlich erst recht die anderen estnischen militärischen Formationen bis hin zu den VABS-Faschisten) seien weder Söldner noch käufliche Subjekte gewesen, „sondern angesehene Beamte, die ihrem Staat dienten (...) und Träger von Orden und Auszeichnungen waren“. (299) Die Esten hätten schließlich „ihre eigenen Überzeugungen, politischen Anschauungen und ihr Know-how als Polizisten mit in die Sicherheitspolizei gebracht“, was sich auch in ihrer erfolgreichen Ermittlertätigkeit niederschlug. (259)

Diese „Spezialisten“ hatten tatsächlich große Erfahrung in der Verfolgung von Kommunisten, Antifaschisten und anderen linken Kräften aus der Vorkriegszeit. Die „Kooperation zwischen Deutschen und Esten“ sei bei der Sicherheitspolizei am engsten gewesen, auch wegen des gemeinsamen Feindbildes. Es klingt fast wie eine Belobigung: „In der Anfangsphase erwiesen sich die Esten in der Verfolgung der Kommunisten führend, aber das hing mit der Lokalkennntnis und dem frühen Beginn [127:] der antikommunistischen Maßnahmen zusammen.“ Für diese Beteiligung an der nazideutschen Genozidpolitik macht die Autorin die einjährige sowjetische Besetzung verantwortlich, die den Haß und die Erbitterung der Esten gegen den Kommunismus gespeist habe. Die Esten seien weniger antisemitisch, dafür aber antirussischer und antikommunistischer gewesen. Von den Deutschen hingegen sei der „antisemitische Impetus“ ausgegangen. (260) Wir kennen diese Debatten schon aus dem polnischen Diskurs zu Jedwabne. Die Geschichte des Judenmords in Osteuropa zeigt aber, daß das ideologisch Verbindende der Kollaboration mehr oder weniger der Haß auf das „Jüdisch-Bolschewistische“ gewesen ist, der letztlich jenen Leichenberg von Millionen Juden und Slawen zur Folge hatte.

Die Verfasserin begründet ihre These von der „Zusammenarbeit“ (es fehlt nur noch das Attribut gleichberechtigt) damit, daß die „Übertragung zentraler Funktionen an einheimische Kräfte nirgendwo so weit gediehen (ist) wie in Estland, wo sogar die Stimmungs- und Lageberichte (der estnischen Abteilung III B der deutschen Sicherheitspolizei, K.-H.G.) von Esten verfaßt wurden“. Wer die Forschungsergebnisse über die litauische oder lettische Sicherheitspolizei kennt, meldet Einwände an. Dort gab es ein ähnliches „Strukturmodell“ der Kollaboration. Die Verfasserin führt als weiteren Beweis ihrer These an, daß auch den 10.000 estnischen Schutzpolizisten „Exekutivfunktionen“ übertragen wurden, nämlich bei den Schutzmannschaften im Einzeldienst (in Estland etwa 3.000 Personen). Das war aber kein estnischer „Sonderfall“, denn auch in Litauen und Lettland standen jeweils 9.000 einheimische Gendarmen in den Landgemeinden im Einzeldienst Sie waren nicht „eigenständig“, sondern unterstanden dem jeweiligen deutschen KdO.

Die Ursache für den vermeintlichen estnischen „Sonderfall“ beschreibt Frau Birn so: „Förderlich für eine konziliante Politik war, daß in der rassistischen Sichtweise der Nationalsozialisten die Esten weit oben auf der ‚rassischen Rangleiter‘ standen, also für Kooperation in Frage kamen.“ Aus der Sicht der deutschen Faschisten jedoch war Estland „uralter deutscher Siedlungsraum“ („Peipusland“) und somit künftiger Bestandteil des „Großdeutschen Reiches“. Statt der Zulassung des von den Kollaborateuren erhofften „eigenen Staates“ à la Kroatien oder wenigstens eines estnischen Protektorats kam es zur Eingliederung in das „Reichskommissariat Ostland“. Die Esten galten deshalb vorerst nur als „Hilfsvolk“ für die deutsche Kriegs- und Kolonialpolitik, langfristig aber gehörten sie zum „unerwünschten Volkstum im Osten“. Nur weniger als die Hälfte der Esten wurden als „germanisierungsfähig“ eingestuft. Daran änderte auch die von Birn zitierte Bemerkung Himmlers am 20. September 1941 in Tallinn wenig. Der Führer der SS versprach damals, russische Esten nach Osten auszusiedeln

und an ihrer Stelle Esten „wertvollen Blutes“ anzusiedeln, auch aus den Reihen der kurz vor Kriegsbeginn in das Innere der UdSSR deportierten 11.000 Esten – allerdings erst nach Überprüfung ihrer „Eindeutschungsfähigkeit“. Die Verfasserin widerspricht sich, wenn sie an anderer Stelle belegt, daß es ein generelles Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und Esten gab, das erst unter den Bedingungen der unausweichlichen deutschen [128:] Niederlage 1943 aufgehoben wurde. Es ging der Naziführung strategisch ausschließlich darum, das beachtliche estnische Kollaborationspotential für die deutsche Kriegs-, Ausplünderungs- und Vernichtungspolitik optimal zu nutzen. Demagogische Erklärungen und taktische Kalküle waren Bestandteil deutscher Besatzungsstrategie.

Die Tatsache, daß die meisten deutschen und estnischen Täter der Sicherheitspolizei in den Westzonen und in anderen westlichen Ländern Unterschlupf fanden, ist für die Autorin keine Frage des Gesellschafts- und Rechtssystems oder der Entwicklung im kalten Krieg: „Die Gründe reichen von Verhaftetsein im Nazidenken und Komplizenschaft mit den Tätern bis zu objektiven Problemen, der Gesetzeslage und Sachzwängen auf Grund der Beweislage.“ Sie tröstet aber den Leser damit, daß „viele Täter aus der Sicherheitspolizei sowie die Angehörigen des KdS Reval auf Grund der verschiedenen Stationen ihrer Karrieren in mehr als ein Ermittlungsverfahren verwickelt waren“. „Zumindest ein ungestörter Lebensabend war vielen nicht beschieden.“ (241) Gewiß traf das nicht auf solche führenden Nazis wie Sandberger, Baatz oder Möller zu. In einer Anmerkung belegt die Autorin, daß nach 1945 die beiden KdS Sandberger und Baatz, deren ständiger Vertreter Karl Traut, die Abteilungsleiter Paul Seyler und Gerhard Kortkamp in der Wirtschaft der BRD Unterschlupf fanden. Andere Angehörige des KdS gelangten in den westdeutschen Schuldienst (Georg Fischer), den Polizeidienst (Kurt Geißler, Walter Maisch, Josef Schmidt, Ernst Riesling, Karl Gees) oder sogar in das BKA (Heinrich Bergmann).

Die Autorin muß zugeben, daß von sowjetischen Behörden diejenigen deutschen Angehörigen des KdS und estnischen Helfershelfer, derer sie habhaft werden konnten, verurteilt wurden. Doch deren Verfahren seien nur „ein komplexes Gemisch aus historischer Wahrheit und politischer Verformung“ gewesen und hätten typische Merkmale von Schauprozessen aufgewiesen. (229 f) Problematisch sei auch, daß Angehörige estnischer Schutzmannschafts-Bataillone (viele gingen als deutsche Abwehragenten 1944 bis Anfang der 50er Jahre in den antikommunistischen Untergrund) nach sowjetischem Strafgesetzbuch abgeurteilt wurden. Es sei unerwähnt geblieben, daß ja schon zu Sowjetzeiten Nazitäter vor Gericht gestellt wurden, „während die stalinistischen Täter unantastbar waren“. (266) Die estnischen Schutzpolizisten hätten schließlich unter deutschem Befehl gestanden und wären als estnische Staatsbürger der UdSSR gegenüber zu keinerlei Loyalität verpflichtet gewesen. (232)

Doch auch hinsichtlich der Bestrafung der Kollaborateure im deutschen Besatzungsgebiet Estland traf zu: „Wie der Herr, so’s Gescherr“. Die meisten der estnischen Täter überlebten in den rechtsstaatlichen Demokratien des Westens. Eine neue Stimme im Vergangenheitsdiskurs habe sich, so Birn, nach dem Zusammenbruch der UdSSR wahrnehmen lassen: Die Esten hätten danach gestrebt, die bisherige Darstellung der Geschichte zu korrigieren „und endlich die kommunistischen Verbrechen öffentlich zu benennen“. Man sei auch der Frage nachgegangen, „ob [129:] stalinistische Verbrecher (...) noch zur Rechenschaft gezogen werden konnten“. Das Simon-Wiesenthal-Center aber habe hingegen „eine internationale Kampagne zur Denunziation (sic!) des unabhängigen Estland (geführt), weil keine Nazitäter vor Gericht gestellt worden seien“. (267)

So wichtig der Neuigkeitswert der erschlossenen Tatsachen zur deutschen Sicherheitspolizei und ihrer estnischen Helfershelfer auch sein mag – die Monographie der Historikerin Birn ist wenig hilfreich für die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte des heutigen EU-Mitglieds Estland. Auch der „moralische Zeigefinger“ wurde von der Autorin nicht beiseite gelassen, wie sie eingangs ankündigte. Nur ist der ihre nicht so sehr auf die estnische Kollaborateure, sondern eher auf die Opfer gerichtet. Dabei ist die Schreckensbilanz der deutschen Besatzer und ihrer estnischen Kollaborateure in der kleinen estnischen Sowjetrepublik mit nur einer Million Einwohner ungeheuerlich: Ermordet wurden 61.000 Zivilisten (darunter die Mehrheit der 2.000 im Lande verbliebenen jüdischen Mitbürger sowie Zehntausende hierher verschleppte Juden) und 64.000 sowjetische Kriegsgefangene. 10.000 Menschen befanden sich in Konzentrationslager und über 74.000 Bürger mußten in Nazideutschland Zwangsarbeit

leisten. Verantwortlich dafür ist hauptsächlich das mörderische deutsche Besatzungsregime, vor allem die Befehlshaber der 16. und 18. Armee samt ihrer Militärverwaltung, der Höhere SS- und Polizeiführer Hinrieb Möller, der KdS Estland, Dr. Martin Sandberger, sowie die Zivilverwaltung des Generalkommissars Baron Karl Litzmann samt ihrer Gliederungen in den Gebieten und Kreisen. Beteiligt waren auch jene Wirtschaftsunternehmen, die Estland durch den Einsatz von KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen in den östlichen Ölschiefergebieten und in der Landwirtschaft für deutsche Interessen ausplünderten und Profite machten. Zum Täterkreis der deutschen Kriegs- und Vernichtungspolitik gehören aber auch die estnischen Kollaborateure.

Karl-Heinz Gräfe

WOLFGANG CURILLA: *Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1945*. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien, Zürich 2006, 1041 S., 68 €.

Die Errichtung der faschistischen Herrschaft in Deutschland ist mit der engen Verklammerung von SS und Polizei verbunden. Reichsführer SS Himmler wurde 1936 Chef der Deutschen Polizei mit den Hauptämtern Ordnungspolizei (Orpo) und Sicherheitspolizei (Sipo), die 1939 im Reichssicherheitshauptamt zu einem Terrororgan verschmolzen wurden. Insofern ist es schon erstaunlich, daß bei historischen Untersuchungen über die faschistische Vernichtungspolitik die Rolle der Orpo (Schutzpolizei, Gendarmerie) bis 1989 kaum Beachtung fand, obwohl sie seit der Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei an allen Aggressionen und zahlreichen Vernichtungsaktionen Nazideutschlands in den besetzten Ländern Europas unmittelbar beteiligt war. Das wichtigste Standardwerk zur deutschen Orpo von [130:] Neufeldt/Huck/Tessin (1957) enthält keine Hinweise zur Mittäterschaft vieler Polizeibataillone am Judenmord und anderen Verbrechen. Darüber wissen wir erst genaueres durch die in den 1990er Jahren erschienenen Arbeiten (H. Lichtstein: *Himmlers grüne Helfer*, 1990; Ch. Browning: *Ganz normale Männer*, 1997; F. Wilhelm: *Die Polizei im NS-Staat*, 1997; Wolfgang Koppitzsch: *Hamburger Polizeibataillone*, 1997). Nunmehr hat der 1942 geborene Rechtsanwalt und SPD-Senator für Umwelt, Justiz und Finanzen (1978-1993) der Freien Hansestadt Hamburg Wolfgang Curilla eine gründliche Studie über die Rolle der deutschen Orpo bei der Judenvernichtung im sog. Reichskommissariat Ostland (Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland) vorgelegt. Die wichtigste Grundlage seiner Forschungsarbeit bilden Dokumente und Zeugenaussagen aus weit über 150 Strafverfahren gegen Nazitäter, die in der Bundesrepublik, der DDR und in Österreich geführt wurden. Die Darstellung ist detailliert nach Einheiten und Einsatzgebieten gegliedert.

Waren es zunächst 12.000 deutsche Polizisten, die 1941 mit der Wehrmacht in die UdSSR einfielen, so wuchs deren Zahl bis 1943 auf 310.000 Personen. Sie waren in der Orpo, den Einsatzgruppen der Sipo und des SD, den Sicherungsdivisionen der Rückwärtigen Heeresgebiete eingesetzt oder unterstanden direkt den Höheren Polizei- und SS-Führern (HPSSF) der vier Generalkommissariate „Ostland“. Diese bisher wenig bekannte Problematik behandelt Curilla im grundlegenden Einführungsteil. Die von ihm im Kapitel 28 (825-836) zusammengestellte Mordbilanz ist erschreckend: Es ist davon auszugehen, „daß die deutschen Ordnungspolizeieinheiten an der Ermordung von mehr als der Hälfte aller jüdischen Opfer in der Sowjetunion (deren Zahl wird auf 2,1 Millionen geschätzt, K.-H. G.) beteiligt waren.“ (836) Zum Vergleich: W. Kahl ermittelte, daß deutsche Polizisten in Polen an der Tötung von zwei Millionen polnischen Juden mitgewirkt haben.

Im Hauptteil (700 Seiten) werden die Taten einer großen Zahl von Polizeieinheiten ermittelt. Die ersten drei Abschnitte verfolgen die Mordspuren von neun Polizeibataillonen, der Schutzpolizei-Dienstabteilung Libau (Liepaja, Litauen), der Kommandos der Schutzpolizei Memel und Riga, die vor allem in Lettland mordeten. Der Leser erhält neue Informationen über die mobilen Einsatz- und Sonderkommandos der Einsatzgruppe A (teilweise auch B), der aus ihnen entstandenen Kommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (KdS) sowie über die Besatzungsfunktion der Kommandeure der Ordnungspolizei (KdO) und der Gendarmerie (KdGend) in der baltischen Region. Ersichtlich wird das Ausmaß der Kollaboration in den drei baltischen Staaten, vor allem der hohe Anteil einheimischer Hilfspolizisten an der Ermordung von Juden und Slawen, aber auch an estnischen, lettischen, litauischen Mitbürgern. Wir erfahren Neues über die Ghettoisierung, Zwangsarbeit

und die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den städtischen Ballungszentren wie Vilnius, Kaunas, Siauliai, Riga, Daugavpils und Liepaja, aber auch in den ländlichen Gegenden.

[131:] Die drei nachfolgenden Abschnitte des Hauptteils bieten umfangreiches Material über den Anteil der Orpo an der nazideutschen Genozidpolitik auf dem Territorium der Sowjetrepublik Belorußland („Generalkommissariat Weißruthenien“). Die deutschen Besatzer, unterstützt von belorussischen und russischen, aber auch hier eingesetzten baltischen Kollaborateuren, ermordeten 1,7 der neun Millionen Einwohner der Unionsrepublik, darunter 700.000 sowjetische Kriegsgefangene und 550.000 Juden. Aus Curillas Recherchen geht hervor, daß die in dieser weiträumigen Region eingesetzten mehr als 20 deutschen Polizeibataillone an der Tötung von mindestens 300.000 Juden beteiligt waren. In einem Extraabschnitt untersucht der Autor die Rolle der Orpo bei der Bekämpfung der Partisanen. Dabei wurden jüdische Bürger sowie Russen und Belorussen getötet und ganze Ortschaften ausgelöscht.

Im Unterschied zu den Kollaborateuren gab es nicht wenige Einheimische, die sich mit der Besetzung und Ausplünderung ihrer Länder durch die deutschen Faschisten nicht abfanden. Die antifaschistische Bewegung in Belorußland erreichte den größten Umfang im „Reichskommissariat Ostland“. Von August bis Dezember 1941 wuchs hier die Zahl der Partisanen von 12.000 auf 30.000 Mann. 1943 beherrschten die über 100.000 Freiheitskämpfer 60 Prozent des Territoriums der Unionsrepublik. Elf Prozent von ihnen waren ehemalige Rotarmisten, 40 Prozent Bauern, 17 Prozent Arbeiter und 20 Prozent zählten zur Intelligenz. Die Besatzer und ihre Helfershelfer töteten 50.000 Partisanen. Curilla rekonstruiert auf der Grundlage bisheriger Forschungen und der von ihm durchgesehenen Gerichtsakten Dutzende Strafaktionen der deutschen Okkupanten gegen Partisanen, an denen Polizeiregimenter und -bataillone beteiligt waren. Er stellt fest, daß die Partisanenbekämpfung in der Tätigkeit der Orpo „einen zeitlich und zahlenmäßig ungeheuren Umfang“ einnahm. (744)

Spätestens seit 1942 wurde in der Naziführung über die Beseitigung der Spuren ihrer Verbrechen nachgedacht. Mit dieser Aktion wurde Paul Blobel, der Führer des SK 4a (Einsatzgruppe C), beauftragt. Er ließ 1942/43 ein technisches Verfahren zur spurlosen Beseitigung von Leichen in Massengräbern entwickeln. Als im Februar 1943 die sowjetische Führung die Weltöffentlichkeit über Massengräber bei Rostow informierte, organisierte Blobel an allen drei Frontabschnitten die streng geheimen Sonderkommandos (Sk 1005). Diese unterstanden den jeweiligen KdS. Jedes Mordkommando bestand aus Zügen der deutschen Schutzpolizei. Für die Exhumierung und Verbrennung der Leichen wurden Juden und Zwangsarbeiter eingesetzt, die am Schluß der Arbeiten erschossen oder mit Gas erstickt wurden. Blobel wurde 1948 im Fall 9 verurteilt und 1951 in Landsberg hingerichtet. Die Verbrechen der Sk 1005 waren Gegenstand eines Verfahrens der Staatsanwaltschaft Hamburg sowie von Urteilen der Landesgerichte Koblenz, Hamburg und Stuttgart zwischen 1963 und 1971. Auf dieser Grundlage bringt Curilla neue Informationen und Zusammenhänge über die sog. Enterdungsaktionen 1943/44 an den großen Mordstätten bei Kiew (Babij Jar), Kaunas (Fort IX), Vilnius (Paneriai) und Riga (Bickernicker Wald, Rumbula), aber auch an weniger bekannten Orten.

[132:] Damit nicht der „unzutreffende Eindruck entsteht, daß Ordnungspolizisten die alleinigen Täter bei der Judenvernichtung waren“ (839), gibt Curilla im abschließenden Teil des Buches einen Überblick über Täter anderer Institutionen, von denen die Initiativen und Befehle zum Judenmord direkt ausgingen – die Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Nord und Ostland, Rußland-Mitte, Rußland-Süd und Ukraine, die deutsche Zivilverwaltung (General- und Gebietskommissare), die Wehrmacht, die Waffen-SS, das lettische Arajs-Kommando und andere mehr. Diese Übersicht ist leider nicht systematisch, sie folgt nur den vorhandenen Quellen aus einer Reihe von gerichtlichen und staatsanwaltlichen Entscheidungen.

Abschließend wirft Curilla die Frage auf: Waren die deutschen Polizisten „ganz normale Männer“ (Browning) und „ganz gewöhnliche Deutsche“ (Goldhagen) oder „Weltanschauungskrieger“? Er kommt m. E. zu einem ausgewogenen Urteil: „Gruppendruck, Gewöhnung, Gehorsam, Karrieredenken, Indoktrination, Radikalisierung des Feindbildes und Brutalisierung führten dazu, daß weit über 20.000 deutsche Ordnungspolizisten verbrecherische Befehle ausführten. Auch wenn viele das

Unrecht erkannt haben mögen, das sie begingen, so brachten doch nur wenige den Mut auf, die Beteiligung zu verweigern oder sich ihr wenigstens zu entziehen.“ (941 f.)

Ein überwiegender Teil der Täter konnte sich der Verfolgung entziehen, oder die westdeutsche Justiz und Politik sahen großzügig von einer Bestrafung ab. Der Rechtsstaat BRD vertrat in seiner Entwicklung seit 1949 eben bestimmte Interessen zu bestimmten Zeiten. Sicher kann man darüber streiten, ob eine Zeitstrafe eine angemessene Sühne darstellt. Aber eine Gesellschaft, die in dieser Richtung nicht Zeichen setzt und vieles mit „Befehlsnotstand“ abmilderte oder gar Verbrechen über Jahrzehnte nicht aufdeckte (wie im Falle der deutschen Ordnungspolizei), hat bei der Aufarbeitung der Verbrechen des deutschen Faschismus vielfach versagt.

Die Art der Präsentation und mehrere präzise Register lassen das Buch zu einem hochinformativen Handbuch und Nachschlagewerk werden.

Karl-Heinz Gräfe

DIETER SCHENK: *Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur*, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2006. 486 S., 19 Euro.

Am 17. Januar 1945 befreite die Rote Armee Warschau und am 18./19. Januar Krakau und Łódź von der deutschen Okkupationsherrschaft. Der von Hitler eingesetzte und auf dem Wawel in Krakau residierende „Generalgouverneur“ Hans Frank hatte am 17. Januar die Räumung der Stadt von deutschen Zivilisten angeordnet und war selbst mit zwei Wagenkolonnen aus der Stadt geflohen. In den Wagen saßen die Mitglieder der „Regierung des Generalgouvernements“ unter Staatssekretär Josef Bühler, die Hauptabteilungsleiter und andere hohe Beamte, der Troß war mit Akten, Kunstwerken, Pelzen und sonstiger Beute beladen. Frank führte die dreizehn Bände [133:] seines Dienstagebuchs mit und auch die „Die Dame mit dem Hermelin“ von Leonardo da Vinci. Als er im Mai auf seinem „Schoberhof“ in Bayern von US-amerikanischer Militärpolizei verhaftet wurde, übergab er sein Tagebuch den Amerikanern. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß zählte es zu den Dokumenten der Anklage. Gegen keinen anderen Angeklagten lagen so überzeugende Beweise seiner Schuld aus eigener Feder vor wie gegen Frank. Er war auch der einzige von 22 Angeklagten, der sich schuldig bekannte. Sein Schuldbekennnis aber wirkte inszeniert und heuchlerisch ebenso wie seine Flucht in die katholische Religion.

Dieter Schenk, ein ehemaliger Kriminalist des BKA,<sup>2</sup> hat mit diesem Buch bereits seine zweite Biographie von Nazistatthaltern im besetzten Polen geschrieben. Die erste über „Hitlers Mann in Danzig. Gauleiter Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen“ erschien im Jahr 2000. Schenk dokumentierte darin auch, wie der westdeutsche Nachfolgestaat des „Dritten Reiches“ die Mörder aus dem „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ schützte und die Opfer verhöhnzte, wie seine Juristen die Verbrechen deckten und die Verbrechen verschleierten.<sup>3</sup> 1995 war Schenks Buch „Die Post in Danzig“ erschienen, in dem er den Justizmord an den 38 überlebenden Verteidigern der polnischen Post in Danzig am 1. September 1939 sowie die Nachkriegskarrieren der beiden hauptbeteiligten Juristen in der Bundesrepublik dokumentierte. Sein hartnäckiger Kampf gegen die Perpetuierung dieses Unrechts durch bundesdeutsche Gerichte war in diesem Fall von Erfolg gekrönt, die Bundesrepublik muß den Angehörigen der Ermordeten eine Rente zahlen.

Mit Frank hat sich Schenk nun einen Juristen gewählt, der als Student schon 1923 am Marsch zur Feldherrnhalle teilgenommen hatte und seit Ende der 1920er Jahre Hitlers persönlicher, sehr erfolgreicher Anwalt in mehreren Prozessen wurde, dazu Leiter des Reichsrechtsamtes der NSDAP und des NS-Juristenbundes. Frank erreichte u. a., daß das Leipziger Reichsgericht 1930 im Reichswehrprozeß Hitler als Zeugen vorlud und ihm Gelegenheit zu seinem berüchtigten Legalitätseid gab.

---

<sup>2</sup> Dieter Schenk: *Auf dem rechten Auge blind: Die braunen Wurzeln des BKA*, Frankfurt/M. 2001; *Der Chef. Horst Herold und das BKA*, Frankfurt/M 1998.

<sup>3</sup> Dieter Schenk: *Hitlers Mann in Danzig. Gauleiter Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen*, Frankfurt/M. 2000 (Vgl. die Rezension in *Bulletin* 15, Berlin 2000).

Schenk beschreibt, wie Frank den Stil der SA-Terroristen in die Gerichtssäle einführte, dabei hochintelligent war, – in Nürnberg bescheinigten ihm US-amerikanische Gerichtspsychologen einen der höchsten IQ – musikalisch und kulturell gebildet und äußerst interessiert. Schenk tut sich etwas schwer damit, zu verbinden, wie dieser arrogante Jurist und „Kulturmensch“, der luxus- und repräsentationsgierig und bedenkenlos korrupt war, in dem Moment, wo er wirkliche Macht hatte, eine exzessiv blutrünstige Sprache führte und eine mörderische politische Praxis befahl.

Nach dem 30. Januar 1933 avancierte Frank zum Justizminister, nicht im Reich, das blieb der deutsche Franz Gürtner, aber in Bayern. Als Reichskommissar für [134:] die Gleichschaltung der Justiz sorgte er zugleich dafür, daß die Länderjustizminister überflüssig wurden. 1933 ernannte Hitler Frank zum Reichsleiter der NSDAP, außerdem sammelte Frank repräsentative Posten, er war ab 1934 Reichsminister ohne Portefeuille, Präsident einer Akademie für Deutsches Recht, doch wirkliche Macht hatte er nicht. Angesichts der hündischen Unterwürfigkeit der deutschen Justiz brauchte Hitler keinen Anwalt mehr und auch keine Rechtsreform, die seiner Willkür Schranken gesetzt hätte. Insofern trifft der Titel „Hitlers Kronjurist“ die Sache nicht wirklich.

Als bayrischer Justizminister war Frank 1933 und 1934 von Amts wegen mit Himmler und Hitler konfrontiert, weil er es für erforderlich hielt, dem Terror und den Morden ein rechtliches Mäntelchen umzuhängen. So wollte er einige spektakuläre Morde in Dachau von der Justiz untersuchen lassen, gab diese Absicht aber schnell wieder auf. Als Hitler die in München versammelten SA-Führer am 30. Juni 1934 hatte verhaften und in das Gefängnis Stadelheim bringen ließ, unterstanden sie dort der Jurisdiktion des bayrischen Justizministers. Dieser war nicht nur „Reichsrechtführer“, sondern auch SA-Gruppenführer und er verweigerte seinem „Führer“, die Gefangenen zur Erschießung ohne jedes Urteil herauszugeben. Hitler ließ sich davon nicht abhalten, und Frank forderte schließlich keine Urteile, sondern bloß noch eine Namensliste der zu Erschießenden von Hitler. Schenks Schilderung, wie Frank sich am 30. Juni 1934 in München-Stadelheim verhielt, als er angeblich das Leben vieler SA-Führer vor Hitlers Mordbefehlen rettete, ist instruktiv, und zugleich ein Vorgriff auf spätere Konflikte mit der erpressenden SS-Führung. In Wirklichkeit war Frank feige, er wollte dem Mordterror nur ein juristisches Feigenblatt verpassen.

Den Hauptteil der Biographie nimmt Franks Wirken als „Generalgouverneur“ im besetzten Polen ein. Als höchster Repräsentant der Besatzungsmacht war er für alle dort verübten Untaten gegen das polnische Volk verantwortlich, von der Massendeportation zur Zwangsarbeit über Massenexekutionen bis hin zum Völkermord, egal ob er die Verbrechen befohlen hatte oder seine Machtkonkurrenten von der SS und der Polizei. Das Internationale Militärtribunal verurteilte ihn zu Recht zum Tode durch den Strang. Schenk zeichnet die persönliche Schuld von Frank nach und versucht, ein Charakterbild dieses Faschisten zu zeichnen. Frank hatte, schreibt er, „den Völkermord an den Juden zu seiner eigenen Sache gemacht“.

War es eine besondere Infamie Hitlers oder eine Ironie der Geschichte? An der Spitze der deutschen Okkupationsherrschaft in Polen standen lauter Juristen. Der als Generalgouverneur eingesetzte Frank berief seine Mitarbeiter vornehmlich aus der Akademie für Deutsches Recht zu Ministern und Distriktgouverneuren, gerade weil diese Besatzungspolitik keiner rechtlichen Regulierung unterliegen sollte.

Bald nach Franks Einsetzung als „Generalgouverneur“ kursierte in Nazikreisen das Wort: „Im Westen liegt Frankreich, im Osten wird Frank reich“. Das „Ausmaß der Korruption des Generalgouverneurs war so unverschämt, sein ausbeutenscher Lebensstil so auffällig, daß sein Lebenswandel in aller Munde war und seinen Ruf total untergrub“. Der Biograph wird nicht müde, Franks Prunk- und Bereicherungssucht en détail bloßzulegen. Ein besonderes Objekt der Begierde waren Pelze, Frank richtete aus beschlagnahmten Beständen ein Lager, angeblich für Repräsentationszwecke, ein. Seinen Salonwagen und Lkw-Transporte schickte er mehrfach mit geraubten Lebens- und Genußmitteln auf seinen privaten „Schoberhof“ in Bayern. Schenk kann sich hier auf Angaben des Höheren SS- und Polizeiführers im „Generalgouvernement“ Krüger stützen. Dieser ließ über Franks Korruption genauestens Buch führen, einschließlich der persönlichen Bereicherung seiner Frau und seiner Freunde, Angaben, mit denen die Kamarilla Himmler, Bormann und Lammers Frank erpreßte: Zwar

gelang es diesen in zwei Anläufen nicht, Frank absetzen zu lassen, da Hitler und Goebbels durchaus sahen, daß jeder Nachfolger bei diesem „Teufelswerk“, bei dem jeder neue Terror neuen Widerstand hervorrief, kaum mehr Erfolg haben werde, doch wurde Franks Position entscheidend geschwächt.

Hitlers Kronjurist ist Frank nie geworden. Als nach dem Tode von Justizminister Gürtner dessen Nachfolge fällig wurde, suchte Frank sich öffentlich als Interessenvertreter der Nazijuristen zu profilieren, indem er sich 1942 in vier Universitätsreden gegen die öffentliche Herabsetzung der Justiz durch die SS und gegen ihre Kompetenzbeschneidung durch die SS- und Polizeiführung aussprach. Daraufhin enthob ihn Hitler aller NSDAP-Funktionen und erteilte ihm Redeverbot. Beim fälligen Revirement in der Führung des Reichsjustizministeriums wurden Otto-Georg Thierack zum Minister und der bisherige Staatssekretär Roland Freisler zum Präsidenten des „Volksgerichtshofs“ berufen.

Frank dagegen blieb „Generalgouverneur“ und damit oberster Henker des polnischen Volkes, sein Rücktrittsgesuch lehnte Hitler ab. Und Frank, dessen wirkliche Macht im „Generalgouvernement“ längst ausgehöhlt bzw. an die installierte Nebenregierung der SS- und Polizei übergegangen war, gab sich verbal besonders blutrünstig. Schenk zitiert mit Vorliebe solche Sätze, hinter denen keine wirkliche Macht mehr stand. Auch Franks spätere Vorschläge für eine flexiblere Okkupationspolitik in Polen wurden 1943 von Hitler und 1944 vom Reichssicherheitshauptamt abgelehnt.

Schinks juristische Genauigkeit und seine kriminalistische Erfahrung erwiesen sich für die Forster-Biographie von Vorteil. Leider ging ihm in seiner zweiten Biographie jene kriminalpsychologische Souveränität weitgehend verloren, er hat weder die Persönlichkeit von Hans Frank in ihrer komplizierten Widersprüchlichkeit noch die Widersprüche der deutschen Okkupationspolitik gegenüber Polen gemeistert. Schenk bekennt, sich in die mentalen Widersprüche Franks nicht einfühlen zu können, dennoch geht sein Bestreben dahin, dessen Verbrechen aus Großmannssucht und Feigheit, dessen bestialische politische Brutalität aus Bereicherungsgier und Korruption psychoanalytisch erklären zu wollen.

[136:] Doch die von Frank verfochtene Politik, ob als „Reichsrechtführer“ oder Generalgouverneur, erklärt sich nicht aus dessen mentalen Widersprüchen. Um die Rolle Franks bei den von ihm zu verantwortenden Verbrechen am polnischen Volk zu begreifen, müssen die Ziele und Bedingungen, die Widersprüche und Wandlungen der deutschen Okkupationspolitik analysiert werden, und das tut der Biograph nicht. Er behandelt von der Ausbeutung bis zur Ausrottung zahlreiche Verbrechen dieser Politik und liebt es, besonders blutrünstige Äußerungen des Generalgouverneurs zu zitieren, als ob Franks Verbrechen seinem Charakter entsprungen wären. Die moralische Empörung des Biographen über diesen „Kulturmenschen“ hat die Übermacht über das Begreifenwollen. Nicht nur die eigenen Widersprüche Franks, auch die zwischen ihm und der SS- und Polizeiführung über die Prioritäten der Okkupationspolitik resultierten letzten Endes nicht aus persönlichen Animositäten, die gab es auch, sondern aus den Widersprüchen in den Zielen der Okkupanten, die ihre jeweilige Verkörperung in diesen Ressortvertretern fanden.

Eine Frank-Biographie ist ohne Analyse der Ziele der Okkupanten, ihrer inneren Widersprüche und vor allem ihrer Veränderungen im Kriegsverlauf nicht zu schreiben. Leider untersucht Schenk nicht, welche Veränderungen in den Prioritäten der Okkupationspolitik die SS- und Polizeiführung durchsetzen wollte und tatsächlich durchsetzte. In diesen Auseinandersetzungen ging es natürlich nicht um die „Korruption Franks“ oder die „Unbestechlichkeit Himmlers“, nicht um persönliche oder mentale Gegensätze, sondern handfest um die Macht, den Stellenwert der verschiedenen Ziele der Okkupationspolitik zu verändern, z. B. Ausbeutung der polnischen Ressourcen oder deren Zerstörung, Sicherung der Ablieferungskontingente polnischer Bauern oder deren Vertreibung, Sicherung der Transportwege zur Ostfront oder sofortige deutsche Besiedlung. Derartige Analysen unterläßt der Biograph und beschränkt sich weitgehend auf Moral und Psychoanalyse. Frühkindliche Sexualität und verschleierte homosexuelle Neigungen hin oder her, Franks mentale Widersprüche sind daraus ebenso wenig zu erklären wie die Widersprüche und Wandlungen der deutschen Okkupationspolitik in Polen und damit ihrer Exponenten. Wenn Hans Franks Sohn Niklas es für nötig befand, seinen Ekel vor diesem Vater öffentlich auskotzen zu müssen<sup>4</sup>, muß ein Biograph ihm darin nicht unbedingt folgen.

---

<sup>4</sup> Vgl. Niklas Frank: Der Vater. Eine Abrechnung, München 1987.

Schenk stützt seine Biographie hauptsächlich auf die Akten des Nürnberger Prozesses, des polnischen Prozesses gegen Franks Stellvertreter Bühler und familiäre Quellen. Demgegenüber bleibt die herangezogene wissenschaftliche Literatur gering, sie ist auf westdeutsche Titel beschränkt, Werke von DDR-Historikern kennt Schenk nicht, und von der umfangreichen polnischen Literatur kommen nur wenige, in deutscher Sprache erschienene Arbeiten vor. Einige antikommunistische Spekulationen haben mit dem Gegenstand nichts zu tun.

[137:] Leider enthält der Band auch elementare sachliche und zeitliche Fehler. So schreibt der Autor, das „Generalgouvernement“ war so groß wie Belgien, tatsächlich war es fünfmal so groß.

Werner Röhr

HERMANN KAIENBURG: *Der Militär- und Wirtschaftskomplex der SS im KZ-Standort Sachsenhausen-Oranienburg. Schnittpunkt von KZ-System, Waffen-SS und Judenmord*. Metropol Verlag, Berlin 2006, 428 S., 24 €

Der Hamburger Historiker Hermann Kaienburg, der sich mit zahlreichen Studien zur Geschichte der Konzentrationslager und zu den wirtschaftlichen Bestrebungen der SS auf diesem Forschungsgebiet verdient gemacht hat<sup>5</sup>, legt einen weiteren Baustein zu einer künftigen Gesamtgeschichte der SS vor. Seine Regionalstudie setzt einen anderen Akzent als etwa jüngste Arbeiten zu Dachau und Buchenwald.<sup>6</sup> Sie fragt nicht vorrangig nach den Beziehungen zwischen dem Konzentrationslager und den regionalen zivilen, staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen und der ortsansässigen Bevölkerung, sondern der Autor versucht, systematisch die Interessen und Motive der SS auszuleuchten, die am Standort Oranienburg zusammen mit der Errichtung des Konzentrationslagers Sachsenhausen auch eine Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen, Abteilungen und militärischen Verbände ansiedelten. Viele dieser Strukturen sind in der wissenschaftlichen Literatur bis dato noch nicht ins Blickfeld geraten.

So will die Studie beispielhaft untersuchen, „wie die verschiedenartigen SS-Bereiche-KZ-System, Waffen-SS, SS-Wirtschaft und andere – hier zusammenwirkten. Gab es gemeinsame Tätigkeitsfelder der verschiedenen SS-Instanzen? Stand die organisatorische Zersplitterung einer effizienten Bewältigung der Aufgaben im Wege oder nicht? War der KZ-Standort als Ganzes ein Organisationskern der Gewalt oder nur eine lose Ansammlung von Einrichtungen der in Berlin ansässigen SS-Hauptämter?“ (26).

Im ersten Kapitel behandelt Kaienburg einzelne Teilbereiche der Geschichte der SS, sofern diese für die Entwicklung des Oranienburger Standorts relevant waren. Er beginnt mit dem Verweis auf die Vorbildfunktion des Dachauer Lagers und der Rolle des Dachauer Lagerkommandanten Theodor Eicke und widmet sich dann ausführlich der verdeckten Aufrüstung „im Schatten der Konzentrationslager“ durch einen stetigen und systematischen Aufbau der Todeskopfverbände (TV). Gerade „das eigenartige Spannungsverhältnis der Lager zu den TV“ war bislang nicht erforscht, wie auch zu den Todeskopfverbänden keine hinreichenden Studien vor-[138:]liegen. (37) Vielfach gelten diese Verbände als bloße Zusammenfassung der Wachmannschaften der Lager. So sei die schon flühzeitige Ausrichtung der TV als innenpolitische Einsatzgruppe in der Literatur unterschätzt bzw. nicht wahrgenommen worden. Dabei arbeitete Eicke von Anbeginn an der Aufstellung eigener militärischer SS-Verbände zusätzlich zu der offiziellen, von der Reichswehr gebilligten und ausgebildeten SS-Verfügungstruppe. Kaienburg belegt dies nicht zuletzt mittels eines Vergleichs mit den Häftlingszahlen, woraus deutlich wird, daß die Personenstärke der Todeskopfverbände unabhängig von der Anzahl der Häftlinge stieg, selbst in Zeiten, in denen die Häftlingszahlen deutlich zurückgingen. (Tabelle S. 51). Die Todeskopfverbände wurden schrittweise von den KZ-Lagern verselbständigt und sukzessive verstärkt. 1939/40 wurden die Todeskopfverbände, die von September 1939 in Polen eingesetzt

<sup>5</sup> Vgl. zuletzt die Habilitationsschrift: *Die Wirtschaft der SS*. Berlin 2003. Vgl. auch die kritische Besprechung von Werner Röhr in *Bulletin* 23 (2004).

<sup>6</sup> Sybille Steinbacher: *Dachau. Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit Die Untersuchung einer Nachbarschaft*. Frankfurt/Main u. a. 1994; Jens Schley: *Nachbar Buchenwald: Die Stadt Weimar und ihr Konzentrationslager 1937-1945*. Köln u. a. 1999.

waren und dort furchtbare Massenverbrechen vor allem an jüdischen Einwohnern verübten, grundlegend umstrukturiert.

Einen weiteren für sein Thema wichtigen Exkurs widmet Kaienburg der Entwicklung der SS-Wirtschaft. Nach der Skizzierung der „Anfänge der SS-Präsenz“ in Oranienburg (107-117) zeichnet der Verfasser die Geschichte des KZ-Sachsenhausen nach (118-128). Auf den folgenden knapp 70 Seiten wird dann die Entwicklung des KZ-Standortes bis 1939 geschildert. Die Planungen zur Errichtung eines großen Konzentrationslagers in der Nähe der Reichshauptstadt nahmen 1936 mit der Wahl Oranienburgs konkrete Gestalt an. Dafür wurden die ursprünglichen Pläne zur Erweiterung des KZ Esterwegen fallengelassen. Ab März 1939 verhandelte die SS mit der Preußischen Forstverwaltung über entsprechende Liegenschaften. Kaienburg beschreibt die sich wandelnden Planungen und die unterschiedlichen Bauprojekte im Häftlingslager wie im umgebenden SS-Gelände.

Weitere Kapitel informieren über die Entwicklung der Todeskopfvverbände und der SS-Wirtschaftsbetriebe im Standort Sachsenhausen-Oranienburg bis 1939. Der Verfasser zeigt die vielfältige Verschränkung beider Bereiche auf: „Das Doppelimperium aus Konzentrationslagern und Elitetruppe bildete einen effizienten, durch funktionale Verbindungsstrukturen organisatorisch und wirtschaftlich fundierten Organisationskern der Gewalt, die aus Sicht der SS vor allem zwei Zielen diente: der Bekämpfung der ‚Feinde im Innern‘ und der Niederhaltung der Feinde in den besetzten Gebieten. Ihre Verknüpfung bot überdies aus SS-Sicht den Vorteil, daß man erstere zwingen konnte, sich durch Arbeitsleistungen an der Bekämpfung der äußeren Feinde zu beteiligen.“ (198)

Der anschließende Teil zeichnet die Entwicklung des Standorts „zum multifunktionalen Militär- und Wirtschaftskomplex während des zweiten Weltkrieges nach. Kaienburg beleuchtet die örtlichen Machtstrukturen, die weitere Bautätigkeit und schließlich die Präsenz von Verbänden der Waffen-SS und ihrer Versorgungseinrichtungen am Standort. Sehr ausführlich geht er der Entwicklung und der Aufgabenstellung zahlreicher Gliederungen nach. Daran schließt sich eine vergleichbar akribische Beschreibung der Tätigkeiten der zum Wirtschaftsverwaltungshauptamt [139:] der SS gehörenden Wirtschaftsunternehmen und Materiallager sowie weiterer SS-Instanzen am Standort an. In seinem letzten Hauptkapitel faßt Kaienburg seine Ergebnisse zusammen und analysiert die unterschiedlichen Hauptbereiche (Militärische Verbände, KZ, Wirtschaftsbetriebe), ihre formale Unterstellung, ihre jeweilige Expansion, das Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz usw.

Die Ergebnisse werden in einem knappen Resümee nochmals zusammengeführt. So war die Entwicklung des KZ-Standorts weder von langer Hand geplant noch bloßes Ergebnis pragmatischer Erwägungen. Trotz unterschiedlicher Unterstellungsverhältnisse, wechselnder Kompetenzen und der unübersichtlichen Struktur des örtlichen SS-Archipels – so der überraschende Befund – waren „die beteiligten SS-Dienststellen im wesentlichen in der Lage, ihre Interessen untereinander abzustimmen, Konflikte im angemessenen Rahmen auszutragen und insgesamt gesehen effektiv zu kooperieren“. (399) Der KZ-Standort Oranienburg war Schnittpunkt von Vorgängen ganz verschiedener Art. „Konzentrationslager und Truppeneinrichtungen der Waffen-SS gingen vielfältige Verbindungen ein. Mehrere Einrichtungen waren in den Judenmord involviert. Andere dienten der Gestapo und dem SD für verschiedene Zwecke, weitere noch anderen Institutionen. Viele kamen nachweislich auf Initiative und Anweisung der SS-Führung zustande. Die Entwicklung ist also nicht aus sich heraus verständlich. Sie muß als Bestandteil der Geschichte der Gesamt-SS betrachtet werden.“ (400-401)

Das wohl wichtigste Ergebnis dieser Studie ist der eindeutige Beleg, daß auch in der Kriegszeit die SS nicht völlig in unabhängig voneinander agierende Teile zerfiel, sondern organisatorisch verbunden und dem Weltbild des SS-Korps verpflichtet blieb. Auch die Ineinanderverschränktheit von KZ-System und Waffen-SS wird deutlich herausgearbeitet, so daß die Mär von der Waffen-SS als bloße kämpfende Truppe ein weiteres Mal widerlegt ist. (401)

Kaienburg hat ein spannendes Buch geschrieben. Wie stets bei seinen Arbeiten ist die Darstellung sehr detailliert und es werden viele einzelne Begebenheiten ausführlich mitgeteilt. Neben dem analytischen Zugriff sieht der Rezensent gerade die Detailversessenheit der Studie als ihre Stärke an.

Christoph Kopke

ALEXANDRA KLEI: *Gestalt der Erinnerung. Gedenkstätten an Orten ehemaliger Außenlager des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück*. Metropol Verlag, Berlin 2006, 222 S., 19 €.

Die Erforschung der ehemaligen Außenlager, die den großen Konzentrationslagern zugeordnet waren und sich über das gesamte einstige Reichsgebiet erstreckten, erfuhr in den 1990er Jahren einen mächtigen Auftrieb. Woher das Interesse rührte und welchen Zwecken es dient, ist noch nicht vollständig überschaubar. Sicher aber ist, daß die vorrangig von außen in Gang gebrachte Debatte über die Zwangsarbeit und die späte und symbolische Entschädigung der zu ihr gezwungenen Menschen [140:] dieses Interesse befördert hat. Dabei konnte auf vorhandenes Wissen zurückgegriffen werden. Forschungen, die in der DDR betrieben wurden und die Errichtung von Gedenksteinen an Orten solcher Außenlager lassen es nicht zu, schlechthin von „vergessenen Lagern“ zu sprechen. Der Umgang mit diesen Stätten vor und nach 1989 widerspiegelt in eigener Weise zum einen die offizielle Politik des Staates und zum anderen die Haltung der Menschen vor Ort zur Geschichte von Faschismus und Krieg.

Alexandra Klei studierte an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus Architektur und fertigte dort ihre Diplomarbeit zum Umgang mit der Geschichte ehemaliger Außenlager des KZ Ravensbrück in Deutschland an, wobei ihr spezieller Anspruch darin besteht, unter ästhetischen und räumlichen Aspekten zu untersuchen, „an welchem Ort mit welchen Mitteln der Außenlager gedacht wird“. Sie präsentiert erstmals die Geschichte einzelner Außenlager des KZ Ravensbrück verbunden mit der fotografischen Dokumentation ihrer Lage, ihres Zustandes und der Formen der Erinnerung. Dabei konnte die Autorin auf umfangreiche Forschungsergebnisse aus Projekten der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten sowie der Gedenkstätten Buchenwald und Flossenbürg zurückgreifen. Sie stützt sich des Weiteren auf eine Dokumentation über die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Band II, die 1999 von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wurde. Ortsbesichtigungen, Gespräche mit Heimatforschern, deren Veröffentlichungen sowie Kontakte zu Vertretern der Kommunen und Einzelpersonen bildeten weitere Voraussetzungen ihres Unternehmens, das Vorstellungen von den Stätten des Leidens von Tausenden Männern und Frauen ebenso vermittelt wie von deren Topographie und der ihnen geltenden Gedenkkultur.

Die vielen Informationen, die der Band über die Beschaffenheit der Stätten der einstigen Lager und der auf ihrem Gelände oder in deren Nachbarschaft errichteten Denkmale gibt, kontrastieren mit dem Fehlen jedes erkennbarem Interesses an einem eingreifenden Verhalten. Weder werden die Initiatoren von Gedenkstätten, deren Errichtung oder Modernisierung beim Namen genannt, noch eine Kritik an Adressen gerichtet, die für Vergessen und Verdrängen verantwortlich zu machen wären. Gerade der Vorsatz der Autorin, nicht alle politischen oder gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Errichtung oder Gestaltung der vielen Gedenkort in ihren Facetten darstellen zu wollen, verursachte einen Verlust an faktischer und historiographischer Substanz. Die Dokumentation bringt deshalb wenig Neues, und entsprechend farblos ist das Fazit der Verfasserin.

Da die Außenlager des KZ Ravensbrück in ihrer übergroßen Zahl auf dem späteren Territorium der DDR lagen, bot sich eine „ostdeutsche“ Bilanz des Umgangs mit ihnen bis zum Jahre 1990 an, die von jener für die folgenden Jahre wohl abgegrenzt werden müßte. Statt dessen bietet die Autorin eine durchgehende, diesen Einschnitt nicht hinreichend berücksichtigende Behandlung des Themas an. Die Wertung der Formen des Erinnerns und des Gedenkens an die ehemaligen Außenlager bleibt so [141:] zumeist ohne Bezug zu den jeweiligen makro- und mikrosozialen Verhältnissen. Die hätten in den Blick kommen können, wären beispielsweise die Bemühungen und Initiativen von Ortschronisten und Kommunen für die Außenlagerstandorte Genthin und Belzig exakt analysiert worden. Gleiches gilt im Hinblick auf die unterlassenen Vergleiche, die zwischen Ost und West in den Zeiten der Zweistaatlichkeit nahelagen. Sie konnten sich angesichts des Ziels der Arbeit und der Möglichkeiten der Autorin gewiß nicht auf eigene Forschungen in den alten Bundesländern stützen, doch war ein Zugriff auf die auch da reichlich verfügbare Literatur möglich. Zweifellos würde die Arbeit auch gewonnen haben, wenn die Autorin einige der letzten noch lebenden Häftlinge nach ihrer Bewertung der Denkmale, Gedenkstätten und den Inhalten und Methoden des Erinnerns seit 1945 befragt hätte.

Die Verfasserin fordert zwar, die Gedenkstätten zu erweitern und zu erneuern, wozu auch ihre Urteile anregen sollen, doch im permanenten Widerspruch dazu drückt sie ihre Überzeugung aus, diese Orte würden über kurz oder lang zum Relikt werden.

Erika Schwarz

KURT PÄTZOLD: *Im Rückspiegel: Nürnberg. Der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/46*. PapyRossa Verlag, Köln 2006, 254 S., 16,90 €.

Zum 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus wurde in deutschen Medien eine „Erinnerungsschlacht“ inszeniert, um diese Befreiung zu leugnen, herabzumindern, zu verfälschen und umzuwerten. Zum 60. Jahrestag der Urteile des Internationalen Militärgerichtshofs über die in Nürnberg angeklagten Hauptkriegsverbrecher waren dieselben Medien und ihre Kopflanger sichtlich bemüht, das Ereignis zu verschweigen und zu übergehen. Schließlich waren die deutschen Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg nicht nur angeklagt und verurteilt, sondern durch erdrückende Beweise überführt worden, einen Angriffskrieg geplant, geführt und unerhörte Verbrechen gegen die Völker begangen zu haben. Angesichts der nicht zu widerlegenden Beweislast und auch der gegenüber diesen Angeklagten nicht erwarteten fairen Prozeßführung fiel es schwer, aus den Angeklagten nachträglich Märtyrer zu machen. Hinzu kommt, daß heute niemand die Nürnberger Rechtsprinzipien erörtern kann, ohne an deren Anwendung auf die Angriffskriege der USA in der Gegenwart zu denken.

Kurt Pätzolds populär gehaltener Abriß der Voraussetzungen, des Verlaufs und der Ergebnisse des Verfahrens zielt darauf, dieses Schweigen zu unterlaufen und zu durchbrechen. Besonderes Gewicht legt er auf das Verdienst der Ankläger, die mit ihren Stäben in kurzer Zeit Berge von Dokumenten sichteteten und eine ungeheure Beweislast auftürmten. Dieses Verdienst gilt nicht nur im juristischen Sinne, sondern gleichermaßen im geschichtswissenschaftlichen. Da sowohl der Verlauf des Prozesses als auch die Beweisdokumente von den Alliierten in 42 Bänden in vier Sprachen publiziert wurden, bilden sie eine unhintergehbare und längst nicht ausge-[142:]schöpfte Quelle. Gäbe es einen Nobelpreis für Geschichtsschreibung, die Mitwirkenden des Gerichts hätten ihn, so Pätzold, posthum verdient.

Bereits mit ihrem 1996 herausgegebenen Sammelband „Stufen zum Galgen“ hatten Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker Porträts der in Nürnberg zum Tode verurteilten Nazi- und Kriegsverbrecher veröffentlicht. Jetzt widmet sich Pätzold vor allem dem „interessantesten Angeklagten“ Hjalmar Schacht, der gegen den Widerspruch des sowjetischen Richters freigesprochen wurde, dessen Konkurrenten in der Wirtschaftspolitik, Hermann Göring, sowie Hitlers kurzzeitigem Nachfolger Karl Dönitz. Schacht war keineswegs, wie er glauben machen wollte, ein trojanisches Pferd in der Naziführung, sondern das Zugpferd bei der Installierung einer Regierung Hitler und bis 1938 ihrer Aufrüstung.

Für alle Gruppen vor diesem Gericht, den Richtern, den Anklägern, den Angeklagten, ihren Verteidigern und den aufgebotenen Zeugen untersucht Pätzold am Beispiel signifikanter Momente deren Verhaltensweisen, seien es die überaus große Geduld der Richter beim Anhören der Lügentiraden der Angeklagten, oder die von den Angeklagten ungeachtet aller vorgelegten Beweise strikt beibehaltene Taktik dreisten Lügens und Leugnens samt der patriotischen Phrase als Motiv.

Ein bemerkenswertes Thema Pätzolds sind jene Zeugen, die im Terrorapparat bzw. in der Wehrmachtführung eine Schlüsselstellung ausfüllten, in Nürnberg aber als Zeugen der Anklage die Angeklagten überführen halfen, ob absichtlich oder ungewollt: Der ehemals österreichische General Erwin Lahousen, 1938 von der Abwehr übernommen, schilderte die Vernichtungsmaßnahmen nach dem Überfall auf Polen, der Karriere- und Durchhaltegeneral Friedrich Paulus die Planung für den Überfall auf die Sowjetunion. Otto Ohlendorf vom Reichssicherheitshauptamt berichtete nüchtern und eiskalt über die Tätigkeit der von ihm geleiteten Einsatzgruppe D, die 90.000 Juden ermordete, Rudolf Höß, bis 1943 Kommandant in Auschwitz, schilderte die Funktionsweise dieses Vernichtungslagers und Dieter Wisliceny, Mitarbeiter Eichmanns, die Organisation der Judentransporte in die Vernichtungslagerstätten. Diese Zeugen wurden in anderen Verfahren verurteilt.

In allen Kapiteln, vor allem aber in den Passagen über die Taktiken der Verteidigung der Angeklagten, kennzeichnet Pätzold die Geburt jener Legenden, die bis heute ihre Wirkung entfalten, z. B. jene,

die Grausamkeit der deutschen Kriegführung sei Resultat der Dauer und Härte des Krieges und Reaktion auf den Widerstand gewesen. Die Wehrmachtführung hätte ihren Krieg „mit Sauberkeit und Kampfsittlichkeit“ geführt. Einen größeren Teil des Buches widmet er dem damaligen Echo des Prozesses in der deutschen Presse und der deutschen Öffentlichkeit und führt dies bis in die Gegenwart fort. Galt damals der freigesprochene Schacht als „interessantester Angeklagter“, so hat er diese Aufmerksamkeit längst an Albert Speer verloren, der nach seiner Entlassung aus dem Spandauer Gefängnis mit seinen Memoiren und anderen Büchern systematisch für eine Rolle aufgebaut wurde, die er zum 60. Jahrestag der Befreiung dann in Filmen und Büchern spielte: als Exponent [143:] des leistungsfähigen und kultivierten deutschen Bürgertums, der eigentlich so gar nicht unter die ordinären Nazis gepaßt hat.

Nicht nur die Angeklagten und ihre Verteidiger, auch reaktionäre Politiker und Juristen der Alliierten versuchten angestrengt und die ganze Zeit, dem Gerichtshof Hindernisse in den Weg zu legen und Fallen zu stellen, um die vier zu Gericht sitzenden Mächte zu entzweien. Dem Gericht gelang es, alle diese Klippen zu umschiffen, einige werden vom Autor in einem eigenen Kapitel erörtert, dieses sollte kein Leser überschlagen. Die Klippen stammten aus der Zeit, als es den nun zu Gericht sitzenden Mächten nicht gelungen war, sich auf ein gemeinsames Sicherheitssystem gegen Nazideutschland zu einigen. Während der kalte Krieg immer stärker das Verhalten der vier Mächte prägte und auch um Nürnberg keinen Bogen machte, während US-Politiker wichtige Vereinbarungen von Potsdam öffentlich zurücknahmen, gelang es immerhin, diesen einzigen gemeinsamen Prozeß wie geplant abzuschließen.

Die Nürnberger Ankläger und die Richter gingen davon aus, die verantwortlichen Führer für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, Art und Umfang der Beteiligung des deutschen Volkes war nicht ihr Gegenstand. Am zweiten Prozeßtag sagte Robert Jackson, Chefankläger der USA: „Wir möchten ebenfalls klarstellen, daß wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen.“ Die Repräsentanten sahen die Deutschen letztlich in der Rolle von Opfern. Damit und mit der Hervorhebung der Verführung aber wurde, so Pätzold, das Interesse an der Schuldabweisung bedient.

Dem Band sind Dokumente über die Genese der Nürnberger Gerichtsbarkeit sowie eine ausführliche Chronologie beigegeben, die bis in die unmittelbare Gegenwart führt.

Werner Röhr

Rheinisches Journalistenbüro: „*Unsere Opfer zählen nicht*“. *Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg*, hg. von Recherche International e. V., Berlin/Hamburg 2005, 444 S., 29,50 €.

Auf einem speziellen Gebiet der Geschichtsschreibung des zweiten Weltkrieges sind die deutschsprachigen Historiker ins Hintertreffen geraten. In kaum einem deutschsprachigen Werk wird auf das Geschehen außerhalb der Hauptkriegsschauplätze in Europa sowie in Ost- bzw. Südostasien eingegangen. In der internationalen Forschung gibt es indes einige Studien, die sich den „ungezählten Opfern“ der zwei großen Weltkriege zuwenden. Gerade in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren haben Historiker der „peripheren Kriegsschauplätze“, wie beispielsweise Albert [144:] Grundlingh<sup>7</sup> oder „Imperialhistoriker“ wie John Morrow<sup>8</sup> die Frage nach den „farbigen Opfern“ problematisiert.

In der deutschsprachigen Literatur ist die Gewinnung eines Überblicks über den Forschungsstand einfacher. Hier müssen vor allem zwei Werke erwähnt werden,<sup>9</sup> die mit detaillierten Forschungsergebnissen darauf aufmerksam machen, daß der zweite Weltkrieg auch Auswirkungen auf überseeische Regionen, Länder und Völker hatte. In Frankreich hat dazu vor einigen Monaten eine öffentliche Diskussion begonnen, angeregt durch einen Kriegsfilm, der die Ungleichbehandlung „farbiger Soldaten“ im Vergleich zu französischen Armeeingehörigen zum Inhalt hat. Dies hatte unter anderem

<sup>7</sup> Albert Grundlingh: *Fighting Their Own War. South Africans Blacks and the First World War*, Johannesburg 1987.

<sup>8</sup> John H. Morrow Jr.: *The Great War. An Imperial History*, London/New York 2003.

<sup>9</sup> *Fremdeinsätze. Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen 1914-1945*, hg. von Gerhard Höpp und Brigitte Reinwald, Berlin 2000; *Brigitte Reinwald: Reisen durch den Krieg. Erfahrungen und Lebensstrategien westafrikanischer Weltkriegsveteranen*, Berlin 2003.

zur Folge, daß der französische Präsident per Erlaß eine Rentenanhebung für diese Soldaten auf die Höhe der Pensionsbezüge für „weiße“ französische Soldaten verfügte.

Wird in der wissenschaftlichen Literatur noch ab und an auf den Einsatz „weißer“ australischer, neuseeländischer oder südafrikanischer Soldaten – oft jedoch auch nur am Rande – eingegangen, so wird die Einberufung sogenannter Kolonialsoldaten zum Kriegsdienst, die aus allen Teilen Afrikas vom Maghreb bis zum Kap kamen, von Indern und Pazifikinsulanern, von Juden und Arabern aus Palästina, von Mexikanern und Brasilianern, von australischen Aborigines und neuseeländischen Maoris, von Afroamerikanern und Native Americans aus Nordamerika, von indischstämmigen und „farbigen“, jedoch auch „schwarzen“ Südafrikanern, weitgehend ignoriert. Hinzu kommen von den kriegführenden Mächten mißbrauchte Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte aus den kolonisierten Gebieten. Da gab es Muslime, Kaukasier, Afrikaner, Inder, die nach entsprechenden „Umerziehungen“ auf deutscher Seite kämpfen sollten. Vergessen wird auch oftmals, daß die Schlachtfelder in den Regionen lagen, die von kolonisierten Völkern bewohnt wurden und die mit dem zerstörten oder verwüsteten Grund und Boden nach Kriegsende allein gelassen worden sind. Doch die Millionen Kriegstoten und die schweren Schäden durch Kriegseinwirkungen in der Dritten Welt wurden nach 1945 vergessen, verdrängt, mißachtet und verschwiegen.

Die mehr als 120 namentlich nicht gekennzeichneten Beiträge des vorliegenden Sammelbandes reißen eine Menge äußerst interessanter Themen an; oftmals kurz und knapp und zuweilen zu Widerspruch oder eher Nachfrage provozierend. Die meisten der mit zeitgenössischen Abbildungen illustrierten Beiträge sind anderen Veröffentlichungen entnommen und übersetzt worden, stammen aus Filmdokumentationen oder aus dem Internet. Somit präsentiert das Buch keine originären Forschungsergebnisse, sondern ist eine Zusammenstellung derselben.

[145:] Es handelt sich zum großen Teil um Zeitzeugengeschichten, aber auch um weitgreifende Analysen. Auf eine genaue Quellenangabe wurde leider verzichtet, wengleich zum Ende des Buches ein Anmerkungsverzeichnis existiert, über das (gemeinsam mit dem Literaturverzeichnis) sicherlich die benutzten Quellen sowie weiterführende Literatur zu erschließen wären.

An dieser Stelle eine Übersicht der behandelten Themen zu geben, ist in einer kurzen Buchvorstellung schlichtweg unmöglich. Nur einige wenige, keinesfalls repräsentative Themenbereiche seien explizit genannt: Der erste Aborigines-Offizier in der australischen Armee, Insulaner von den Salomonen als Spione der Alliierten, Kolonialsoldaten im Spanischen Bürgerkrieg, afrikanische Soldaten unter britischem und französischem Kommando, „schwarze“ Kriegsgefangene der Deutschen, Terror deutscher U-Boote vor der Küste Brasiliens, „nicht-weiße“ alliierte Soldaten in den deutschen Konzentrationslagern, arabische Kollaborateure und Hilfstruppen der Nazis, koreanische Zwangsprostituierte der japanischen Armee, die indische Legion der Nazis, Zwangsarbeit in Ozeanien. Diese und die weiteren Beiträge deuten allerdings an, daß bereits Dokumentationen und Forschungen über diese oft als peripher betrachteten Kriegseignisse existieren, die indes noch nicht in einer größeren Übersicht mit wissenschaftlichem Charakter verarbeitet worden sind.

Es handelt sich um eine äußerst spannende und in der deutschsprachigen Literatur weitgehend vernachlässigte Thematik, die Historikern des zweiten Weltkrieges Ergänzung ihres eigenen Wissens sein kann und Anregungen geben sollte. Da sich hinter der herausgebenden Institution einige engagierte Journalisten verbergen, kann man von ihnen nicht erwarten, die Aufgabe von Historikern zu übernehmen; ihnen sollte indes für ihr Engagement im Auffinden von Quellen und Themenbereichen sowie für die Sensibilisierung der Fachwelt für die genannte Thematik gedankt werden.

Ulrich van der Heyden

[146:]

## ANNOTATIONEN

DORIS KACHULLE (Hg.): *Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer sozialdemokratischen Bremer Arbeiterfamilie aus dem ersten Weltkrieg*. Neuausgabe bearbeitet von Rolf Becker, Karl Heinz Roth und Jörg Wollenberg, PapyRossa Verlag Köln 2006, 314 S., 17,90 €.

Der Bauarbeiter Robert Pöhland aus Bremen war – nicht ohne Zutun seiner Gewerkschaftsführung – im Frühjahr 1915 zum Heeresdienst eingezogen worden, er fiel im Oktober 1916 in der Schlacht an der Somme. Pöhland gehörte zum linken Flügel der Bremer Arbeiterbewegung und bekämpfte mit ihr entschieden den Krieg und die Burgfriedenspolitik der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie. Im Briefwechsel mit seiner Frau Anna, die sich konsequenter noch als ihr Mann politisch radikalisierte, sind die alltagsgeschichtlichen und sozialgeschichtlichen Hintergründe dieser Radikalisierung, nämlich die Lebensbedingungen einer Arbeiterin, einer Mutter schulpflichtiger Kinder und politisch bewußten und aktiven Sozialdemokratin, unübersehbar deutlich, ein Leben, dessen tägliche Bewältigung unter dem Druck des materiellen Elends, der fehlenden Mittel, des Drucks der Behörden überaus schwer war.

Doch der Briefwechsel erhellt mehr: Der Zwangssoldat Pöhland wehrt sich verzweifelt gegen die Barbarei der „Materialschlachten“, in die er geschickt wird, und schreibt nach Hause über seine „herzbeklemmende Angst“ vor diesen „furchtbaren Mordwaffen“. Und beide Pöhlands wehren sich gegen die zerstörerischen Wirkungen der Kriegspolitik und der Burgfriedenspolitik ihrer eigenen Partei für diese selbst. Denn die kriegsversessene und korrupte Mehrheit der Funktionäre der SPD vertiefte nicht nur den Bankrott der Arbeiterbewegung, sondern auch die Überlebensprobleme der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kriegsalltag. Die Briefe berichten von einem Sektor der Sozialgeschichte des Krieges von unten, aber unten heißt hier nicht unbegriffen, sondern es ist die bewußt gewählte Perspektive des Kampfes gegen die Kriegstreiber oben, das heißt auch in den Spitzen der eigenen Partei.

Doris Kachulle veröffentlichte 1982 eine kommentierte Auswahl der Briefe für den Zeitraum von Juli 1915 bis 1916. Die Tochter der Eheleute hatte sie ihr zur Verfügung gestellt. Über zwanzig Jahre später bereitete sie eine Neuausgabe vor, nachdem sie weitere Briefe ausfindig gemacht hatte und mit ihrem Material zu einer Fernsehserie beitragen konnte. Doch Doris Kachulle war es nicht vergönnt, die Neuausgabe fertigzustellen. Sie erkrankte schwer und starb kurz vor ihrem 60. Geburtstag im Juni 2005 an den Folgen eines tückischen Krebsleidens.

So ist die erweiterte Neuausgabe der Pöhland-Briefe zugleich ein Gedächtnisband für die Historikerin geworden. Karl Heinz Roth leitet sie ein, Rolf Becker berichtet [147:] von seinem letzten gemeinsamen Auftritt mit Doris Kachulle bei einer Lesung aus den Briefen im Bremer Gewerkschaftshaus und Jörg Wollenberg stellt in einem ausführlichen Nachwort den historisch-politischen Kontext der Briefe dar und kommentiert die neu aufgenommenen Skripte und Dokumente. Auf Eingriffe in Doris Kachulles Kommentare und Anmerkungen haben die Bearbeiter verzichtet und abweichende Urteile sowie ihre der heutigen Quellenlage entsprechende weit positivere Sicht auf die Bremer Linksradi-kalen ins Nachwort gepackt.

Dort gibt Wollenberg einen instruktiven Einblick in die in Bremen anders verlaufende Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen dem reformistischen und dem radikalen Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, in die beide Briefschreiber persönlich einbezogen waren und in dem sie dezidiert Stellung bezogen. Der Maurer Robert Pöhland war ein marxistisch gebildeter und belesener Arbeiter, der ungeachtet aller Kritik an der Burgfriedenspolitik der SPD-Führung mit den Bremer Führern der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der Vorläuferin der USPD, trotz ihrer Halbherzigkeit in der Kritik organisatorisch nicht brechen wollte. Er blieb bis zu seinem Tod Anhänger Alfred Henkes, der die Bremer Linken bis 1912 im Reichstag vertrat. Seine lebenskluge und gut informierte Frau ging einen Schritt weiter. Anna Pöhland war eine kampfesmutige Person, sie gehört zu jenen Bremer Linken und Anhängern der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“, die aus prinzipiellen Gründen jedes Zusammenwirken mit der Zentristischen USPD verweigerten. Anna Pöhland überlebte die Zerschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 nur um wenige Tage.

brig.

CARINABAGANZ: *Erziehung zur „Volksgemeinschaft“? Die frühen Konzentrationslager in Sachsen 1933-34/37* (Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945, 6) Metropol Verlag, Berlin 2005, 400 S., 22 €.

Die Studie, die als sechster Band der von Wolfgang Benz und Barbara Distel im Berliner Metropolverlag herausgegebenen Reihe „Geschichte der Konzentrationslager“ erschienen ist, behandelt die frühen Lager in Sachsen in den Jahren 1933 und 1934, bzw. mit dem Sonderfall Lichtenburg bis 1937.

Aufgrund der schlechten archivansichten Überlieferung einschlägiger staatlicher Behörden und zuständiger Parteigliederungen basiert die Arbeit wesentlich auf zeitgenössischen Berichten unterschiedlichster Art und Erinnerungen ehemaliger Häftlinge sowie Justizunterlagen und Forschungsliteratur. DDR-Literatur wird – wie so oft – eingangs kritisiert, dann aber durchweg angemessen rezipiert. Der Vorzug der solide gearbeiteten Dissertation, die freilich der Fachwelt keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse über frühe nazistische Haftstätten mitzuteilen vermag, liegt in der breiten vergleichenden Darstellung der Haftbedingungen und der ausführlichen Schilderung der konkreten Verhältnisse in den einzelnen sächsischen Konzentrationslagern.

[148:] Derer gab es viele. Als Anfang März 1933 die Gefängnisse mit Schutzhaftgefangenen bis „zum Bersten gefüllt“ waren, „schossen in den Monaten März und April Konzentrationslager wie Pilze aus dem Boden“. (84) Die Arbeit macht deutlich, daß auch schon bei den frühen Lagern, spätestens seit 1934, von systematischem Terror gesprochen werden muß. In zwei abschließenden Kapiteln widmet sich die Verfasserin der Nachgeschichte: Zum einen behandelt sie die justitielle Ahndung der in den sächsischen Lagern begangenen Gewaltverbrechen während des Faschismus und nach 1945, wobei sie – in Anwendung des Modells von Ernst Fraenkel – den Hohnstein-Prozeß im Jahre 1935 als Beispiel für den schrittweisen Übergang vom Normen- zum Maßnahmenstaat deutet. Zum anderen zeichnet sie – leider viel zu knapp – exemplarisch am Beispiel von Sachsenburg und Hohnstein den Umgang mit den Örtlichkeiten nach 1945 nach.

Wenig überzeugend ist hingegen der abschließende Exkurs der Autorin über Planungen des MfS zur Einrichtung eines Isolierungslagers für politische Häftlinge während etwaiger Ausnahmezustände auf dem Gelände des früheren KZ Hohnstein. Hier behauptet die Autorin – durch Vergleich der überlieferten Lagerordnungen und Internierungsplanungen – eine Übereinstimmung der Absichten des MfS mit Zielen und Methoden des Naziregimes. Dies gipfelt in der Aussage: „Das SED-Regime [...] verfolgte mit ähnlichen Mitteln, wie sie die Nationalsozialisten verwendeten, ein ähnliches Ziel.“ (313) Nun ist die Idee, potentielle politische Gegner im Krisenfall zu internieren, wahrlich nicht sehr originell. Die Einbeziehung weiterer entsprechender historischer wie aktueller Planspiele und Praktiken in den Vergleich hätte aber den schönen Aktenfund aus den Beständen des BStU deutlich relativieren müssen.

Ch. K.

EMMERICH TÁLOS und WOLFGANG NEUGEBAUER (Hg.): *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938*. 5., völlig überarbeitete und ergänzte Auflage, Lit-Verlag Wien 2005, 436 S., 19,90 €.

Einundzwanzig Jahre nach der Erstauflage erscheint das Überblickswerk zum Austrofaschismus in einer neu bearbeiteten Auflage. Neunzehn Autoren haben in 20 Beiträgen die Entstehung, das Herrschaftssystem, die Ideologie und die wirtschaftlichen und sozialen Besonderheiten Österreichs unter der gewöhnlich „Austrofaschismus“ genannten klerikalfaschistischen Diktatur untersucht. Im ersten Teil über Konstituierung, Selbstverständnis und Akteure werden der politische Katholizismus und die austrofaschistische Österreich-Ideologie sowie das Verhältnis des 1933/34 errichteten Regimes zur christlichen Arbeiterbewegung und zur hitlerfaschistischen Bewegung in Österreich behandelt. Der zweite Teil zur politischen Struktur und Verfassungsordnung bleibt mit zwei Studien bescheiden. Führerprinzip und berufsständische Vertretung werden auf kommunaler Ebene abgehandelt. Im dritten Teil über die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Realität finden wir Artikel zur Finanzdiktatur, zur Sozial- und Fürsorgepolitik sowie zur Schule und zur Außenpo-[149:]litik. Auch der einzige Beitrag über den Repressionsapparat und seine Terrormaßnahmen ist hier plaziert. Den vierten Teil bildet ein Resümee des Herausgebers Tálos über das austrofaschistische Herrschaftssystem samt einer Zeittafel.

Es ist ein Analyseband, der möglichst viele Facetten des Gegenstandes nach neuestem Forschungsstand präsentieren soll, und in der Tat ist er nach wie vor die umfassendste Darstellung des Austrofaschismus. Insofern kann er als eine Art Handbuch dienen. Die einzelnen Beiträge betreffen jedoch keineswegs nur zentrale Aspekte, und die Proportion der ausgewählten Teilgegenstände wirft Fragen nach ihrem jeweiligen Stellenwert auf. Da das austrofaschistische Herrschaftssystem im Mittelpunkt steht, kommen seine Gegner viel zu kurz, damit bleibt auch die Bedeutung der Klassenkämpfe zu seiner Errichtung unterbelichtet, und damit wiederum erscheint die Rolle des Terrorismus zu peripher.

Das Problem der Dichotomie sowohl der Historiker als auch der österreichischen Gesellschaft bei seiner Bewertung, nämlich dieses System wegen seiner klerikalfaschistischen Politik zu verurteilen und ihm wegen seiner Bekämpfung der nazifaschistischen Konkurrenz innerhalb Österreichs zugleich vieles nachzusehen, läßt auch die Autoren dieses Bandes nicht los. Viele Autoren beziehen in ihre Analysen jeweils vergleichend die faschistischen Diktaturen in Italien und Deutschland ein, meist auch noch einige andere in Südosteuropa, um die Spezifik Österreichs hinsichtlich der sozialen Basis, der Ideologie und der Strukturmomente des Regimes herauszuarbeiten. Da sich die österreichische Diktatur als christlicher und sozialer Staat ausgab, nimmt die Analyse der tatsächlichen Sozialpolitik einen wichtigen Raum ein. Dagegen bleiben die Abschnitte über die Finanzdiktatur und die Außenpolitik erstens bescheidener und zweitens unverbunden. Daß diese Diktatur realiter eine Mischform verschiedener faschistischer bzw. faschistoider Typen darstellte und keineswegs eine Reinform konstruierter Charakteristika, darin wird man dem Herausgeber gern beipflichten. Austrofaschismus bezeichnet zu Recht die Gesamtheit dieses Regimes und nicht nur dessen politisch-institutionelle Dimension.

W.R.

WOLFGANG SCHIVELBUSCH: *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939*, Carl Hanser Verlag, München Wien 2005, 223 S., 21,50 €.

Als Franklin Delanor Roosevelt im März 1933 das Amt des US-Präsidenten antrat, war die Industrieproduktion auf die Hälfte des Standes von 1929 gesunken, gab es im Land fast 15 Millionen Arbeitslose (jeder vierte), Millionen Farmer rebellierten gegen ihre Verelendung. Die großen Wallstreet-Banken hatten zuvor Milliardenkredite ins Ausland vergeben, jetzt erschütterte die Bankenkrise das Finanzsystem des Landes, Hunderte Provinzsparkassen waren geschlossen. Der neue Präsident nannte sein Krisenüberwindungsprogramm einen New Deal, eine Neuverteilung der Karten, Chancen und Einkommen. Der New Deal war kein systematisches, in sich [150:] abgestimmtes Programm, sondern eine Vielzahl von rasch in Angriff genommenen Einzelreformen zur Überwindung der bisher schwersten Wirtschaftskrise. In der ersten Phase stand die Sanierung der Finanzen im Vordergrund, ab 1935 die Sozialreform, vor allem zugunsten der Arbeiter und kleinen Farmer. Roosevelt führte die erste umfassende Arbeitslosenunterstützung in den USA ein und bemühte sich, die riesige Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungsprogramme in Höhe von 3,3 Milliarden Dollar einzuschränken. Doch die Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau, Wiederaufforstung, Nationalparkanlagen u. a. reichte nicht, erst die anlaufende Aufrüstung reduzierte die Arbeitslosigkeit entscheidend.

Obwohl seine Finanzgesetze der 30er Jahre die Eigentumsverhältnisse nicht antasteten, griff seine Regierung mit den dem Präsidenten erteilten Vollmachten staatskapitalistisch lenkend in die Wirtschaft ein. Eine staatliche Aufsicht über das Bank- und Kreditsystem sowie den Kapitalmarkt wurde geschaffen. Das Industriegesetz führte staatsmonopolistische Normative für die einzelnen Industriezweige ein, Kinderarbeit wurde verboten, das Koalitionsrecht der Gewerkschaften gesichert. Das Landwirtschaftsgesetz sah vor, den Farmern staatliche Prämien für Anbaubeschränkungen zu zahlen, um die Agrarpreise anzuheben und ermächtigte den Präsidenten zur Abwertung des Dollars, um die Außenwirtschaftsstellung zu verbessern. Der Goldstandard des Dollars wurde aufgegeben, die Prohibition aufgehoben, die Banken und der Aktienmarkt unterstützt und ein freiwilliger Arbeitsdienst eingerichtet.

Zur Durchsetzung der staatsmonopolistischen Antikrisenpolitik und Wirtschaftsregulierung erhielt der Präsident Sondervollmachten, die Regierungsbehörden wurden außerordentlich erweitert. Die staatliche Regulierungspolitik und nicht zuletzt die Übernahme demokratischer Forderungen in den New Deal führten dazu, daß die monopolistischen Hauptgruppen ihre Handlungsfähigkeit durch staatliche

Eingriffe und Kontrollen bedroht sahen und Roosevelt sich seit 1934 verstärkten Angriffen der konservativen Kräfte ausgesetzt sah.

Schivelbusch sieht den New Deal durchaus als ein Krisenüberwindungsprogramm, dessen entscheidender Erfolg erst durch Aufrüstung und Kriegführung errungen wurde. Doch nicht die genannten Aspekte sind sein Gegenstand, sondern er untersucht die „entfernte Verwandtschaft“ zwischen italienischem und deutschem Faschismus mit dem New Deal vorrangig aus ästhetischer Sicht, vergleicht den Stil der Monumentalbauten, der Siedlungen, Autobahnen, der Propaganda und Massenmobilisierung und der Führung. Anliegen seines Vergleichs ist die Untersuchung ästhetischer und massenpsychologischer Momente des New Deal, die Bezugspartner werden als Positionen gesetzt, aber höchst selten auch untersucht.

Roosevelts staatsmonopolistische Anti-Krisenpolitik und ihre auf Besserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und kleinen Farmer zielenden Elemente wurden seinerzeit in den USA heftig diskutiert und z. T. hart bekämpft. Schivelbusch greift die Stimmen jener Publizisten, Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler auf, die Roosevelts Praktiken geißelten oder stigmatisierten. Daß er dabei am Rande [151:] auch treffende Einsichten über sozialpsychologische und ästhetische Aspekte der Politik, Propaganda, Bautätigkeit Hitlers und Mussolinis ausspricht, sei nicht verschwiegen. Doch sein Faschismusbild ist völlig untauglich und nimmt jene Fehlkonstruktionen Götz Alys auf, die das „völkische Gleichheitsversprechen“ als entscheidendes Selbstverständnis des Hitlerfaschismus ansehen. Der essayistische Stil der Abhandlung mildert die daraus folgenden Verzeichnungen ein wenig, trägt zuweilen auch humoristische Züge, kann aber die überall auftauchenden Schwächen eines totalitarismustheoretischen Ansatzes, der gerade hinsichtlich der untersuchten Phänomene den verbreiteten Glauben einer Gegensätzlichkeit von „Totalitarismus“ und „Moderne“ in der Massenkultur destruieren will, nicht aufheben. Schade drum.

M. O.

THOMAS ALBRICH, WINFRIED GARSCHA, MARTIN F. POLASCHEK (Hg.): *Holocaust und Kriegsverbrechen vor Gericht. Der Fall Österreich*. Studien Verlag, Innsbruck, Wien, Bozen 2006. 364 S.; 29,90 €.

In der bundesdeutschen Diskussion wird nicht selten vergessen, daß die Auseinandersetzung mit dem Erbe des deutschen Faschismus nicht nur in der BRD, sondern strafrechtlich, historiographisch und geschichtspolitisch auch in der Republik Österreich bis heute intensiv geführt wird. Dies auch gerade deswegen, da „Österreicher (...) prominent und in großer Zahl an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligt“ waren und „entscheidend an der Durchführung des Massenmordes an den Juden“ mitwirkten, wie die Herausgeber in ihrem Vorwort mit Verweis auf Hitler, Eichmann, Kaltenbrunner, Globocnik, zahlreiche KZ-Kommandanten, aber auch die vielen namenlosen österreichischen Angehörigen der Einsatzgruppen betonen. Der Sammelband ist das Ergebnis der Studien drei österreichischer Forschergruppen. Eine – „vielleicht die grundlegendste“ – Erkenntnis der langjährigen Recherchen besteht in der Feststellung, daß die österreichische Nachkriegsjustiz sich wesentlich intensiver als gemeinhin bekannt mit den Naziverbrechen auseinandergesetzt hat.

Die vierzehn Autoren widmen sich verschiedenen Aspekten des Themas. Behandelt werden u. a. Verfahren wegen der Beteiligung an den faschistischen Novemberpogromen, an „Euthanasie“-Verbrechen, an Deportationen und den Mordaktionen von Einsatzgruppen bzw. in Lagern und Ghettos im okkupierten Osteuropa während des Krieges. Der strafrechtlichen Aufarbeitung der im österreichischen KZ Mauthausen und seinen Außenlagern begangenen Tötungsverbrechen oder der Todesmärsche auf österreichischem Gebiet gehen weitere Aufsätze nach. Für eine weitergehende vergleichende Beschäftigung mit der Rechtspraxis in den Nachfolgestaaten des faschistischen Deutschland ist die Lektüre anregend, so des einführenden Beitrags zu strafrechtlichen Grundlagen, der Unterschiede zum deutschen Strafrecht und weitere österreichische Spezifika erläutert. Explizit verglichen wird die bundesdeutsche und die österreichische Gerichtspraxis in einem den Band abschließenden Aufsatz. Er macht deutlich, daß weniger eine unterschiedliche strafrechtliche Grundlage als vielmehr politischer Wille in beiden Systemen den Ausschlag gab, [152:] Naziverbrecher zu verurteilen oder

nicht. Warum in diesen Vergleich die Justizpraxis in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR nicht mit einbezogen wurde, bleibt schleierhaft und somit künftiger Forschung vorbehalten. Für einschlägige Forscher ist die Aufsatzsammlung jedenfalls Pflichtlektüre.

Ch. K.

WOLFGANG FORM, OLIVER UTHE (Hg.): *NS-Justiz in Österreich. Lage- und Reiseberichte 1938-1945*, LIT Verlag, Wien 2004, 502 S., 49,90 €.

Vier Monate nach dem „Anschluß“ Österreichs an Hitlerdeutschland war Österreich als selbständige Verwaltungseinheit zerschlagen und in sieben Reichsgaue aufgeteilt. Die nazistische Verwaltung hatte sich auf allen Ebenen und in allen Sparten des Staatsapparates eingerichtet, die Plünderung der Devisenguthaben des Landes war längst erfolgt und die Aneignung seiner Ressourcen in vollem Gange. Am 12. Juli 1938 beauftragte das Reichsjustizministerium in Berlin die Chefpräsidenten der Oberlandesgerichte und die Generalstaatsanwälte in Innsbruck, Graz, Linz und Wien, künftig regelmäßig und vertraulich über die Lage in ihren Amtsbereichen zu berichten. Die Berichte sollten „über die allgemeine Wahrnehmung, über die Auswirkungen neuer Gesetze, die Aufnahme, welche diese in der Bevölkerung finden, die Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen usw. und ebenso über besondere Fälle“ erfolgen. In Deutschland bestand diese Praxis bereits seit 1935. Und sie hatte auch im annektierten Österreich die Funktion, als ein Gegengewicht zum Informations- und Berichtsmonopol des Sicherheitsdienstes der SS mit seinen „Meldungen aus dem Reich“ zu fungieren. Die Berichte waren halbjährlich, später alle zwei Monate einzureichen.

Die hier gesammelten und abgedruckten Berichte gehören zweifellos zu den wichtigsten zeitgenössischen Quellen nicht allein der Justizgeschichte, sondern der Landesgeschichte Österreichs in jenen Jahren, selbst wenn sie sich über weite Strecken mit behördenspezifischen Organisationsfragen befassen. Die darüber hinaus enthaltenen Informationen sind um so wichtiger. Sie werden flankiert von Reiseberichten der Beamten des Reichsjustizministeriums und außerdem ergänzt durch Berichte der Oberreichsanwaltschaft beim sog. Volksgerichtshof.

Entsprechend den beiden Hauptberichterstättergruppen zerfallen sie in Berichte der Oberlandesgerichtspräsidenten und jene der Generalstaatsanwälte. Letztere behandelten vornehmlich strafrechtliche Fragen, zunehmend aber auch arbeitsrechtliche und gewerberechtliche Verstöße. Die Berichte der Oberlandesgerichtspräsidenten sind tendenziell „farbiger“, wie die Herausgeber schreiben. Die anfangs vom Ministerium geäußerte Ermunterung zur Kritik blieb unerfüllt.

Legt der Titel nahe, es gehe hier allein um die Nazijustiz, so bleibt abschließend festzuhalten: Dies ist ein vorzüglicher und aussagekräftiger Dokumentenband zur politischen und sozialen Geschichte Österreichs nach dem „Anschluß“ 1938, dessen Quellenwert kaum überschätzt werden kann.

W. R.

[153:] PETER FRANZ: *Martialische Symbole. Die Sprache der Kriegerdenkmäler in Thüringen. Eine landesweite Darstellung des Bestands und eine kritische Analyse ihrer ikonographischen und verbalen Botschaften*. Eine Studie des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena o. J., 160 S., 10 €.

Kriegerdenkmäler erinnern an umgekommene Soldaten. Aber zu welchem Zweck? „Jede Glorifizierung eines Menschen, der im Kriege getötet worden ist, bedeutet drei Tote im nächsten Krieg“, schrieb Kurt Tucholsky 1932. Der evangelische Pfarrer Peter Franz aus Weimar-Taubach hat 1300 solcher Denkmäler untersucht und dokumentiert. Seine für Thüringen gültige Analyse der sinnlichen Botschaften, der Auftraggeber, Stifter oder Initiatoren und nicht zuletzt des Umgangs mit ihnen vor 1945, vor 1989 und danach kann pars pro toto für andere Länder dieser Bundesrepublik stehen. Und da sie ein Menetekel sein soll und ist, sollte sich jeder Antifaschist und jeder Antimilitarist diese Bilder anschauen und ihre Analyse aneignen.

Franz greift auch auf noch vorhandene Denkmäler zur Erinnerung an die Befreiungskriege 1813-15, an die Reichseinigungskriege 1864, 1866 und 1870/71 zurück, doch im Vordergrund stehen die nach dem ersten Weltkrieg errichteten. In den 20er Jahren wurde so gut wie in jedem Dorf und in jeder

Stadt für die im ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten ein Denkmal errichtet. Diese standen meist vor oder in einer Kirche, und die Kirchengemeinden waren auch überwiegend die Träger. Die allermeisten dieser Denkmäler sollten dem Tod der geopfert Soldaten den Sinn verleihen, heldenhaft für die Ihren und für das Vaterland gestorben zu sein, und sie forderten implizit oder explizit die nachfolgenden Generationen auf, es ihnen gleichzutun. Franz analysiert zunächst die Formen, die Symbole und Bilder, von der Stele über den Obelisk zum Pantheon, vom Kreuz über das Schwert und den Stahlhelm zum sterbenden Krieger, Engel und Siegeskranz. Für jede Formsprache bietet er eine Abbildung an. Anschließend listet er die Denkmal-Botschaften auf, in deren Sprache der Krieger über den Soldaten zum Opfer wurde und der Soldatentod der Ehre Gottes und der Nation gereichte und zum Erweis der Tugendhaftigkeit des Toten und zur Nacheiferung für kommende Geschlechter Sinn machte.

Ein extra Kapitel widmet Franz der ästhetischen Gestaltung und dokumentiert durch Bilder den Zusammenhang zwischen der Botschaft und der Gestaltlösung, die nicht so selten künstlerisch bedeutungslos und sozialer Kitsch war und ist.

Die historisch wichtigsten Kapitel dieser Schrift sind jene über den Umgang mit diesen Denkmälern in der DDR und seit 1989. Die kurzzeitige amerikanische Besatzungsmacht in Thüringen ließ 1945 alle nazistischen Symbole und Botschaften löschen, die nachfolgende sowjetische folgte ihr darin. In der DDR wurden die bestehenden Denkmäler mehr oder minder toleriert, es gab wenige Fälle der Tilgung ganzer Schrifttafeln und auch der Umwidmung oder Ersetzung eines Denkmals durch eines für den Frieden. Dagegen setzte nach 1989 ein wahrer Furor der Restauration ein. Viele Gemeinden ließen die Namenslisten der im ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten durch jene aus dem zweiten Weltkrieg ergänzen, die [154:] dabei gleichfalls zu Helden und Opfern erklärt wurden. Viele auch erweiterten die Liste der namentlich aufgeführten Opfer auch gleich noch um verurteilte oder in der Internierung umgekommene Nazi- und Kriegsverbrecher und um „Opfer des Stalinismus“.

Die politischen und ästhetischen Analysen des Verfassers sind überzeugend, seine mutige Dokumentation verdient es, Nachfolger in anderen Bundesländern zu finden. Der Autor bietet Interessierten Einsichtnahme in sein Foto-Archiv an. (e-mail: peter.franz.taubach@gmx.de)

W. R.

*Zukunft des Gedenkens – Perspektiven antifaschistischer Erinnerungsarbeit*, hg. von der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e. V. und den Freundinnen des Sachsenhausenkomitees, Berlin o. J. (2006), 90 S., zu beziehen über: Ravensbrückblätter, Pf 360349, 10973 Berlin.

Organisiert von den beiden herausgebenden Vereinigungen diskutierten rund einhundert Teilnehmer aus mehreren Ländern und Generationen, darunter ehemalige Häftlinge nicht nur der nazistischen Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausens, über die Frage, wie die Erinnerung an diese Geschichte wachgehalten und gestaltet werden soll, „wenn die Überlebenden der Lager nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Interessen selbst zu vertreten“. (4) Da bisher die Sorge im Vordergrund stand, ob ehemalige Häftlinge in den Gremien vertreten sind, solange sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, wurde gegenüber den Gedenkstättenleitungen nie darauf hingewirkt, daß Jüngere oder politisch Nahestehende einen Häftling im Häftlingsbeirat begleiten, ihn unterstützen und dabei eingearbeitet werden. „Der Zeitpunkt der rechtzeitigen Staffelübergabe wurde verpaßt“, meint Anna Dost zumindest im Hinblick auf das Internationale Sachsenhausenkomitee.

Die Frage nach der zukünftigen Vertretung der Interessen der ehemaligen Häftlinge ist um so brisanter, als bereits bestehende Konfliktfelder zwischen den Häftlingsvertretern und den Stiftungs- bzw. Gedenkstättenleitungen in Zukunft kaum weniger brisant werden dürften. Die Lagergemeinschaften ehemaliger Häftlinge entsenden ihre Vertreter meist in Beiräte oder ähnliche Gremien. Deren öffentliche Stimme wird auch gern in Anspruch genommen, wenn es gilt, Geld und Unterstützung von der Politik und der Gesellschaft einzufordern, nicht aber, wenn es um die Gestaltung der Gedenkstätten und ihrer Ausstellungen geht.

Nicht genug damit, daß diese Beiräte nur Beratungsgremien ohne Stimmrecht sind, sind die Gedenkstättenleitungen zunehmend bemüht, bei der Neubesetzung von Beiratsposten möglichst ihnen genehme Vertreter vorzuschlagen und aufzunehmen und die Entsendungsrechte der Lagergemeinschaften auszuhebeln. Hinsichtlich der Gestaltung der Ausstellungen geht die Tendenz dahin, die Wünsche und Interessen der ehemaligen Verfolgten nicht zu berücksichtigen und sich da hinter „Experten“ zu verschanzen. Da aber auch die historische Wissenschaft Modetrends unterliegt, [155:] ist keineswegs gewährleistet, daß ihre jeweiligen Vertreter von den Interessen der ehemaligen Häftlinge ausgehen werden und deren Bewertung zum Maßstab der Gestaltung machen etc.

Beide Tendenzen werden zudem auf einer Ebene vorangetrieben, die vom Antikommunismus der jeweiligen Landesregierungen und ihrer Gedenkstättenpolitik bestimmt ist, und deren Exponenten bemüht sind, die Rolle der Kommunisten und der Häftlingssolidarität in den Lagern herunterzuspielen, wenn nicht gar zu eliminieren, indirekt eine Ranggliederung der Häftlinge zu praktizieren und insbesondere in Sachsenhausen und Buchenwald eine Gleichsetzung des Nazikonzentrationlagers mit dem sowjetischen Internierungslager dauerhaft zu normieren.

Um auch künftig die Wahrnehmung und Respektierung der Interessen der ehemaligen Häftlinge zu sichern, gingen die Lagergemeinschaften Sachsenhausen und Mauthausen den Weg, ausdrücklich ein Vermächtnis zu formulieren. Beide werden hier abgedruckt und erörtert. Diese Vermächtnisse enthalten allgemeinere Beauftragungen wie jene, sicherzustellen, daß die Stimme und der Wille der ehemaligen Häftlinge nicht mißbraucht oder verfälscht werden, und auch sehr in einzelne gehende, wie z. B. die Lager-Silhouette unverbaut in ihrer heutigen Gestalt zu erhalten. Keiner der Häftlingsverbände kam auf die Idee, sein Vermächtnis an die Gedenkstätten zu richten, da nach ihren Erfahrungen immer unverhohlener an der Abwicklung der Einbeziehung von Überlebenden und ihrer Organisationen gearbeitet wird. (59) So richten sich die Vermächtnisse an jene Jüngeren, die die Interessenvertretung übernehmen sollen.

„Ich würde mir wünschen“, schreibt Karl Stenzel zum Vermächtnis, „daß diejenigen, die die Gedenkstätte und das Gedenken in der Zukunft verwalten, sich um eine Darstellung der Wahrheit bemühen. Sie sollen schreiben und darstellen, wie es wirklich war. Das muß man aber wollen.“ Und er führt für Sachsenhausen gleich mehrere Punkte an, wo dies nicht gewollt ist und bestimmte Dinge ausgeblendet werden: Die Ausstellung über den Krankenbau nennt er verlogen, denn sie verschweigt die Dreiteilung des Krankenhauses, sie zeigt nur jenes Drittel, das mit Bettwäsche ausgestattet war und verschweigt, daß es für die Behandlung der Häftlinge keine Medikamente gab. Sie verschweigt die aufopferungsvolle Arbeit der kommunistischen Funktionshäftlinge im Krankenbau. Über den Krankenbau hinaus wird die Rolle der Funktionshäftlinge im Lager und die praktische Wirkung der Solidarität nicht wahrheitsgemäß dargestellt. Bei der Ausstellung „Hier war die ganze Welt“ werde nach Prominenz selektiert und dem Besucher suggeriert, diese Personen hätten in diesem Lager irgendeine Rolle gespielt.

Wie die sächsische Gedenkstättenpolitik mit ihrer Favorisierung der „Opfer des Stalinismus“ gegenüber den vom Naziregime Verfolgten Geschichte verfälscht und die Wahrheit eskamotiert, dokumentierten gleich mehrere Autoren, am ausführlichsten Ludwig Baumann am Beispiel der in Torgau gemäßregelten Deserteure der Naziwehrmacht Torgau war nach 1945 ebenfalls Speziallager, die heutige Ausstel-[156:]Jung rechtfertigt de facto die Wehrmachtjustiz, denn die nach 1945 dort inhaftierten Richter des Reichskriegsgerichts und die Schergen der Gestapo und des SD werden als „Opfer“ präsentiert. Hans Lauter wendet sich entschieden gegen die Parallelisierung der DDR mit dem verbrecherischen Nazistaat in Torgau, das anscheinend als Vorbild mustergültiger Exekution des sächsischen Gedenkstattengesetzes gestaltet wird. Im ehemaligen Zuchthaus Bautzen wird an die Opfer der DDR-Justiz erinnert; daß hier Ernst Thälmann und Julius Fučík, saßen, ist im Freistaat Sachsen der Erinnerung nicht wert.

M. O.

[157:]

## TAGUNGSBERICHTE

### Nur „verstrickt“ in Mordpraktiken des Regimes? Die Wehrmacht in der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion 1941

Zu einem Streitgespräch über die Beteiligung der Wehrmacht an den Mordpraktiken in den besetzten Gebieten der Sowjetunion hatte die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zum 10. Oktober 2006 den bekennenden Geschichtsrevisionisten Klaus Jochen Arnold eingeladen. Sein Kontrahent war Gerhart Hass.

In seiner 2005 veröffentlichten Dissertationsschrift<sup>1</sup> hatte Arnold für die Heeresgruppen Mitte und Süd und beschränkt auf das Kalenderjahr 1941 viele Verbrechen der Wehrmacht quellenmäßig belegt. Sein Buch setzt die mit den beiden Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und auch unter westdeutschen Historikern durchgesetzten Veränderungen im öffentlichen Bewußtsein voraus, doch wendet es sich direkt gegen die öffentlich gemachten Erkenntnisse: Die Rolle der Wehrmacht bei der Planung der Verbrechen wird eskamotiert und nach außen abgeschoben. Die Absicht der Wehrmachtführung, sowjetische Kriegsgefangene verhungern zu lassen sowie der Plan von Backe und Thomas, Zigmillionen Sowjetbürger verhungern zu lassen, wird geleugnet, das tatsächliche Verhungern auf die Transportlage geschoben. Besonders attackiert Arnold die Historiker Christian Gerlach und Christian Streit. Durchgängig unterschlägt er, daß die Wehrmacht einen Angriffskrieg führte, er verbleibt in der Binnenperspektive selbstgerechter Wehrmachtsoldaten, die sich als Opfer der sowjetischen Armee und Partisanen fühlten. Die Verbrechen der Wehrmacht seien nicht aus „eigener Initiative“ erfolgt, sondern die „Gewaltspirale“<sup>2</sup> wäre erst durch die Erbitterung über die Härte des sowjetischen Widerstandes in Gang gesetzt worden, daher seien die deutschen Soldaten dafür nicht verantwortlich zu machen. Zu Recht wurde Arnold von kritischen Rezensenten scharf angegriffen und sein Buch als geschichtsrevisionistisch bewertet.<sup>3</sup> Dagegen lobte der Faschismusapologet Stefan Scheil, der die Naziführung von der Verantwortung für den Überfall auf Polen entlasten wollte<sup>4</sup>, Arnolds [158:] Buch in der Jungen Freiheit als „großen Wurf“ und vereinnahmt es für die These vom Präventivkrieg gegen die UdSSR.<sup>5</sup>

In seinem einleitenden Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung<sup>6</sup> umriß nun Arnold sein Anliegen: Wie weit ging die Verstrickung deutscher Soldaten in die Mordpraktiken des Regimes? Wo liegen die Gründe für die Beteiligung tausender Soldaten daran? Er wolle nach den Ursachen und auch nach den Motiven fragen. Als Ursache des Verhaltens werde häufig Antisemitismus genannt, doch nicht nur langgeplante Liquidierungen wurden durchgeführt, sondern das durch eigene Kriegserfahrungen und die Radikalisierung der Kampfführung erzeugte Klima unter den Soldaten führte direkt zu Massenmorden. Die Verbrechen seien unter dem Eindruck

---

<sup>1</sup> Klaus Jochen Arnold: Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“ (Zeitgeschichtliche Forschungen, 23) Duncker & Humblot, Berlin 2005.

<sup>2</sup> Ausführlicher in: Klaus Jochen Arnold: Verbrecher aus eigener Initiative? Der 20. Juli 1944 und die Thesen Christian Gerlachs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 53 (2002), 1, S. 20-31.

<sup>3</sup> Vgl. Armin Nolzen in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 7/2005 sowie Christoph Dieckmann in: Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich, hg. von Sven Reichardt und Armin Nolzen, Göttingen 2005 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 21).

<sup>4</sup> Nicht ganz unberechtigt nimmt die National-Zeitung Stefan Scheil in einer Rezension seines jüngsten Buches „1940/41 – Die Eskalation des Zweiten Weltkrieges“ für sich in Anspruch: [158:] [http://www.National-Zeitung.de/Artikel\\_05/NZ35\\_3.html](http://www.National-Zeitung.de/Artikel_05/NZ35_3.html) (Warum griff die Wehrmacht Rußland an? Dramatische Enthüllungen in „Die Eskalation des Zweiten Weltkrieges“).

<sup>5</sup> Stefan Scheil: Die Gewaltspirale. Klaus-Jochen Arnolds Arbeit über die Besatzungspolitik der Wehrmacht in Rußland verläßt die Pfade der Monokausalität, in: Junge Freiheit vom 18. März 2005. Scheil und Arnold praktizieren ein Rezensionskartell, siehe Arnolds Rezension des Scheilschen Buches „Fünf plus zwei“ in: [hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/Rezensionen](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/Rezensionen), 18.3.2003.

<sup>6</sup> Über die Referenten und Vorträge vor der Gesellschaft 1992-1998 informiert ein „Rückblick“ in Bulletin 12, Berlin 1999, S. 133-138.

des Kampfes, insbesondere der Härte des Widerstandes aus einer Gewaltspirale wechselseitiger Radikalisierung der Grausamkeiten entstanden. Bisher sei von der Forschung unterlassen worden, die sowjetischen Soldaten als Subjekte dieser Gewaltspirale zu untersuchen. Er wolle nach jenen Ursachen und Motiven der Soldaten als Täter fragen, die in der militärischen Interaktion und in der militärischen Situation lagen. Nicht nur die Befehlslage wurde verschärft, sondern vor allem die Stimmung. Manche Soldaten forderten offen, für die eigenen Verluste „Vergeltung an sowjetischen Kriegsgefangenen“ zu üben.

Bei einer Erklärung des Vernichtungskrieges als Ergebnis ideologischer Vernichtungspläne, so z. B. bei den Autoren Klaus-Dieter Müller oder Robert Evans, werde das militärische Geschehen als ursächlich ausgeklammert, und zwar programmatisch. Dabei werde das Argument durch die moralische Verurteilung ersetzt. Allein die deutsche Seite werde als handelndes Subjekt behandelt, die Rückwirkungen der Roten Armee auf die deutsche Besatzungspolitik aber ignoriert. Einen allgemeinen Hungerplan, wie ihn Gerlach unterstelle, habe es nicht gegeben. „Die Wehrmacht hatte kein Interesse, daß die Bevölkerung hungert.“

Arnold hob vor allem zwei Ursachen der Radikalisierung der Wehrmacht durch die Kämpfe heraus: Erstens die Wahrnehmung des militärischen Gegners und der Bevölkerung durch die Truppe. Die Erfahrungen seien ambivalent gewesen. Die Überfälle von Truppenteilen der Roten Armee auf Wehrmachteinheiten habe eine Brutalisierung herbeigeführt, die Erbitterung der Soldaten über eigene Verluste und über die Härte des Gegners wurde dann für Mordaktionen mißbraucht. Vor allem nach Stalins Aufruf vom 3. Juli 1941, den Kampf mit aller Härte zu führen und dem [159:] Gegner keinerlei Ressourcen zu hinterlassen, hätten in unteren Einheiten der Wehrmacht zur Erbitterung geführt.

Zweitens habe die Wehrmacht diese Erbitterung mißbraucht, um die Operationsführung nach den Erfahrungen der eigenen Schwierigkeiten in Richtung Radikalisierung zu lenken. Die Unterschätzung der Roten Armee und ihres Widerstandes sowie die hinsichtlich der gestellten Kampf- und Besatzungsaufgaben unzureichenden Kräfte führten gegen Ende des Feldzuges 1941 faktisch zu einem Zusammenbruch des Transportsystems und der Organisation, während ab Herbst ein rücksichtsloser Kleinkrieg mit den Partisanen tobte. Aus diesen Erfahrungen der Wehrmachtsoldaten resultiere, so Arnolds Resümee, die Radikalisierung der Besatzungspolitik. Sie sei kein Resultat von Vernichtungsplänen, sondern wechselseitiger Erbitterung. Der Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung sei von der Wehrmacht nicht geplant, sondern hingenommen worden.

Gerhart Hass wandte sich in seinem Vortrag dagegen, Vernichtungspläne und Kriegsgeschehen einander ausschließend gegenüberzustellen. Es sei nicht zu bezweifeln und dokumentarisch belegt, daß die Wehrmacht ganz bewußt eine grausame und mörderische Kriegführung plante. Hierüber habe zwischen Hitler und der Generalität volle Übereinstimmung bestanden. Die Realität des Kriegsalltags sei von den Kriegszielen zur Ausbeutung des Landes und der dabei praktizierten Ideologie nicht zu trennen. Die von der Wehrmacht fortgeführten Traditionen des deutschen Militarismus, wie sie z. B. Manfred Messerschmidt gezeichnet habe, bedeuteten, daß die Soldaten jene Erfahrungen, die zu ihrer Verbitterung führten, nicht unvorbereitet und nicht unvoreingenommen gemacht haben, sondern sie waren erstens voller Verachtung für die slawischen und zweitens voller Hass gegen die kommunistischen Soldaten und von ihrem überlegenen „Recht“ auf straflose Eroberung überzeugt, zudem wurden sie speziell auf diese Kriegführung vorbereitet. Eine Berücksichtigung auch der Heeresgruppe Nord und der Jahre 1942 bis 1944 zeige, daß die von Arnold für 1941 und den Süden untersuchten Gewalttaten der Wehrmacht dort noch potenziert wurden. Arnolds Herangehen lasse vieles offen. Stalins Befehl, dem Feinde nichts zu hinterlassen, sei nicht die Ursache, sondern die Folge der Zerstörungs- und Vernichtungsorgien der Wehrmacht gewesen. Ihm gingen unter anderem die für die Rote Armee ungemein verlustreichen Anfangsschlachten voraus.

Der Überfall auf die Sowjetunion war, wie Hass bilanzierte, lange und umfassend vorbereitet. Hinsichtlich der Ziele bestand zwischen der Wehrmachtsgeneralität und Hitler Übereinstimmung, einschließlich des Verhungernlassens von Millionen Menschen der Nichtschwarzerdezone und Leningrads, auch in der Operationsplanung und der Orientierung auf Grausamkeit als terroristischem

Kriegsmittel zum Ausgleich fehlender eigener Kräfte stimmten sie überein. Schließlich gingen die verbrecherischen Befehle lange vor dem 22. Juni 1941 hinaus und wurden sogar auf Initiative des Heeres ausgearbeitet. Die Vorbereitung auf den Krieg schloß die Erziehung [160:] der Soldaten zur Brutalität ein. Vom Beginn des Überfalls an, also in ihrer militärischen Offensive, praktizierten die deutschen Truppen eine Vernichtungspraxis, die insofern keineswegs vorrangig als Reaktion auf den Widerstand gekennzeichnet werden könne. Von „Verstrickung“ könne keine Rede sein, es ginge vielmehr um Mitwirkung, Teilhabe und Kenntnis und damit um die Schuld der Wehrmachtführung. Von einem „Hungerplan“ werde zu Recht gesprochen, so habe General Thomas als oberster wirtschaftlicher Planer der Rüstung und Kriegführung die teuflische Idee, die Bewohner der Waldzone von der Lebensmittelzufuhr abzuschneiden, am 23. Mai 1941, vier Wochen vor dem Überfall, abschließend befürwortet.

Hass verwies auch auf die militärische Terminologie in den Angriffsplanungen der Wehrmacht. In diesen hatte der „Fall Barbarossa“ einen entscheidenden strategischen Stellenwert, es sei nicht zulässig „Barbarossa“ zu einem „Unternehmen“ oder gar einer Operation herabzustufen. In der UdSSR hätten dagegen keine Pläne für einen Raub- und Eroberungskrieg existiert. Ihre Militärdoktrin sah vor dem 22.6.1941 keinen Erstschlag, sondern immer einen Gegenschlag vor, der in das Territorium des Gegners führen sollte. Die 1939 eroberten Gebiete der Westukraine und Westbelorußlands hat sie für die Verteidigung nicht genügend genutzt. Alle Befehle für die sehr harte Verteidigung wurden erst nach dem Überfall erteilt, als die Rote Armee ihre ersten grauenhaften Erfahrungen mit der deutschen Kriegführung gemacht hatte.

In der Debatte wurden die Ausgangsannahmen Arnolds als Eskamotierung der bekannten Tatsachen über die Kriegsvorbereitung zurückgewiesen, seine Argumentation von der erst sekundären Brutalisierung destruiert und seine Thesen über ein von ihm gefülltes Forschungsdesiderat als irreführend nachgewiesen. Arnold räumte ein, daß seine Trennung von Intention und Situation so ausschließlich nicht greifen könne und verwies selbst auf die preußische militärische Ideologie innerhalb der Wehrmacht, so daß die Radikalisierung gar nicht erst spezifisch nationalsozialistischer Ausprägung bedurft hätte. Sowohl die Erbitterung über die Partisanen als auch die Kriegführung gegen diese aber seien, so Arnold unter Verweis auf die Paragraphen 21 und 23 der Haager Landkriegsordnung, gerechtfertigt gewesen, denn diese verböten militärische Handlungen von Freischärlern.

Diese apologetische Berufung auf die Haager Landkriegsordnung wurde anhand ihres Wortlauts als historisch falsch und demagogisch zurückgewiesen, da der Text keineswegs den bewaffneten und organisierten Partisanenkampf ganz und gar außerhalb des damals geltenden Kriegsvölkerrechts gestellt hatte. Kurt Pätzold verwies darauf, daß bei den Verhandlungen in Den Haag die Abgesandten des deutschen Kaiserreichs sich am stärksten gegen die schließlich gebilligte Passage zur Legitimität des militärischen Widerstands organisierter Freischärler wehrten, die dann doch gegen ihren Widerstand aufgenommen wurde. Was die Ideologen des deutschen Militarismus für den Kampf gegen Napoleon 1813 sich selbst zugestanden [161:] hatten, das sollte für Kämpfer gegen deutsche Aggressionen und gegen die Bolschewisten absolut nicht gelten.

Arnold wiederhole, erinnerte Kurt Pätzold, apologetisch die Legende der Wehrmachtführung, sie hätte eigentlich einen ganz anderen Krieg führen wollen, als sie tatsächlich geführt hatte, nämlich einen dem geltenden Völkerrecht entsprechenden, einen ritterlichen, keinen Vernichtungskrieg, und sie sei im Grunde gegen ihren Willen zur Radikalisierung der Kriegführung und Besatzungspraxis gezwungen gewesen. Dieserart Behauptungen wurden, so Pätzold, schon in Nürnberg widerlegt. Wie aber wurden die Soldaten, aus deren Erbitterung Arnold die Radikalisierung der Kriegführung ableiten wolle, für diesen Krieg konditioniert? Unter welchen Voraussetzungen, Vorurteilen und Vorgaben machten sie ihre Erfahrungen? Über den Grad ihres Antikommunismus kursierten zuweilen naive Vorstellungen. Zu behaupten, die Bestialität der deutschen Kriegführung sei situativ, sei entscheidend eine Re-Aktion gewesen, sei gewiß kein Resultat der Geschichtswissenschaft. Gegen die These der wechselseitigen Erbitterung müsse festgehalten werden, daß die militärischen Vorgaben für das Verhalten der Wehrmachtsoldaten einzig und allein Entscheidungen der deutschen Seite waren.

Die These von der wechselseitigen Radikalisierung unterschlägt, so ergänzte Peter Feist, permanent die entscheidende Tatsache, daß die Wehrmacht einen Eroberungs- und Raubkrieg führte, gegen den sich die Sowjetunion verteidigte. Die Wehrmachtführung war in sich verbrecherisch, denn sie plante und führte nicht nur diesen Krieg, sondern schloß Grausamkeit und Vernichtung der Bevölkerung als Ziel und als Kriegsmittel planmäßig ein. Mit der Rede von wechselseitiger Radikalisierung werde verdrängt, wer wen überfallen habe.

Bereits sprachlich verfälschte Arnold, analysierte Werner Röhr, die nicht zu leugnenden Tatsachen. Die Wehrmacht sei in der UdSSR nicht in Besatzungsverbrechen „verstrickt“ oder nur daran beteiligt, sondern das entscheidende Tätersubjekt gewesen. Der überwiegende Teil der besetzten sowjetischen Gebiete sei niemals an eine Zivil- oder Militärverwaltung abgegeben worden, sondern unterstand als Rückwärtige Heeresgebiete den Heeresgruppen bzw. deren Armeen, das heißt, die Wehrmacht war hier selbst die oberste Besatzungsmacht und Exekutor der Besatzungspolitik. Der Korück (Kommandeur Rückwärtige Dienste) hatte hier jene Gewalt, die anderswo ein Militärbefehlshaber oder Generalgouverneur ausübte. Auch sei es mehr als makaber, die Erbitterung von Wehrmachtsoldaten mit „Überfällen“ sowjetischer Truppen auf die Aggressoren zu erklären, schließlich war jede Verteidigung gegen den Aggressor, also auch jede militärische Operation gegen Wehrmachteinheiten absolut legitim. Das Wort „Überfall“ suggeriere eine moralische Verurteilung der Operationen der sowjetischen Kräfte gegen die eingedrungene Wehrmacht, selbstverständlich aber war jeder Feuerüberfall sowjetischer Soldaten auf jeden Wehrmachtsoldaten und jede Wehrmachteinheit absolut legitim.

Werner Röhr

[162:]

### **Nürnberg und die Deutschen. Genutzte oder vergessene Geschichtslektion?**

Knapp 40 Interessenten waren am 28. Oktober der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. in das Jenaer Hotel „Schwarzer Bär“ gefolgt, um an einer wissenschaftlichen Tagung unter dem Titel „Der Nürnberger Prozeß. Genutzte oder vergessene Geschichtslektion?“ teilzunehmen. Zu Beginn der Tagung gedachten die Teilnehmer des am 13. Oktober 2006 durch einen Unfall verstorbenen Dr. sc. Claus Remer, Gründungsmitglied der als Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft entstandenen Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. In seiner Eröffnungsrede lenkte Manfred Weißbecker die Aufmerksamkeit auf das damalige und heutige Verständnis der Deutschen für das politische, juristische und moralische Vorgehen gegen Verbrechen am Frieden und gegen Kriegsverbrechen sowie auf die Rolle der Nürnberger Prinzipien in den heutigen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden.

Hinsichtlich des 60. Jahrestages der am 30. September 1946 gesprochenen Nürnberger Urteile vermerkte Kurt Pätzold (Berlin), daß dieser in den Medien der Bundesrepublik weniger Aufmerksamkeit gefunden hat als Tage später der 50. Jahrestag des Aufstandes in Ungarn. Pätzold beantwortete in seinem Vortrag die Frage, wie 1945/46 der Prozeß aufgenommen und reflektiert worden ist. Er kam zu dem Resultat, daß die Masse der deutschen Bevölkerung angesichts ihrer elenden Lage dem Prozeß relativ gleichgültig gegenüberstand. Einige empfanden Genugtuung, andere fürchteten Nachwirkungen wegen ihrer eigenen Beteiligung an der faschistischen Herrschaft und den Naziverbrechen. Schockierendes entnahm Pätzold den Briefen, die damals von Deutschen an den amerikanischen Hauptankläger Robert Jackson geschrieben und jüngst publiziert worden sind. Er betonte, daß die Wirkungen des Nürnberger Prozesses unter den Deutschen maßgeblich davon abhingen, wie stark sich antifaschistische Kräfte entfalten konnten. Ludwig Elm (Jena) belegte, daß die Gegnerschaft zum Nürnberger Prozeß unter Konrad Adenauer Regierungsprinzip war.

Susanne Willems (Berlin) und der Bremer Völkerrechtler Gerhard Stuby informierten über bislang relativ unbekannt gebliebene Tatsachen, die zeigen, in welchem unterschiedlichem Maße die bundesdeutsche Geschichtsschreibung zwei Personen behandelt hat, die auf sehr gegensätzliche Weise an den Prozessen beteiligt waren. Die eine – Rüstungsminister Albert Speer – hatte sich mit geschickt inszenierten Lügen vor der Todesstrafe retten können und war Gegenstand zahlreicher Legenden geworden, die den Blick auf die Verantwortlichkeit für die Massenverbrechen der deutschen Faschisten

verschleiern halfen. Willems berichtete über Forschungsergebnisse, die Speers Beteiligung an der Ausgrenzung und Deportation der Juden im Detail belegen. Die andere, mit der sich Stuby befaßte, war Friedrich Wilhelm Gaus, eine bis heute in der Bundesrepublik gezielt beschwiegene, auf jeden Fall unbeachtet gebliebene Figur aus der Funktionselite Nazideutschlands. Er war lange Zeit Leiter der Rechtsabteilung des Reichsaußenministeriums und dessen wichtigster Völkerrechtsexperte. Im sog. Wilhelmstraßen-Prozeß gegen faschistische Außenpo-[163:]litiker hatte Gaus rückhaltlos mit der Anklagebehörde zusammengearbeitet, indem er zu verschiedenen Fragen Gutachten verfaßte. Er wies z. B. nach, daß an einem Gesamtplan für die Erlangung der deutschen Vorherrschaft in der Welt gearbeitet worden war. Den Angeklagten hat er ausdrücklich die Unterstützung verweigert.

In zwei ganz unterschiedlichen Beiträgen ging es aus aktueller Sicht um die Frage, wie Menschen – und zwar größere Teile der deutschen Bevölkerung, nicht lediglich die kleine in Nürnberg abgeurteilte Führungsschicht – zur Mitwirkung an den grauenhaften Verbrechen fähig wurden. Jens-Fietje Dwars gab seinem Vortrag den Titel: „Von Nürnberg zu Auschwitz. Grenzen des Rechts. Oder: Peter Weiss' Versuche, das Unsagbare sagbar zu machen“. Er stellte die Leistung von Peter Weiss heraus, der mit der „Ermittlung“, seinem Oratorium über den Auschwitz-Prozeß, einen geschichtlichen Vorgang auf die Bühne gebracht hat, den die meisten seiner Zunft bis dahin gemieden hatten. Weiss versuchte mit diesem Stück Antworten auf Fragen, die über Jahrzehnte unbeantwortet geblieben waren. Diese Fragen beziehen sich auf die konkrete Verantwortung eines jeden im System des Nazifaschismus und auf das Erfassen des Grauens, das um so unbegreiflicher erscheint, je mehr man seine „Unsagbarkeit“, seine Besonderheit zu beschwören versuche.

Gerd Wiegel sprach zu Resultaten der sog. Täterforschung, die sich zunächst mit der Führungsschicht des faschistischen Regimes befaßt hatte und sich in jüngerer Zeit Tätern der zweiten und dritten Reihe zuwandte. Dabei wird als Täter u. a. eine psychologisch unauffällige Person sichtbar, die am industriell organisierten Massenmord mitwirkt, sich selbst deswegen keineswegs als unmoralisch ansieht. Dieses Moralkonzept funktionierte nur, weil zuvor Menschengruppen als „Untermenschen“, „unwertes Leben“ usw. aus der menschlichen Gesellschaft und damit aus dem Geltungsbereich der Moral ausgegrenzt worden waren. Dieser Vortrag löste Fragen nach dem Täterbegriff aus, sofern er über den normativen Gebrauch durch Juristen hinausreicht.

Die Rechtsgrundsätze, die als Grundlage für die Tätigkeit des Nürnberger Militärtribunals vereinbart wurden, stellten einen Umbruch im Völkerrecht dar, über dessen Bedeutung der Völkerrechtler Gregor Schirmer (Berlin) sprach. Drei Verbrechen wurden als Straftatbestände völkerrechtlich festgelegt: Verbrechen gegen den Frieden (Planung und Durchführung eines Aggressionskrieges), Kriegsverbrechen (Verletzung der Kriegsgesetze) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Völkermord, Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung). Nürnberg durchbrach damit eine bis dahin geltende Souveränitätsschranke, die ausschloß, jemanden für Handlungen eines Staates nach Völkerrecht zur Verantwortung zu ziehen. Schirmer legte Wert darauf, daß hier Handlungen, begangene Verbrechen unter Strafe gestellt werden, und wandte sich ausdrücklich gegen den Mißbrauch der Nürnberger Prinzipien für die Konstruktion von „Schurkenstaaten“ zur Rechtfertigung aggressiver Akte.

Dem Umbruch im Völkerrecht war allerdings kein nachhaltiger Umbruch in der Rechtswirklichkeit gefolgt. Zu den zahlreichen diesem Völkerrecht widersprechen-[164:]den Kriegen und Militärinterventionen zählen auch, wie Schirmer auf eine Anfrage erklärte, die Akte der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten gegen Ungarn, die ČSSR und Afghanistan. Der Jenaer Völkerrechtler Roland Meister sah ebenfalls ein Völkerrecht des Friedens als wichtigstes Ergebnis der Nürnberger Prozesse, das jedoch für die Gestaltung der internationalen Beziehungen weitgehend folgenlos geblieben sei, aber im gegenwärtigen Ringen um Frieden fortwirke.

Das von Nürnberg ausgehende Völkerrecht muß verteidigt werden. Stuby wies darauf hin, daß die 1998 vereinbarten Grundsätze für den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag insofern einen rechtlichen Rückschritt gegenüber Nürnberg darstellen, als das Verbot der Planung und Durchführung von Aggressionskriegen nicht aufgenommen wurde.

Gotthard Martin

## Norsk Hydro. Norwegische Wirtschaftskollaboration

Im Jahre 2005 feierte der gegenwärtig größte Industriekonzern Norwegens, Norsk Hydroelektrisk Kvaestof-AS, sein hundertjähriges Firmenjubiläum. Aus diesem Anlaß ließ er eine dreibändige Firmengeschichte drucken, deren erster Band die Geschichte von 1905 bis 1945 umfaßt. Unter der faschistischen Besatzungsherrschaft von 1940 bis 1945 waren die Nazis an einer Kollaboration mit dem damals noch keineswegs führenden Konzern des Landes vor allem auf zwei Gebieten interessiert, der Erzeugung von schwerem Wasser für die Plutoniumproduktion und der Leichtmetallherstellung für den Flugzeugbau. Über beide Dimensionen der Wirtschaftskollaboration sprach Fritz Petrick am 14. November vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Petrick ist ein international ausgewiesener Historiker der Nordeuropapolitik des deutschen Faschismus, er hat innerhalb der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ den Dokumentenband über die Okkupation Dänemarks und Norwegens besorgt<sup>7</sup> und eine Spezialmonographie über den Leichtmetallausbau in Norwegen verfaßt.<sup>8</sup> Rund ein Dutzend seiner Aufsätze zur Nordeuropapolitik sind in dem Sammelband „Ruhestörung“ zusammengefaßt.<sup>9</sup>

Norsk Hydro ist heute der zweitgrößte Öl- und Gasförderer und der drittgrößte Aluminiumlieferant der Welt. Außerdem produziert er Plaste (PVC u. a.). Das war nicht von Anfang an so. Nach seiner Gründung spezialisierte sich Norsk Hydro zunächst auf die Agrarchemie und blieb hinter seinen Konkurrenten AS Nordisk Aluminium Industrie Holmestrand (NAI) und der As Norsk Alumini Companie [165:] Oslo (NACO) zurück. Mit der Entdeckung und Erschließung der Öl- und Gasvorräte im norwegischen Schelf wurde deren Förderung seit den 1970er Jahren seine Hauptsparte, während die Aluminium- und PVC-Produktion ihre Wurzeln schon in der Kollaboration mit den Besatzern hat. Dominierte anfangs französisches Kapital und seit 1942 deutsches, so hält heute der norwegische Staat, der 1945 alle deutschen Kapitalanlagen beschlagnahmte, 40 Prozent des Aktienkapitals der Norsk Hydro. Der Konzern beschäftigt gegenwärtig 36.000 Angestellte in 40 Ländern der Erde.

Wie in fast allen von Nazideutschland besetzten Ländern und fast allen Sparten der Kollaboration gab es auch in der Wirtschaftskollaboration norwegischer Kapitalgesellschaften und deutscher Konzerne bzw. Staatsstellen auf beiden Seiten eine Kollaborationskonkurrenz. Norsk Hydro wollte mit Hilfe der Besatzungsmacht in die Leichtmetallproduktion einsteigen und seine Konkurrenten, vor allem die NACO, überrunden. Auf deutscher Seite kooperierte die Norsk Hydro mit der IG Farbenindustrie, der Nordischen Aluminium AG Berlin (ab 1941 Hansa Leichtmetall AG) und dem Luftfahrtministerium, während die NACO in Deutschland vor allem mit der Vereinigte Aluminium Werke AG Berlin (VAW) und dem Reichswirtschaftsministerium liiert waren.

Seit 1934 war Norsk Hydro der einzige Lieferant von schwerem Wasser in der Welt, das als billiges Nebenprodukt der Ammoniaksynthese anfiel, allerdings nur in geringen Mengen, bis 1939 waren insgesamt erst 40 Kilogramm verkauft worden. Im Dezember 1939, also ein Vierteljahr vor dem Überfall der Wehrmacht auf Dänemark und Norwegen, bestellte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Forschungszwecke 10 Kilogramm, die IG Farben aber bestellten gleich 2.000 Kilogramm. Noch unmittelbar vor dem Überfall bestellte Frankreich im März 1940 die vorhandenen 200 Kilogramm und bekam sie sofort. Nach der Besatzung wurde die Produktion verdreifacht, Ende 1940 war sogar eine Steigerung auf 1.500 Kilogramm jährlich vorgesehen. Carl Wirtz, Forschungsassistent von Heisenberg, schlug ein Verfahren vor, um jährlich 4,5 Tonnen zu gewinnen, und das Heereswaffenamt bot auch gleich einen entsprechenden Vertrag an. Gegen eine Verlagerung der Produktion nach Deutschland wehrten sich die Direktoren der Norsk Hydro.

---

<sup>7</sup> Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945) Achtebändige Dokumentenedition, Bd. 7: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Fritz Petrick unter Mitarbeiter von Reinhard Abraham sowie Helma Kaden und Eva Hintze, Berlin-Heidelberg 1992.

<sup>8</sup> Fritz Petrick: Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ 1940-1945. Eine Studie zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa, Frankfurt am Main u. a. 1992.

<sup>9</sup> Ders.: „Ruhestörung“. Studien zur Nordeuropapolitik Hitlerdeutschlands, Berlin 1998.

Schweres Wasser ist für die Produktion von Plutonium erforderlich. Das dringende Interesse der Nazibesatzer an der Steigerung der Produktion und der Monopolisierung des Produkts sowie die Kommandounternehmen der britischen SOE zur Liquidierung der Anlage lassen darauf schließen, daß beide kriegführenden Mächte wußten, wozu das schwere Wasser gebraucht wurde. Die abenteuerliche Geschichte des Kampfes um das norwegische schwere Wasser ist mehrfach in Filmen dargestellt worden, literarisch wurde es in der DDR von Hasso Grabner (Geheimsache Norsk Hydro) gestaltet. Nach einem ersten, fehlgeschlagenen Versuch britischer Kräfte im November 1942, die Ammoniakanlage in Vemork zu zerstören, wurde sie in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1943 von ihnen gesprengt. Doch drei Monate später [166:] war sie wieder in Betrieb gesetzt worden, und das mit einer viel größeren Kapazität. Am 16. Dezember 1943 vernichtete die US-Air Force die Anlage in Vemork endgültig. Daraufhin wurde, was noch stand, abgebaut und sollte mitsamt den Vorräten nach Deutschland verfrachtet werden. Doch es gelang norwegischen Partisanen, die Fähre mit dem Transport in die Luft zu sprengen.

Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ war ein gigantisches deutsches Rüstungsprojekt. Es zielte auf die Verachtfachung der Aluminiumproduktion in Norwegen sowie auf die Erzeugung von Magnesium. Grundlage sollte das in Norwegen reichlich vorhandene Mineral Labradorit sein. Angesichts des riesigen Energiebedarfs der Aluminiumerzeugung sollte zunächst mit dem Bau von Wasserkraftwerken begonnen werden, vorgesehen waren neben dem Aluminiumwerk auch Betriebe für die Chlorherstellung sowie eine Ätznatronfabrik. Das von der Norsk Hydro und den IG Farben initiierte riesige Investitionsprojekt sollte finanziert werden, indem Konzerne wie Norsk Hydro, IG Farben, Nordag und weitere je 15 Millionen Kronen einzahlten. Um die Summe aufzubringen, erhöhte Norsk Hydro sein Eigenkapital von 100 auf 150 Millionen Kronen und schaltete dabei zugleich die französischen Aktienbesitzer aus, indem sie von der Erweiterungszeichnung ausgeschlossen blieben.

Ausmaß und Produktionsprofil dieses Rüstungsprojekts sind nur aus den wahnwitzigen Plänen für eine gigantische Luftrüstung nach dem siegreichen Ende von „Barbarossa“ zu erklären, um eine Luftwaffe für einen Krieg gegen die ganze Welt zu schaffen. Aufgrund der Niederlage vor Moskau aber mußte die Heeresrüstung vorrangig bleiben.

Am 24.7.1943 zerstörte die US-Air Force das Aluminiumwerk in Herøen in Südnorwegen. Der Generaldirektor der Norsk Hydro wollte die Anlagen wieder aufbauen, doch Speer winkte ab. Nach 1945 leugneten die Direktoren von Norsk Hydro, die Zusammenarbeit mit der IG Farben und anderen beim Rüstungsprojekt Leichtmetallausbau gesucht zu haben. Sie wollten unter Zwang und zum Vorteil des Landes gehandelt haben. Norwegen bildete 1945 ein Direktorat für feindliches Vermögen und beschlagnahmte alle deutschen Kapitalien. Dies bildete die Grundlage der Staatsbeteiligung an Norsk Hydro.

Petrick lenkte die Aufmerksamkeit auf einen Aspekt dieser Kollaboration, der weniger bekannt ist, nämlich den Zwangsarbeitereinsatz. Von Deutschland abgesehen, wurden in keinem Land des faschistischen Machtbereichs so viele zur Zwangsarbeit deportierte Menschen eingesetzt wie in Norwegen, allein aus der Sowjetunion 85.000, aus Serbien 4.000 und auch 1.500 deutsche Konzentrationslagerhäftlinge. Das Aluminiumwerk in Herøen beschäftigte bis zu 15.000 Zwangsarbeiter, das war ein Viertel aller dort tätigen Arbeiter. Die Zwangsarbeiter in Norwegen standen unter der Direktion der norwegischen SS, sie wurden nicht nur ausgebeutet, sondern bewußt schikaniert. Besonders hoch war die Sterblichkeit unter den serbischen Arbeitern, von denen viele ermordet wurden. Auch wurden reihenweise serbische Kranke erschossen.

[167:] In der lebhaften Diskussion standen Fragen der Schwerwasserproduktion und damit einer ernsthaften deutschen Atomrüstung im Vordergrund, außerdem Probleme des Zwangsarbeitereinsatzes und das Nachkriegsschicksal von Norsk Hydro.

Werner Röhr